

**Die Verteilung von Geld- und Grundvermögen
auf sozio-ökonomische Gruppen im Jahr 1988
und Vergleich mit früheren Ergebnissen**

Eine empirische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland

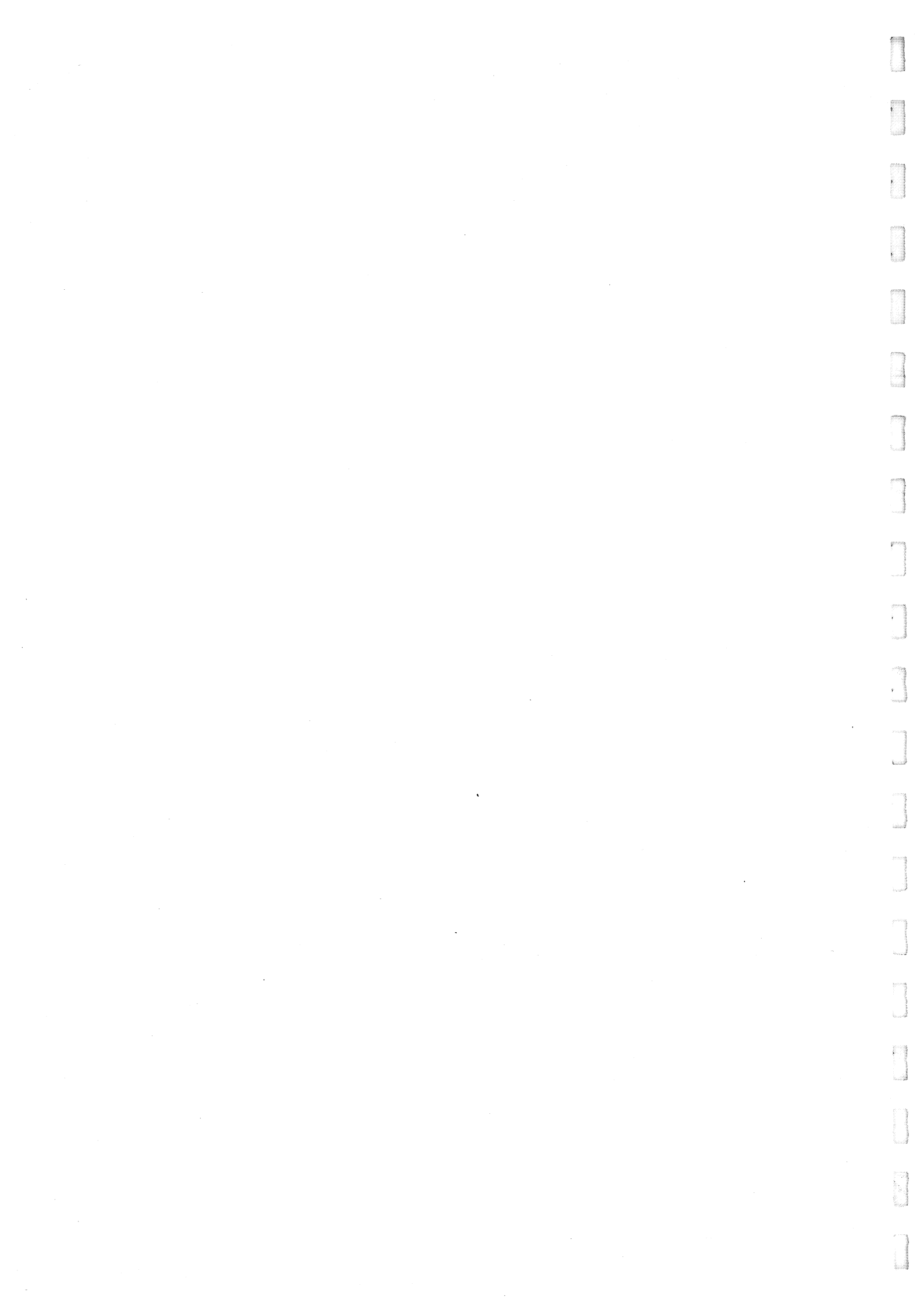
Michael Grimm

Arbeitspapier Nr. 14

März 1998

Vorwort

Das vorliegende Arbeitspapier ist die unveränderte Fassung einer Diplomarbeit, die von Michael Grimm während einer Dauer von vier Monaten am Institut für Konjunktur, Wachstum und Verteilung der Universität Frankfurt a. M. geschrieben wurde. Die Ergebnisse der Analyse halte ich für so interessant, daß mir eine Veröffentlichung als Arbeitspapier im Rahmen des von mir geleiteten EVS-Projektes, dessen Daten die Grundlage der Arbeit bilden, als lohnend erscheint. Dadurch kann sichergestellt werden, daß die Untersuchungsergebnisse Interessierten zur weiteren Nutzung, sei es als reine Informationsgrundlage oder als Ausgangspunkt weiterer Analysen, zur Verfügung stehen. Die Studie beleuchtet die Verteilung von Geld- und Grundvermögen auf sozio-ökonomische Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Als Datenbasis wurde eine Datenbank mit (anonymisierten) Individualdaten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 der Universität Frankfurt a. M. genutzt. Anknüpfend an frühere Arbeiten, die zu diesem Themenkomplex im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ angefertigt wurden sowie durch Berücksichtigung von Daten zur EVS 1993, die zum Untersuchungszeitpunkt allerdings nur in tabellierter Form vorlagen, skizziert die Analyse eindrucksvoll die Entwicklung der Vermögensverteilung bis in die neunziger Jahre hinein. Dabei zeigt sich, daß die Verteilung des Vermögens, im Vergleich zur Verteilung der Einkommen, einen weiterhin sehr hohen Konzentrationsgrad aufweist. Insbesondere auf der Personenebene hat sich der Grad der Konzentration im Laufe der achtziger Jahre sogar noch verstärkt. Auch die Betrachtung der Verteilung auf sozio-ökonomische Gruppen zeigt viele interessante und neue Ergebnisse, so daß die Analyse ein echter Erkenntnisfortschritt ist. Es bleibt zu hoffen, daß weitere Arbeiten auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1993 und 1998 sich der Entwicklung der Vermögensverteilung, insbesondere auch in den neuen Bundesländern, widmen und so eine langfristige Informationsgrundlage für Wirtschafts- und Sozialpolitik schaffen.



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	V
Symbolverzeichnis	VII
Abbildungsverzeichnis	VIII
Tabellenverzeichnis	X
1. Einleitung	1
1.1 Problemstellung und Ziele	1
1.2 Gang der Untersuchung	3
2. Definition und Abgrenzung des Vermögensbegriffs	4
2.1 Die problemrelevanten Merkmale	4
2.2 Funktionen des Vermögens	5
2.3 Verschiedene Konzeptionen des Vermögensbegriffs	5
2.4 Einordnung des Untersuchungsgegenstandes	8
3. Methodische Ausführungen	9
3.1 Das verfügbare Datenmaterial zur Analyse der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland	9
3.1.1 Makrodatenquellen	9
3.1.1.1 Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	9
3.1.1.2 Die gesamtwirtschaftliche Finanzierungs- und Geld- vermögensrechnung der Deutschen Bundesbank	10
3.1.2 Mikrodatenquellen	11
3.1.2.1 Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)	11
3.1.2.1.1 Ziel, Konzept und Inhalt	11
3.1.2.1.2 Zuverlässigkeit von Erhebungen ohne Auskunftspflicht	13
3.1.2.1.3 Besonderheiten der hier verwendeten EVS-Datenbank	15
3.1.2.2 Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP)	15
3.1.2.3 Die Vermögensteuerstatistik	16

3.1.2.4	Die Einheitwertstatistik	17
3.2	Indikatoren zur empirischen Beschreibung der Konzentration	17
3.2.1	Problemstellung und Ziele	17
3.2.2	Anforderungen an Konzentrationsmaße	18
3.2.3	Wohlfahrtstheoretische Annahmen	20
3.2.4	Darstellung und Diskussion ausgewählter Ungleichheitsmaße	21
3.2.4.1	Der Variationskoeffizient	21
3.2.4.2	Lorenzkurve und Ginikoeffizient	22
3.2.5	Quantile als Verteilungsmaß	25
4.	Überblick über vorliegende Studien zur Vermögensverteilung	26
5.	Die Verteilung des Geldvermögens und dessen Komponenten	32
5.1	Abgrenzung der in der EVS erfaßten Geldvermögensarten	32
5.2	Die Höhe und Entwicklung der Geldvermögensbestände der privaten Haushalte insgesamt sowie verschiedener sozialer Gruppen	33
5.3	Die Ersparnisbildung sozio-ökonomischer Haushaltsgruppen	38
5.4	Die Ausstattungsgrade verschiedener sozialer Gruppen mit Brutto- geldvermögen und den verschiedenen Geldvermögensarten	40
5.5	Die personelle Verteilung des Geldvermögens und dessen Komponenten	43
5.5.1	Die personelle Verteilung des Nettogeldvermögens am Jahresende 1988	44
5.5.2	Entwicklung der personellen Verteilung des Nettogeld- vermögens und Vergleich mit früheren Ergebnissen	46
5.5.3	Die personelle Verteilung der einzelnen Geldvermögensarten am Jahresende 1988	48
5.5.4	Entwicklung der personellen Verteilung der einzelnen Geld- vermögensarten und Vergleich mit früheren Ergebnissen	53
5.6	Die Verteilung des Geldvermögens bei einer Differenzierung der Haus- halte nach sozio-ökonomischen Variablen	58
5.6.1	Zusammenhang zwischen Geldvermögen, Einkommen und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes	58

5.6.2	Zusammenhang zwischen Geldvermögen, Alter und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes und Implikationen hinsichtlich der Sicherheitsfunktion	62
5.6.3	Die Verteilung der Kreditverpflichtungen auf sozio-ökonomische Gruppen	65
6.	Die Verteilung des Grundvermögens	67
6.1	Abgrenzung des in der EVS erfaßten Grundvermögens	67
6.2	Die Höhe und Entwicklung sowie die Eigentumsarten der Grundvermögensbestände der privaten Haushalte und verschiedener sozialer Gruppen	67
6.3	Formen des Erwerbs von Grundvermögen verschiedener sozialer Gruppen	73
6.4.	Die personelle Verteilung des Grundvermögens	74
6.4.1	Die personelle Verteilung des Grundvermögens am Jahresende 1988	74
6.4.2	Entwicklung der personellen Verteilung des Grundvermögens und Vergleich mit früheren Ergebnissen	77
6.5	Die Verteilung des Grundvermögens bei einer Differenzierung der Haushalte nach sozio-ökonomischen Variablen	79
6.5.1	Zusammenhang zwischen Grundvermögen, Einkommen, Haushaltsgröße und Haushaltstyp	79
6.5.2	Zusammenhang zwischen Grundvermögen, Alter und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes	84
7.	Struktur- und Verteilungsanalyse bei gemeinsamer Betrachtung von Geld- und Grundvermögen	87
7.1	Die Vermögensstruktur der privaten Haushalte am Jahresende 1988	87
7.2	Die personelle Verteilung von Geld- und Grundvermögen zusammen am Jahresende 1988	92
7.3	Nettogeldvermögen sozio-ökonomischer Haushaltsgruppen mit und ohne Grundvermögen	95

8. Zusammenfassende Betrachtung und vermögenspolitische Schlußfolgerungen	97
Anhang	
Anhang 1: Transformation der aus der EVS-Datenbank verwendeten Variablen	XIV
Anhang 2: Makroökonomische Rahmenbetrachtung Vermögen der privaten Haushalte und quantitative Einord- nung in das volkswirtschaftliche Gesamtvermögen	XIX
Anhang 3: Sozio-demographische Entwicklung der Haushaltsstruktur	XXVI
 Literaturverzeichnis	 XXXIV

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	=	Abbildung
AH	=	alle Haushalte
alleinl.	=	alleinlebend
Ang. auch Angest.	=	Angestellte
Arb. auch Arbeit.	=	Arbeiter
Arblose.	=	Arbeitslose
arith. Mittel	=	arithmetisches Mittel
Ausl.-HH	=	Ausländerhaushalte
Bausparguth.	=	Bausparguthaben
Bea.	=	Beamte
BH	=	Besitzer-Haushalte
BQ	=	Besitzerquote
Bruttogeldv.	=	Bruttogeldvermögen
Buba	=	Deutsche Bundesbank
dav.	=	davon
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
EK	=	Einkommen
EstG	=	Einkommensteuergesetz
EVS	=	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
fBG	=	früheres Bundesgebiet
G auch Ges.-D.	=	Gesamtdeutschland
GrV	=	Nettogrundvermögen
GRV	=	Gesetzliche Rentenversicherung
GV	=	Nettogeldvermögen
GWZ	=	Gebäude- und Wohnungszählung
HH	=	Haushalt
HHNEK	=	Haushaltsnettoeinkommen
i.Pr.v.	=	in Preisen von
J.	=	Jahre
K	=	Kind
Kreditverpfl.	=	Kreditverpflichtungen

KSPW	= Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V.
Lebensvers.	= Lebensversicherungsguthaben
Mrd.	= Milliarde
MZ	= Mikrozensus
NÄEK	= Nettoäquivalenzeinkommen
NBL	= Neue Bundesländer
Nettogeldv.	= Nettogeldvermögen
Newt. auch Nichterw.	= Nichterwerbstätige
O	= Ostdeutschland
öHH	= öffentliche Haushalte
Pers.	= Personen
pHH	= private Haushalte
pOoE	= private Organisationen ohne Erwerbszweck
SBH	= durchschnittliche Verschuldung der Besitzerhaushalte
Selbst.	= Selbständige
SOEP	= Sozio-ökonomisches Panel
sog.	= sogenannte
sonst. Geldv.	= sonstiges Geldvermögen
Sparguth.	= Sparguthaben
StBA	= Statistisches Bundesamt
Tab.	= Tabelle
Terming.	= Termingelder
Tsd.	= Tausend
u.	= und, auch unter
Üb.	= Übersicht
ÜEQ	= Übereinstimmungsquote
u.m.	= und mehr
VGR	= Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
v.H.	= von Hundert
W	= Westdeutschland
Wertp.	= Wertpapierguthaben
Whg.-V.	= Wohnungsvermögen
ZEW	= Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung

Symbolverzeichnis

H_i	= kumulierte relative Häufigkeit (kumuliert von $i = 1$ bis $i = n$)
i	= Index der Merkmalsträger
L_i	= kumulierte relative Merkmalssumme (kumuliert von $i = 1$ bis $i = n$)
n	= Anzahl der Merkmalsträger
U^i	= individuelle Nutzenfunktion des Individuums i
V	= Variationskoeffizient
W	= gesellschaftliche Gesamtwohlfahrt
y_i	= Merkmalsausprägung des Merkmalsträgers i , z.B. Einkommen, Vermögen oder allgemein die Gesamtheit der individuellen Bedürfnisbefriedigungsmittel
\bar{y}	= arithmetisches Mittel von y_i

Abbildungsverzeichnis

Abbildung		Seite
2.1	Das Vermögen der privaten Haushalte	6
3.1	Darstellung der Lorenzkurve	22
3.2	Darstellung sich schneidender Lorenzkurven	24
5.1	Entwicklung der Portfoliostruktur privater Haushalte von 1970 bis 1988	35
5.2	Durchschnittliches Nettogeldvermögen pro Haushalt und pro Person für verschiedene soziale Gruppen am Jahresende 1988	37
5.3	Sparquote der privaten Haushalte (einschl. pOoE)	38
5.4	Der Ausstattungsgrad der privaten Haushalte mit Bruttogeldvermögen und den verschiedenen Geldvermögensarten (jew. Anteil der Besitzerhaushalte in %)	41
5.5	Lorenzkurven zur Verteilung des Nettogeldvermögens auf Haushalts- und Personenebene am Jahresende 1988	45
5.6	Lorenzkurven zur Verteilung der einzelnen Geldvermögensarten auf der Haushaltsebene am Jahresende 1988	53
6.1	Durchschnittliches Nettogrundvermögen (geschätzte Verkehrswerte in DM) pro Haushalt und pro Person für verschiedene soziale Gruppen bei Betrachtung jeweils aller Haushalte (AH) sowie jeweils nur der Besitzerhaushalte (BH) am Jahresende 1988	71
6.2	Haushalte mit Grundvermögen am Jahresende 1988 nach der Eigentümerart	72
6.3	Die Verteilung des Nettogeldvermögens auf Haushalts- und Personenebene	76
6.4	Nettogrundvermögensbestände (geschätzte Verkehrswerte in DM) und Verschuldung (im Zusammenhang mit Haus- und Grundvermögen in DM) jeweils bezogen nur auf Immobilienbesitzer und Besitzerquoten verschiedener Haushaltstypen am Jahresende 1988	81

7.1	Vermögensstruktur der privaten Haushalte in Abhängigkeit ihrer relativen Einkommensposition am Jahresende 1988 bei einer Verwendung des Haushaltsnettoeinkommens als Einkommensvariable	87
7.2	Vermögensstruktur der privaten Haushalte in Abhängigkeit ihrer relativen Einkommensposition am Jahresende 1988 bei einer Verwendung des Nettoäquivalenzeinkommens als Einkommensvariable	89
7.3	Vermögensstruktur der privaten Haushalte in Abhängigkeit ihrer Nettobestände an Geld- und Grundvermögen am Jahresende 1988	91
7.4	Die Verteilung des Nettogeld- und Nettogrundvermögens zusammen sowie als Vergleich die des Nettogeld- und Nettogrundvermögens getrennt am Jahresende 1988	94
A.2.1	Schema einer Volksvermögensrechnung	XX
A.3.1	Entwicklung der Privathaushalte insgesamt seit 1980	XXVII
A.3.2	Entwicklung der Privathaushalte nach sozialer Stellung der Bezugsperson seit 1980	XXVIII
A.3.3	Entwicklung der Privathaushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen seit 1980	XXIX
A.3.4	Entwicklung der Privathaushalte nach dem Alter der Bezugsperson seit 1980	XXXI
A.3.5	Entwicklung der Privathaushalte nach der Haushaltsgröße seit 1980	XXXII

T a b e l l e n v e r z e i c h n i s

Tabelle		Seite
3.1	Teilnahmebereitschaft der Haushalte an den Einkommens- und Verbrauchsstichproben	14
5.1	Entwicklung des Bruttogeldvermögens und seiner Komponenten der privaten Haushalte zwischen 1970 und 1993	35
5.2	Entwicklung des Nettogeldvermögens jeweils im Durchschnitt aller Haushalte zwischen 1983 und 1993	37
5.3	Sparquoten der nach sozialer Stellung und dem Alter des Haushaltsvorstandes differenzierten Haushalte für das Jahr 1988	40
5.4	Ausstattung privater Haushalte nach sozialer Stellung mit Bruttogeldvermögen und dessen Komponenten am Jahresende 1988 (jew. Anteil der Besitzerhaushalte in %)	42
5.5	Ausstattung privater Haushalte nach monatl. Haushaltsnettoeinkommen mit Bruttogeldvermögen und dessen Komponenten am Jahresende 1988 (jew. Anteil der Besitzerhaushalte in %)	43
5.6	Die personelle Verteilung des Nettogeldvermögens am Jahresende 1988	44
5.7	Entwicklung der Konzentration des Nettogeldvermögens von 1983 bis 1993	47
5.8	Die personelle Verteilung der Sparguthaben am Jahresende 1988	48
5.9	Die personelle Verteilung der Bausparguthaben am Jahresende 1988	49
5.10	Die personelle Verteilung des Wertpapiervermögens am Jahresende 1988	50
5.11	Die personelle Verteilung der Lebensversicherungsguthaben am Jahresende 1988	51
5.12	Die personelle Verteilung der Kreditverpflichtungen am Jahresende 1988	52
5.13	Entwicklung der Konzentration der einzelnen Geldvermögensarten von 1973 bis 1988	54

5.14	Ginikoeffizienten des Nettogeldvermögens in Abhängigkeit des Haushaltsnettoeinkommens und der sozialen Stellung der Bezugsperson am Jahresende 1988	59
5.15	Verteilung des Nettogeldvermögens auf Einkommensdezile von Haushalten, die nach sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes differenziert sind am Jahresende 1988	61
5.16	Nettogeldvermögensbestände in DM und Nettogeldvermögen-Haushaltsnettoeinkommen-Relation nach Alter und sozialer Stellung der Bezugsperson am Jahresende 1988	63
5.17	Relation aus Nettogeldvermögen pro Kopf und jährl. „sozio-kulturellem Existenzminimum“ der nach Alter und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes differenzierten Personengruppen am Jahresende 1988	64
5.18	Verteilung der Kreditverpflichtungen in DM auf nach Alter der Bezugsperson und Haushaltsnettoeinkommen differenzierte Haushalte mit Kreditverpflichtungen am Jahresende 1988	66
6.1	Private Haushalte mit Haus und Grundbesitz nach Ergebnissen der EVS 1962/63 bis 1993	69
6.2	Entwicklung des Nettogrundvermögens (geschätzte Verkehrswerte in DM) jeweils im Durchschnitt aller Haushalte und im Durchschnitt nur der Besitzerhaushalte (jeweils Bestand am Jahresende)	70
6.3	Formen des Erwerbs von Grundvermögen durch private Haushalte Ende 1988	74
6.4	Die personelle Verteilung des Nettogrundvermögens bei Betrachtung aller Haushalte	75
6.5	Die personelle Verteilung des Nettogrundvermögens bei Betrachtung nur der Haushalte mit Grundbesitz	76
6.6	Entwicklung der Konzentration des Bruttogrundvermögens von 1973 bis 1993	78
6.7	Nettogrundvermögensbestände (geschätzte Verkehrswerte in DM), Besitzerquoten und durchschnittliche Verschuldung (im Zusammenhang mit Haus- und Grundbesitz in DM) nach Haushaltsnettoeinkommen und Haushaltsgröße am Jahresende 1988	80

6.8	Verteilung des Nettogrundvermögens (geschätzte Verkehrswerte) auf Haushalte, die nach der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens sortiert sind am Jahresende 1988	82
6.9	Nettogrundvermögensbestände (geschätzte Verkehrswerte in DM), Besitzerquoten und durchschnittliche Verschuldung (im Zusammenhang mit Haus- und Grundbesitz in DM) nach sozialer Stellung und Alter der Bezugsperson am Jahresende 1988	84
7.1	Sparquoten für Quintile privater Haushalte im Jahr 1988 bei einer Reihung der Haushalte nach alternativen Einkommensvariablen	90
7.2	Die personelle Verteilung des Nettogeld- und Nettogrundvermögens zusammen bei Betrachtung aller Haushalte am Jahresende 1988	93
7.3	Nettogeldvermögen (in DM) der nach sozialer Stellung und Haushaltsnettoeinkommen differenzierten Haushalte mit und ohne Grundbesitz sowie Grundvermögen (geschätzte Verkehrswerte in DM) der Immobilienbesitzer am Jahresende 1988	95
8.1	Die Verteilung des Geld- und Grundvermögens sowie verschiedener Einkommensgrößen für das Jahr 1988 im Vergleich	98
A.1.1	Schätzwerte der nach oben offenen Klassen für die in der EVS 1988 erfassten Geldvermögensarten	XIV
A.1.2	Ältere OECD-Skala sowie Haushaltsgewichtung und Pro-Kopf-Skala zum Vergleich	XVIII
A.2.1	Schätzung des Volksvermögens für 1982	XXI
A.2.2	Vermögen der privaten Haushalte 1980 und 1982 (jew. einschl. pOoE)	XXII
A.2.3	Vermögen der privaten Haushalte 1987 (einschl. pOoE)	XXII
A.2.4	Wohngrundstücke, reproduzierbares Sachvermögen und Auslandsposition 1987	XXIII
A.2.5	Vermögen der privaten Haushalte 1993 (ohne pOoE, Gesamtdeutschland)	XXIV
A.2.6	Wohngrundstücke, reproduzierbares Sachvermögen und Auslandsposition 1993 (Gesamtdeutschland)	XXV

A.3.1	Privathaushalte insgesamt nach MZ und hochgerech- nete Privathaushalte der EVS	XXVII
A.3.2	Privathaushalte nach sozialer Stellung der Bezugsperson nach MZ und hochgerechnete Haushalte der EVS	XXVIII
A.3.3	Privathaushalte nach dem monatlichen Haushaltsnetto-einkommen nach MZ und hochgerechnete Haushalte der EVS	XXX
A.3.4	Privathaushalte nach dem Alter der Bezugsperson nach MZ und hochgerechnete Haushalte der EVS	XXXI
A.3.5	Privathaushalte nach Haushaltsgröße nach MZ und hochgerechnete Haushalte der EVS	XXXII



„The amount of information available about the distribution of income, wealth and other resources is very limited. We know much less about this than about macroeconomic aspects of the economy. Our knowledge of the extent of inequality consists mainly of information pieced together from sources that were not explicitly designed for the purpose,...“

(A. B. Atkinson, 1983)¹

1. Einleitung

1.1 Problemstellung und Ziele

Vermögen ist wohl nur einer unter vielen Aspekten, die die individuelle Wohlfahrt bestimmen. Es ist aber sicher eine entscheidende Determinante des individuellen materiellen Wohlstandes und damit aber auch eine wesentliche Dimension sozialer Ungleichheit zwischen Individuen.² Dadurch wird Vermögen zu einer wichtigen wirtschafts- und sozialpolitischen Zielgröße. Um eine möglichst effiziente Beeinflussung dieser Größe zu ermöglichen, bedarf es quantitativer Analysen als Informationsgrundlage.³

„Ende 1992 ergab sich für jeden westdeutschen privaten Haushalt rein rechnerisch ein durchschnittliches Geldvermögen von 110.000 DM.“⁴ Eine solche Aussage ist zunächst ohne weitere Informationen hinsichtlich der Verteilung völlig aussagegelos bzw. sogar irreführend. Ziel dieser Arbeit ist es nun, zu analysieren, wie das Vermögen auf verschiedene sozio-ökonomische Gruppen, das heißt private Haushalte oder Personen, die nach mehreren Merkmalen gegliedert sind, verteilt ist.

Allerdings wird sich die Analyse auf das Geld- und Grundvermögen beschränken, was aber insofern akzeptabel ist, da beide Komponenten einen Großteil des fungiblen

¹ Vgl. Atkinson, Anthony B.: *The Economics of Inequality*, 2. Aufl., Oxford 1983, S. 2.

² Vgl. Hauser, Richard u.a.: *Ungleichheit und Sozialpolitik*, Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, hrsg. vom Vorstand der KSPW, Opladen 1996, S. 131f.

³ Vgl. Galler, Heinz P.: *Politikanalyse mit Mikro- und Makrosimulationsmodellen*, in: *Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik*, Bd. 1, *Ausgewählte Probleme und Lösungsansätze*, hrsg. von Richard Hauser, Uwe Hochmuth und Johannes Schwarze, Berlin 1994, S. 113 - 135, hier S. 113.

⁴ Vgl. Deutsche Bundesbank: *Zur Vermögenssituation der privaten Haushalte in Deutschland*, Monatsbericht Oktober 1993, Frankfurt/M. 1993, S. 19 - 32, hier S. 21f.

Gesamtvermögens der privaten Haushalte ausmachen (vgl. Anhang 2). Datengrundlage werden in erster Linie Mikrodatensätze der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes sein. Ursprünglich war eine Auswertung der EVS 1993 vorgesehen, diese Datensätze waren aber nicht rechtzeitig verfügbar, so daß entsprechend auf die Datenbank von 1988 ausgewichen werden mußte. In einem zweiten Schritt sollen diese Ergebnisse mit Resultaten früherer Untersuchungen, insbesondere der EVS-Stichjahre 1983 und 1988, verglichen werden. Dabei wird aber auch angestrebt, erste Ergebnisse der EVS 1993 einzubeziehen, die in der Regel auf Auswertungen der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Standardtabellen beruhen, um so auch ein umfassendes Bild der Entwicklung der Vermögensverteilung zu vermitteln. Hier geht es vor allem um den Versuch, Richtung und Ausmaß eventuell stattfindender Konzentrationsprozesse aufzudecken.

Im Rahmen dieser Analyse sollen besonders Zusammenhang und Wechselwirkungen zwischen Einkommenslage und Vermögenssituation betrachtet werden und deren Implikationen bezüglich effizienter vermögenspolitischer Eingriffe. Dieser Komplex ist ebenfalls hinsichtlich entstehender Notlagen aufgrund eines Wegfalls des Arbeitseinkommens wegen Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter von Bedeutung.

Der Charakter dieser Arbeit wird in erster Linie deskriptiver Natur sein, das heißt, die Beschreibung der Verteilung mit Hilfe geeigneter Indikatoren wird im Vordergrund stehen. Verteilungstheoretische Ausführungen hinsichtlich der Determinanten der Vermögensverteilung wird die Arbeit nur insofern enthalten, als versucht wird, im Rahmen der Interpretation der Untersuchungsergebnisse nach Bestätigungen oder Falsifizierungen bestehender Thesen und Theorien zu suchen. Diese Einschränkung ist notwendig, weil eine fundierte theoretische Analyse der relevanten Einflußfaktoren auf die Vermögensverteilung den möglichen Rahmen dieser Arbeit sicher übertreffen würde. Allerdings wird eine eingehende theoretische Analyse zum Vermögensbegriff sowie zur Problematik der Messung ökonomischer Ungleichheit erfolgen.

1.2 Gang der Untersuchung

Zunächst wird im folgenden Kapitel der Vermögensbegriff abgegrenzt, um so den Untersuchungsgegenstand in seinem theoretischen Gesamtzusammenhang darzustellen.

Im dritten Kapitel folgen methodische Ausführungen. Hier wird das für die Bundesrepublik Deutschland verfügbare Datenmaterial analysiert sowie seine Eignung für die hier beabsichtigte Untersuchung geprüft. Weiter werden die zu verwendenden Verteilungsindikatoren erläutert und deren Implikationen diskutiert.

Kapitel vier wird einen Überblick über bereits vorhandene Studien zur Vermögensverteilung bieten.

Im fünften, sechsten und siebten Kapitel wird die im Zentrum dieser Arbeit stehende eingehende Analyse der Verteilung des Geld- und Grundvermögens und dessen Komponenten auf sozio-ökonomische Gruppen für die Bundesrepublik Deutschland zum Jahresende 1988 vorgenommen. Die Haushalte werden dabei, soweit möglich, gleichzeitig nach mehreren Merkmalen, insbesondere Einkommen und sozialer Stellung, differenziert. Weiter werden Vergleiche mit früheren Ergebnissen angestrebt. Sinnvollerweise wird hier zunächst die personelle Verteilung analysiert, um sowohl einen Eindruck der Konzentration der einzelnen Vermögensarten als auch über deren Verteilungsverhältnisse zueinander zu erhalten. Im Rahmen dieser Untersuchung wird jeweils auch ein Blick auf die Bestände bzw. die Bestandsentwicklung sowie die Struktur und die Bildung der einzelnen Vermögensformen geworfen. Kapitel sieben wird die Vermögensstruktur der privaten Haushalte in seiner Gesamtheit analysieren und die Verteilung von Geld- und Grundvermögen gemeinsam untersuchen.

Die Arbeit wird in Kapitel acht mit einer zusammenfassenden Betrachtung und, so hoffe ich, mit Ergebnissen schließen, die einen Beitrag dazu leisten, das doch sehr wenig beleuchtete Gebiet der Vermögensverteilung etwas weiter zu erhellen. Ausgehend von den Ergebnissen werden vermögenspolitische Ansatzpunkte aufgezeigt.

Im Anhang soll im Rahmen einer kurzen Makrobetrachtung das Vermögen der privaten Haushalte in seinen groben quantitativen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang eingeordnet werden. Dabei wird sich unter anderem zeigen, daß durch die Betrachtung von Geld- und Grundvermögen der weitaus größte Teil des fungiblen Privatvermögens der Haushalte erfaßt wird. Weiter wird ein kurzer Überblick über die sozio-demographische Entwicklung der Haushaltsstruktur gegeben, der als Hintergrund bei der Ergebnisinterpretation genutzt werden kann.

2. Definition und Abgrenzung des Vermögensbegriffs

Der in dieser Arbeit zu verwendende Vermögensbegriff ist durch die Themenstellung vorgegeben. Um aber zu sehen, welche Dimensionen des Vermögens privater Haushalte dadurch erfaßt sind, muß der hier zugrunde liegende Vermögensbegriff zunächst in seinen theoretischen Gesamtzusammenhang gestellt werden. Dazu muß erst geklärt werden, was unter dem Privatvermögen der Haushalte alles zu subsumieren ist. Nur so kann später den durch den Untersuchungsgegenstand eingefangenen wohlfahrtsrelevanten Aspekten das adäquate Gewicht beigemessen werden.

2.1 Die problemrelevanten Merkmale

Zur Bildung eines theoretischen Begriffs sind zuerst die problemrelevanten Merkmale und die dominierenden Eigenschaften hervorzuheben, eventuell zu isolieren und die irrelevanten Merkmale zu ignorieren. Es ist also im Lichte des Erkenntnisziels ein „Idealtypus“ im Max Weberschen Sinne abzuleiten.¹ Unter Vermögen können zunächst ganz allgemein und unbestimmt jene Güter verstanden werden, die in irgendeiner Form ertragbringend sind.² Sinnvoll (wenn auch nicht unproblematisch) ist es sicherlich zu fordern, daß es sich um wirtschaftliche Güter handeln muß, das heißt, sie müssen einen Tauschwert sowie einen personellen Bezug aufweisen und damit einem Wirtschaftssubjekt zuordenbar sein.³ Sicher unbestritten ist, daß es sich bei Vermögensgütern um Bestandsgrößen handeln muß, dies grenzt das Vermögen zum Beispiel vom Einkommen ab.⁴ Ebenso ist es auch plausibel zu fordern, daß es sich um Güter handeln muß, die dauerhaften Charakter haben, wodurch reine Konsumgüter von der Betrachtung ausgeschlossen sind.⁵ Diese Elemente eines allgemeinen Vermögensbegriffs bezeichnet Folkers als „systemindependent“, das heißt, sie sind unabhängig von der jeweils herrschenden Rechts-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Diese bestimmt aber hingegen sehr wohl die jeweilige tatsächliche Art der Verfügung und die spezifische Form der Bewertung.⁶ Der gesuchte Vermögensbegriff läßt sich weiter

¹ Vgl. Neubauer, Werner: Statistische Methoden, München 1994, S. 9.

² Vgl. Schmidt, Klaus-Dieter: Was ist Vermögen?, in: Allgemeines Statistisches Archiv 1972, hrsg. von Adolf Blind u.a., Bd. 56, Göttingen 1972, S. 35 - 49, hier S. 36f.

³ Vgl. Schmidt, Klaus-Dieter: a.a.O., S. 37.

⁴ Vgl. Schmidt, Klaus-Dieter: a.a.O., S. 40.

⁵ Vgl. Schmidt, Klaus-Dieter: a.a.O., S. 39.

⁶ Vgl. Folkers, Cay: Vermögen I: Struktur und Verteilung, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, hrsg. von Willi Albers u.a., Bd. 8, Stuttgart u.a. 1980, S. 265 - 282, hier S. 266.

einengen, wenn man zur Abgrenzung auch die Funktionen heranzieht, die Vermögen für die Wirtschaftssubjekte erfüllt.

2.2 Funktionen des Vermögens

Folkers ordnet dem Vermögen folgende vier Dimensionen ökonomischer Funktionen zu: Die Nutzungsfunktion, die Verwertungsfunktion, die Machtfunktion und die Übertragungsfunktion. Die Nutzungsfunktion umfaßt die Möglichkeit, aus Vermögen Einkommen zu erzielen bzw. es zu Konsum- oder Produktionszwecken einzusetzen (diese Funktion deckt sich weitgehend mit obiger Forderung nach Ertrag und Tauschwert). Die Verwertungsfunktion impliziert, die mehr oder weniger stark ausgeprägte Möglichkeit der zeitlichen Konsumverschiebung oder der Absicherung gegen Risiken (deshalb auch Sicherheits- oder Sekuritatsfunktion⁷), die mit der Vermögensbildung verbunden ist. Die Machtfunktion beschreibt das Ausmaß der Bestimmungsgewalt aufgrund der Verfügung über Vermögenswerte. Die Übertragungsfunktion schließlich betrifft die Möglichkeit, Vermögensobjekte auf andere Wirtschaftssubjekte zu transferieren, beispielsweise durch Schenkung oder Vererbung.⁸

Andersen nennt neben diesen Funktionen noch drei weitere: Die Prestigefunktion, die Freiheitsfunktion und die Integrationsfunktion. Erstere ist sicher schwer greifbar, kann aber dennoch gerade aus vermögenspolitischer Sicht sehr interessant sein. Die Freiheitsfunktion beschreibt die Eigenschaft der Erweiterung des Freiheitsraumes eines Individuums, die mit dessen Besitz an Vermögensgütern verbunden ist. Unter Integrationsfunktion versteht man schließlich, die aus Vermögensbesitz resultierende persönliche Bindung an das bestehende System.⁹

2.3 Verschiedene Konzeptionen des Vermögensbegriffs

In Abhängigkeit der Auslegung obiger Merkmale und Funktionen sind verschiedene Konzeptionen des Vermögensbegriffs ableitbar. Es lassen sich zwei Grundformen unterscheiden: Die als „hedonistisch“ bezeichnete und die als „materiell“ bezeichnete Konzeption.¹⁰ Der hedonistische Vermögensbegriff subsumiert unter Vermögen alles

⁷ Vgl. Andersen, Uwe: Einführung in die Vermögenspolitik, München 1976, S. 109.

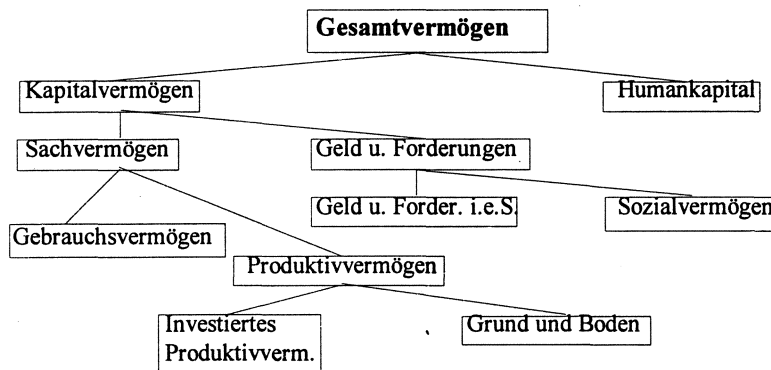
⁸ Vgl. Folkers: a.a.O., S. 267f.

⁹ Vgl. Andersen: a.a.O., S. 108 - 114.

¹⁰ Vgl. Schmidt, Klaus-Dieter: a.a.O., S. 36f.

was, in welcher Form auch immer, zur Vermehrung des Wohlstandes einer Person oder eines Volkes beiträgt, wie zum Beispiel Geldvermögen, Gebrauchsvermögen, Grund und Boden, aber auch die Bodenschätze, die menschliche Arbeitskraft und sogar das Klima. Die materielle Konzeption beschränkt den Vermögensbegriff auf das reproduzierbare Vermögen, das heißt auf die produzierten Produktionsmittel.¹¹ Beide Konzeptionen sind als Polarfälle einer ganzen Bandbreite von möglichen Vermögenskonzeptionen zu sehen. Während der materielle Vermögensbegriff sicherlich zu eng ist, um ein klares Bild der Vermögensverteilung zu entwerfen, ist der hedonistische Vermögensbegriff sicherlich zu weit gefaßt, denn schon allein die obigen Beispiele zeigen, welche methodischen Probleme eine solche Konzeption aufwirft. In der Regel wird nach einem Kompromiß zwischen beiden Begriffen gesucht. Dies verlangt ständiges Abwägen zwischen Logik einerseits und Zweckmäßigkeit andererseits.¹² Eine weit gefaßte Konzeption des Vermögens privater Haushalte zeigt Abbildung 2.1.

Abb. 2.1: Das Vermögen der privaten Haushalte^a



^a jeweils abzüglich darauf lastender Schulden.

Quelle: eigene Abbildung auf Basis von Schломann, Heinrich: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, Frankfurt/M./New York 1992, S. 26.

Hinsichtlich des Humankapitals (Arbeitsvermögens) wird betont, daß es zwar weitgehend obige Funktionen erfülle und eindeutig einen personellen Bezug aufweise, die Einbeziehung aber derart schwierige theoretische und statistische Probleme aufwerfe, daß dies nicht in sinnvoller Weise geschehen könne.¹³ Dräger vertritt die Meinung, daß eine zusätzliche Berücksichtigung des Humankapitals eine im Zeitablauf abneh-

¹¹ Vgl. Schmidt, Klaus-Dieter: a.a.O., S. 36f.

¹² Vgl. Schmidt, Klaus-Dieter: a.a.O., S. 37f.

¹³ Vgl. Brümmerhoff, Dieter: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, 5. Aufl., München/Wien 1995, S. 127.

mende Differenzierung der Vermögensverteilung zeigen müßte. Er begründet dies mit der zunehmenden Gleichheit der Ausbildungschancen.¹⁴

Diskussionsbedürftig ist ebenfalls die Frage, ob Rentenansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) Vermögenswerte darstellen, analog zu Ansprüchen aus privaten Lebensversicherungen, die ohne Zweifel zum Vermögen gehören und regelmäßig Gegenstand der Betrachtung bei Analysen der personellen Vermögensverteilung sind.¹⁵ Für die Einbeziehung spricht die weitreichende Sicherheitsfunktion für die privaten Haushalte, die mit diesen Ansprüchen verbunden ist.¹⁶ Bei Nichtexistenz der GRV müßten die Beitragszahler nämlich entsprechend den Selbständigen-Haushalten, bspw. in Form von Lebensversicherungen, für ihre Absicherung sorgen. Dagegen spricht allerdings, daß Ansprüche aus der GRV nur schwer kapitalisierbar bzw. liquidisierbar sind.¹⁷ Darüber hinaus kommt es aufgrund des Umlageverfahrens gesamtwirtschaftlich zu keiner nennenswerten Vermögensbildung.¹⁸ Hinsichtlich der personellen Vermögensverteilung, also aus mikroökonomischer Sicht, greift dieser Einwand allerdings nicht bzw. trifft nicht das Problem.¹⁹ So wäre nämlich durch die Einbeziehung des Sozialvermögens eine Abnahme der Disparität zu erwarten.²⁰ Zudem ist aber auch die Einbeziehung des Sozialvermögens mit enormen methodischen Problemen verbunden.²¹

¹⁴ Vgl. Dräger, Heinrich: Der Begriff des Vermögens in der sozialpolitischen Diskussion, in: Der Mensch im sozioökonomischen Prozeß. Festschrift für Wilfried Schreiber zum 65. Geburtstag, hrsg. von Franz Greiß, Philipp Herder-Dornreich und Wilhelm Weber, Berlin 1969, S. 389 - 396, hier S. 392f. Zur Relevanz des Humankapitals für die Vermögensverteilung vgl. auch Juster, Thomas F.: A Framework for the Measurement of Economic and Social Performance, in: The Measurement of Economic and Social Performance, hrsg. von Milton Moss, New York/London 1973, S. 25 - 84, hier S. 44f.

¹⁵ Vgl. Schmidt, Klaus-Dieter: a.a.O., S. 42.

¹⁶ Vgl. Dräger: a.a.O., S. 395f.

¹⁷ Vgl. Brümmerhoff, a.a.O., S. 126.

¹⁸ Vgl. Schmidt, Klaus-Dieter: a.a.O., S. 42f.

¹⁹ Vgl. Härtel, Hans-Hagen: Die Problematik des Vermögensbegriffs - dargestellt am Beispiel der Renten- und Pensionsansprüche, in: Wirtschafts- und Sozialstatistik. Heinz Grohmann zum 65. Geburtstag, hrsg. von Klaus Hanau, Reinhard Hujer und Werner Neubauer, Göttingen 1986, S. 81 - 101, hier S. 84.

²⁰ Vgl. Dräger: a.a.O., S. 395.

²¹ Vgl. Dräger: a.a.O., S. 394, vgl. auch Härtel: a.a.O., S. 94. Eine Schätzung des Privatvermögens unter Einbeziehung des Versorgungsvermögens führte bspw. Hober durch. Vgl. Hober, Rolf-Jürgen: Versorgungsvermögen in der Vermögensverteilung. Die Kapitalisierung der Versorgungsansprüche mit Vermögenscharakter und ihre Einbeziehung als Versorgungsvermögen in die personelle Vermögensverteilung der Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1973, Tübingen 1981.

Die Notwendigkeit der Einbeziehung des Gebrauchsvermögens²² läßt sich bei Zugrundelegung obiger Kriterien sicher vertreten, auch wenn es sich bspw. oft um nur schwer liquidisierbare Güter handelt. Aber auch hier sind der Erhebung, zum einen durch die Bewertungsprobleme und zum anderen durch die Unmöglichkeit diese Güter vollständig erfassen zu wollen, Grenzen gesetzt.²³ Auch bezüglich des Gebrauchsvermögens ist Dräger der Meinung, daß die Berücksichtigung eine Nivellierung der Vermögensverteilung zur Folge hätte.²⁴ Plausibel ist aber ebenso, daß die Bestände an Gebrauchsvermögen mit dem Einkommen und dem Geldvermögen eng korrelieren.²⁵

2.4 Einordnung des Untersuchungsgegenstandes

Der dieser Analyse zugrunde liegende Vermögensbegriff orientiert sich also eindeutig eng an der materiellen Konzeption. Bezüglich obiger Abbildung umfaßt er den Zweig „Geldvermögen im engeren Sinne“ und den Zweig „Grund und Boden“, soweit dieser den privaten Haushalten im Rahmen des Grundvermögens zugeordnet ist. Vom Zweig des „investierten Produktivvermögens“ wird das Immobilienvermögen privater Haushalte in Form von Häusern u.ä. einbezogen sowie der Teil des Produktivvermögens, der in Aktien angelegt ist, die von privaten Haushalten gehalten werden, allerdings werden diese (fälschlicherweise) im Rahmen des Geldvermögens im engeren Sinne erfaßt.

Das Betriebsvermögen (Produktivvermögen ohne Aktienvermögen) wird damit leider nicht berücksichtigt, obwohl gerade dieses in der Regel hoch konzentriert ist.²⁶ Humankapital, Sozialvermögen und Gebrauchsvermögen bleiben ebenfalls im Rahmen der Untersuchung ausgeklammert. Eine genauere Strukturierung der einzelnen hier einbezogenen Vermögensarten sowie der jeweils verwendeten Bewertungskonzepte erfolgt in den entsprechenden Abschnitten der empirischen Analyse.

²² Zur Abgrenzung des Gebrauchsvermögens siehe z.B. Schäfer, Dieter/Bolleyer, Rita: Das Gebrauchsvermögen privater Haushalte (Bestände und Käufe 1970 bis 1983), in: *Wirtschaft und Statistik* 8/1993, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1993, S. 527 - 537, hier S. 528, vgl. auch Pöschl, Hannelore: Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern im Januar 1993, in: *Wirtschaft und Statistik* 12/1993, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1993, S. 924 - 928, hier S. 924.

²³ Vgl. Schäfer/Bolleyer: a.a.O., S. 528 - 530.

²⁴ Vgl. Dräger: a.a.O., S. 391f, vgl. auch Andersen: a.a.O., S. 41.

²⁵ Vgl. z.B. die Analyse von Thiele, Silke: *Vermögen und Schulden privater Haushalte unterer Einkommensgruppen*, Düsseldorf 1995, S. 54 - 59.

²⁶ Vgl. z.B. Mierheim, Horst/Wicke, Lutz: *Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland*, Tübingen 1978, S. 68 - 72 oder auch Schломann, Heinrich: *Vermögensverteilung und private Altersvorsorge*, Frankfurt/M./New York 1992, S. 158, Tab. 6.12.

3. Methodische Ausführungen

3.1 Das verfügbare Datenmaterial zur Analyse der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland

Das vorhandene Datenmaterial läßt sich in zwei Kategorien einteilen:

1. Datenmaterial, daß vorwiegend zur Behandlung gesamtwirtschaftlicher Fragestellungen dient, sogenannte Makrodaten. Diese Statistiken setzt man entsprechend zur Analyse der sektoralen Vermögensverteilung bzw. zur Abschätzung des Volksvermögens ein. Zur Behandlung von Fragen bezüglich der personellen Verteilung sind sie ungeeignet.
2. Datenmaterial, daß sich auf einzelne Personen bzw. Haushalte bezieht, sogenannte Individualdaten oder auch Mikrodaten. Diese Statistiken können Aufschluß über Fragestellungen der personellen Verteilung geben. Die Abschätzung gesamtwirtschaftlicher Größen damit, führt dagegen meist zu groben Fehlern.

3.1.1 Makrodatenquellen

3.1.1.1 Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) ist ein auf der Kreislaufanalyse der Wirtschaftstheorie basierendes System, deren Erkenntnisziele damit rein gesamtwirtschaftlicher Natur sind.¹ Die Darstellung geschieht entsprechend in Stromgrößen (Güter-, Einkommens- und Finanzierungsströme), sie wird aber durch Bestandsdaten, insbesondere über das Sach- und Geldvermögen, ergänzt.² Die Gliederung der Wirtschaftseinheiten erfolgt in Form von Sektoren. In einer groben Untergliederung werden Unternehmen, Staat, private Haushalte einschl. der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (pOoE) sowie das Ausland unterschieden.³ Aussagen nur über die privaten Haushalte sind also nicht direkt ableitbar. Die vermögensbezogenen Daten sollen in erster Linie die Höhe und Zusammensetzung des Vermögens nach Vermögensarten für die verschiedenen Gruppen von Wirtschaftseinheiten zeigen.⁴ Das Statistische Bundesamt (StBA) erfaßt und veröffentlicht im Rahmen der VGR nur Daten über

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen, 1993 Hauptbericht, Stuttgart 1994, S. 19.

² Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, VGR, 1993 Hauptbericht, a.a.O., S. 19.

³ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, VGR, 1993 Hauptbericht, a.a.O., S. 24.

⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, VGR, 1993 Hauptbericht, a.a.O., S. 19.

das reproduzierbare Sachvermögen.⁵ Dies ist hinsichtlich des damit nicht erfaßten Grundvermögens besonders bedauerlich und erstaunlich. Das reproduzierbare Sachvermögen setzt sich zusammen aus dem Anlage- und Vorratsvermögen. Das Bauvermögen der privaten Haushalte wird zum Unternehmenssektor gerechnet.⁶ Das Anlagevermögen wird brutto und netto nachgewiesen, das heißt ohne und mit Berücksichtigung der einsetzenden Wertminderung. Die Bewertung erfolgt mit Wiederbeschaffungspreisen, Anschaffungspreisen und konstanten Preisen.⁷ Neuerdings wird als Erweiterung der Berechnung des reproduzierbaren Sachvermögens auch das Gebrauchsvermögen der privaten Haushalte erfaßt und veröffentlicht. Das Gebrauchsvermögen wird dabei nach vier Gütergruppen untergliedert und nach den gleichen Bewertungskonzepten wie das Anlagevermögen sowie brutto und netto berechnet.⁸

3.1.1.2 Die gesamtwirtschaftliche Finanzierungs- und Geldvermögensrechnung der Deutschen Bundesbank

Die gesamtwirtschaftliche Finanzierungs- und Geldvermögensrechnung hat das Ziel, einen umfassenden Überblick über das Anlage- und Finanzierungsverhalten der am wirtschaftlichen Geschehen beteiligten Akteure zu vermitteln. Sie gibt vor allem Aufschluß über Geldvermögensbildung und Kreditbeziehungen zwischen und innerhalb der einzelnen Sektoren sowie über die Beziehungen zum Ausland.⁹ Seit 1971 publiziert die Deutsche Bundesbank (Buba) auch Bestandsgrößen zu Forderungen und Verpflichtungen.¹⁰ Den Ergebnissen der Finanzierungsrechnung sind jeweils Angaben zur Sachvermögensbildung, zur Ersparnis und zu den Vermögensübertragungen vorangestellt.¹¹ Die Finanzierungsrechnung bildet ebenso einen fest integrierten Teil der VGR, da vom StBA, wie erwähnt, nur das Sachvermögen ermittelt wird.¹² Die Darstellung

⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, VGR, 1993 Hauptbericht, a.a.O., S. 88.

⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, VGR, 1993 Hauptbericht, a.a.O., S. 88f.

⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, VGR, 1993 Hauptbericht, a.a.O., S. 89.

⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, VGR, 1993 Hauptbericht, a.a.O., S. 90, vgl. auch Schäfer/Bolleyer: a.a.O., S. 530f.

⁹ Vgl. Deutsche Bundesbank: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 - 1987, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4, 5. Aufl., Frankfurt/M. 1988, S. 131.

¹⁰ Vgl. Deutsche Bundesbank: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung, a.a.O., S. 132.

¹¹ Vgl. Deutsche Bundesbank: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung, a.a.O., S. 132.

¹² Vgl. Deutsche Bundesbank: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung, a.a.O., S. 131.

der Ergebnisse¹³ erfolgt nur in sektoraler Gliederung, so daß eine Verwendung hinsichtlich von Verteilungsfragen nur bezüglich der Verteilung auf einzelne Sektoren brauchbar ist. Als Sektoren werden private Haushalte einschl. pOoE, nicht-finanzielle Unternehmen einschl. privater Wohnungswirtschaft, Banken, Bausparkassen, Versicherungen, öffentliche Haushalte und das Ausland unterschieden.¹⁴

3.1.2 Mikrodatenquellen

3.1.2.1 Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)

Da sich die vorliegende Arbeit im Wesentlichen auf die EVS stützt, wird diese etwas ausführlicher dargestellt sowie das Problem der Zuverlässigkeit von Erhebungen ohne Auskunftspflicht, als ein wesentlicher Teilaspekt der EVS, erörtert. Schließlich wird auf die Besonderheiten der in dieser Arbeit verwendeten EVS-Datenbank kurz eingegangen.

3.1.2.1.1 Ziel, Konzept und Inhalt

1962/63 führte das Statistische Bundesamt in Verbindung mit den statistischen Landesämtern die erste Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) durch. Sie findet seitdem im regelmäßigen Turnus von fünf Jahren statt, zuletzt 1993.¹⁵ Aufgabe der EVS ist es, ein möglichst umfassendes Bild von der wirtschaftlichen und sozialen Lage der privaten Haushalte aller Bevölkerungsgruppen zu vermitteln.¹⁶ Die Erhebung wird nach dem sogenannten Quotenverfahren durchgeführt und die Teilnahme an ihr ist freiwillig.¹⁷ Daraus ergeben sich zahlreiche Probleme auf die weiter unten noch eingegangen wird. Seit 1993 wird die EVS für Gesamtdeutschland durchgeführt, wobei die Ergebnisse aber für beide Landesteile noch getrennt ausgewiesen werden, da man die Wohlstandsunterschiede weiterhin als signifikant einstuft, was durch eine

¹³ Eine getrennte Darstellung für West- und Ostdeutschland erfolgt, anders als bei der VGR, seit 1993 (Berichtsjahr) nur noch durch ergänzende Schätzungen und wird seit 1995 schließlich gar nicht mehr vorgenommen. Vgl. Deutsche Bundesbank: Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahre 1994, Monatsbericht Mai 1995, Frankfurt/M. 1995, S. 17 - 43, hier S. 17.

¹⁴ Vgl. Deutsche Bundesbank: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung, a.a.O., S. 132f.

¹⁵ Vgl. Euler, Manfred: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, in: Wirtschaft und Statistik 7/1992, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1992, S. 463 - 469, hier S. 463.

¹⁶ Vgl. Euler: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, a.a.O., S. 464.

¹⁷ Vgl. Euler: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, a.a.O., S. 467.

gemeinsame Betrachtung verwischt werden würde.¹⁸ Leider werden Ausländer erst seit 1993 in die Erhebung einbezogen. Nicht beteiligt sind allerdings weiterhin Personen in Gemeinschaftsunterkünften und Anstalten.¹⁹ Ebenfalls nicht einbezogen sind Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr.²⁰ Diese Einschränkung wurde notwendig, weil sich diese Haushaltsgruppe nur in unzureichender Anzahl an der Erhebung beteiligen würde. Dies ist insofern zu bedauern, da in dieser Gruppe eine besonders hohe Konzentration des Vermögens zu erwarten ist. Ebenso wird dadurch natürlich die Vergleichbarkeit mit anderen Statistiken erheblich beeinträchtigt.²¹ Für den Nachweis von Häufigkeitsverteilungen, sind allerdings keine nennenswerten Verzerrungen zu vermuten.²² Die Abschneidegrenzen betragen bei der EVS '83 und '88 jeweils 25.000 DM.²³ Laut Gesetz dürfen maximal 0,3% aller privaten Haushalte befragt werden. Die Hochrechnung erfolgt mit aus dem Mikrozensus des Vorjahres (ab 1993 des gleichen Jahres) abgeleiteten schichtenspezifischen Hochrechnungsfaktoren.²⁴ Das Erhebungsprogramm der EVS umfaßt regelmäßig neben demographischen Variablen auch Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte sowie das Vermögen.²⁵ Kern des in der EVS integrierten Schlußinterviews, bilden Fragen nach dem Geld-, Haus- und Grundvermögen sowie den Schulden.²⁶ Zu Beginn der Erhebung werden die Haushalte ebenfalls nach Beständen an ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern gefragt.²⁷ Bei der Erhebung der Vermögensbestände ergeben sich die üblichen Abgrenzungs-, Erfassungs- und Bewertungsprobleme. Ein weiteres Problem im Rahmen von Haushaltsbefragungen ist, daß die eigene Vermögenssituati-

¹⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte, Stuttgart 1995, S. 7*.

¹⁹ Dazu zählen bspw. Bewohner von Alters- und Pflegeheimen, die Angehörigen der Bereitschaftspolizei und des Bundesgrenzschutzes sowie der Bundeswehr.

²⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, a.a.O., S. 8*.

²¹ Vgl. Euler, Manfred: Probleme der Erfassung von Vermögensbeständen privater Haushalte in Einkommens- und Verbrauchsstichproben, in: Wirtschaft und Statistik 4/1981, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Mainz 1981, S. 249 - 252, hier S. 251.

²² Vgl. Euler, Manfred: Der Beitrag der Einkommens- und Verbrauchsstichproben zur Erfassung der Vermögensbestände privater Haushalte, in: Allgemeines Statistisches Archiv 1972, 56. Bd., hrsg. von Adolf Blind u.a., Göttingen 1972, S. 98 - 107, hier S. 103.

²³ Vgl. Euler, Manfred: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988, in: Wirtschaft und Statistik 11/1990, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1990, S. 798 - 808, hier S. 799.

²⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, a.a.O., S. 9* u. Euler, Manfred: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988, in: Wirtschaft und Statistik 8/1987, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Mainz 1987, S. 662 - 667, hier S. 666.

²⁵ Vgl. Euler: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, a.a.O., S. 465.

²⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, a.a.O., S. 7*.

on ein besonders sensibler Bereich für die Haushalte darstellt, so daß hier Dritten nur ungerne Einblick gewährt wird.²⁸ Bedauerlich ist auch die lange Aufbereitungsdauer des Erhebungsmaterials. Ein besonderer Vorteil der EVS ist hingegen die Möglichkeit, die Vermögenssituation der privaten Haushalte in Abhängigkeit ihrer sozio-ökonomischen Position zu analysieren, so daß differenzierte Aussagen über die personelle Vermögensverteilung, insbesondere des Geld- und Grundvermögens, möglich sind. Die vorliegende Arbeit wird deshalb diese Erhebung zur Datenbasis haben.

3.1.2.1.2 Zuverlässigkeit von Erhebungen ohne Auskunftspflicht

Die Auswahl der Erhebungseinheiten erfolgt im Rahmen der EVS in Form einer Quotenauswahl.²⁹ Dieses Verfahren wird häufig bei Teilerhebungen ohne Auskunftspflicht angewandt. Bei zufallsgesteuerter Auswahl müßte nämlich mit erheblichen Antwortausfällen gerechnet werden.³⁰ So nimmt man für die EVS beispielsweise an, daß bei einer Zufallsauswahl nur ca. 50% bis 70% der Befragten³¹ zur Auskunftserteilung bereit wären. Dies würde die Ergebnisse aber derart verzerren, daß sie aussagegelos würden.³² Der Quotenauswahl liegt die Annahme zugrunde, daß eine Teilerhebung, die in einigen Merkmalen ein Miniaturbild der Gesamtheit ist, auch für andere Merkmale die Verhältnisse unverzerrt widerspiegelt. Durch Vorgabe von Quoten (sog. Erhebungssolls) für bestimmte Merkmale wird dann versucht, eine entsprechende Teilerhebung zusammenzusetzen.³³ Basis für die Ermittlung des Erhebungssolls ist der Mikrozensus des Vorjahres.³⁴ Die Entwicklung in den letzten Jahren zeigte, daß es aufgrund einer abnehmenden Teilnahmebereitschaft immer schwieriger wird, das Erhebungssoll zu erreichen (vgl. Tab. 3.1). Besonders hoch ist die Bereitschaft bei Be-

²⁷ Vgl. Euler: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, a.a.O., S. 465.

²⁸ Vgl. Euler: Probleme der Erfassung von Vermögensbeständen privater Haushalte, a.a.O., S. 249 - 252.

²⁹ Vgl. Pöschl, Hannelore: Werbung und Beteiligung der Haushalte an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, in: Wirtschaft und Statistik 6/1993, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1993, S. 385 - 390, hier S. 385.

³⁰ Vgl. Krug, Walter/Nourney, Martin/Schmidt, Jürgen: Wirtschafts- und Sozialstatistik (Gewinnung von Daten), 3. Aufl., München 1994, S. 55. Vgl. für die folgenden Ausführungen auch Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 7, Aufgabe, Methode und Durchführung, Stuttgart 1997, hier S. 7f.

³¹ Bei einer Probeerhebung der EVS im Jahre 1961 hatten sogar 69% der Haushalte eine Beteiligung strikt abgelehnt. Vgl. Euler: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, a.a.O., S. 467.

³² Vgl. Pöschl: Werbung und Beteiligung der Haushalte, a.a.O., S. 385.

³³ Vgl. Krug/Nourney/Schmidt: a.a.O., S. 54f.

³⁴ Vgl. Pöschl: Werbung und Beteiligung der Haushalte, a.a.O., S. 385.

amten- und Angestellten-Haushalten, während sie bei Haushalten von Selbständigen, Landwirten und Arbeitern deutlich geringer ist. Haushalte mit mittlerem Einkommen sind eher zur Mitwirkung bereit als Haushalte mit niedrigem oder hohem Einkommen.³⁵ Damit bestätigt sich der schon bei früheren Erhebungen beobachtete „Mittelstandsbias“, das heißt die Mittelschicht ist überrepräsentiert, hingegen Problem- und Randgruppen unterrepräsentiert.³⁶ Dies führt dazu, daß weitere Untergliederungen der unterrepräsentierten Gruppen nach haushaltsstatistischen Merkmalen nicht ganz unproblematisch sind.³⁷

Tab. 3.1: Teilnahmebereitschaft der Haushalte an den Einkommens- und Verbrauchsstichproben (jew. Prozent des Erhebungssolls)^a

soziale Stellung	Teilnahmebereitschaft an der EVS				
	1973	1978	1983	1988	1993
Selbständige	117	124	91	76	60
Landwirte	128	133	103	105	55
Beamte	344	323	158	159	117
Angestellte	250	215	141	144	127
Arbeiter	101	99	70	86	61
Nichterwerbstätige	111	98	115	137	103

^a beachte 1973 bis 1988 nur früheres Bundesgebiet.

Quelle: Pöschl: Werbung und Beteiligung der Haushalte, a.a.O., S. 387, Tab. 2.

Eine weitere Einschränkung der Repräsentativität tritt dadurch ein, daß bereits nach dem ersten Grundinterview viele Haushalte ihre Zusage zur weiteren Mitarbeit zurückziehen.³⁸ Die Anpassung der in der Stichprobe erfaßten Haushalte an die Grundgesamtheit erfolgt dann durch schichtenspezifische Hochrechnungsfaktoren.³⁹ Zur Beurteilung der Qualität eines Mikrodatensatzes kann versucht werden, hochgerechneten Stichprobenergebnissen entsprechende Makroaggregate gegenüberzustellen.⁴⁰ Die Repräsentativität wird natürlich auch durch den Ausschluß der Anstaltsbevölke-

³⁵ Vgl. Pöschl: Werbung und Beteiligung der Haushalte, a.a.O., S. 387.

³⁶ Vgl. Pöschl: Werbung und Beteiligung der Haushalte, a.a.O., S. 388. Ein ausgesprochener Mittelstandsbias konnte auch bei Fragen ohne Auskunftspflicht im Rahmen des Mikrozensus festgestellt werden. Wobei die Untersuchungen zeigten, daß keine Aussage über das absolute Ausmaß der Verzerrungen möglich ist, mit der Konsequenz erheblicher Qualitätsverluste des Datenmaterials. Vgl. dazu Riede, Thomas/Emmerling, Dieter: Analysen zur Freiwilligkeit der Auskunftserteilung im Mikrozensus, in: Wirtschaft und Statistik 9/1994, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1994, S. 733 - 742, hier S. 741f. Zur Konstruktion eines Schätzmodells zur Quantifizierung des systematischen Fehlers, vgl. Bihler, Wolf/Meyer, Kurt/Schmidt, Jürgen: Zur Zuverlässigkeit von Bevölkerungsstichproben ohne Auskunftspflicht, in: Heft 5 der Schriftenreihe Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden 1988.

³⁷ Vgl. Pöschl: Werbung und Beteiligung der Haushalte, a.a.O., S. 389.

³⁸ Vgl. Pöschl: Werbung und Beteiligung der Haushalte, a.a.O., S. 389f.

³⁹ Vgl. Krug/Nourney/Schmidt: a.a.O., S. 54f.

⁴⁰ Vgl. z.B. Becker, Irene: Stabilität in der Einkommensverteilung - Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland bis zur Wiedervereinigung, EVS-Projekt, Arbeitspapier Nr. 6, Frankfurt/M. 1995, S. 9.

rung, der „Spitzenverdiener“ sowie für die Jahre bis 1993 der Ausländerhaushalte eingeschränkt. Verzerrend wirkt sicher auch, daß die Heraufsetzung der Abschneidegrenze relativ unsystematisch erfolgt. Nicht nachgewiesen werden konnte bisher allerdings, daß es sich bei den auskunftsbereiten Haushalten um eine besonders kluge, sparsame oder ökonomisch wirtschaftende Haushaltsgruppe handelt.⁴¹

3.1.2.1.3 Besonderheiten der hier verwendeten EVS-Datenbank

An der J. W. Goethe-Universität Frankfurt/M. sind die (anonymisierten) Individualdaten der EVS 1962/63 bis 1988 als Datenbank implementiert, so daß die Möglichkeit besteht, Verteilungsanalysen auf Basis von Mikrodaten durchzuführen. Allerdings erhält die Universität regelmäßig nur eine Unterstichprobe von 98% und mit zum Teil gerundeten Werten. Haushalte mit sieben und mehr Personen sind im Datensatz nicht mehr enthalten. Da diese Haushalte aber nur einen sehr kleinen Anteil der hochgerechneten Haushalte ausmachen, dürfte dies keine größeren Auswirkungen auf die Qualität der Ergebnisse haben.

3.1.2.2 Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP)

Auf Initiative des Sonderforschungsbereichs 3 der Universitäten Frankfurt/M. und Mannheim entstand im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)⁴² die Konzeption einer jährlichen Wiederholungsbefragung (Panel) zur Ermittlung von Mikro-Längsschnittdaten, welche nun seit 1984 durchgeführt wird.⁴³ Das besondere an Panel-Erhebungen ist, daß bei denselben Haushalten (sowie bei später daraus hervorgehenden Haushalten) bestimmte Informationen in bestimmten Zeitabständen (Wellen) wiederholt erfragt werden.⁴⁴ Zu Beginn des Projekts waren in die Erhebung ca. 6000 Privathaushalte eingebunden. Mittlerweile ist die Erhebung um zwei weitere Stichproben

⁴¹ Vgl. Euler: Der Beitrag der Einkommens- und Verbrauchsstichproben zur Erfassung der Vermögensbestände privater Haushalte: a.a.O., S. 100.

⁴² Das Panel wurde mittlerweile vom DIW ganz übernommen, wobei aber die Erhebung selbst von Infratest Sozialforschung (München) durchgeführt wird.

⁴³ Vgl. Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel: Zehn Jahre Sozio-ökonomisches Panel (SOEP), in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/2, 1993, hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1993, S. 27 - 42, hier S. 27.

⁴⁴ Vgl. Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel: Das Sozio-ökonomische Panel für die Bundesrepublik Deutschland nach fünf Wellen, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2/3, 1990, hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1990, S. 141 - 151, hier S. 142f und Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel: Zehn Jahre Sozio-ökonomisches Panel (SOEP): a.a.O., S. 27.

erweitert worden, so daß jetzt ca. 8500 Haushalte befragt werden. Ausländer sind in das SOEP seit Beginn einbezogen, ostdeutsche Haushalte seit 1990.⁴⁵ Ein ausgeprägter Mittelstandsbias konnte für das SOEP bisher nicht nachgewiesen werden.⁴⁶ Im Rahmen des SOEP werden neben sozio-ökonomischen Grunddaten, insbesondere Angaben zur Wohnung, zum Einkommen sowie zum Vermögen erfragt. Eine zu erstellende Familien- und Erwerbsbiographie gibt z.B. zusätzlich Aufschluß über Erbschaften.⁴⁷ Jede Welle enthält zudem einen spezifischen Befragungsschwerpunkt, dieser war 1988 Vermögen und Vermögensbildung.⁴⁸ Neben der EVS ist, trotz des wesentlich kleineren Stichprobenumfangs, das SOEP sicher die adäquateste Datenquelle zur Analyse der Vermögensverteilung. Zudem bietet es die Möglichkeit, durch die schon 1990 begonnene Einbeziehung der Osthaushalte, den Transformationsprozeß in den neuen Bundesländern genau zu beobachten.⁴⁹

3.1.2.3 Die Vermögensteuerstatistik

Die Verwendung der Vermögensteuerstatistik für die Analyse der personellen Vermögensverteilung ist aus mehreren Gründen problematisch und unzweckmäßig. Insgesamt wird nämlich wegen der hohen persönlichen Freibeträge (1996: 120.000 DM)⁵⁰ nur ein geringer Teil der privaten Haushalte erfaßt (1989 bspw. nur 3,4%⁵¹).⁵² Darüber hinaus wird Haus- und Grundbesitz sowie das Betriebsvermögen zu sogenannten Einheitswerten bewertet. Diejenigen für Haus- und Grundbesitz wurden nach den Wert-

⁴⁵ Vgl. Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel: Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1, 1995, hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1995, S. 5 - 15, hier S. 5.

⁴⁶ Vgl. Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel: Zehn Jahre Sozio-ökonomisches Panel (SOEP): a.a.O., S. 32, 34, 41. Allerdings ergeben sich beim SOEP sogenannte „Panel-Effekte“ und „Recall-Probleme“, siehe dazu Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel: Zehn Jahre Sozio-ökonomisches Panel (SOEP): a.a.O., 38 - 40.

⁴⁷ Vgl. Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel: Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994: a.a.O., S. 5.

⁴⁸ Vgl. Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel: Das Sozio-ökonomische Panel für die Bundesrepublik Deutschland nach fünf Wellen: a.a.O., S. 142.

⁴⁹ Vgl. z.B. Wagner, Gert: Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) - Eine Brücke zwischen der DDR und den Neuen Bundesländern, in: Vom sozialistischen Versorgungsstaat zum Sozialstaat Bundesrepublik: Ausbau oder Abbau der sozialen Lage in den neuen Bundesländern?, hrsg. von Jürgen Zerche, Regensburg 1994, S. 191 - 209, hier S. 191f.

⁵⁰ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): Unsere Steuern von A - Z, Ausgabe 1996, 17. Aufl., Bonn 1996, S. 150.

⁵¹ Vgl. Schöffel, Roland: Vermögen und seine Besteuerung 1989, in: Wirtschaft und Statistik 10/1993, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1993, S. 750 - 758, hier S. 750 u. 752.

⁵² Allerdings eröffnet sich hier die Möglichkeit zur Analyse besonders großer Vermögen, die in der EVS größtenteils wegen der Abschneidegrenze nicht erfaßt werden. Siehe z.B. Baron, Dietmar: Die

verhältnissen von 1964 ermittelt und nur einmal einheitlich durch einen Aufschlag von 40% 1974 erhöht.⁵³ Das Betriebsvermögen hingegen wird wesentlich zeitnaher, i.d.R. alle drei Jahre, bewertet.⁵⁴ Dies führte zu einer extremen Ungleichbewertung jeweils innerhalb des Grund- und Betriebsvermögens, zwischen Grund- und Betriebsvermögen sowie zwischen Grund- und Betriebsvermögen und den übrigen Vermögensarten.⁵⁵ Zudem ist die Vermögenssteuer in Ostdeutschland seit 1991 und in Westdeutschland seit 1997 ausgesetzt, so daß diese in Zukunft als Datengrundlage ganz wegfällt, sofern es nicht zu Neuregelungen kommt.⁵⁶

3.1.2.4 Die Einheitswertstatistik

Im Rahmen der Einheitswertstatistik werden im Inland gelegene Haus- und Grundvermögen, Betriebe der Land- und Forstwirtschaft sowie gewerbliche Betriebe erfaßt. Nicht zuletzt wegen der Bewertung, sind der Verwendung dieser Erhebung ebenfalls enge Grenzen gesetzt (es gelten die Ausführungen zur Vermögenssteuerstatistik).⁵⁷ Begrenzt möglich ist allerdings die Heranziehung der Einheitswertstatistik zur Analyse des privaten Betriebsvermögens, das innerhalb der EVS nur unzureichend erfaßt wird.⁵⁸

3.2 Indikatoren zur empirischen Beschreibung der Konzentration

3.2.1 Problemstellung und Ziele

Um dem Erkenntnisziel der Arbeit entsprechende Aussagen treffen zu können, bedarf es Maßzahlen zur Beschreibung der Konzentration. Konzentration bedeutet, die mehr

personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Bestimmungsgründe, Frankfurt/M. u.a. 1988, S. 170.

⁵³ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): a.a.O., S. 149f.

⁵⁴ Vgl. Schöffel, Roland: Einheitswerte der gewerblichen Betriebe 1989, in: Wirtschaft und Statistik 3/1994, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1994, S. 224 - 230, hier S. 224.

⁵⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 14, Finanzen und Steuern, Reihe 7.4, Vermögenssteuer, Hauptveranlagung 1989, Stuttgart 1993, S. 7. Vgl. dazu auch Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen: Die Einheitsbewertung in der Bundesrepublik Deutschland - Mängel und Alternativen, Schriftenreihe des Bundesministeriums der Finanzen, Heft 41, hrsg. vom Bundesministerium der Finanzen, Bonn 1989, S. 1 und 6f.

⁵⁶ Das Bundesverfassungsgericht hatte mit seinem Beschluß vom 22. Juni 1995 entschieden, daß das geltende Recht mit dem Gleichheitsgrundsatz unvereinbar ist. Vgl. Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): a.a.O., S. 148f.

⁵⁷ Zusätzlich wird wegen hoher Freibeträge ein Großteil der Betriebe nicht einbezogen, allerdings ist aufgrund der hohen Konzentration zumindest ein hoher Anteil des gesamten privaten Betriebsvermögens erfaßt. Vgl. Schöffel: Einheitswerte der gewerblichen Betriebe: a.a.O., S. 225.

oder weniger ausgeprägte ungleichmäßige Verteilung eines Gesamtmerkmalsbetrags (z.B. Nettogeldvermögen) auf die einzelnen Merkmalsträger (z.B. Haushalte).⁵⁹ Das Interesse richtet sich hier nur auf Formen relativer Konzentration. Die Betrachtung einzelner Merkmalsträger ist hier von geringer Bedeutung.⁶⁰ Mit den Maßzahlen wird sowohl der intertemporale als auch der intergruppen Vergleich angestrebt.⁶¹ Der Vergleich kann dabei entweder ordinale oder kardinale Zielsetzungen haben. Beim ersten versucht man verschiedene Verteilungen nur in eine Rangfolge zu bringen, beim zweiten geht es auch um die numerische Quantifizierung des Unterschieds des Konzentrationsgrades.⁶²

3.2.2 Anforderungen an Konzentrationsmaße

Konzentrationsmaße sollten den folgenden Anforderungen genügen:

a) Unempfindlichkeit gegenüber proportionalen Transformationen

Ein Ungleichheitsmaß sollte unempfindlich gegenüber proportionalen Transformationen aller Merkmalswerte sein. Werden also beispielsweise die Löhne aller um 10% erhöht, so soll sich der Wert des Ungleichheitsmaßes nicht ändern. Diese Bedingung wird auch „*Bresciani-Turroni-Bedingung*“ genannt.⁶³ Problematisch ist diese Forderung allerdings dann, wenn man beispielsweise die Einkommen aller halbiert und aufgrund dessen einzelne Personen/Haushalte das Existenzminimum nicht mehr erreichen.⁶⁴ Alternativ ist auch die Forderung nach additiver Invarianz möglich, dies ist aber insofern bedenklich, da jetzt das Ausmaß der Ungleichheit von der verwendeten Skaleneinheit abhängt.⁶⁵

⁵⁸ Auch auf Basis der Einheitswertstatistik hat Baron Schätzungen des Privatvermögens vorgenommen. Vgl. Baron: a.a.O., S. 68.

⁵⁹ Vgl. Pagenkopf, Jürgen: Verteilungs- und Konzentrationsmaße, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Bd. 8, hrsg. von Willi Albers u.a., Stuttgart u.a. 1980, S. 333 - 340, hier S. 333.

⁶⁰ Vgl. Pagenkopf: a.a.O., S. 334.

⁶¹ Vgl. Hartmann, Peter H.: Die Messung sozialer Ungleichheit, Freiburg i. Br. 1985, S. 78.

⁶² Vgl. Atkinson, Anthony B.: On the Measurement of Inequality, in: Journal of Economic Theory, vol. 2, no. 3, 1970, hrsg. von Karl Shell u.a., New York/London 1970, S. 244 - 263, hier S. 245, vgl. auch Hartmann: a.a.O., S. 78.

⁶³ Vgl. Lüthi, Ambros P.: Messung wirtschaftlicher Ungleichheit, Berlin/Heidelberg/New York 1981, S. 24.

⁶⁴ Vgl. Hauser, Richard: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, EVS-Projekt, Arbeitspapier Nr. 7, Frankfurt/M. 1996, S. 19f (erschieden in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wohlfahrtsmessung - Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel, Band 29 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Stuttgart 1996).

⁶⁵ Vgl. Hartmann: a.a.O., S. 83 - 86.

b) Unabhängigkeit von der Populationsbasis

Ändert sich nur die Anzahl der Merkmalsträger bei gleicher Verteilung des absoluten Merkmalsbetrags, die relative Häufigkeitsverteilung bleibt also konstant, so soll das Ungleichheitsmaß unverändert bleiben.⁶⁶ Hinsichtlich dieser Arbeit ist dies insbesondere hinsichtlich des intertemporalen Vergleichs relevant.

c) Unparteilichkeit zwischen Personen (Anonymitätsprinzip)

Werden die Merkmalsausprägungen zwischen Personen vertauscht, so soll sich das Ungleichheitsmaß nicht ändern, also bezüglich der Verteilung anonym sein.⁶⁷ Diese Forderung kann hinsichtlich politischer, ethischer oder soziologischer Vorstellungen als diskussionsbedürftig angesehen werden.⁶⁸

d) Transferprinzip

Der Transfer einer Geldeinheit von einem reicheren zu einem relativ ärmeren Individuum soll den Wert des Ungleichheitsmaßes verringern, vorausgesetzt der Geber hat nach dem Transfer immer noch mehr als der Empfänger. Dieses Kriterium wird auch als „*Pigou-Dalton-Bedingung*“ bezeichnet.⁶⁹

e) Transfersensitivität

In diesem Zusammenhang kann man zusätzlich fordern, daß das Ausmaß der Ungleichheitsreduktion vom Einkommens- oder Vermögensniveau des Empfängers abhängig sein soll. Das heißt, Transfers im unteren Bereich der Verteilung sollen ein höheres Gewicht erhalten als im oberen Bereich. Dies entspricht der These vom Gesetz des abnehmenden Grenznutzens.⁷⁰

f) additive Zerlegbarkeit

Der Vorteil additiv zerlegbarer Maße liegt darin, daß bei erschöpfender Aufteilung der Gesamtheit der Merkmalsträger in überschneidungsfreie Gruppen, die gesamte gemessene Ungleichheit in die Intra- und in die Inter-Gruppen-Ungleichheit aufgeteilt werden kann.⁷¹

⁶⁶ Vgl. Lüthi: a.a.O., S. 24.

⁶⁷ Vgl. Lüthi: a.a.O., S. 24.

⁶⁸ Vgl. Hauser: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, a.a.O., S. 5f und auch Hartmann: a.a.O., S. 79.

⁶⁹ Vgl. Lüthi: a.a.O., 24f.

⁷⁰ Vgl. Atkinson: On the Measurement of Inequality, a.a.O., S. 255f, auch Sen, Amartya: Ökonomische Ungleichheit, Frankfurt/M./New York 1975, S. 39f.

⁷¹ Vgl. Hauser: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, a.a.O., S. 21.

Die folgenden zwei Forderungen sind in den meisten Kriterienkatalogen unverständlicherweise nicht zu finden, ihre Bedeutung sollte man aber deshalb nicht unterschätzen.

g) Vollständigkeit

Ein Verteilungsmaß sollte alle betroffenen Merkmalswerte berücksichtigen.⁷²

h) Anschaulichkeit

Dies ist insbesondere dann wichtig, wenn der Wirtschafts- und Sozialpolitik Handlungsbedarf signalisiert werden soll.⁷³

3.2.3 Wohlfahrtstheoretische Annahmen

Sollen Verteilungen mit Hilfe statistischer Maßgrößen erfaßt und beurteilt werden, so kann diese Beurteilung nicht unabhängig sein von der Art ihrer statistischen Erfassung. Insofern vermischen sich zwangsläufig deskriptive und normative Aspekte im Konzept der Konzentrationsmessung.⁷⁴ Rein objektive Ungleichheitsmaße kann es also streng genommen gar nicht geben. So ist allen zu diskutierenden Verteilungsindikatoren gemeinsam, daß sie auf dem Modell des individuellen Utilitarismus basieren und von der Gleichverteilung als Referenzpunkt ausgehen.⁷⁵ Dies impliziert im einzelnen folgende Annahmen: Der Nutzen einzelner Individuen ist vergleichbar und aggregierbar, dies erfordert die Messung des Nutzenniveaus mit Hilfe einer allgemeinen Verhältnisskala (kardinale Nutzenmessung).⁷⁶ Alle Individuen weisen die gleiche Nutzenfunktion auf (von individuell anerkanntem Sonderbedarf wird abgesehen).⁷⁷ Der gesellschaftliche Gesamtnutzen ergibt sich als Summe der individuellen Einzelnutzen. Dies impliziert eine additiv separierbare gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktion.⁷⁸ Die Wohlfahrt des einzelnen wird folglich nicht durch die Wohlfahrt der anderen beeinflusst.⁷⁹ Weiter gilt das Anonymitätsprinzip.⁸⁰ Die Unterstellung der Gleichverteilung als Referenzpunkt abstrahiert von Formen der Leistungsgerechtigkeit, welche eine

⁷² Vgl. Blümle, Gerold: Theorie der Einkommensverteilung, Berlin/Heidelberg 1975, S. 33.

⁷³ Vgl. Blümle: a.a.O., S. 37.

⁷⁴ Vgl. Sen: a.a.O., S. 14 - 15.

⁷⁵ Vgl. Hauser: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, a.a.O., S. 19 - 24. Zum utilitaristischen Ansatz siehe auch Sen: a.a.O., S. 27 - 30.

⁷⁶ Vgl. Hauser: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, a.a.O., S. 4, 23.

⁷⁷ Vgl. Hauser: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, a.a.O., S. 4, 23.

⁷⁸ $W = f(U^1(y_1), U^2(y_2), \dots, U^n(y_n))$, wobei W = gesellschaftliche Gesamtwohlfahrt, U^i = individuelle Nutzenfunktion und y_i = Gesamtheit der individuellen Bedürfnisbefriedigungsmittel. Vgl. Hauser: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, a.a.O., S. 5, vgl. auch Atkinson: On the Measurement of Inequality, a.a.O., S. 245.

⁷⁹ Vgl. Hauser: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, a.a.O., S. 5.

mehr oder weniger ausgeprägte Ungleichheit rechtfertigen könnten.⁸¹ Aus diesen Überlegungen wird klar, daß alle Maße auf normativen Hypothesen basieren, die allenfalls gesellschaftlichen Konventionen entsprechen, aber keinesfalls wissenschaftlich beweisbar sind.⁸²

3.2.4 Darstellung und Diskussion ausgewählter Ungleichheitsmaße

Unter Rückgriff auf oben formulierte Anforderungen sollen im folgenden einige ausgewählte Verteilungsindikatoren auf ihre Eignung hinsichtlich der Konzentrationsmessung überprüft werden.⁸³

3.2.4.1 Der Variationskoeffizient

Der Variationskoeffizient ist definiert als die in Einheiten des arithmetischen Mittels gemessene Standardabweichung des Untersuchungsmerkmals und gehört eigentlich in die Gruppe der Streuungsmaße:

$$V = \frac{1}{\bar{y}} \sqrt{\frac{1}{n} \sum_{i=1}^n (y_i - \bar{y})^2}, \quad \text{wobei} \quad 0 \leq V \leq \sqrt{(n-1)}.$$

Der Wert null stellt sich bei Gleichverteilung ein, während $\sqrt{(n-1)}$ im Falle vollständiger Ungleichheit erreicht wird.⁸⁴ Die Normierung mittels \bar{y} führt dazu, daß V der Forderung der multiplikativen Invarianz genügt.⁸⁵ V genügt auch der Pigou-Dalton-Bedingung, allerdings widerspricht V der allgemein anerkannten These vom abnehmenden Grenznutzen des Einkommens und damit der Forderung nach Transfersensitivität. Das heißt, V hat die Eigenschaft, Transfers auf verschiedenen Niveaus dasselbe Gewicht beizumessen.⁸⁶ Vorzüge von V sind dagegen die Möglichkeit der additiven Zerlegbarkeit nach Teilgruppen⁸⁷ sowie die Erfüllung der Forderung nach Vollständigkeit. Anschaulichkeit wird dagegen nicht unbedingt erfüllt.

⁸⁰ Vgl. Hauser: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, a.a.O., S. 5, 19.

⁸¹ Vgl. Hauser: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, a.a.O., S. 23f.

⁸² Vgl. Hauser: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, a.a.O., S. 2, 24.

⁸³ Das jeweils interessierende Untersuchungsmerkmal des Individuums i (z.B. Einkommen oder Vermögen) wird im folgenden neutral als y_i bezeichnet, wobei i von $i = 1$ bis n läuft.

⁸⁴ Vgl. Pagenkopf: a.a.O., S. 336f.

⁸⁵ Vgl. Sen: a.a.O., S. 39.

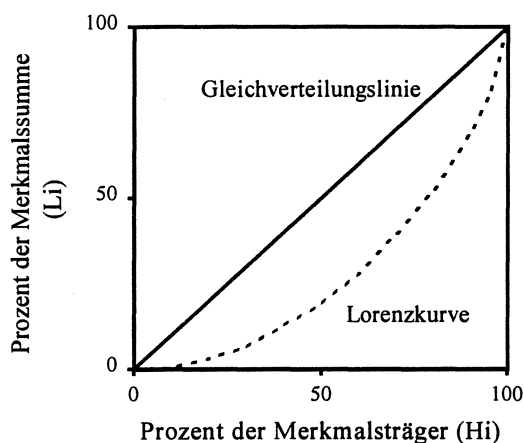
⁸⁶ Vgl. Sen: a.a.O., S. 39f, Lüthi: a.a.O., S. 34f und Hartmann: a.a.O., S. 93 - 95 (hier findet sich auch ein Beweis der durch V erfüllten Pigou-Dalton-Bedingung).

⁸⁷ Vgl. Hauser: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, a.a.O., S. 21.

3.2.4.2 Lorenzkurve und Ginikoeffizient

Durch Zusammenführung der Summenfunktion der relativen Häufigkeiten $H_i = H_i(y_i)$ (Verteilungsfunktion) und der Summenfunktion der relativen Merkmalssummen $L_i = L_i(y_i)$ erhält man die Lorenzkurve, das wohl populärste Darstellungsmittel der relativen Konzentration. Auf der Abszisse wird H_i , auf der Ordinate wird L_i abgetragen.⁸⁸

Abb. 3.1: Darstellung der Lorenzkurve



Quelle: eigene Darstellung.

Dabei werden die Prozentanteile der Populationsbasis von den „Ärmsten“ beginnend, hin zu den „Reichsten“ angeordnet (d.h. Kumulation in aufsteigender Größe) und auf der Abszisse entsprechend abgetragen. Der jeweilige Anteil der gesamten Merkmalssumme, die den unteren X% der Populationsbasis zukommt, wird auf der Ordinate eingezeichnet.⁸⁹ Aus dieser Darstellung sind dann punktuelle Maße der relativen Konzentration ableitbar, also beispielsweise: „Die ärmsten $p \cdot 100\%$ der Bevölkerung verfügen über $q \cdot 100\%$ des Vermögens.“⁹⁰ Die Anschaulichkeit wird verstärkt durch den direkten Vergleich mit der Gleichverteilungslinie. Je weiter die Lorenzkurve durchhängt, desto ungleicher ist die gesamte Merkmalssumme auf die Merkmalsträger verteilt. Vereint ein Merkmalsträger die gesamte Merkmalssumme auf sich, so ist die Lorenzkurve bis zum Abszissenpunkt $H = \frac{n-1}{n}$ mit der Abszisse identisch und springt dann auf $L = 1$.⁹¹

⁸⁸ Vgl. Neubauer: a.a.O., S. 112.

⁸⁹ Vgl. Sen: a.a.O., S. 41.

⁹⁰ Vgl. Neubauer: a.a.O., S. 115, Hartmann: a.a.O., S. 86f.

⁹¹ Vgl. Neubauer: a.a.O., S. 113.

Zu einem summarischen Maß der relativen Konzentration, dem sogenannten Ginikoeffizienten (G), kommt man, wenn man die Konzentrationsfläche (das ist die Fläche zwischen Lorenzkurve und Gleichverteilungslinie) ins Verhältnis setzt zur maximal möglichen Konzentrationsfläche (das ist die gesamte Fläche unter der Gleichverteilungslinie).⁹² G errechnet sich durch die Formel:

$$G = 1 + \frac{1}{n} - \frac{2}{n^2 \bar{y}} \sum_{i=1}^n iy_i, \quad \text{wobei} \quad 0 \leq G \leq 1$$

und $y_1 \geq y_2 \geq y_3 \dots \geq y_n$.⁹³

G ist eine Gliederungszahl. Der Wert null stellt sich bei Gleichverteilung und eins bei vollständiger Konzentration ein. G genügt den oben aufgestellten Forderungen mit Ausnahme des Postulates nach Transfersensitivität. G impliziert zwar eine konkave Wohlfahrtsfunktion aber eben keine strikt konkave. Der These vom abnehmenden Grenznutzen wird damit nicht entsprochen,⁹⁴ denn die Sensitivität des Ginikoeffizienten hängt so nicht vom Niveau der Merkmalswerte ab, sondern von der Anzahl der dazwischen liegenden Merkmalsträger. Dies führt dazu, daß mit steigender Wahrscheinlichkeitsdichte auch die Empfindlichkeit des Ginikoeffizienten gegenüber einem Transfer über eine gegebene absolute Distanz steigt. Da nun zum Beispiel die Wahrscheinlichkeitsdichte bei Einkommensverteilungen in der Regel im unteren Mittelbereich am größten ist, ist auch die so definierte Sensitivität des Ginikoeffizienten dort am größten.⁹⁵ Eine solche Gewichtung entspricht nun aber sicher nicht notwendigerweise sozialen Wertvorstellungen.⁹⁶ Ein weiteres Problem ergibt sich, wenn sich zu vergleichende Lorenzkurven schneiden, wie zum Beispiel in Abbildung 3.2. Hier läßt sich zunächst keine Entscheidung darüber treffen, welche Verteilung als ungleicher anzusehen ist. Auch die Ginikoeffizienten weisen in diesem Fall den gleichen Wert auf. Eine Rangfolge läßt sich aber festlegen, wenn man Atkinsons Auffassung folgt und gemäß der These vom strikt abnehmenden Grenznutzen, Transfers am unteren Ende mehr Gewicht beilegt als am oberen Ende der Verteilung.⁹⁷

⁹² Vgl. Neubauer: a.a.O., S. 115.

⁹³ Die Merkmalswerte sind jetzt nach absteigender Größe sortiert, dies hat aber den Vorteil eines geringeren Rechenaufwandes, weil so Doppelsummen vermieden werden. Vgl. Lüthi: a.a.O., S. 27.

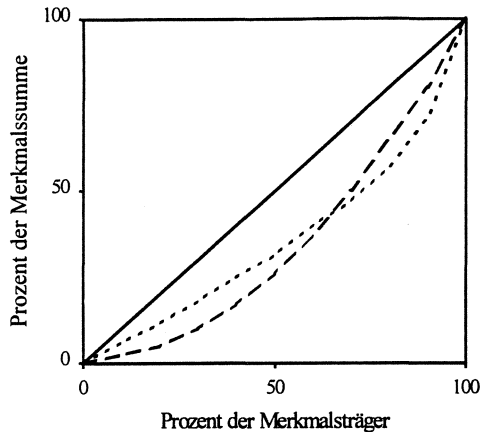
⁹⁴ Vgl. Sen: a.a.O., S. 44 - 46, Hartmann: a.a.O., S. 100.

⁹⁵ Vgl. Atkinson: On the Measurement of Inequality, a.a.O., S. 255f, Hartmann: a.a.O., S. 100, Sen: a.a.O., S. 44f und Lüthi: a.a.O., S. 28f.

⁹⁶ Vgl. Atkinson: On the Measurement of Inequality, a.a.O., S. 256.

⁹⁷ Vgl. Atkinson: On the Measurement of Inequality, a.a.O., S. 257.

Abb. 3.2: Darstellung sich schneidender Lorenzkurven



Quelle: eigene Darstellung.

Hinsichtlich der Beurteilung von Vermögensverteilungen wurde von **Paglin** die Verwendung des Ginikoeffizienten mit der Gleichverteilungslinie als Referenzgröße kritisiert. Vielmehr müsse die Altersstruktur der Haushaltsvorstände berücksichtigt werden. Familien auf unterschiedlichen Altersstufen wiesen natürlicherweise ein unterschiedliches Ausmaß an akkumuliertem Vermögen auf, so daß man Vermögensgleichheit nur für Familien gleicher Altersstufe zur Forderung erheben dürfe. Aus dieser Auffassung heraus entwickelte Paglin den sogenannten Paglin-Ginikoeffizienten. Aus diesem ist der Einfluß der Altersstruktur auf die Vermögensverteilung eliminiert.⁹⁸ Entsprechend weisen Paglins Ginikoeffizienten ein bis zu 50% niedrigeres Ausmaß an Ungleichheit aus.

Ein weiterer Nachteil des Ginikoeffizienten ist, daß er nicht streng additiv zerlegbar ist. Ginikoeffizienten für Teilpopulationen lassen sich nicht ohne weiteres zu Ginikoeffizienten der Gesamtpopulation aggregieren.⁹⁹ Der große Vorteil von Ginikoeffizient und Lorenzkurve ist aber sicher deren hohes Maß an Anschaulichkeit.

Obige Maße werden alle der Gruppe der „versteckt-normativen“ Ungleichheitsmaße zugeordnet, weil sie zwar eine gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktion implizit unter-

⁹⁸ Vgl. Paglin, Morton: The Measurement and Trend of Inequality: A Basic Revision, in: The American Economic Review, vol. 65, no. 4, 1975, hrsg. von George H. Borts u.a., Menasha (Wisc.) 1975, S. 598 - 609, hier S. 607f.

⁹⁹ Vgl. Hauser: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, a.a.O., S. 20. Eine mögliche Zerlegung des Ginikoeffizienten in addierbare Teile, die auf Bhattacharya und Mahalanobis zurückgeht, zeigt Schmidt, Friedrich: Einkommensdisparität der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1988 - Einige Ergebnisse der Auswertung von Daten des DIW, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3/4, 1992, hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1992, S. 138 - 146, hier S. 140.

stellen, diese aber nicht explizit angeben. Letzteres tun hingegen sogenannte „offen-normative“ Maße, wie zum Beispiel das Atkinson-Maß.¹⁰⁰

3.2.5 Quantile als Verteilungsmaß

Quantile ermöglichen eine zwar weniger verdichtete, aber dennoch sehr anschauliche Darstellung des Ausmaßes an Ungleichheit.¹⁰¹ Bei dieser Form der Darstellung werden die Merkmalsträger nach der Höhe ihrer Merkmalsbeträge, beispielsweise nach der Höhe ihres Einkommens oder Vermögens, angeordnet und zu Gruppen von je 1% (Percentile), 10% (Dezile), 20% (Quintile) oder 25% (Quartile) zusammengefaßt. Es wird dann ermittelt, welcher Anteil der gesamten Merkmalssumme (Gesamteinkommen/Gesamtvermögen) auf die einzelnen Gruppen entfällt. Bei Gleichverteilung müßte dies jeweils 1%, 10%, 20% bzw. 25% sein, so daß zum Beispiel die ersten 25% der Merkmalsträger auch über 25% der Merkmalssumme verfügen. Je mehr die einzelnen Anteile von ihrer jeweiligen Referenzgröße abweichen, desto größer ist die Ungleichheit. Maximale Ungleichheit wird hier erreicht, wenn die jeweils oberste Gruppe über 100% der gesamten Merkmalssumme verfügt.¹⁰² Quantilswerte sind also im Grunde nichts anderes als einzelne Punkte der Lorenzkurve. Die Betrachtung von Quantilen hat den Nachteil, daß die Verteilungen innerhalb der Quantile verdeckt werden, das heißt, die Intra-Gruppenstreuung bleibt unberücksichtigt.

Da alle in diesem Abschnitt dargestellten Maße Vor- und Nachteile haben, ist es sinnvoll immer mehrere Indikatoren zur Beurteilung einer Verteilung heranzuziehen, um so zu einem möglichst eindeutigen Urteil zu gelangen.

¹⁰⁰ Vgl. Hauser: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, a.a.O., S. 20 - 22 bzw. siehe Atkinson: a.a.O., S. 257. Eine umfangreiche Übersicht und Erläuterung möglicher Verteilungsindikatoren findet sich in Faik, Jürgen: Äquivalenzskalen. Theoretische Erörterung, empirische Ermittlung und verteilungsbezogene Anwendung für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1995, S. 312f, Übersicht IV.1.

¹⁰¹ Vgl. Blümle: a.a.O., S. 35 - 37.

¹⁰² Vgl. Blümle: a.a.O., S. 35.

4. Überblick über vorliegende Studien zur Vermögensverteilung

In diesem Kapitel soll ein Überblick über bereits vorhandene Analysen zur Vermögensverteilung gegeben werden. Dieser Abschnitt beschreibt somit die empirische Grundlage auf die zurückgegriffen werden kann, wenn im Rahmen dieser Arbeit Vergleiche mit früheren Ergebnissen angestrebt werden. Die Berichtsjahre der Studien liegen alle innerhalb der EVS-Stichjahre 1983 und 1993. Eine ausführliche Darstellung über Analysen vor 1983 gibt Schlomann.¹ Der Überblick erfolgt in weitgehend chronologischer Folge und wird sich auf größere Studien beschränken.²

Auf Basis der EVS '83 und der 5. Welle des SOEP (1988) legte **Schlomann** eine umfassende Analyse der Vermögensverteilung und der damit verbundenen Implikationen hinsichtlich der Möglichkeiten einer privaten Altersvorsorge vor. Das Modell des „rational geplanten Lebenszyklus“ bildet den theoretischen Rahmen dieser Arbeit, sich daraus ergebende Thesen unterzieht Schlomann einer empirischen Überprüfung.³ Für die Verteilung des Vermögens zeigt sich eine sehr hohe Konzentration, die die des Einkommens noch weit übersteigt. Der Konzentrationsgrad ist dabei auf der Haushaltsebene ausgeprägter als auf der Personenebene. Für das Nettogesamtvermögen ermittelt Schlomann Ginikoeffizienten von 0,7005 auf der Haushaltsebene und von 0,6616 auf der Personenebene.⁴ Der höchste Konzentrationsgrad ergibt sich dabei mit einem Gini-Koeffizienten von 0,9694 für die Verteilung des Betriebsvermögens, welches in dieser Analyse nicht betrachtet wird.⁵ Schlomann weist ebenfalls eine hohe Konzentration erhaltener Erbschaften nach (Datenbasis: SOEP), allerdings zeigt sich dabei eine nur schwache Korrelation zu bereits vorhandenen Vermögenswerten.⁶ Bezüglich einer privaten Altersvorsorge kommt Schlomann zu dem Ergebnis, daß aufgrund einer gegenüber dem Einkommen noch viel stärker ausgeprägten Konzentration des Vermögens, ein stärkeres Gewicht der privaten Vermögensbestände innerhalb des Systems der Alterssicherung zu einer Verschärfung von Verteilungskämpfen führen würde.⁷

¹ Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 126 - 132.

² Kleinere Beiträge vom StBA erscheinen regelmäßig in der Zeitschrift „*Wirtschaft und Statistik*“ und vom DIW in den „*Wochenberichten*“.

³ Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 44, 76.

⁴ Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 136 - 140, S. 139, Tab. 6.4.

⁵ Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 158, Tab. 6.12.

⁶ Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 245, 294.

⁷ Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 295.

Ein kürzerer Aufsatz von **Schlomann**, der weitgehend auf obiger Analyse basiert, gibt zusätzlich einen Einblick in die Entwicklung der Vermögenseinkommen sowie der Geldvermögensbestände privater Haushalte.⁸

Eine weitere Analyse von **Schlomann** behandelt die Vermögensverteilung unter dem Aspekt der Armut. Ausgangspunkt der Untersuchung bilden Studien für die Schweiz und die U.S.A.⁹ Die Analyse zeigt, daß Haushaltsgruppen, die von Einkommensarmut betroffen sind, zum Teil immer noch über beachtliche Vermögenswerte verfügen, was den Schluß zuläßt, daß Einkommensarmut nicht zwingend mit Vermögensarmut einhergeht. Trotz allem gilt dies, aufgrund der sich hinter den Durchschnittswerten verbergenden Streuung, nur für einen Teil dieser Haushaltsgruppe.¹⁰

Insbesondere die Geldvermögensbildung und die Entwicklung der Geldvermögensbestände innerhalb der letzten 30 Jahre sowie deren Verteilung, ist Gegenstand einer Analyse von **Schlomann und Hauser**.¹¹ Die Verteilungsanalyse basiert weitgehend auf obiger erster Studie von Schlomann. Zur Verminderung der Ungleichheit schlagen Schlomann und Hauser eine breite staatliche Vermögensförderung der unteren Einkommens- und Vermögensschichten vor (insbesondere durch eine Erhöhung der Sicherheit und Rendite einzelner Anlageformen), kombiniert mit einer Besteuerung der Vermögenseinkommen der Besserverdienenden.¹²

Ebenfalls auf Basis der EVS zeichnet **Bomsdorf** in einer eher kürzeren und methodisch orientierten Studie, die sich allerdings auf Standardtabellen des StBA stützt, ein Bild der Vermögensverteilung über die EVS-Stichjahre 1973, 1978 und 1983.¹³ Bomsdorf berechnet sowohl für die einzelnen Geldvermögenskomponenten als auch für das Grundvermögen Ginikoeffizienten, so daß hier eine gute Möglichkeit besteht, den intertemporalen Vergleich der Jahre 1973 bis 1983 fortzuführen.

⁸ Vgl. Schlomann, Heinrich: Die Entwicklung der Vermögensverteilung in Westdeutschland, in: Reichtum in Deutschland (Der diskrete Charme der sozialen Distanz), hrsg. von Ernst-Ulrich Huster, Frankfurt/M./New York 1993, S. 54 - 83.

⁹ Vgl. Schlomann, Heinrich: Die Vermögensausstattung der Armen - Theoretische Überlegungen und empirische Anhaltspunkte, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 4, 1989, hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1989, S. 336 - 350, hier S. 336.

¹⁰ Vgl. Schlomann: Die Vermögensausstattung der Armen, a.a.O., S. 349.

¹¹ Vgl. Schlomann, Heinrich /Hauser, Richard: Die Entwicklung der makroökonomischen Einkommensverteilung und der Verteilung der Geldvermögen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Erfolgsbeteiligung - Ein neuer Weg zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, hrsg. von Bruno Köbele u. Bernd Schütt, Köln 1992, S. 42 - 98, hier S. 42.

¹² Vgl. Schlomann/Hauser: a.a.O., S.95f.

¹³ Vgl. Bomsdorf, Eckart: Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland 1973, 1978 und 1983, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 4, 1989, hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1989, S. 328 - 335, hier S. 328.

Eine Analyse in deren Zentrum insbesondere untere Einkommensgruppen hinsichtlich ihrer Vermögenssituation stehen, wurde von **Thiele** vorgenommen. Diese Untersuchung stützt sich auf Mikrodaten der EVS '88. Interessant an dieser Studie ist der Versuch ausgehend vom Familienzykluskonzept, den Einfluß sozio-ökonomischer Merkmale mittels eines Regressionsmodells zu schätzen.¹⁴ Ähnlich wie Schломann stellt Thiele zwar nur geringe Nettovermögensbestände innerhalb der unteren Einkommensgruppen fest, die aber von einer starken Streuung innerhalb dieser Gruppe begleitet werden.¹⁵ Besonders niedrige Vermögensbestände ermittelt Thiele für Haushalte mit geringem Einkommen, jungem Haushaltsvorstand und höherer Kinderzahl, woraus sich entsprechend Haushalte am Beginn des Familienzyklus als Zielgruppe einer Vermögenspolitik ergeben.¹⁶ Beleuchtet wird neben dem Geld- und Grundvermögen auch das Gebrauchsvermögen, allerdings nur hinsichtlich seiner Einflußrichtung. Es zeigt sich, daß dessen Einbeziehung eher zu einer Verstärkung der beim Geldvermögen festgestellten Tendenzen führt, so daß die relative Vermögensposition unterer Einkommensgruppen weiter sinkt.¹⁷ Die Arbeit liefert keine Ginikoeffizienten, so daß bezüglich dieses Indikators keine Vergleiche gezogen werden können. Darüber hinaus rechnet Thiele, ohne Angabe von Gründen, die Ergebnisse der Analyse nicht auf die Grundgesamtheit der Haushalte hoch.¹⁸

1994 hat das **Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)** auf Basis von Standardtabellen zur EVS '88 eine vergleichende Studie zur Struktur und Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet durchgeführt. Die Vermögenssituation der Besserverdienenden wurde zusätzlich mit Hilfe der Vermögensteuerstatistik beleuchtet.¹⁹ Die Untersuchung zeigt, daß die durchschnittlichen Nettogeld- und Nettogrundvermögensbestände pro Haushalt in Baden-Württemberg deutlich über jenen im Bundesgebiet liegen, dies bestätigt sich auch für jede der einzelnen Haushaltsgruppen.²⁰ Die Form der Verteilung ist hingegen weitgehend identisch mit der des gesamten Bundesgebietes.²¹ Weiter wird für Baden-

¹⁴ Vgl. Thiele: a.a.O., S. 78, 82.

¹⁵ Vgl. Thiele: a.a.O., S. 98f.

¹⁶ Vgl. Thiele: a.a.O., S. 99.

¹⁷ Vgl. Thiele: a.a.O., S. 59.

¹⁸ Vgl. Thiele: a.a.O., S. 39, Fußnote 3.

¹⁹ Vgl. Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW): Struktur und Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in Baden-Württemberg und im Bundesvergleich, Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart 1994, S. 21.

²⁰ Vgl. Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW): a.a.O., S. 121.

²¹ Vgl. Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW): a.a.O., S. 122.

Württemberg gezeigt, daß die Rentner mit einem Anteil von 51,5% (1972 noch 23,3%) die stärkste Gruppe der vermögensteuerpflichtigen Haushalte bilden.²² Die Studie enthält allerdings nicht sehr viele wirklich detaillierte Ergebnisse, so daß sie als Vergleichsgrundlage nur bedingt geeignet ist.

Bartholmai und Bach (DIW) haben im Auftrag des StBA eine Untersuchung über das Immobilienvermögen privater Haushalte in den alten Bundesländern durchgeführt. Ziel dieser Analyse war, den aktuellen Wert des Immobilienvermögens privater Haushalte zumindest näherungsweise zu ermitteln, und zwar sowohl den Gesamtwert (nach verschiedenen Bewertungskonzepten²³) als auch seine Verteilung nach Alter, sozialer Stellung, Haushaltseinkommen und dem Haushaltstyp.²⁴ Die Datenbasis wurde dabei vom DIW aus einer Vielzahl von Statistiken, wie der EVS '88, der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ),²⁵ der 1%-Wohnungstichprobe, der Vermögensteuerstatistik, der Einheitswertstatistik sowie einiger nichtamtlicher Statistiken zusammengesetzt. Bezüglich des Immobilienbestandes der privaten Haushalte kommen Bartholmai/Bach zum Ergebnis, daß dessen Wert mit 4.000 bis 5.000 Mrd. DM (je nach Bewertungskonzept, in Preisen von 1991) das Geldvermögen der privaten Haushalte von 3.200 Mrd. DM und das Nettoanlagevermögen des gesamten Unternehmenssektors (ohne Wohnungsvermietung) von 2.800 Mrd. DM (VGR 1988) deutlich übersteigt.²⁶ Hinsichtlich der Konzentration errechnen Bartholmai/Bach einen Ginikoeffizienten von 0,27 und schließen deshalb auf eine „nicht besonders starke Konzentration“.²⁷ Sie vernachlässigen hier aber, daß rund die Hälfte aller Haushalte über kein Haus- und Grundvermögen verfügt. Solche Ergebnisse zur Grundlage sozialpolitischer Empfehlungen zu machen, ist mehr als fahrlässig. Weiter erwarten Bartholmai/Bach aufgrund einer steigenden Zahl von Haus- und Grundvermögensbesitzern, was sie in erster Linie Erbschaften und Übertragungen zuschreiben, in Zukunft eine Abnahme der Vermögenskonzentration.²⁸

²² Vgl. Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW): a.a.O., S. 123.

²³ Die Bewertung wurde sowohl nach dem Sachwert- und dem Ertragswertverfahren als auch nach dem Vergleichswertverfahren (Verkehrswerte) vorgenommen, vgl. Bartholmai/Bach: a.a.O., S. 75.

²⁴ Vgl. Bartholmai, Bernd/Bach, Stefan (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung): Immobilienvermögen privater Haushalte, Projektbericht. Erhebung nach §7 BStatG im Auftrag des Statistischen Bundesamtes (Hrsg.), Wiesbaden 1995, S. 1. Siehe auch Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Immobilienvermögen privater Haushalte, in: DIW Wochenbericht 4/96, 63. Jg., Berlin 1996, S. 61 - 72.

²⁵ Die GWZ diente zudem als Hochrechnungsrahmen.

²⁶ Vgl. Bartholmai/Bach: a.a.O., S. 177.

²⁷ Vgl. Bartholmai/Bach: a.a.O., S. 174.

²⁸ Vgl. Bartholmai/Bach: a.a.O., S. 176f.

Einen Vergleich der Verteilung ökonomischer Wohlfahrt in den U.S.A. und in Deutschland unter Verwendung der alternativen Wohlfahrtsindikatoren Jahreseinkommen, permanentes Einkommen sowie Vermögen, führten **Burkhauser, Frick und Schwarze** durch.²⁹ Zur Analyse der Vermögensverteilung wird eine mittels der „älteren OECD-Skala“ an die Haushaltsgröße angepaßte Vermögensvariable verwendet. Datengrundlage ist die 5. Welle des SOEP.³⁰ Es zeigt sich für alle drei Wohlfahrtsindikatoren eine größere Ungleichheit in den U.S.A. als in Deutschland, allerdings ergibt sich bei einer Differenzierung der Daten nach Alter und Geschlecht unter älteren Deutschen eine stärker ausgeprägte Vermögensungleichheit als unter älteren US-Amerikanern. Die Ursache hierfür sehen Burkhauser, Frick und Schwarze in einem größeren Immobilienbesitz der älteren US-Amerikaner im Vergleich zu den älteren Deutschen, vor allem bei älteren Witwen mit relativ niedrigen Einkommen.³¹ Für die Verteilung des Gesamtvermögens wird ein Ginikoeffizient von 0,694 ermittelt.³²

Mitte 1996 veröffentlichte das **DIW** eine Analyse auf Basis der EVS '93 sowie zahlreicher ergänzender Statistiken in der Bestände und Verteilung des privaten Geld-, Immobilien- und Betriebsvermögens hinsichtlich einer Reform von Vermögen- und Erbschaftsteuer untersucht werden.³³ Das DIW ermittelt hierbei ein Gesamtvermögen der privaten Haushalte von fast 10 Billionen DM (netto), welches sich zu ca. 55% aus Immobilien, zu ca. 30% aus Geldanlagen und zu ca. 14% aus Betriebsvermögen zusammensetzt.³⁴ Das jährliche Erbschafts- und Schenkungsvolumen beim Immobilienvermögen beziffert das DIW auf ungefähr 170 bis 200 Mrd. DM, sowie beim Geld- und Betriebsvermögen auf ungefähr 100 bis 120 Mrd. DM.³⁵ Die Verteilungsanalyse ist allerdings nicht sehr differenziert und aussagekräftig.

Im folgenden sollen noch zwei Expertisen vorgestellt werden, die im Rahmen der Arbeiten der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den

²⁹ Vgl. Burkhauser, Richard V./Frick, Joachim R./Schwarze, Johannes: A Comparison of Alternative Measures of Economic Well-Being for Germany and the United States, in: the review of income and wealth, series 43, number 2, june 1997, hrsg. von Edward N. Wolff u.a., New York 1997, S. 153 - 171, hier S. 153.

³⁰ Vgl. Burkhauser/Frick/Schwarze: a.a.O., S. 153, 155 - 157 u. 159.

³¹ Vgl. Burkhauser/Frick/Schwarze: a.a.O., S. 165 u. 169. Vgl. dazu Abschnitt 6.5.2 dieser Arbeit.

³² Vgl. Burkhauser/Frick/Schwarze: a.a.O., S. 161, Tab. 1 (ohne Lebensvers., vgl. S. 156).

³³ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Zur Neuregelung von Vermögen- und Erbschaftsteuer, in: DIW Wochenbericht 30/96, 63. Jg., Berlin 1996, S. 497 - 506, hier S. 498.

³⁴ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Zur Neuregelung von Vermögen- und Erbschaftsteuer, a.a.O., S. 498.

³⁵ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Zur Neuregelung von Vermögen- und Erbschaftsteuer, a.a.O., S. 503.

neuen Bundesländern durchgeführt wurden. Die wechselseitigen Beziehungen zwischen Transformationsprozeß, Geldvermögensbildung und -verteilung in Ostdeutschland seit 1990 stehen im Mittelpunkt der Analyse von **Faik**.³⁶ Als Datenbasis diente in erster Linie die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung der Buba sowie Standardtabellen zur EVS '93.³⁷ Faik zeigt, daß sich zwar die Geldvermögensbestände pro Haushalt seit 1990 verdoppelt haben, aber dennoch erst etwa ein Drittel des westdeutschen Niveaus ausmachen, wobei die Streuung des Geldvermögens in Ostdeutschland etwas geringer ist als in Westdeutschland. Faik erwartet hinsichtlich der Disparität eine Angleichung an westdeutsche Verhältnisse.³⁸

Mit der Verteilung und der Schätzung des Haus- und Grundvermögens in den neuen Bundesländern befaßten sich im Rahmen einer weiteren KSPW-Expertise **Schlomann und Faik**. Die Berechnung der Bestände basiert, ähnlich wie bei Bartholmai/Bach, auf vielen verschiedenen Statistiken. Die Verteilungsanalyse wurde vorwiegend auf Basis von Standardtabellen zur EVS '93 vorgenommen.³⁹ Zu Beginn der Untersuchung erfolgt eine Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie der Eigentümerstruktur in Ostdeutschland.⁴⁰ Die Studie zeigt, daß ein Fünftel des gesamtdeutschen Wohnungsbestandes auf die neuen Bundesländer entfällt.⁴¹ Die Eigentümerquote beträgt in Ostdeutschland nur 27,7% gegenüber etwa 50% in Westdeutschland und korreliert mit dem Haushaltseinkommen und der Haushaltsgröße.⁴² Das Niveau pro Haushalt mit Grundvermögen erreicht nur ca. 50% des westdeutschen Niveaus, allerdings ist auch die durchschnittliche Verschuldung niedriger.^{43 44}

³⁶ Vgl. Faik, Jürgen: Die Verteilung und Bildung der Geldvermögen in Ostdeutschland seit 1990, in: Wohlstand für alle? Beiträge zu den Berichten der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW), hrsg. von Wolfgang Glatzer und Gerhard Kleinhenz, Opladen 1997, S. 179 - 239.

³⁷ Vgl. Faik: Die Verteilung und Bildung der Geldvermögen in Ostdeutschland seit 1990, a.a.O., S. 183.

³⁸ Vgl. Faik: Die Verteilung und Bildung der Geldvermögen in Ostdeutschland seit 1990, a.a.O., S. 219, 222 u. 232, Tab. 7.

³⁹ Vgl. Schlomann, Heinrich/Faik, Jürgen: Die Verteilung des Haus- und Grundvermögens in den neuen Bundesländern seit 1990, in: Wohlstand für alle? Beiträge zu den Berichten der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW), hrsg. von Wolfgang Glatzer und Gerhard Kleinhenz, Opladen 1997, S. 241 - 289, hier S. 248 - 250.

⁴⁰ Vgl. Schlomann/Faik: a.a.O., S. 243 - 248.

⁴¹ Vgl. Schlomann/Faik: a.a.O., S. 275.

⁴² Vgl. Schlomann/Faik: a.a.O., S. 276 - 278.

⁴³ Vgl. Schlomann/Faik: a.a.O., S. 277.

⁴⁴ Die Ergebnisse von Schlomann/Faik korrespondieren mit denen von mir vorgenommenen Berechnungen der Ginikoeffizienten auf Basis von Standardtabellen des StBA. Hier ergab sich für die Verteilung des Bruttogeldvermögens der Haushalte für West ein Wert von 0,589 und für Ost von 0,527 sowie für das Haus- und Grundvermögen von 0,673 und 0,857 (jeweils bezogen auf alle Haushalte). Vgl. Hauser u.a.: Ungleichheit und Sozialpolitik, a.a.O., S. 173, Tab. 3.2.3.6.

5. Die Verteilung des Geldvermögens und dessen Komponenten

5.1 Abgrenzung der in der EVS erfaßten Geldvermögensarten

Im Jahre 1988 wurden im Rahmen des Schlußinterviews der EVS die folgenden Geldvermögensarten erhoben (jeweils Bestand zum 31. Dezember 1988):

1. Guthaben auf Sparkonten nach Höhe der Guthaben.
2. Nichtausgezahlte Bausparverträge nach Bausparsummen und -guthaben.
3. Wertpapiere, d.h. Sparbriefe, Pfandbriefe, Kommunalobligationen, sonst. Bankschuldverschreibungen, Staatsschuldbriefe, Aktien,¹ Zertifikate von Immobilienfonds und übrigen Investmentfonds, sonst. Wertpapiere, jew. zum Tageswert.
4. Lebens-, Sterbegeld-, Ausbildungs- und Aussteuerversicherungsverträge nach Versicherungssummen.
5. Sonstiges Geldvermögen, wie zum Beispiel Festgelder, Berlin-Darlehen, Bauherrenmodell, Reedereimodell, sonstige Kapitalanteile u.ä., nicht aber Bestände an Bargeld, Guthaben auf Girokonten sowie Forderungen an Dritte.

Addiert man die Geldvermögensarten 1. bis 5. erhält man das Bruttogeldvermögen, zieht man davon:

6. Kreditverpflichtungen im Form von Konsumentenkrediten nach Höhe der Restschuld, wie z.B. die Aufnahme von persönlichen Kleinkrediten, Anschaffungsdarlehen nicht aber Darlehen für Haus- und Grundbesitz² (Hypotheken, Baudarlehen u.ä.)

ab, erhält man entsprechend das Nettogeldvermögen.³

An den zugehörigen Variablen der EVS-Datenbank sind zunächst einige Umrechnungen vorzunehmen, bevor sie einer eingehenden Analyse zugänglich sind. Eine Erläuterung der entsprechend vorgenommenen Transformationen und der zugrunde liegenden Annahmen findet sich im Anhang dieser Arbeit (s. Anhang 1).

¹ Aktien werden hier (fälschlicherweise) nicht dem Produktivvermögen, sondern dem Geldvermögen zugerechnet.

² Die Kreditverpflichtungen im Zusammenhang mit Haus- und Grundbesitz werden im Rahmen des Frageprogramms zum Haus- und Grundvermögen erhoben.

³ Zum Frageprogramm hinsichtlich der Geldvermögensarten vgl. auch Euler, Manfred: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988, in: Wirtschaft und Statistik 11/1990, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1990, S. 798 - 808, hier S. 799 bzw. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988, Heft 2, Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte, Stuttgart 1991, Fragebogen zum Schlußinterview, S. 422 - 436.

5.2 Die Höhe und Entwicklung der Geldvermögensbestände der privaten Haushalte insgesamt sowie verschiedener sozialer Gruppen

Rechnet man das in der EVS '88⁴ erfaßte Bruttogeldvermögen auf alle Haushalte hoch, so belief sich das in der Stichprobe repräsentierte Bruttogeldvermögen der privaten Haushalte Ende 1988 auf 917,2 Mrd. DM.⁵ Dieser Wert liegt erheblich unter dem von der Bundesbank ermittelten, welche ein Bruttogeldvermögen (ohne Bargeld und Sichteinlagen, sonstigen Forderungen sowie Geldanlagen in Geldmarktpapieren) von 2.203,6 Mrd.⁶ DM angibt. Daraus errechnet sich für die EVS eine Erfassungsquote, gemessen am von der Bundesbank angegebenen Wert, von knapp 42%. Diese nicht unerhebliche Differenz hat im wesentlichen die folgenden Ursachen:

1. Die EVS bezieht nicht das Geldvermögen der Anstaltsbevölkerung, der Ausländerhaushalte, der pOoE sowie der Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25.000 DM und mehr ein (vgl. 3.1.2.1.1). Die Nichterfassung der beiden zuletzt genannten Gruppen wird vom StBA hinsichtlich des Niveaus als besonders schwerwiegend bezeichnet.⁷ Die Auswirkungen auf die Ergebnisse der Verteilungsanalyse sind aber als weniger gravierend einzustufen. Im Gegenteil wird, aufgrund der als besonders hoch zu vermutenden Konzentration von Geldvermögen auf die Haushalte mit besonders hohen Einkommen, das wahre Ausmaß der Ungleichheit eher untertrieben. Sozusagen sind die Ergebnisse als mindestens vorhandene Konzentration zu sehen. Darüber hinaus ist das Vermögen der pOoE hinsichtlich des Erkenntnisziels dieser Arbeit ohnehin nicht von Interesse.
2. Konzeptionelle Unterschiede bei der Berücksichtigung des Geldvermögens von Unternehmer- und Selbständigen-Haushalten.⁸
3. Die Lebensversicherungsguthaben der privaten Haushalte, die dieser Analyse zugrunde liegen, wurden auf Basis eines Modells ermittelt (s. Anhang 1) und sind daher nur Näherungswerte für die tatsächlichen Lebensversicherungsguthaben. Das

⁴ EVS '88 bedeutet im folgenden immer, die mir zur Analyse zu Verfügung stehende 98% EVS-Unterstichprobe der EVS-Originalstichprobe (vgl. 3.1.2.1.3).

⁵ eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

⁶ Vgl. Deutsche Bundesbank: Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1989, Monatsbericht Mai 1990, Frankfurt/M. 1990, S. 20 - 27 u. 44 - 55, hier S. 52.

⁷ Vgl. Euler: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988, a.a.O., S. 800. Die Gruppe der Haushalte mit einem monatl. Haushaltsnettoeinkommen von 25.000 DM und mehr macht nach den Ergebnissen der Einkommensteuerstatistik etwa 0,2% aller Haushalte aus.

⁸ Vgl. Guttman, Edeltraud: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1993, in: Wirtschaft und Statistik 5/1995, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1995, S. 391 - 399, hier S. 392f.

Modell unterstellt ausgehend von den Versicherungssummen vom Alter der Bezugsperson abhängige Versicherungsguthaben.

4. Erhebungsfehler infolge fehlender oder ungenauer Angaben der Haushalte, die, so Euler, in der Tendenz zu einer Untererfassung des Geldvermögens führen dürften.⁹

Der Fehler, der daraus resultiert, daß dieser Arbeit nur eine 98%-Unterstichprobe der EVS-Originalstichprobe zugrunde liegt, kann als marginal angesehen werden.¹⁰ Beachtet werden sollte, daß die Untererfassungsquoten für die einzelnen Geldvermögensarten sehr unterschiedlich sind, so daß bei Berechnungen leichte Verzerrungen zu erwarten sind.¹¹

Tabelle 5.1 gibt Aufschluß über die Entwicklung des Bruttogeldvermögens und seiner Komponenten der privaten Haushalte zwischen 1970 und 1993. Es zeigt sich, daß sich das Geldvermögen der privaten Haushalte (inkl. pOoE) zwischen 1970 und 1993 um rund 660% erhöht hat. Es muß allerdings berücksichtigt werden, daß hier weder der Einfluß der Geldentwertung noch der der Bevölkerungszunahme eliminiert ist. Betrachtet man einzelne Geldvermögenskomponenten, so fällt auf, daß besonders die Anlage in Termingelder, Versicherungsguthaben und festverzinslichen Wertpapieren zugenommen hat. Bei den Versicherungen waren es vor allem die Lebensversicherungen, die infolge von Neuabschlüssen und Aufstockungen gewachsen sind. Die Anteile der Sparguthaben,¹² Bausparguthaben und Aktien sind dagegen zurückgegangen. Die Strukturwandlung läßt auf eine stärkere Diversifizierung bzw. Renditeorientierung der privaten Haushalte schließen.¹³ Für Ostdeutschland sind neben der enormen Niveaudifferenz (auch noch pro Kopf) auch merkliche Unterschiede hinsichtlich der Portfoliostruktur erkennbar. Besonders stark ist hier noch das Sparbuch und die Anlage in Form von Termingeldern vertreten, dagegen relativ gering die Anlage in Versicherungsguthaben und Wertpapieren.¹⁴ Hier sollte aber beachtet werden, daß Geldvermögensanlagen, wie

⁹ Vgl. Euler: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988, a.a.O., S. 800.

¹⁰ Vgl. Schломann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 298.

¹¹ Vgl. Euler: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988, a.a.O., S. 800, vgl. auch Guttman: a.a.O., S. 392.

¹² In jüngster Zeit scheint diese Anlageform aber wieder zunehmendes Interesse zu finden, so spricht die Bundesbank von einer „Renaissance der Spareinlagen“ seit 1993 im gesamten Bundesgebiet. Vgl. Deutsche Bundesbank: Die längerfristige Entwicklung der Spareinlagen und ihre Implikationen für die Geldmengenpolitik, Monatsbericht Mai 1997, Frankfurt/M. 1997, S. 43 - 62, hier S. 43, 44, 51.

¹³ Vgl. Deutsche Bundesbank: Zur Vermögenssituation der privaten Haushalte in Deutschland, a.a.O., S. 23 - 26, vgl. auch Deutsche Bundesbank: Die Entwicklung des Geld- und Sachvermögens westdeutscher privater Haushalte in den letzten zwanzig Jahren, Monatsbericht April 1992, Frankfurt/M. 1992, S. 14 - 20, hier S. 15 - 17.

¹⁴ Vgl. Deutsche Bundesbank: Zur Vermögenssituation der privaten Haushalte in Deutschland, a.a.O., S. 26.

das Bausparen oder die Anlage in Wertpapieren, zu DDR-Zeiten nicht existierten oder wie im Falle von Versicherungsguthaben, nur eine untergeordnete Rolle spielten.¹⁵

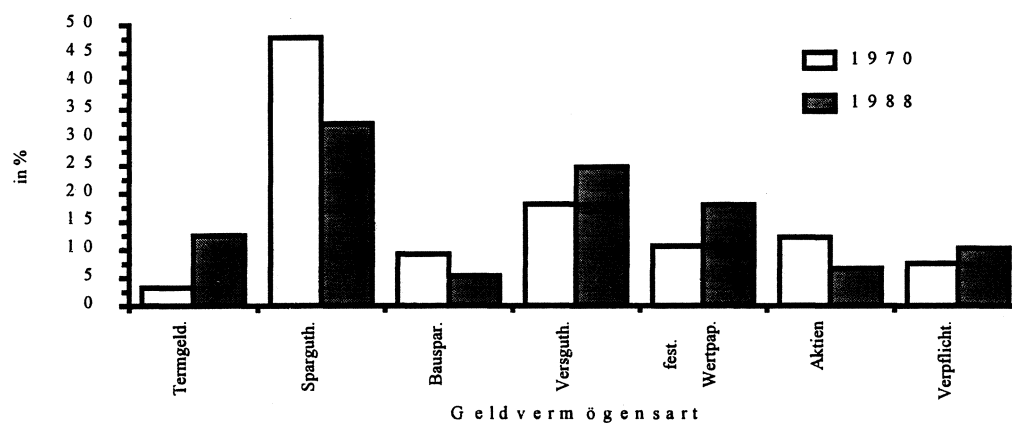
Tab. 5.1: Entwicklung des Bruttogeldvermögens und seiner Komponenten der privaten Haushalte zwischen 1970 und 1993

Geldvermögenskomponente	1970	1975	1980	1985	1988	1991	1993	
							West	Ost
Bruttogeldvermögen	429,20	787,10	1.236,90	1.870,40	2.198,40	2.697,50	3.244,76	172,80
(in Mrd. DM), 1970=100	100	183,39	288,19	435,79	512,21	628,49	756,00	-
davon in %								
Termingeld. (inkl. Sparbrf.)	3,31	6,00	12,69	13,57	12,58	16,17	16,67	25,23
Sparguthaben	47,76	48,02	39,86	32,70	32,50	25,23	25,12	48,61
Bausparguthaben	9,23	9,31	8,71	6,53	5,37	4,77	4,52	7,35
Versicherungsguthaben	18,13	18,05	19,90	22,04	24,66	25,74	26,90	5,09
festverzinsl. Wertpapiere	10,67	10,88	13,77	17,78	18,01	21,14	24,00	*13,70
Aktien	12,21	7,74	5,07	7,37	6,68	6,66	2,67	
Bruttogeldvermögen	100	100	100	100	100	100	100	100
Verpflichtungen	7,57	8,11	11,57	10,31	10,31	11,12	10,36	9,38
Nettogeldvermögen	92,43	91,89	88,43	89,69	89,69	88,88	89,64	90,63

Anm.: Auf Basis der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank, aber ohne Bargeld und Sichteinlagen, ohne sonstige Forderungen sowie Geldanlagen in Geldmarktpapieren. * = festverzinsliche Wertpapiere und Aktien.

Quelle: 1970 bis 1991: Schlomann: Die Entwicklung der Vermögensverteilung in Westdeutschland, a.a.O., S. 64, Tab. 4 sowie eigene Berechnungen. 1993: Faik: Die Verteilung und Bildung der Geldvermögen in Ostdeutschland seit 1990, a.a.O., S. 228, Tab. 4 und S. 235, Tab. 9, Deutsche Bundesbank: Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme in Deutschland im Jahre 1993, Monatsbericht Mai 1994, Frankfurt/M. 1994, S. 21 - 43, hier S. 42 sowie eigene Berechnungen.

Abb. 5.1: Entwicklung der Portfoliostruktur privater Haushalte von 1970 bis 1988 (jew. in Prozent des gesamten privaten Bruttogeldvermögens)



An

m.: Abgrenzung siehe Tab. 5.1.

Quelle: siehe Tab. 5.1.

In jüngster Zeit ist aber auch in Ostdeutschland eine Hinwendung zu höherverzinslichen Geldanlagen, insbesondere zu Wertpapieren und Bausparverträgen, erkennbar, wenn auch nicht so ausgeprägt wie in Westdeutschland.¹⁶

¹⁵ Vgl. Faik: Die Verteilung und Bildung der Geldvermögen in Ostdeutschland seit 1990, a.a.O., S. 198.

¹⁶ Vgl. Faik: Die Verteilung und Bildung der Geldvermögen in Ostdeutschland seit 1990, a.a.O., S. 201f, vgl. auch Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Die Vermögenseinkommen der

Im folgenden (s. Tab. 5.2) soll untersucht werden, wie sich das Wachstum der Geldvermögensbestände auf die einzelnen Haushalte bei „Pro-Haushalt-Betrachtung“ ausgewirkt hat und welche sozialen Gruppen besonders stark bzw. welche eher gering von der Steigerung der Geldvermögensbestände betroffen waren. Zur Interpretation ist es nützlich, die im Anhang (vgl. Anhang 3) dargestellte sozio-demographische Haushaltsstruktur bzw. deren Entwicklung zu berücksichtigen.

Zunächst fällt auf, daß die durchschnittlichen Zuwächse in der Zeit zwischen 1988 und 1993 deutlich höher waren als in der Vorperiode. Dies ist aber sicher zum Teil auf die unterschiedliche Behandlung der Lebensversicherungsguthaben zurückzuführen. 1993 wurden die Haushalte nach der Höhe ihrer tatsächlichen Versicherungsguthaben gefragt. Die Selbständigen-Haushalte verfügten im Durchschnitt über die höchsten Geldvermögensbestände, 1988 betrug es beispielsweise das 2,6-fache des Durchschnitts aller Haushalte. Beamte und Angestellte verfügten in etwa über ähnlich hohe Beträge, deutlich darunter allerdings die Bestände der Arbeiter-Haushalte. Die stärksten Geldvermögenszuwächse konnten die Haushalte von Nichterwerbstätigen, Landwirten und Beamten verzeichnen. Dabei sei angemerkt, daß die Nichterwerbstätigen-Haushalte einen großen Anteil aller Haushalte stellen, während Beamte und Landwirte eher eine kleine Gruppe bilden. Die geringsten Steigerungen hatten die Haushalte von Selbständigen, Angestellten und Arbeitern zu verzeichnen. Arbeitslose mußten zwischen 1983 und 1988 sogar Geldvermögensseinbußen hinnehmen. Hier sollte aber beachtet werden, daß die Gruppe der Arbeitslosen-Haushalte eine nicht sehr stabile Gruppe darstellt, da Arbeitslosigkeit für viele Haushalte nur ein vorübergehender Zustand bedeutet.

Tab. 5.2: Entwicklung des Nettogeldvermögens jeweils im Durchschnitt aller Haushalte zwischen 1983 und 1993 (jew. in DM und Bestand am Jahresende)

	1983	1983 = 100	1988	1983 = 100	1993	1983 = 100	
					West	Ost	
alle HH							
Buba	67.331	100	87.056	129	114.046	169	30.769
EVS	32.773	100	36.091	110	61.119	186	21.256
EVS							
Selbst.	92.147	100	93.083	101	155.622	169	41.761
Landw.	54.149	100	68.824	127	107.249	198	44.084
Beamte	37.291	100	42.553	114	74.537	200	19.752
Angest.	37.898	100	40.901	108	66.734	176	28.851
Arbeiter	25.270	100	27.944	111	45.139	179	16.966
Arblose.	15.865	100	14.725	93	30.356	191	14.223
Nichterw.	24.744	100	29.929	121	51.632	209	19.125

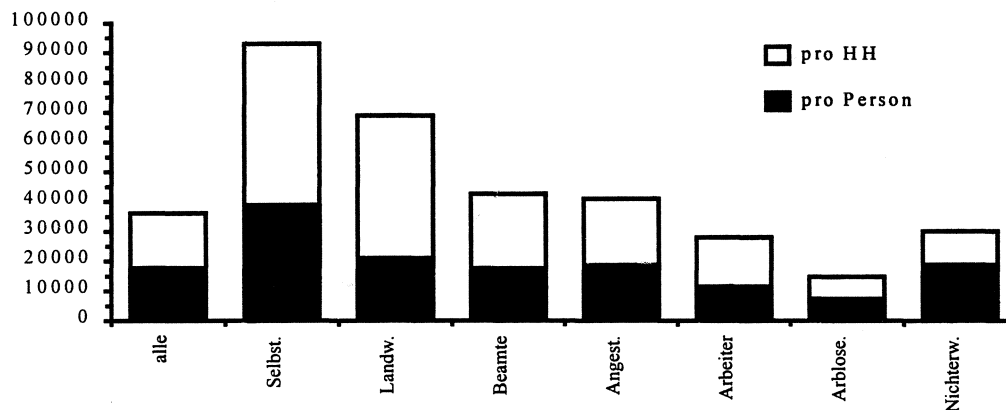
Anm.: Buba = Ergebnis der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank, jetzt mit Bargeld und Sichtguthaben, sonstigen Forderungen sowie Geldanlagen in Geldmarktpapieren. Hinsichtlich der EVS gelten die schon genannten Abgrenzungen (s. 3.1.2.1.1).

Quelle: 1983 Buba u. EVS: Schloman: Die Entwicklung der Vermögensverteilung in Westdeutschland, a.a.O., S. 67, Tab. 5. 1988 Buba: Schloman: Die Entwicklung der Vermögensverteilung in Westdeutschland, a.a.O., S. 67, Tab. 5. EVS: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88. 1993 Buba: Deutsche Bundesbank: Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme in Deutschland im Jahre 1993, a.a.O., S. 34, Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 3, Haushalte und Familien 1995 (Ergebnisse des Mikrozensus), Stuttgart 1997, S. 172, Tab. 7.1 sowie eigene Berechnungen. EVS: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, a.a.O., S. 162 - 169 u. 320 - 325, Werte für Landwirte/Ost u. Beamte/Ost vgl. Faik: Die Verteilung und Bildung der Geldvermögen in Ostdeutschland seit 1990, a.a.O., S. 232, Tab. 7 (hier für HH mit Besitz von Nettogeldvermögen).

Die durchschnittlichen Nettogeldvermögensbestände pro Haushalt und pro Person für verschiedene soziale Gruppen am Jahresende 1988 zeigt Abb. 5.2. Es fallen noch einmal eindrucksvoll die Unterschiede in der Ausstattung der verschiedenen sozialen Gruppen mit Geldvermögen auf. Auch in der „Pro-Kopf-Betrachtung“ lagen die Bestände der Selbständigen-Haushalte immer noch deutlich über denen der übrigen

Abb. 5.2: Durchschnittliches Nettogeldvermögen pro Haushalt und pro Person für verschiedene soziale Gruppen am Jahresende 1988

DM/HH bzw. DM/Pers.



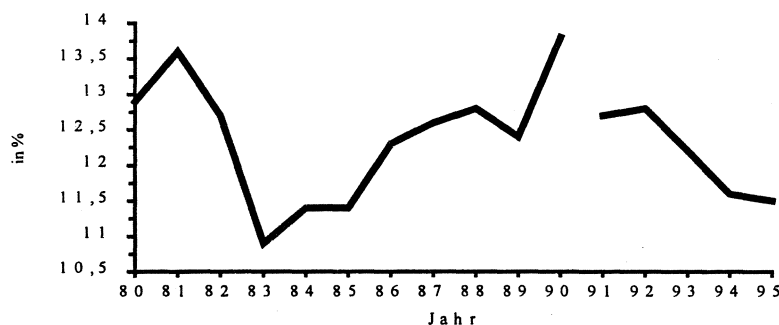
Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Haushalte. So verfügte eine dieser Haushaltsgruppe angehörige Person im Durchschnitt über das 2,2-fache an Geldvermögen wie der Durchschnitt aller Personen. Bei den Nichterwerbstätigen-Haushalten macht sich bei der „Pro-Kopf-Betrachtung“, die im Durchschnitt geringere Haushaltsgröße bemerkbar. Pro Person erreichte diese Gruppe in etwa die gleichen Geldvermögensbestände wie die Personen von Beamten- und Angestellten-Haushalten.

5.3 Die Ersparnisbildung sozio-ökonomischer Haushaltsgruppen

Im Abschnitt 5.2 konnte eine kräftige durchschnittliche Geldvermögensbildung der privaten Haushalte in den letzten 25 Jahren festgestellt werden. Das Ausmaß der Geldvermögensbildung der privaten Haushalte wird durch eine Reihe von zum Teil sehr komplex verbundenen Einflußfaktoren determiniert. Als die wichtigsten sind hier sicher zu nennen: die Einkommenshöhe (Sparfähigkeit), die Einkommensverwendung (Sparneigung), das Anlageverhalten, Erbschaften und Schenkungen (Umschichtung), institutionelle Regelungen sowie die Geldwertentwicklung.¹⁷ Der Sparfähigkeit und der Sparneigung kommen dabei besondere Bedeutung zu, so daß diese Faktoren häufig zum Ansatzpunkt vermögenspolitischer Maßnahmen gewählt werden.¹⁸

Abb. 5.3: Sparquote der privaten Haushalte (einschl. pOoE)



Anm.: Gebietsprung durch Einbeziehung des neuen Bundesgebietes ab 1991.

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte 1995, in: Wochenbericht 29/96, 63. Jg., Berlin 1996, S. 487 - 495, hier S. 488, Tab. 1 auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Die private Sparquote hat sich mit Beginn der fünfziger Jahre, also schon recht bald nach dem Krieg und in der Phase des Wiederaufbaus, stetig und kräftig erhöht. So lag

¹⁷ Vgl. Molitor, Bruno: Vermögen II: Vermögenspolitik, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, hrsg. von Willi Albers u.a., Bd. 8, Stuttgart u.a. 1980, S. 282 - 299, hier S. 282, 286

¹⁸ Vgl. Mückl, Wolfgang J.: Vermögenspolitik, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt), Heft 5, Mai 1987, 16. Jg., hrsg. von Norbert Berthold u.a., München/Frankfurt/M. 1987, S. 229 - 234, hier S. 232f.

sie Ende der Fünfziger bei 9% und in den siebziger Jahren bereits bei rund 14%. Mittlerweile liegt sie zwar ein wenig darunter, ist aber dennoch auf deutlich höherem Niveau als in vielen anderen Industrieländern.¹⁹ 1988 lag die Sparquote, welche das DIW als Verhältnis der gesamtwirtschaftlichen privaten Ersparnis zum verfügbaren Einkommen (jew. auf Basis der VGR) berechnet, bei 12,8%. Die Ersparnis ist dabei definiert als Differenz zwischen Einkommen und privatem Verbrauch. Die Sparquoten für einzelne sozio-ökonomische Gruppen für das Jahr 1988 zeigt Tabelle 5.3.²⁰ Im Gegensatz zur oben erläuterten Konzeption des DIW, ist die Ersparnisvariable der EVS definiert als Saldo der Vermögensänderung, das heißt Bildung von Geldvermögen minus Auflösung von Geldvermögen plus Kreditrückzahlung minus Kreditaufnahme.²¹ Die Sparquote ergibt sich dann als Quotient aus Ersparnis und Haushaltsnettoeinkommen. Sie steigt zunächst bis zur Altersklasse der 30- bis 44-jährigen bei Betrachtung aller Haushalte an und fällt dann wieder leicht ab. Unterdurchschnittlich sind die Sparquoten für die ganz jungen Haushalte. Diese befinden sich vermutlich überwiegend am Beginn des Familienzyklus und verfügen deshalb über eine nur eingeschränkte Sparfähigkeit. Für die über 65-jährigen bestätigen sich die Thesen der „Lebenszyklustheorie“ allerdings nicht, zwar sind die Sparquoten im Schnitt geringer als die der Haushalte im Erwerbstätigen-Alter, aber eben trotzdem noch positiv. Die Grundaussage der „Lebenszyklustheorie“ nach *Modigliani/Brumberg (1954)* besteht darin, daß Individuen während ihrer Erwerbstätigkeitsphase Mittel ansparen, die während der Ruhestandsphase kontinuierlich und vollständig verbraucht werden. Diese Grundversion der Lebenszyklustheorie vernachlässigt zunächst den Einfluß von Erbschaften.²² Für Rentner und Pensionäre müßte demnach eine negative Sparquote zu beobachten sein. Allerdings wird an der Lebenszyklustheorie kritisiert, ihre Annahmen seien zu restriktiv, insbesondere die Annahme rational handelnder Wirtschaftssubjekte. Es müßten nicht-ökonomische und vor allem psychologische Determinanten und deren Wechselwirkungen zur Erklärung des Sparverhaltens einbezogen werden.²³

¹⁹ Vgl. Deutsche Bundesbank: Zur Vermögenssituation der privaten Haushalte in Deutschland, a.a.O., S. 20.

²⁰ Siehe hierzu auch die Ausführungen in Kapitel 7.1.

²¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 1, Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte 1993, Stuttgart 1994, S. 15.

²² Vgl. Schломann, Heinrich: Der Einfluß von Lebenszyklus und Familiensituation auf das Sparverhalten, in: Allfinanz - Strukturwandel an den Märkten für Finanzdienstleistungen, Beihefte zu Kredit und Kapital, Heft 11, hrsg. von Hans-Jacob Krümmel, Hannes Rehm, Diethard B. Simmert, Berlin 1991, S. 97 - 120, hier S. 99.

²³ Vgl. Schломann: Der Einfluß von Lebenszyklus und Familiensituation auf das Sparverhalten, a.a.O., S. 100.

Tab. 5.3: Sparquoten der nach sozialer Stellung und dem Alter des Haushaltsvorstandes differenzierten Haushalte für das Jahr 1988²⁴

soziale Stellung	Alter des Haushaltsvorstandes				
	alle HH	bis 29 Jahre	30 bis 44 J.	45 bis 64 J.	65 J. u. m.
alle HH	0,08	0,06	0,11	0,08	0,04
Selbständige	0,19	0,13	0,17	0,21	0,24
Landwirte	0,15	0,11	0,18	0,13	\
Beamte	0,12	0,09	0,13	0,11	<0,07>
Angestellte	0,11	0,07	0,12	0,11	<0,15>
Arbeiter	0,10	0,11	0,11	0,10	-
Arbeitslose	0,01	0,02	0,01	0	-
Nichterwerb.	0,03	-0,05	0	0,10	0,04

Anm.: <> = Fallzahl unter 30, \ = Fallzahl unter 10, - = kein Fall vorhanden.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Betrachtet man Haushalte nach ihrer sozialen Stellung, so zeigt sich eine besonders hohe Sparquote für die Haushalte der Selbständigen und der Landwirte. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß ein Großteil dieser Haushalte Vermögen für die eigene Altersvorsorge bilden muß. Eine sehr geringe Sparquote ist bei den Haushalten der Arbeitslosen zu beobachten, dies zeigt, daß innerhalb dieser Gruppe die Finanzierung der Verbrauchsausgaben wohl häufig nur unter Rückgriff auf Ersparnisse bzw. durch Aufnahme von Krediten bewerkstelligt werden kann. Die Sparquoten der abhängig Beschäftigten sind etwa gleich hoch. Der Verlauf der Sparquote für die Nichterwerbstätigen-Haushalte in Abhängigkeit der Altersklasse verdeutlicht die Heterogenität dieser Gruppe. Verglichen mit 1983 ist ein deutlicher Anstieg der Sparquote bei Haushalten von Selbständigen bzw. Landwirten (plus 7,5 bzw. 5,5 Punkte) und ein Absinken der Sparquoten der Arbeitslosen- sowie der Nichterwerbstätigen-Haushalte (minus 3,4 bzw. 1,5 Punkte) zu beobachten.²⁵

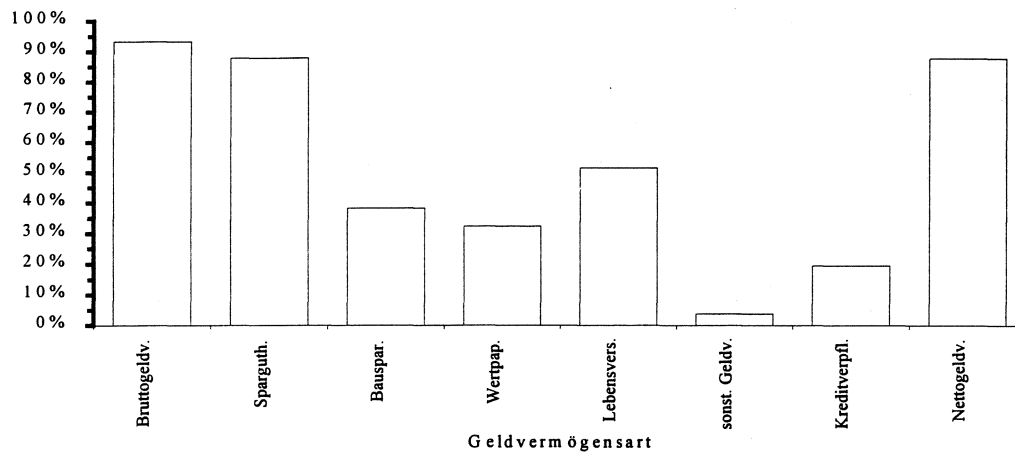
5.4 Die Ausstattungsgrade verschiedener sozialer Gruppen mit Bruttogeldvermögen und den verschiedenen Geldvermögensarten

Betrachtet man, wieviele Haushalte und welche Haushaltsgruppen überhaupt über Bruttogeldvermögen bzw. bestimmte Geldvermögensarten verfügen, lassen sich erste Aussagen hinsichtlich der Konzentration der betreffenden Vermögensarten treffen.

²⁴ Werden die Sparquoten nicht durch Hochrechnung der individuellen Quoten der einzelnen Haushalte, sondern aus den gruppenspezifischen Aggregaten der Ersparnissumme und des Haushaltsnettoeinkommens ermittelt, ergeben sich, aufgrund der dann geringeren Streuung, höhere Werte. Für alle Haushalte ergibt sich dann bspw. eine Sparquote von 12,1%, was dann weitgehend dem oben ausgewiesenen Ergebnis des DIW entspricht. Vgl. dazu z.B. Schломann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 102f.

²⁵ Vgl. Schломann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 104, Tab. 5.2.

Abb. 5.4: Der Ausstattungsgrad der privaten Haushalte mit Bruttogeldvermögen und den verschiedenen Geldvermögensarten am Jahresende 1988 (jew. Anteil der Besitzerhaushalte in %)



Anm.: Nettogeldvermögen gilt hier als vorhanden, sofern es > 0 ist.
Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Rund 93% aller Haushalte verfügten Ende 1988 zumindest über eine der genannten Geldvermögensarten und damit über Bruttogeldvermögen. Am häufigsten unter allen Anlageformen waren Sparguthaben vertreten. Der Ausstattungsgrad ist innerhalb der letzten zwanzig Jahre relativ stabil geblieben und schwankt um etwa 90%.²⁶ Die am zweit häufigsten vertretene Geldvermögensart sind Lebensversicherungen mit einem Ausstattungsgrad von 52%, gefolgt von Bausparguthaben mit 38%. Die Ausstattung mit Lebensversicherungen ist damit zumindest bis 1988 rückläufig gewesen, sie betrug bspw. 1978 noch 70% und 1983 noch 66,8%.²⁷ Der Anteil der Bausparer hat zwar gegenüber den sechziger Jahren kräftig zugenommen, ist aber gemessen an 1983 um rund 1,5 Prozentpunkte zurückgegangen.²⁸ 1993 erhöhte sich die Quote allerdings wieder auf 42%.²⁹ Über Wertpapiere verfügten 32% aller Haushalte, hier hat sich der steigende Trend weiter fortgesetzt.³⁰ 1993 betrug der Ausstattungsgrad sogar 45,8%.³¹ Kreditverpflichtungen waren in 20% aller Haushalte zu finden. Der Ausstattungsgrad hat damit gegenüber 1983 leicht zugenommen, dort hatte er bei 17,2% gelegen,³² allerdings fiel die Quote 1993 auch wieder auf 17,6% zurück.³³ Über positives Nettogeldvermögen verfügten 88% aller Haushalte.

²⁶ Vgl. Euler: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988, a.a.O., S. 802.

²⁷ Vgl. Euler: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988, a.a.O., S. 802.

²⁸ Vgl. Euler: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988, a.a.O., S. 802.

²⁹ Vgl. Guttman: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1993, a.a.O., S. 393.

³⁰ Vgl. Euler: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988, a.a.O., S. 802.

³¹ Vgl. Guttman: a.a.O., S. 393.

³² Vgl. Hertel, Jürgen: Ausgewählte Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte Ende 1983, in: Wirtschaft und Statistik 11/1985, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Mainz 1985, S. 899 - 907, hier S. 906.

³³ Vgl. Guttman: a.a.O., S. 397.

Aus vermögenspolitischer Sicht kann es zunächst einmal sinnvoll sein, die Ausstattung der Haushalte mit verschiedenen Geldvermögensarten per se zu fördern. Um hier aber möglichst effizient anzusetzen, ist es notwendig die Gruppen genauer zu identifizieren, bei denen die Ausstattungsgrade mit bestimmten Geldvermögenskomponenten besonders niedrig sind. Zu diesem Zweck werden Haushalte zunächst einmal differenziert nach ihrer sozialen Stellung untersucht und danach differenziert nach ihrem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen.

Tab. 5.4: Ausstattung privater Haushalte nach sozialer Stellung mit Bruttogeldvermögen und dessen Komponenten am Jahresende 1988 (jew. Anteil der Besitzerhaushalte in %)

	Bruttogeldv.	Sparguth.	Bausparguth.	Wertpap.	Lebensv.	sonst. Geldv.	Kreditverpfl.	Nettogeldv.
Selbst.	98%	84%	51%	41%	81%	11%	22%	94%
Landw.	98%	91%	66%	37%	78%	13%	16%	93%
Beamte	99%	96%	67%	40%	75%	7%	27%	93%
Angest.	98%	93%	51%	41%	70%	6%	28%	91%
Arbeiter	96%	89%	53%	29%	74%	4%	29%	86%
Arblose.	72%	61%	20%	15%	41%	2%	30%	62%
Nichterw.	90%	86%	19%	29%	24%	4%	8%	88%

Anm.: Nettogeldvermögen gilt hier als vorhanden, sofern es > 0 ist.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Der Ausstattungsgrad mit Bruttogeldvermögen ist bei den Erwerbstätigen-Haushalten sehr hoch, hier verfügte fast jeder Haushalt über eine der genannten Geldvermögensarten. Etwas niedriger ist der Ausstattungsgrad bei den Nichterwerbstätigenhaushalten. Weit abgeschlagen sind die Haushalte der Arbeitslosen, nur 72% dieser Gruppe verfügten über Bruttogeldvermögen. Betrachtet man dazu die Ausstattung mit Kreditverpflichtungen bzw. mit Nettogeldvermögen, zeigt sich, daß hier ein hoher Anteil überschuldeter Haushalte zu vermuten ist. Für die Haushalte der Selbständigen ist eine vergleichsweise ausgeprägte Renditeorientierung erkennbar. Die Ausstattung mit Bausparguthaben ist bei den Landwirten und abhängig Beschäftigten besonders hoch und hier ganz besonders bei den Beamten. Gering ist diese Quote bei Arbeitslosen und Nichterwerbstätigen. Auch bei Wertpapieren ist die Ausstattung der Arbeitslosen-Haushalte sehr gering. Über Lebensversicherungen verfügte ein großer Teil der Erwerbstätigen-Haushalte. Hier war erstaunlicherweise auch die Ausstattung der Arbeitslosen-Haushalte noch recht hoch. Hinsichtlich der Nichterwerbstätigen ist zu vermuten, daß ein großer Teil der Versicherungen bereits ausgezahlt ist.

Der Ausstattungsgrad mit Brutto- bzw. Nettogeldvermögen, Wertpapieren, Lebensversicherungen und sonstigem Geldvermögen steigt mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen deutlich an. In umgekehrter U-Form verläuft allerdings die Verfügbarkeit hinsichtlich der Sparguthaben, Bausparguthaben und Kreditverpflichtungen. Bei den Sparguthaben dürfte die mit steigendem Einkommen größer werdende Renditeorientierung der

Grund sein. Hinsichtlich der Anlage in Bausparverträgen vermutet Euler, daß innerhalb der einkommensstarken Haushalte schon ein großer Teil über eigenes Grundvermögen verfügt, so daß diese Anlage weniger reizvoll und sinnvoll erscheint.³⁴ Bei den unteren Einkommensgruppen, die unterhalb oder am Rande der Sozialhilfeschwelle liegen, ist insbesondere die Ausstattung mit höherverzinslichen Anlageformen sehr schwach.

Tab. 5.5: Ausstattung privater Haushalte nach monatl. Haushaltsnettoeinkommen (HHNEK) mit Bruttogeldvermögen und dessen Komponenten am Jahresende 1988 (jew. Anteil der Besitzerhaushalte in %)

HHNEK in DM	Bruttogeldv.	Sparguth.	Bausparguth.	Wertpap.	Lebensv.	sonst. Geldv.	Kreditverpfl.	Nettogeldv.
unter 1.200	79%	74%	17%	16%	22%	3%	13%	74%
1.200-2.000	91%	85%	24%	25%	37%	3%	18%	85%
2.000-3.000	98%	92%	43%	34%	58%	5%	21%	91%
3.000-4.000	99%	94%	56%	41%	70%	6%	24%	94%
4.000-5.000	99%	92%	59%	53%	79%	13%	23%	97%
5.000-10.000	99%	92%	59%	53%	79%	13%	23%	97%
10.000-25.000	100%	86%	47%	62%	86%	20%	18%	99%

Anm.: Nettogeldvermögen gilt hier als vorhanden, sofern es > 0 ist.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Vermögenspolitische Maßnahmen sollten also insbesondere bei der Gruppe der Arbeitslosen bzw. den unteren Einkommensgruppen ansetzen. Hier wäre vor allem eine höhere Ausstattung mit höherverzinslichen Anlageformen bei adäquater Sicherung anzustreben. Dies hätte auch positive Auswirkungen auf die Vermögenseinkommen dieser Haushalte, so daß dadurch auch die Einkommensverteilung korrigiert werden könnte. Tatsächlich können aber von vermögenspolitischen Maßnahmen meist nur Gruppen profitieren, die schon über einen Grundstock an Vermögen verfügen bzw. eine bestimmte Einkommensgrenze überschreiten, so daß die eben ausgemachte Zielgruppe gar nicht oder nur unzureichend erreicht wird.³⁵

5.5 Die personelle Verteilung des Geldvermögens und dessen Komponenten

In den folgenden Abschnitten werden die personelle Verteilung³⁶ des Nettogeldvermögens sowie der verschiedenen Geldvermögensarten für das Jahr 1988 analysiert. Die Beschreibung erfolgt zum einen mit Hilfe der Dezilendarstellung und zum anderen mit Maßzahlen des Niveauvergleichs und der Streuung sowie mit speziellen Konzentrati-

³⁴ Vgl. Euler: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988, a.a.O., S. 801.

³⁵ Vgl. Lampert, Heinz: Lehrbuch der Sozialpolitik, 3. Aufl., Berlin u.a. 1994, S. 375, 378, vgl. auch Zerche, Jürgen: Einkommen und Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1988, S. 73 - 75 und auch Külpe, Bernhard: Verteilung: Theorie und Politik, 3. Aufl., Stuttgart/New York 1994, S. 357.

³⁶ Bei dieser Art der Analyse wird die Verteilung des Vermögens auf die Untersuchungseinheiten betrachtet, die nach der Höhe ihres Vermögens in aufsteigender Reihenfolge sortiert sind.

onsmaßen (s. Abschnitt 3.2). Um Richtung und Art eventueller Konzentrationsprozesse aufzudecken, werden die Ergebnisse jeweils mit früheren verglichen.

5.5.1 Die personelle Verteilung des Nettogeldvermögens am Jahresende 1988

Tab. 5.6: Die personelle Verteilung des Nettogeldvermögens am Jahresende 1988

HH nach dem Nettogeldvermögen in aufsteigender Höhe	Anteil der Haushaltsdezile am gesamten Nettogeldvermögen in %		arithmetisches Mittel in DM	Variationskoeffizient
	einzeln	kumuliert		
1. Dezil	-2,0	-2,0	-6.053	-2,2763
2. Dezil	0,3	-1,7	1.350	0,4886
3. Dezil	1,3	-0,5	4.563	0,2521
4. Dezil	2,6	2,2	9.363	0,1668
5. Dezil	4,2	6,4	15.311	0,1249
6. Dezil	6,3	12,7	22.933	0,1139
7. Dezil	9,2	21,9	33.210	0,0942
8. Dezil	12,9	34,8	46.495	0,1026
9. Dezil	19,7	54,4	71.003	0,1457
10. Dezil	45,6	100,0	164.377	0,5504
oberste 5%	30,2	-	217.597	0,4711
Ginikoeffizient		0,6281		
Median in DM		18.512		
arith. Mittel in DM		36.091		

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

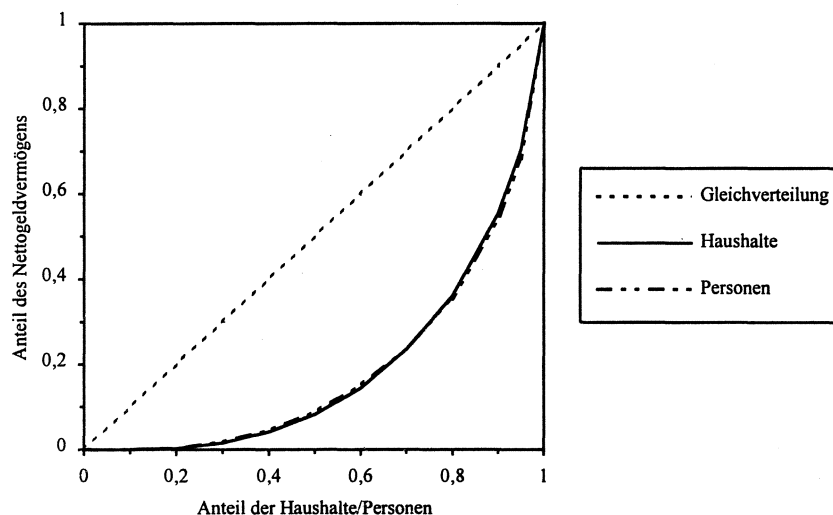
Betrachtet man die Dezile, so fällt zunächst auf, daß die untersten 10% der Haushalte über ein negatives Nettogeldvermögen verfügen. Das durchschnittliche Geldvermögen pro Haushalt beträgt hier entsprechend -6.053 DM. Der hohe Variationskoeffizient zeigt, daß die Streuung dabei besonders groß ist, das heißt, daß einige Haushalte sicher noch beträchtlich darunter liegen. Ab dem 2. Dezil verfügen die Haushalte zwar über positives Nettogeldvermögen jedoch noch in sehr bescheidenem Ausmaß, so daß der kumulierte Anteil erst im 4. Dezil positiv wird. Die hinsichtlich des Nettogeldvermögens 10% reichsten Haushalte verfügen über 45,6% des gesamten Nettogeldvermögens. Im Durchschnitt verfügt diese Gruppe über 164.377 DM je Haushalt. Der Variationskoeffizient zeigt auch für dieses Dezil eine hohe Streuung an, so daß zu vermuten ist, daß nicht wenige Haushalte ein vielfaches des Durchschnittswertes besitzen. Diese These wird gestützt durch den Anteil am gesamten Nettogeldvermögen von 30,2%, über den die obersten 5% verfügen und dem arithmetischen Mittel von 217.597 DM in dieser Gruppe. Eine hohe Konzentration zeigt auch der Ginikoeffizient mit einem Wert von 0,6281 an (Bruttogeldvermögen: 0,6097)³⁷. Der Median beträgt 18.512 DM. Das ist

³⁷ Der Ginikoeffizient bei Betrachtung der Haushalte nur mit positivem Netto- (Brutto-) geldvermögen beträgt 0,5769 (0,5823).

derjenige Wert, der von 50% aller Merkmalsträger nicht überschritten wird.³⁸ Verglichen mit dem arithmetischen Mittel über alle Haushalte von 36.091 DM ist auch dies ein Indiz enormer Konzentration.

Neben der hier vorgenommenen Betrachtung auf der Haushaltsebene, ist es auch möglich, die Verteilung auf der Personenebene zu beleuchten. Eine geringere Konzentration ist insbesondere dann zu erwarten, wenn Haushaltsgröße und Vermögen miteinander positiv korrelieren, das heißt vermögendere Haushalte auch gleichzeitig größere Haushalte sind. Wird obige Analyse auf Personenebene durchgeführt ergibt sich ein Gini-Koeffizient von 0,6309 und damit eine sehr ähnliche Konzentration wie bei der Haushaltsbetrachtung. Median und arithmetisches Mittel sind natürlich entsprechend geringer, sie betragen etwa noch die Hälfte der obigen Werte.

Abb. 5.5: Lorenzkurven zur Verteilung des Nettogeldvermögens auf Haushalts- und Personenebene am Jahresende 1988



Anm. Die Haushalte mit negativem Nettogeldvermögen wurden auf Null heraufgesetzt.

Quelle: eigene Darstellung nach Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Die Lorenzkurven zeigen noch einmal sehr anschaulich das Ausmaß der Konzentration. Hinsichtlich der Haushalts- und der Personenbetrachtung liegt der Spezialfall sich schneidender Lorenzkurven vor.³⁹

Eine Modifizierung der Personenbetrachtung stellt die Verwendung von wohlstandsäquivalenten Haushaltsvermögensgrößen dar. Hier wird das Vermögen, mittels sogenannter Äquivalenzskalen, auf die einzelnen Haushaltsmitglieder entsprechend ihrer

³⁸ Vgl. Neubauer: a.a.O., S. 65f.

³⁹ Zur Interpretation dieses Spezialfalls vgl. Abschnitt 3.2.4.2.

Bedürfnisse und unter der Berücksichtigung von „economies of scale“ verteilt.⁴⁰ Während die Verwendung solcher Äquivalenzskalen bei der Verteilungsanalyse der Einkommen mittlerweile üblich ist, ist dies bei der Betrachtung von Vermögen (noch) nicht so. Vielmehr wird hier häufig die Meinung vertreten, daß Vermögen, zumindest in kurzfristiger Perspektive, nur wenig zur individuellen Bedarfsdeckung herangezogen würde, so daß es legitim sei, das Vermögen sozusagen fiktiv dem Haushaltsvorstand zuzuordnen bzw. jedem Haushalt das Gewicht eins beizumessen.⁴¹

5.5.2 Entwicklung der personellen Verteilung des Nettogeldvermögens und Vergleich mit früheren Ergebnissen

Zunächst soll das Ausmaß der festgestellten Konzentration für das Jahr 1988 mit Ergebnissen auf Basis der EVS des Jahres 1983 verglichen werden. Dazu bietet sich in erster Linie, die im vierten Kapitel vorgestellte Analyse von Schlomann „Vermögensverteilung und private Altersvorsorge“ an. Dort wurde ein etwas geringerer Ginikoeffizient von 0,6170 für die Verteilung des Nettogeldvermögens ermittelt. Vergleicht man die Anteile der einzelnen Dezile, fällt auf, daß die Anteile im oberen Bereich fast gleich geblieben sind. So gibt Schlomann für die obersten 10% einen Anteil am gesamten Nettogeldvermögen von 45,2% und für die obersten 5% von 30,7% an. Im Bereich des 6. bis 9. Dezils sind die Anteile der einzelnen Dezile aber doch merklich, um etwa 0,5 bis 1 Prozentpunkt, gestiegen. Im unteren Bereich hat sich entsprechend die Situation der Haushalte verschlechtert. Während 1983 das 3. Dezil über einen Anteil von 1,7%, das 2. Dezil über 0,7% und das 1. Dezil über kein positives Nettogeldvermögen verfügte, lagen diese Werte, wie gesehen, für 1988 bei 1,3% und 0,3% sowie -2,0%.⁴² Ein Teil dieser Differenz rührt allerdings daher, daß Schlomann wohl im Rahmen seiner Analyse vorkommende negative Nettogeldvermögen auf Null heraufgesetzt hat.⁴³ Verfährt man ebenfalls so für das Jahr 1988, ergibt sich für das 3. Dezil ein Wert von 1,3%, für das 2. Dezil von 0,3% sowie für das 1. Dezil kein Nettogeldvermögen. Es bleibt also immer noch eine genügend große Diskrepanz bestehen, um eine Verschlech-

⁴⁰ Vgl. zur Äquivalenzskalenthematik z.B. Faik: Äquivalenzskalen, a.a.O., insbesondere Kapitel 1 und 2 und Anhang 1 dieser Arbeit.

⁴¹ Vgl. dazu z.B. Faik: Die Verteilung und Bildung der Geldvermögen in Ostdeutschland seit 1990, a.a.O., S. 192f.

⁴² Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 141f.

⁴³ Schlomann vertritt die Meinung, daß die Berücksichtigung negativer Merkmalsausprägungen zu Verzerrungen führen kann. Allerdings wird nicht ersichtlich, ob er deshalb die Werte generell transformiert, also auch zur Dezilendarstellung, oder nur zur Berechnung von Ginikoeffizienten und Lorenz-

terung der Situation geldvermögensarmer Haushalte zu konstatieren. So spricht auch Euler von einer „innerhalb von fünf Jahren nicht allzu ausgeprägten aber doch deutlich erkennbaren Verschiebung von den unteren und mittleren Größenklassen des Brutto- und Nettogeldvermögens zu den oberen“.⁴⁴ Diese Tendenz konnte im übrigen auch schon über den Zeitraum der EVS-Stichjahre 1973, 1978 und 1983 beobachtet werden.⁴⁵ Das gesamte Ausmaß der Ungleichverteilung wäre sicher noch ausgeprägter, wenn auch die Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25.000 DM und mehr einbezogen wären. Man muß hier also von mindestens vorhandener Konzentration ausgehen. Auf der Personenebene hat sich die Ungleichheit deutlicher erhöht. Hier betrug der Ginikoeffizient 1983 noch 0,5927 (gegenüber 0,6309 im Jahre 1988). Dies läßt vermuten, daß sich das Geldvermögen zunehmend bei kleineren Haushalten konzentriert.⁴⁶

Tabelle 5.7 gibt die Möglichkeit, die Entwicklung und Dynamik der Vermögensverteilung anhand der Ginikoeffizienten über den Zeitraum der EVS-Stichjahre 1983, 1988 und 1993 hinweg zu beobachten.

Tab. 5.7: Entwicklung der Konzentration des Nettogeldvermögens von 1983 bis 1993

	1983	1988	1993
Ginikoeffizient	0,6170	0,6281	0,6167
1983=100	100	101,80	99,95

Anm.: 1993 Westdeutschland.⁴⁷ Hinsichtlich der unterschiedlichen Abgrenzungen der Untersuchungseinheiten in den einzelnen Analysejahren siehe Abschnitt 3.1.2.1.1.

Quelle: 1983: Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 142, Tab 6.5, 1988: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88, 1993: eigene Berechnungen auf Basis von Standardtabellen des StBA, Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, a.a.O., S.162, Tab. 1.26.1.

Die Betrachtung der Ginikoeffizienten läßt keinen eindeutigen Trend im Sinne einer zunehmenden oder abnehmenden Konzentration des Nettogeldvermögens erkennen. Im Gegenteil scheint bei Betrachtung über den Zeitraum von 1983 bis 1993 die Verteilung,

kurven, wo die Transformation ja zwingend erforderlich ist. Vgl. dazu Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 126.

⁴⁴ Vgl. Euler: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988, a.a.O., S. 807f.

⁴⁵ Vgl. Euler, Manfred: Geldvermögen privater Haushalte Ende 1983, in: Wirtschaft und Statistik 5/1985, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Mainz 1985, S. 408 - 418, hier S. 418.

⁴⁶ Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 141f.

⁴⁷ Für die Verteilung des Nettogeldvermögens ergibt sich für Ostdeutschland 1993 ein Ginikoeffizient von 0,5824.

zumindest auf der Haushaltsebene, recht stabil zu sein.⁴⁸ Das Ausmaß der Ungleichheit ist aber trotz allem so beträchtlich, daß auch bei Stabilität der Verteilung ein verteilungspolitischer Handlungsbedarf nicht bestritten werden kann.⁴⁹

5.5.3 Die personelle Verteilung der einzelnen Geldvermögensarten am Jahresende 1988

Tab. 5.8: Die personelle Verteilung der Sparguthaben am Jahresende 1988

HH nach Sparguthaben in aufsteigender Höhe	Anteil der Haushaltsdezile an den gesamten Sparguthaben in %		arithmetisches Mittel in DM	Variationskoeffizient
	einzel	kumuliert		
1. Dezil	0	0	0	0
2. Dezil	0,2	0,2	500	0
3. Dezil	1,3	1,4	1.000	0
4. Dezil	2,6	4,0	2.466	0,2022
5. Dezil	4,6	8,6	4.526	0,1103
6. Dezil	6,1	14,7	6.675	0,1234
7. Dezil	7,7	22,4	9.575	0,0743
8. Dezil	12,9	35,3	13.723	0,1063
9. Dezil	19,8	55,1	21.828	0,1920
10. Dezil	44,9	100,0	49.430	0,6934
oberste 5%	28,9	-	63.977	0,6879
Ginikoeffizient		0,6280		
Median in DM		5.441		
arith. Mittel in DM		11.084		
Anteil der Besitzerhaushalte		0,8800		
bei Betrachtung nur der Besitzerhaushalte				
Ginikoeffizient		0,5771		
Median in DM		6.724		
arith. Mittel in DM		12.602		
Anteil d. Sparguth. a. ges. Bruttogeldv. (%)		28,94		

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Verglichen mit den übrigen Geldvermögensarten sind die Sparguthaben (vgl. Tab. 5.8) am wenigsten konzentriert, trotz allem sind aber auch diese noch enorm ungleich verteilt. So verfügen beispielsweise 50% aller Haushalte zusammen nur über 8,6% der gesamten Sparguthaben. Die Grenze zwischen den unteren und den oberen 50% liegt gerade mal bei 5.441 DM. Die obersten 10% verfügen hingegen über fast 45% bzw. die obersten 5% über annähernd 29% der gesamten Sparguthaben. Das arithmetische Mittel beträgt hier 49.430 DM bzw. 63.977 DM. Die Streuung ist auch hier im oberen Bereich wieder besonders hoch. Der Ginikoeffizient ist mit 0,6280 praktisch identisch mit dem

⁴⁸ Hier sei angemerkt, daß zwischen 1983 und 1988 auch eine stabile Einkommensverteilung zu beobachten war. Vgl. z.B. Becker: a.a.O., Tab. 9.

⁴⁹ Die Berechnung des Ginikoeffizienten für 1993 wäre noch einmal durch Berechnung auf Basis von Individualdaten zu überprüfen. Eine sichere Beurteilung benötigt zudem einen längeren Beobach-

für die Verteilung des Nettogeldvermögens. Der Ginikoeffizient für die sogenannte innere Verteilung beträgt 0,5771. Dies zeigt, daß auch bei Betrachtung nur der Besitzerhaushalte eine hohe Disparität besteht. Eine höhere Konzentration zeigt sich auf der Personenebene mit Ginikoeffizienten von 0,6519 und 0,6042.⁵⁰

Tab. 5.9: Die personelle Verteilung der Bausparguthaben am Jahresende 1988

HH nach Bausparguthaben in aufsteigender Höhe	Anteil der Haushaltsdezile an den gesamten Bausparguthaben in %		arithmetisches Mittel in DM	Variationskoeffizient
	einzel	kumuliert		
1. Dezil	0	0	0	0
2. Dezil	0	0	0	0
3. Dezil	0	0	0	0
4. Dezil	0	0	0	0
5. Dezil	0	0	0	0
6. Dezil	0	0	0	0
7. Dezil	2,8	2,8	1.476	0,3790
8. Dezil	9,1	11,9	3.967	0,2027
9. Dezil	21,2	33,1	8.223	0,2275
10. Dezil	66,9	100,0	26.868	0,7238
oberste 5%	46,5	-	38.990	0,5736
Ginikoeffizient		0,8241		
Median in DM		0		
arith. Mittel in DM		4.142		
Anteil der Besitzerhaushalte		0,3845		
bei Betrachtung nur der Besitzerhaushalte				
Ginikoeffizient		0,5429		
Median in DM		6.216		
arith. Mittel in DM		10.771		
Anteil d. Bauspargut. a. ges. Bruttogeldv. (%)		10,81		

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Tabelle 5.9 zeigt, daß die Verteilung der Bausparguthaben sehr stark konzentriert ist. Der Ginikoeffizient beträgt hier bei Betrachtung aller Haushalte 0,8241. Ursache der hohen Konzentration ist in erster Linie der nur sehr geringe Anteil der Besitzerhaushalte an allen Haushalten von rund 38%. Betrachtet man nur die Haushalte mit Bausparverträgen, sinkt der Ginikoeffizient auf 0,5429, damit ist die innere Verteilung der Bausparguthaben gleichmäßiger als die aller anderen Geldvermögenskomponenten. Etwas höher liegt auch hier die Konzentration auf der Personenebene mit Ginikoeffizienten von 0,8327 und 0,5660.⁵¹ Die Dezilendarstellung zeigt, daß praktisch 30% aller Haushalte über das gesamte Bausparvermögen verfügen, die obersten 10% alleine über rund 67% und die obersten 5% gar über 46,5%. Unter dem Gesichtspunkt des Zwecksparens

tungszeitraum, es bleibt also abzuwarten, wie sich die Verteilung in den nächsten 15 Jahren entwickelt.

⁵⁰ eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

⁵¹ eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

ist die hohe Konzentration der Bausparguthaben besonders bedenklich. Faßt man nämlich den geringen Anteil der Besitzerhaushalte als Indikator zukünftiger Bautätigkeit privater Haushalte auf, so scheinen von hieraus kaum Impulse auszugehen, die zu einer Entschärfung der noch zu beobachtenden Ungleichverteilung des Haus- und Grundvermögens beitragen könnten.

Tab. 5.10: Die personelle Verteilung des Wertpapiervermögens am Jahresende 1988

HH nach Wertpapiervermögen in aufsteigender Höhe	Anteil der Haushaltsdezile am gesamten Wertpapiervermögen in %		arithmetisches Mittel in DM	Variations- koeffizient
	einzeln	kumuliert		
1. Dezil	0	0	0	0
2. Dezil	0	0	0	0
3. Dezil	0	0	0	0
4. Dezil	0	0	0	0
5. Dezil	0	0	0	0
6. Dezil	0	0	0	0
7. Dezil	0,3	0,3	886	0,2370
8. Dezil	4,3	4,6	4.040	0,3988
9. Dezil	16,1	20,7	14.020	0,3293
10. Dezil	79,3	100,0	68.925	1,0077
oberste 5%	59,9	-	105.973	0,7942
Ginikoeffizient		0,8846		
Median in DM		0		
arith. Mittel in DM		8.712		
Anteil der Besitzerhaushalte		0,3243		
bei Betrachtung nur der Besitzerhaushalte				
Ginikoeffizient		0,6445		
Median in DM		11.089		
arith. Mittel in DM		26.862		
Anteil d. Wertpverm. a. ges. Bruttogeldv. (%)		22,74		

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Abgesehen von den Kreditverpflichtungen, ist das Wertpapiervermögen die am stärksten konzentrierte Geldvermögensart (vgl. Tab. 5.10). Der Ginikoeffizient beträgt hier 0,8846 (auf der Personenebene 0,8968⁵²). Die obersten 10% aller Haushalte besitzen knapp 80% des gesamten Wertpapiervermögens, die obersten 5% knapp 60%. Im Durchschnitt besitzen die Haushalte dieser Dezile Wertpapiere im Wert von rund 70.000 DM bzw. 106.000 DM. Im oberen Bereich herrscht zudem eine beachtliche Streuung, so daß zu vermuten ist, daß viele Haushalte noch weit darüber liegen. Die unteren 80% verfügen gerade mal über einen Anteil von knapp 5%. Die Ergebnisse sind um so beeindruckender, wenn bedacht wird, daß das Wertpapiervermögen immerhin einen Anteil von 22,74 % des im Rahmen der EVS erfaßten Bruttogeldvermögens einnimmt. Auch die innere Verteilung ist noch stark konzentriert, der Ginikoeffizient beträgt hier 0,6445

⁵² eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

(auf der Personenebene sogar 0,6822⁵³). Berücksichtigt man, daß gerade der Besitz von Wertpapiervermögen sehr stark vom Haushaltsnettoeinkommen abhängig ist (vgl. Tab. 5.5), so ist davon auszugehen, daß bei Einbeziehung der Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25.000 DM und mehr, sich die Verteilung noch erheblich ungleicher darstellen würde. In dieser Gruppe dürfte ein großer Teil des privaten Wertpapierbesitzes konzentriert sein.⁵⁴

Tab. 5.11: Die personelle Verteilung der Lebensversicherungsguthaben am Jahresende 1988

HH nach Lebensversguth. in aufsteigender Höhe	Anteil der Haushaltsdezile an den gesamten Lebensversguth. in %		arithmetisches Mittel in DM	Variations- koeffizient
	einzel	kumuliert		
1. Dezil	0	0	0	0
2. Dezil	0	0	0	0
3. Dezil	0	0	0	0
4. Dezil	0	0	0	0
5. Dezil	0	0	0	0
6. Dezil	1,3	1,3	2.516	0,4333
7. Dezil	5,0	6,3	6.564	0,2235
8. Dezil	10,5	16,7	13.415	0,1712
9. Dezil	20,4	37,1	25.677	0,2171
10. Dezil	62,8	100,0	81.789	0,5687
oberste 5%	47,9	-	111.198	0,3857
Ginikoeffizient		0,8012		
Median in DM		0		
arith. Mittel in DM		12.861		
Anteil der Besitzerhaushalte		0,5187		
bei Betrachtung nur der Besitzerhaushalte				
Ginikoeffizient		0,5715		
Median in DM		12.577		
arith. Mittel in DM		24.795		
Anteil d. Lebensversgut. a. ges. Bruttogv. (%)		33,58		

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Stark konzentriert sind auch die Lebensversicherungsguthaben (vgl. Tab. 5.11). Trotz allem ist diese Geldvermögensart nach den Sparguthaben die am häufigsten vertretene Anlageform und macht rund ein Drittel des gesamten in der EVS erfaßten Bruttogeldvermögens aus. Zudem sollte hier berücksichtigt werden, daß zum Beispiel gerade bei Haushalten mit älteren Haushaltsvorständen die Lebensversicherungsverträge vielfach schon ausbezahlt sind, so daß es sich also aus der Natur der Sache ergibt, daß für bestimmte Gruppen hier keine Guthaben zu erwarten sind.⁵⁵ Der Ginikoeffizient beträgt

⁵³ eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

⁵⁴ Vgl. Euler, Manfred: Wertpapiervermögen privater Haushalte am Jahresende 1988, in: Wirtschaft und Statistik 6/1991, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1991, S. 410 - 415, hier S. 411 u. 414.

⁵⁵ Vgl. Euler: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988, a.a.O., S. 801.

0,8012.⁵⁶ Das oberste Dezil verfügt über einen Anteil am gesamten privaten Lebensversicherungsvermögen von 62,8%, die obersten 5% über einen von rund 48%. In diesem Bereich, sind insbesondere die Haushalte der Selbständigen zu vermuten. Bemerkenswert ist, daß das arithmetische Mittel des 10. Dezils mit 81.789 DM mehr als dreimal so hoch ist wie das des 9. Dezils. Betrachtet man nur die Besitzerhaushalte dieser Vermögensart, wird die Verteilung deutlich gleichmäßiger.

Tab. 5.12: Die personelle Verteilung der Kreditverpflichtungen am Jahresende 1988

HH nach Kreditverpflichtungen in aufsteigender Höhe	Anteil der Haushaltsdezile an den gesamten Kreditverpflichtungen in %		arithmetisches Mittel in DM	Variations- koeffizient
	einzel	kumuliert		
1. Dezil	0	0	0	0
2. Dezil	0	0	0	0
3. Dezil	0	0	0	0
4. Dezil	0	0	0	0
5. Dezil	0	0	0	0
6. Dezil	0	0	0	0
7. Dezil	0	0	0	0
8. Dezil	0	0	0	0
9. Dezil	12,5	12,5	2.975	0,6070
10. Dezil	87,5	100,0	19.921	1,0175
oberste 5%	66,9	-	29.561	0,8301
Ginikoeffizient		0,9147		
Median in DM		0		
arith. Mittel in DM		2.227		
Anteil der Besitzerhaushalte		0,1968		
bei Betrachtung nur der Besitzerhaushalte				
Ginikoeffizient		0,5568		
Median in DM		6.566		
arith. Mittel in DM		11.626		

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Insgesamt hat im Rahmen des Schlußinterviews der EVS nur rund jeder fünfte Haushalt angegeben, über Kreditschulden (die nicht im Zusammenhang mit Haus- oder Grundbesitz stehen) zu verfügen. Entsprechend hoch ist das Ausmaß der Konzentration bei Betrachtung aller Haushalte (vgl. Tab.5.12). Hier ergibt sich ein Ginikoeffizient von 0,9147 (auf der Personenebene 0,9204⁵⁷). Allein auf das oberste Dezil entfallen 87,5% der gesamten Kreditschulden bei einer durchschnittlichen Höhe der Restschuld von 19.921 DM und enormer Streubreite. Für die obersten 5% steigt die durchschnittliche Höhe der Schuld noch einmal enorm an. Bei Betrachtung nur der Besitzerhaushalte

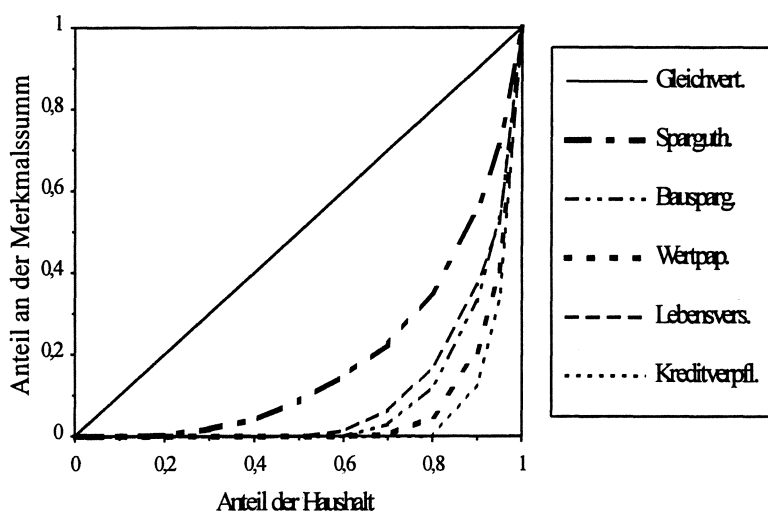
⁵⁶ Auf der Personenebene ist das Ausmaß der Konzentration praktisch gleich, der Ginikoeffizient beträgt dort 0,8072 bzw. für die innere Verteilung 0,5846 (eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88).

⁵⁷ eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

sinkt der Ginikoeffizient auf 0,5568 (auf der Personenebene auf 0,5888⁵⁸). Der Median beträgt dann 6.566 DM.

Abbildung 5.6 zeigt die Konzentration der einzelnen Geldvermögensarten anhand ihrer Lorenzkurven. Am wenigsten konzentriert sind die Sparguthaben, gefolgt von den Lebensversicherungen. Die stärkste Ungleichheit weist die Verteilung der Wertpapiervermögen und die der Kreditverpflichtungen auf.

Abb. 5.6: Lorenzkurven zur Verteilung der einzelnen Geldvermögensarten auf der Haushaltsebene am Jahresende 1988



Quelle: eigene Darstellung nach Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

5.5.4 Entwicklung der personellen Verteilung der einzelnen Geldvermögensarten und Vergleich mit früheren Ergebnissen

Zum einen sollen auch hier wieder die Ergebnisse mit denen von Schlomann für das Jahr 1983 verglichen werden, zum anderen besteht für alle Geldvermögensarten (mit Ausnahme der Lebensversicherungsguthaben) die Möglichkeit, die Entwicklung der Konzentration über einen längeren Zeitraum zu beobachten. Dazu können neben Schlomanns Resultaten die Ergebnisse einer intertemporalen Betrachtung von Bomsdorf, die unter Kapitel 4 schon kurz vorgestellt wurde, herangezogen werden. Der Untersuchungszeitraum dieser Analyse reicht von 1973 bis 1983. Sie basiert ebenfalls auf der EVS, allerdings sind die Berechnungen auf Basis von bereits klassiertem Material des StBA durchgeführt⁵⁹ und sind deshalb etwas ungenauer, als die auf Basis der Datenban-

⁵⁸ eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

⁵⁹ Vgl. Bomsdorf: a.a.O., 328f.

ken berechneten. Der Vergleich wird anhand der Ginikoeffizienten und anhand des Anteils an der gesamten Merkmalssumme, der jeweils auf die 90% „ärmsten“ Haushalte (hinsichtlich der jew. Geldvermögensart) entfällt, vorgenommen.⁶⁰

Tab. 5.13: Entwicklung der Konzentration der einzelnen Geldvermögensarten von 1973 bis 1988

	1973	1978	1983	1988
Sparguthaben				
Ginikoeffizient	0,58	0,57	0,61 ^{a)}	0,63
1973 = 100	100	98,28	101,72	108,28
Anteil der unteren 90%	60%	64%	55% ^{a)}	55%
Bausparguthaben				
Ginikoeffizient	0,80	0,79	0,82 ^{b)}	0,82
1973 = 100	100	98,75	102,30	103,01
Anteil der unteren 90%	40%	40%	35% ^{b)}	33%
Wertpapiervermögen				
Ginikoeffizient	0,91	0,90	0,90 ^{c)}	0,89
1973 = 100	100	98,90	98,88	97,21
Anteil der unteren 90%	13%	15%	17% ^{c)}	22%
Kreditverpflichtungen				
Ginikoeffizient	0,94	0,93	0,93 ^{d)}	0,91
1973 = 100	100	98,94	98,87	97,31
Anteil der unteren 90%	6%	6%	9% ^{d)}	13%

Anm.: 1973 (1978) ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 15.000 DM (20.000 DM) und mehr, bzgl. der Abgrenzungen für 1983 und 1988 s. Abschnitt 3.1.2.1.1.

^{a)} Bomsdorf: 0,59 und 59%, ^{b)} Bomsdorf: 0,79 und 42%, ^{c)} Bomsdorf: 0,89 und 18%,

^{d)} Bomsdorf: 0,92 und 9%.

Quelle: 1973, 1978: Bomsdorf: a.a.O., S. 330, Tab. 1, S. 331, Tab. 2, S. 332, Tab. 3. 1983: Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 144, Tab. 6.6. 1988: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Betrachtet man in Schlomanns Analyse die Verteilung der Sparguthaben auf die einzelnen Dezile, so fällt auf, daß Veränderungen in erster Linie im unteren Bereich und im 8. und 9. Dezil stattfanden. So verfügte das 2. Dezil 1983 noch über 0,7% der gesamten Sparguthaben, während es (wie gesehen) 1988 nur noch 0,2% waren. Die Haushalte des 8. und 9. Dezils konnten ihre Anteile dagegen von 12,1% auf 12,9% bzw. von 18,4% auf 19,8% erhöhen. Die hinsichtlich der Sparguthaben reichsten 5% der Haushalte verfügten 1988 über einen um 1,4 Prozentpunkte geringeren Anteil an den gesamten Sparguthaben.⁶¹ Ein Grund könnte sein, daß insbesondere bei den reicheren Haushalten zunehmend eine Umschichtung von Sparguthaben in höher verzinsliche Anlageformen stattfand. Die Kennzahlen aus Tabelle 5.13 zeigen, daß die Konzentration der Sparguthaben nach einem leichten Rückgang Mitte der siebziger Jahre, in den achtziger Jahren wieder zugenommen hat. Wenn der Anstieg auch nicht dramatisch war, so ist dies aber doch insofern bedenklich, da das Konzentrationsausmaß bereits ein beträchtliches Ni-

⁶⁰ Diese Vergleichsmöglichkeit bestand hinsichtlich des Nettogeldvermögens nicht, da Bomsdorf für die Jahre 1973 und 1978 keine Ginikoeffizienten für die Verteilung dieses Aggregats liefert.

⁶¹ Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 144, Tab. 6.6.

veau erreicht hatte und dies bei einer Anlageform, die allgemein als der Ausgangspunkt eines individuellen Vermögensaufbaus gesehen wird. Denn erst wenn über Kontensparen ein Grundstock an Vermögen gebildet wurde, kann der Anleger über gezielte Förderung auch erfolgversprechend zu anderen Vermögensformen geführt werden.⁶²

Während das Ausmaß der Konzentration hinsichtlich der Bausparguthaben in den siebziger Jahren relativ stabil war, ist für die achtziger Jahre eine leichte Zunahme der Ungleichheit festzustellen, insbesondere bei der Personenbetrachtung. Der Ginikoeffizient betrug hier 1983 noch 0,7809. Ein wesentlicher Faktor war hier sicherlich die gegenüber 1983 um 1,3 Prozentpunkte gesunkene Besitzerquote. Der Ginikoeffizient der inneren Verteilung ist für beide Zeitpunkte quasi identisch. Im Vergleich zu 1983 konnten das 9. und 10. Dezil jeweils ihren Anteil erhöhen, das oberste Dezil dabei besonders deutlich.⁶³ Es bleibt abzuwarten, wie sich das Verteilungsbild für 1993 darstellt, der Anteil der Haushalte mit Bausparverträgen ist hier zumindest wieder auf 42,0% (Westdeutschland) gestiegen.⁶⁴ Weiter wird interessant sein, zu beobachten, wie sich die Neuregelung der Bausparförderung auf die Verteilung auswirken wird. Die Neuregelung bedeutet eine erheblichen Erweiterung des Kreises der Begünstigten und führte 1996 bereits zu einem enormen Anstieg abgeschlossener Bausparverträge, sowohl hinsichtlich der Anzahl als auch hinsichtlich der Vertragssummen.⁶⁵

Bezüglich des Wertpapiervermögens läßt sich eine leichte Tendenz zur Dekonzentration (auch bzgl. der inneren Verteilung) feststellen. Wenn auch dieser Trend noch zu schwach ist, als daß davon merkliche Impulse auf die gesamte Geldvermögensverteilung ausgehen könnten. Betrachtet man die Verteilung über die Dezile für 1983 und 1988 so zeigt sich, daß der Anteil des obersten Dezils leicht geschrumpft ist, während das 7., 8., und 9. Dezil jeweils leicht zulegen konnte. Eindrucksvoll ist der Rückgang des Anteils der obersten 5% von 65,1% auf 59,9%.⁶⁶ Die hohe Konzentration des Wertpapiervermögens ist gleich aus mehreren Gründen besonders problematisch. Zum einen werfen Anlagen in Wertpapieren überdurchschnittliche Renditen ab und tragen so auch zur Konzentration der Vermögenseinkommen erheblich bei,⁶⁷ zum anderen entfällt ein

⁶² Vgl. Zerche: a.a.O., S. 130.

⁶³ Vgl. Schломann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 144, Tab. 6.6.

⁶⁴ Vgl. Guttman: a.a.O., S. 393, Tab. 2.

⁶⁵ Vgl. Deutsche Bundesbank: Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 1996, Monatsbericht Mai 1997, Frankfurt/M. 1997, S. 17 - 41, hier S. 32.

⁶⁶ Vgl. Schломann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 144, Tab. 6.6.

⁶⁷ Vgl. Mückl: a.a.O., S. 229.

nicht geringer Teil des Wertpapiervermögens auf Aktien,⁶⁸ deren Besitz mit weitreichenden Machtbefugnissen verbunden sein kann.⁶⁹ Also auch von daher sollte eine Dekonzentration dieser Vermögensart angestrebt werden. Es bleibt abzuwarten, ob die leichte Dekonzentrationstendenz, die oben festgestellt werden konnte, sich langfristig durchsetzen kann⁷⁰ und inwieweit dabei Ereignisse, wie bspw. der Börsengang der „Deutschen Telekom“ diesen Trend stützen können.⁷¹

Ein Vergleich der Verteilung der Lebensversicherungsguthaben für 1983 und 1988 ist nur eingeschränkt möglich. Für das Jahr 1983 war aufgrund des Erhebungsprogramms eine Herauslösung der Lebensversicherungen aus allen erfaßten Versicherungen nicht möglich, so daß die Lebensversicherungsguthaben bei Schlomann auch die Sterbegeld-, Ausbildungs- und Aussteuerversicherungen enthalten. Der Niveaueffekt zwischen beiden Verfahrensweisen ist aufgrund der durchschnittlich geringen Höhe der „Nicht-Lebensversicherungen“ als eher unbedeutend einzuschätzen, allerdings sind Auswirkungen auf das Ausmaß der Ungleichheit zu vermuten. So ermittelte beispielsweise Schlomann einen Ginikoeffizienten bezogen auf alle Haushalte von 0,7826 für das Jahr 1983.⁷² Der Wert indiziert demnach eine etwas geringere Ungleichheit, als die von mir für 1988 festgestellte, was aber mit dem bei meiner Vorgehensweise geringeren Anteil der Besitzerhaushalte an allen Haushalten erklärt werden kann (rund 15 Prozentpunkte geringer).⁷³ Umgekehrt ergibt sich nach meinen Berechnungen mit 0,5715 ein geringerer Ginikoeffizient für die innere Verteilung (Schlomann: 0,6405⁷⁴), was sich damit erklären läßt, daß sich die Streuung bei Einbeziehung der im Durchschnitt geringeren Guthaben der übrigen Versicherungen erhöht. Vergleicht man die Verteilung auf die Dezile beider Jahre miteinander, so zeigt sich trotz allem ein sehr ähnliches Bild.⁷⁵ Hinsichtlich der Lebensversicherungen muß konstatiert werden, daß diese noch keine Ressource darstellen, die der breiten Masse zur privaten Altersvorsorge zur Verfügung stünde.⁷⁶ Ein Grund mag aber sein, daß die meisten Haushalte sich durch die gesetzliche Rentenversi-

⁶⁸ Wichtig zu wissen hierbei ist, daß der Anteil der Besitzerquote hier mit 11,6% deutlich geringer ist als beim Wertpapiervermögen insgesamt. Vgl. Euler: Wertpapiervermögen privater Haushalte am Jahresende 1988, a.a.O., 410f, Tab. 2.

⁶⁹ Vgl. Zerche: a.a.O., S. 49 u. 89 - 98.

⁷⁰ Für 1993 wird der Anteil der Besitzerhaushalte an allen Haushalten für Westdeutschland mit 45,8% angegeben. Vgl. Guttman: a.a.O., S. 393, Tab. 2.

⁷¹ Vgl. Deutsche Bundesbank: Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 1996, a.a.O., S. 32.

⁷² Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 144, Tab. 6.6.

⁷³ Bezogen auf Personen war die Differenz noch ausgeprägter. Hier betrug der Ginikoeffizient 1983 0,7352 gegenüber 0,8072 im Jahr 1988.

⁷⁴ Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 144, Tab. 6.6.

⁷⁵ Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 144, Tab. 6.6.

cherung bzw. durch Pensionsansprüche ausreichend abgesichert fühlen.⁷⁷ Angesichts der aktuellen Debatte über die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung kann sich dies aber künftig ändern, wofür die Bundesbank erste Anzeichen zu erkennen glaubt.⁷⁸

Die Verteilung der Kreditverpflichtungen ist gleichmäßiger geworden, dies gilt auch für die innere Verteilung. Der Anteil der Besitzerhaushalte an allen Haushalten ist von 17,2% auf fast 20% gestiegen.⁷⁹ Die Bundesbank konnte für die privaten Haushalte ein starkes Wachstum bei der Aufnahme von Konsumentenkrediten feststellen sowohl hinsichtlich des gesamten Volumens als auch pro Kopf. Allerdings, so die Bundesbank, müsse berücksichtigt werden, daß der höheren Verschuldung jetzt auch höhere Vermögenswerte gegenüberstünden. Zudem seien die Zinsverpflichtungen aus Konsumentenkrediten im langfristigen Vergleich nur wenig stärker als das verfügbare Einkommen gewachsen und würden kaum mehr als 1,5% des jährlichen Einkommens betragen.⁸⁰ Auf einzelne Haushalte bezogen stimmt dies aber nur, wenn die Höhe der Kreditverpflichtungen auch mit der Höhe des verfügbaren Einkommens korreliert. Gerade dies, ist aber sehr zu bezweifeln. Erste Hinweise, daß dem nicht so ist, zeigte ja schon die Analyse der Ausstattungsgrade verschiedener sozialer Gruppen mit Kreditverpflichtungen (vgl. Abschnitt 5.4). Der Frage, welche Haushaltsgruppen denn nun besonders durch Kreditverpflichtungen belastet sind, wird im Rahmen der weiter unten folgenden Strukturanalyse nachgegangen werden (Vgl. 5.6.3).

⁷⁶ Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 151.

⁷⁷ Vgl. Euler: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988, a.a.O., S. 803.

⁷⁸ Vgl. Deutsche Bundesbank: Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 1996, a.a.O., S. 32.

⁷⁹ Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 144, Tab. 6.6. Allerdings geht man davon aus, daß auch dieser Anteil noch unter dem tatsächlichen liegt, da bspw. kleinere Kredite aus Ratenkäufen von den Haushalten häufig nicht angegeben werden. Plausibilitätskontrollen zeigten, daß der wahre Anteil wohl bei etwa 25% zu vermuten ist. Vgl. Euler: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988, a.a.O., S. 805f bzw. vgl. 5.6.3.

⁸⁰ Vgl. Deutsche Bundesbank: Zur längerfristigen Entwicklung der Konsumentenkredite und der Verschuldung der privaten Haushalte, Monatsbericht April 1993, Frankfurt/M. 1993, S. 19 - 32, hier S. 27 u. 30.

5.6 Die Verteilung des Geldvermögens bei einer Differenzierung der Haushalte nach sozio-ökonomischen Variablen

Die bisher durchgeführten Analyseschritte konnten zeigen über welche durchschnittlichen Geldvermögensbestände sowie über welche Geldvermögensarten die Haushalte insgesamt bzw. einzelne soziale Gruppen verfügten. Die Analyse der personellen Verteilung erbrachte wichtige Erkenntnisse über die Konzentration des gesamten Geldvermögens sowie der einzelnen Geldvermögensarten. Im nächsten Schritt soll nun versucht werden, hinsichtlich der Verteilung möglichst homogene Gruppen zu identifizieren. Dazu werden die Haushalte nun nach mehreren Merkmalen differenziert. Nur nach einem Merkmal geschichtete Ergebnisse bergen nämlich die Gefahr in sich, daß Korrelationen zwischen Variablen unerkant bleiben und zu differenzierten Erklärungsansätzen führen, obwohl es sich immer um den gleichen Kreis von Haushalten handelt.

5.6.1 Zusammenhang zwischen Geldvermögen, Einkommen und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes

Zunächst soll die Vermögensverteilung für nach sozialer Stellung und Haushaltsnettoeinkommen differenzierte Haushaltsgruppen analysiert werden. Dieser Zusammenhang ist deshalb von großer Bedeutung, weil sich Vermögens- und Einkommensdisparitäten zwischen Gruppen gegenseitig beeinflussen und bedingen.⁸¹ Auch in der Theorie werden Wechselwirkungen zwischen diesen Variablen häufig als Ansatzpunkt zur Erklärung der Einkommens- und Vermögensverteilung gewählt. So erklären verschiedene makroökonomische Theorien persistente Vermögensunterschiede als Folge unterschiedlichen Akkumulationsverhaltens (Sparquoten) einzelner Gruppen,⁸² die z.B. wie bei *Kaldor* nach Einkommensarten⁸³ oder wie bei *Pasinetti* nach den Stati „Arbeiter“ und „Kapitalist“ differenziert sind.⁸⁴ Der Zusammenhang zwischen Einkommen und Vermögen wird dabei jeweils als proportional angenommen (Keynesische Ersparnisfunktionen). In *Duesenberrys* Theorie zum Konsum- und Sparverhalten wird die Vermögensbildung durch die relative Einkommensposition der Wirtschaftssubjekte bzw.

⁸¹ Vgl. Külp: a.a.O., S. 356, Zerche: a.a.O., S. 53, Mückl: a.a.O., S. 229.

⁸² Vgl. Ramser, Hans Jürgen: Verteilungstheorie, Heidelberg 1987, S. 82.

⁸³ Vgl. Kaldor, Nicholas: Alternative Verteilungstheorien, in: Einführung in die Verteilungstheorie, hrsg. von Ernesto Grassi, Hamburg 1976, S. 101 - 128, hier S. 121.

⁸⁴ Vgl. Pasinetti, Luigi L.: Der Zusammenhang zwischen Profitrate, Einkommensverteilung und wirtschaftlichen Wachstum, in: Einführung in die Verteilungstheorie, hrsg. von Ernesto Grassi, Hamburg 1976, S. 205 - 222, hier S. 209f.

deren sozialer Stellung erklärt.⁸⁵ Empirisch läßt sich zudem beobachten, daß mit steigendem Einkommen die Möglichkeit wächst, in höherverzinsliche Anlagen zu investieren, was eine wechselseitige Verstärkung der Konzentration von Einkommen und Vermögen zur Folge hat.⁸⁶ Eine Klärung der genaueren Zusammenhänge ist auch zur Beurteilung von am Einkommen anknüpfenden vermögenspolitischen Maßnahmen notwendig. Schließlich kommt den Aspekten Bedeutung zu, weil sowohl Einkommen als auch Vermögen als Ressourcen zur Bestreitung des Lebensunterhalts dienen (vgl. Abschnitt 2.2).⁸⁷

Zuerst soll nun die Konzentration des Nettogeldvermögens, gemessen durch den Gini-Koeffizienten, in Abhängigkeit vom Haushaltsnettoeinkommen und der sozialen Stellung der Bezugsperson untersucht werden.

Tab. 5.14: Ginikoeffizienten des Nettogeldvermögens in Abhängigkeit des Haushaltsnettoeinkommens und der sozialen Stellung der Bezugsperson am Jahresende 1988

jährl. HHNEK in Tsd. DM	soziale Stellung der Bezugsperson						
	alle HH	Selbst./Landw.	Beamte	Angestellt.	Arbeiter	Arbeitslose	Nichterwerbst.
alle HH	0,6281	0,5094	0,5205	0,5821	0,5730	0,7811	0,6623
unter 30	0,6804	0,7374	0,6012	0,6369	0,6901	0,8024	0,6655
30 bis 48	0,5533	0,5459	0,5387	0,5598	0,5575	0,5847	0,5251
48 bis 66	0,4956	0,4851	0,4565	0,4740	0,4729	0,5375	0,5011
66 u. mehr	0,4804	0,4415	0,4476	0,4608	0,4400	0,4846	0,5147

Anm.: HHNEK = Haushaltsnettoeinkommen.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Die höchste Konzentration zeigt sich für die Haushalte der Arbeitslosen und der Nichterwerbstätigen.⁸⁸ Die geringste Konzentration ergibt sich für die Haushalte der Selbständigen und der Beamten. Bemerkenswert ist, daß die Ungleichheit unter den Arbeiter-Haushalten gegenüber 1983 kräftig zugenommen hat.⁸⁹ Mit zunehmendem Einkommen nimmt die Disparität für alle Gruppen ab (bleibt aber jeweils noch auf beachtlichem Niveau), dabei gleichen sich die Ginikoeffizienten der einzelnen Gruppen immer mehr aneinander an. Für die drei obersten Einkommensklassen hat die soziale Stellung nur noch einen geringen Erklärungsgehalt für die Geldvermögenskonzentration.⁹⁰ Interessant ist, daß die Disparität in der untersten Einkommensklasse und da be-

⁸⁵ Vgl. Duesenberry, James S.: *Income, Saving and the Theory of Consumer Behavior*, 2. Aufl., Cambridge (MA) 1952, S. 28 - 32.

⁸⁶ Vgl. Mückl: a.a.O., S. 229.

⁸⁷ Vgl. Folkers: a.a.O., S. 267f, auch Molitor: a.a.O., S. 285.

⁸⁸ Hier sollte beachtet werden, daß diese HH zusammen den größten Anteil an allen HH stellen (vgl. A.3.2).

⁸⁹ Der Ginikoeffizient betrug 1983 hier noch 0,5256, vgl. Schломann: *Vermögensverteilung und private Altersvorsorge*, a.a.O., S. 170, Tab. 6.19.

⁹⁰ Allerdings fallen in die unterste Einkommensklasse mehr als ein Drittel aller HH (vgl. A.3.3).

sonders unter den Arbeitslosen-Haushalten am größten ist. Dies bestätigt, was auch Schlomann für 1983 und Thiele für 1988 auf ähnlichen Wegen zeigten, daß Einkommensarmut nicht zwingend mit Vermögensarmut einhergeht.⁹¹ Insgesamt konnten mit der Analyse keine hinsichtlich der Vermögensverteilung homogenen Gruppen identifiziert werden. Die Annahmen der oben angeführten Theorien können demnach nicht ohne weiteres bestätigt werden. Neben dem aktuellen Einkommen und der sozialen Stellung müßten also weitere Determinanten zur Erklärung der Vermögensverteilung, wie z.B. Erbschaften und das Alter des Haushaltsvorstandes, aber auch die Haushaltsgröße und -struktur, die natürlich starken Einfluß auf die Sparfähigkeit haben sowie die Einkommensentwicklung in der Vergangenheit, berücksichtigt werden.

Weitere Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen Vermögen, Einkommen und sozialer Stellung können mit Hilfe der Dezilendarstellung erreicht werden. Allerdings wird nun als Reihungsmerkmal nicht das Nettogeldvermögen, sondern das Haushaltsnettoeinkommen gewählt. Wenn Einkommen und Geldvermögen vollständig korreliert wären, dürfte sich das Verteilungsbild der personellen Verteilungsanalyse nicht ändern. Umgekehrt bestünde keinerlei Zusammenhang, wenn sich über die Dezile eine Gleichverteilung ergäbe. Tabelle 5.15 zeigt die Ergebnisse. Zunächst fällt auf, daß der Gini-Koeffizient bei Betrachtung aller Haushalte zwar immer noch recht hoch ist, aber doch fast 37% niedriger, als der für die personelle Verteilung ermittelte. Eine vollständige bzw. sehr hohe Korrelation liegt also nicht vor. Dieser Zusammenhang stellte sich 1983 ähnlich dar, hier betrug der Gini-Koeffizient 0,4049, wobei der Anteil des obersten Dezils um 1,6 Prozentpunkte leicht abgenommen hat.⁹² Für die Haushalte der Arbeitslosen und der Nichterwerbstätigen ist der Zusammenhang zwischen Einkommen und Vermögen vergleichsweise ausgeprägt, die Disparität der Verteilung also entsprechend hoch. Geringer ist der Einfluß des Einkommens bei den Haushalten der Selbständigen und der Beamten sowie erstaunlicherweise bei den Arbeitern.⁹³ Betrachtet man die unteren Einkommensdezile, so ist die Vermögenssituation der Arbeitslosen und der Nichterwerbstätigen besonders dramatisch (beachte 2. Dezil der

⁹¹ Vgl. Schlomann: Die Vermögensausstattung der Armen, a.a.O., S. 349, Thiele: a.a.O., S. 98f

⁹² Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 175, Tab. 6.21. (Werte für nach sozialer Stellung differenzierte Haushalte wurden hier nicht ermittelt.) Bei Pro-Kopf-Betrachtung ergeben sich ähnliche Ergebnisse, hier beträgt der Gini-Koeffizient 1983 0,3700 und 1988 0,3728. Vgl. dazu ebenfalls Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 175, Tab. 6.21 bzw. eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

⁹³ Für 1983 berechnete Pearson-Korrelationskoeffizienten bestätigten das Phänomen ebenfalls, vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 177, Tab. 6.22.

Tab. 5.15: Verteilung des Nettogeldvermögens auf Einkommensdezile von Haushalten, die nach sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes differenziert sind am Jahresende 1988

HH nach HHNEK in aufsteigender Höhe	alle Haushalte			Selbständige/Landwirte			Beamte			Angestellte		
	Deziluntergrenze in DM	Anteil des HH-Dezils am ges. Nettogeldv. in %	Nettogeldv. arithmetisches Mittel in DM	Deziluntergrenze in DM	Anteil des HH-Dezils am ges. Nettogeldv. in %	Nettogeldv. arithmetisches Mittel in DM	Deziluntergrenze in DM	Anteil des HH-Dezils am ges. Nettogeldv. in %	Nettogeldv. arithmetisches Mittel in DM	Deziluntergrenze in DM	Anteil des HH-Dezils am ges. Nettogeldv. in %	Nettogeldv. arithmetisches Mittel in DM
1. Dezil	2.000	1,8	6.032	12.000	3,4	30.218	14.000	2,5	10.114	7.000	1,6	6.464
2. Dezil	16.126	3,1	11.540	33.407	5,2	44.710	33.195	4,4	20.462	23.592	2,9	12.144
3. Dezil	21.322	4,4	15.936	43.233	6,9	63.103	41.924	6,4	27.538	29.773	5,2	20.264
4. Dezil	26.343	5,4	20.553	51.409	8,0	73.373	47.801	8,6	33.976	36.480	6,2	25.172
5. Dezil	31.699	7,3	26.313	59.943	8,5	75.273	53.416	8,9	40.060	43.488	8,2	32.248
6. Dezil	37.701	9,0	31.820	68.594	8,9	76.368	58.737	9,5	38.104	50.267	8,7	38.659
7. Dezil	44.579	11,4	39.039	78.437	11,8	103.273	64.387	11,5	48.322	57.792	11,2	44.595
8. Dezil	52.117	13,1	47.911	92.436	12,1	107.763	71.209	11,6	52.208	65.611	12,5	51.842
9. Dezil	62.142	15,8	58.654	110.413	16,2	142.650	79.717	15,7	64.290	75.812	16,5	66.389
10. Dezil	78.316	28,7	104.419	139.347	19,0	169.462	92.218	20,9	90.783	91.751	27,2	109.600
oberste 5%	95.209	17,8	129.903	173.603	10,6	185.569	103.559	12,2	104.118	106.174	15,6	129.936
Ginikoeffizient		0,3977			0,2530			0,2788			0,3721	
HH nach HHNEK in aufsteigender Höhe	Arbeiter			Arbeitslose			Nichterwerbstätige					
	Deziluntergrenze in DM	Anteil des HH-Dezils am ges. Nettogeldv. in %	Nettogeldv. arithmetisches Mittel in DM	Deziluntergrenze in DM	Anteil des HH-Dezils am ges. Nettogeldv. in %	Nettogeldv. arithmetisches Mittel in DM	Deziluntergrenze in DM	Anteil des HH-Dezils am ges. Nettogeldv. in %	Nettogeldv. arithmetisches Mittel in DM			
1. Dezil	8.000	2,8	7.595	7.000	0,8	1.279	2.000	2,0	5.824			
2. Dezil	23.217	3,9	11.020	10.648	-0,4	-543	13.283	2,4	8.035			
3. Dezil	29.389	6,0	15.746	12.448	2,0	3.049	16.575	4,4	12.024			
4. Dezil	34.094	8,0	23.322	14.452	2,0	2.637	19.409	5,0	15.353			
5. Dezil	38.358	8,6	25.362	16.396	2,3	3.974	22.482	5,8	20.361			
6. Dezil	42.582	9,4	27.999	19.723	5,4	8.510	25.600	10,0	24.600			
7. Dezil	46.803	12,2	30.300	23.759	10,3	13.203	30.137	9,8	30.178			
8. Dezil	51.278	12,7	36.650	28.265	13,5	21.387	35.170	12,0	38.281			
9. Dezil	57.366	15,8	43.925	34.553	20,3	29.007	42.501	17,5	52.316			
10. Dezil	66.079	20,6	59.276	45.280	43,9	65.014	55.326	31,0	93.333			
oberste 5%	74.363	12,2	68.997	54.136	27,1	80.933	67.961	20,4	119.041			
Ginikoeffizient		0,2820			0,5696			0,4318				

Anm.: HHNEK = jährl. Haushaltsnettoeinkommen.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Arbeitslosen-Haushalte!), allerdings weisen Nichterwerbstätige auch eine im Durchschnitt geringere Haushaltsgröße auf. Der Grund für die schlechte Vermögenssituation ist hier in erster Linie in der nur schwachen Sparfähigkeit zu sehen. Die mit dem Einkommen überproportional ansteigenden Geldvermögensbestände in diesen Gruppen zeigen, daß hier neben der Ersparnis noch andere Faktoren, wie z.B. Erbschaften und das Lebenseinkommen, eine große Rolle spielen müssen. Unter den relativ reichen Haushalten der einzelnen Gruppen, sind es besonders die Selbständigen und die Angestellten, die über hohe Vermögensbestände verfügen. Bei der ersten Gruppe ist allerdings zu berücksichtigen, daß diese auch für die eigene Altersvorsorge aufkommen muß. Obwohl die Beamten ein im oberen Bereich ähnliches Einkommensniveau wie die Angestellten aufweisen, sind hier die Geldvermögensbestände geringer. Eventuell verfügen die Beamten dieser Gruppe über mehr Immobilien, dies gilt es später zu überprüfen. Angemerkt sei noch, daß für alle Klassen die Streuung, gemessen durch den Variationskoeffizienten, mit steigender relativer Einkommensposition tendenziell abnimmt. Besonders hoch ist die Streuung bei Arbeitern, Nichterwerbstätigen und vor allem Arbeitslosen, gering dagegen bei Beamten.

Neben verteilungspolitisch wichtigen Erkenntnissen über die Zusammenhänge zwischen Vermögen, Einkommen und sozialer Stellung, die die Analyse erbrachte, zeigte sich auch hier, daß weitere Determinanten beachtet werden müssen, beispielsweise auch die Anlage in Grundvermögen, was weiter unten geschehen wird.

5.6.2 Zusammenhang zwischen Geldvermögen, Alter und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes und Implikationen hinsichtlich der Sicherheitsfunktion

Der Zusammenhang zwischen Geldvermögensbeständen und Alter des Haushaltsvorstandes ist insbesondere unter dem Gesichtspunkt der privaten Altersvorsorge von Bedeutung. Ebenfalls kann dabei geprüft werden, inwieweit sich die Aussagen der Lebenszyklustheorie bestätigen (vgl. 5.3). Neben der Betrachtung durchschnittlicher Geldvermögensbestände, ist es sinnvoll, zusätzlich das Verhältnis zwischen Nettogeldvermögen und Haushaltsnettoeinkommen zu betrachten. Dies zeigt zum einen den Zusammenhang zwischen Nettogeldvermögen und Haushaltsnettoeinkommen in Abhängigkeit vom Alter und der sozialen Stellung, zum anderen ist die Relation ein Indikator für den Umfang der Sicherheitsfunktion, die die jeweiligen Vermögensbestände für die Haushalte erfüllen. Die Geldvermögen-Einkommen-Relation zeigt nämlich, wie lange ein Haushalt bei einem plötzlichen Wegfall des Haushaltseinkommens, beispielsweise

aufgrund von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Tod des Ernährers, seinen bisherigen Lebensstandard unter Aufzehrung seines Geldvermögens beibehalten könnte.⁹⁴ Dies ist hinsichtlich des Geldvermögens besonders relevant, weil gerade dieses, wegen seiner i.d.R. gegenüber dem Grundvermögen höheren Liquidität, schnell zur Bewältigung von Notlagen eingesetzt werden kann.

Tab. 5.16: Nettogeldvermögensbestände in DM (jew. 1. Zeile) und Nettogeldvermögen-Haushaltsnettoeinkommen-Relation (jew. 2. Zeile) nach Alter und sozialer Stellung der Bezugsperson am Jahresende 1988

Alter der Bezugsperson	soz. Stellung						
	alle HH	Selbst./Land.	Beamter	Angestellter	Arbeiter	Arbeitsloser	Nichterwerb.
alle HH	36.091	88.535	42.553	40.901	27.944	14.725	29.929
	0,75	1,16	0,65	0,67	0,59	0,40	0,85
bis 29 Jahre	10.352	23.135	16.784	12.527	8.376	3.139	5.685
	0,31	0,32	0,41	0,36	0,20	0,11	0,37
30 bis 44 J.	29.674	57.139	37.876	33.174	21.815	5.954	10.408
	0,52	0,75	0,61	0,56	0,46	0,13	0,35
45 bis 64 J.	51.276	110.115	58.722	60.418	39.090	23.627	36.172
	0,93	1,47	0,80	0,90	0,82	0,67	0,94
65 J. u. m.	31.837	127.528	(51.261)	(58.851)	-	-	30.556
	0,88	1,37	(0,64)	(0,90)	-	-	0,88

Anm.: () = Fallzahl unter 30, / = Fallzahl unter 10, - = kein Fall vorhanden.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Unabhängig von der sozialen Stellung nehmen die Geldvermögensbestände bis zum 65. Lebensjahr der Haushaltsvorstände zu, danach tritt bei allen Gruppen, mit Ausnahme bei den Selbständigen, ein Vermögensabbau ein. Dies ist insofern erstaunlich, da die Selbständigen ja i.d.R. gerade nicht durch eine gesetzliche Altersversorgung abgedeckt sind. Für die übrigen Gruppen bestätigen sich also zunächst die Implikationen der Lebenszyklustheorie, sie tun dies allerdings nicht mehr, wenn man zur Personenbetrachtung übergeht.⁹⁵ Die Streuung der Geldvermögensbestände in den oberen Altersklassen ist sehr hoch, insbesondere die Arbeiter-Haushalte liegen hier weit hinter den übrigen Erwerbstätigen-Haushalten zurück, so daß hier nicht von einer uneingeschränkt guten Eigenvorsorge der Haushalte gesprochen werden kann. Die Geldvermögen-Einkommen-Relationen zeigen, daß während der Erwerbstätigkeitsphase die Geldvermögensbestände der Haushalte mit dem Einkommen überproportional zunehmen, am eindrucksvollsten ist dies bei den Selbständigen. Eine Abfederung von Notlagen unter

⁹⁴ Von Sozialtransfers wird hier abgesehen.

⁹⁵ Die Ergebnisse wären ebenfalls unter Berücksichtigung des Immobilienvermögens zu überprüfen.

Beibehaltung des bisherigen Lebensstandards nimmt entsprechend für alle sozialen Gruppen mit steigendem Alter zu. In der untersten Altersklasse ist diese Fähigkeit bei den Beamten, in den übrigen Altersklassen bei den Selbständigen am ausgeprägtesten. Beachtlich ist sie aber auch bei den Arbeitern und Nichterwerbstätigen der 45- bis 64-jährigen, allerdings hier bei wesentlich niedrigerem Einkommensniveau.⁹⁶

Anders als bei obigen Nettogeldvermögen-Einkommen-Relationen kann auch hypothetisch gefragt werden, wie lange es den Haushalten möglich ist, ein Wegfall des Haushaltseinkommens zu verkraften, wenn notwendige Ausgaben in Höhe eines sozio-kulturellen Existenzminimums angenommen werden. Dazu werden nun Nettogeldvermögensbestände pro Person betrachtet. Als sozio-kulturelles Existenzminimum wird hier das doppelte des jährlichen Regelsatzes der „Hilfe zum Lebensunterhalt“ von 1988, der im Rahmen der Sozialhilfe gewährt wurde, verwendet.⁹⁷

Tab. 5.17: Relation aus Nettogeldvermögen pro Kopf und jährl. „sozio-kulturellem Existenzminimum“ der nach Alter und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes differenzierten Personengruppen am Jahresende 1988

Alter der Bezugsperson n	soz. Stellung						
	alle Personen	Selbst./Land.	Beamter	Angestellter	Arbeiter	Arbeitsloser	Nichterwerb.
alle HH	1,81	3,62	1,78	1,90	1,15	0,74	1,91
bis 29 Jahre	0,64	1,16	1,01	0,82	0,43	0,15	0,45
30 bis 44 J.	1,16	2,01	1,46	1,41	0,78	0,22	0,50
45 bis 64 J.	2,36	4,44	2,48	2,83	1,68	1,24	1,96
65 J. u. m.	2,13	6,73	(2,90)	(3,40)	-	-	2,07

Anm.: () = Fallzahl unter 30, / = Fallzahl unter 10, - = kein Fall vorhanden.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Tab. 5.17 zeigt, daß die Dauer einer möglichen Kompensation eines Einkommensausfalls mit steigendem Alter für alle sozialen Gruppen zunimmt (nicht bei Betrachtung aller Personen, weil sich dort bei den über 64-jährigen die hohe Anzahl der Nichter-

⁹⁶ Ähnliche Untersuchungen für 1983 zeigen tendenziell die gleichen Ergebnisse, zusätzlich konnte eine ausgeprägte Einkommensabhängigkeit der Merkmalswerte nachgewiesen werden. Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 231 - 235.

⁹⁷ 2x12x407,-DM=9.768,-DM. Die Verdopplung soll berücksichtigen, daß neben der „Hilfen zum Lebensunterhalt“ den Anspruchsberechtigten auch Leistungen im Rahmen der „Hilfen in besonderen Lebenslagen“ zukommen, wie z.B. die Krankenhilfe, die Eingliederungshilfe für Behinderte und die Hilfe zur Pflege. Dazu kommen u.U. Wohngeld, Beiträge zur Krankenversicherung, anerkannter Mehrbedarf sowie sonstige einmalige Leistungen. Vgl. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Übersicht über die Soziale Sicherheit, 2. Aufl., Füssen 1991, S. 454 - 462, vgl. auch Molitor, Bruno: Soziale Sicherung, München 1987, S. 138 und Lampert: a.a.O., S. 301f. Gemessen an den tatsächlichen Kosten ist das hier unterstellte sozio-kulturelle Existenzminimum wohl noch zu niedrig, dafür wird hier aber nicht berücksichtigt, daß Kinder bspw. geringeren Bedarf haben oder Wohngeld nur einmal pro Haushalt gezahlt wird. Im übrigen geht es aber auch in erster Linie um das Verhältnis der Haushalte zueinander und nicht um das absolute Niveau.

werbstätigen auf das durchschnittliche Geldvermögensniveau auswirkt). Bei der Personenbetrachtung macht sich nun die in der obersten Altersklasse durchschnittlich geringere Haushaltsgröße bemerkbar. Vergleichsweise gut stellt sich die Situation bei den Selbständigen dar (besonders bei den älteren). Schlechter ist dagegen die Lage der Angehörigen von Arbeiter- und Nichterwerbstätigen- sowie vor allem von Arbeitslosen-Haushalten. Personen eines jungen Arbeitslosen-Haushalts könnten einen (hypothetischen) Einkommensausfall gerade einmal 1,8 Monate überbrücken, Personen eines jungen Arbeiter- oder Nichterwerbstätigen-Haushalts nur rund 5 Monate.

5.6.3 Die Verteilung der Kreditverpflichtungen auf sozio-ökonomische Gruppen

Die Betrachtung der Ausstattungsgrade und die personelle Verteilungsanalyse haben gezeigt, daß das Verteilungsbild der Kreditverpflichtungen (ohne Hypotheken, Baudarlehen u.ä.) deutlich von dem der anderen Geldvermögensarten abweicht. Eine sozio-ökonomische Strukturanalyse soll nun klären, welche Gruppen besonders durch Konsumentenkredite⁹⁸ belastet sind. Dies ist um so wichtiger, da zunehmend darüber diskutiert wird, inwieweit die Verschuldung privater Haushalte zu einem ernsthaften gesellschaftlichen Problem geworden ist.⁹⁹ Die Haushalte werden hierzu nach Einkommen und Alter differenziert, so daß zum einen Rückschlüsse über den Anteil überschuldeter Haushalte¹⁰⁰ und zum anderen Zusammenhänge mit dem Lebenszyklus der Haushalte ableitbar sind.

Insgesamt verfügten knapp 20% aller Haushalte über Kreditverpflichtungen (1978: 14,6%, 1983: 17,2%¹⁰¹).¹⁰² Die durchschnittlichen Bestände nehmen mit steigendem

⁹⁸ Die Restschulden aus Immobilienkrediten sind insofern weniger problematisch, da sie i.d.R. durch den Wert des Haus- und Grundvermögens gesichert sind.

⁹⁹ Vgl. z.B. Korczak, Dieter: Überschuldungssituation und Schuldnerberatung in der Bundesrepublik Deutschland, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie und Senioren und des Bundesministeriums für Justiz, Bd. 3 Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie und Senioren, Stuttgart u.a. 1992, S. XX, vgl. auch Rosendorfer, Tatjana: Schuldensituation und Haushaltsführung überschuldeter Haushalte, Studien zur Haushaltsökonomie, Bd. 9, hrsg. von Klaus Hesse u.a., Frankfurt/M. u.a. 1992, S. 15 - 17 und auch Möller, Michael: Schulden der Verbraucher: Verbraucherverschuldung in der Bundesrepublik Deutschland als wachsendes gesellschaftliches Problem, Gießen 1994, S.11f.

¹⁰⁰ Zustand, in dem Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können und in Schuldnerverzug geraten. Hierzu zählen auch Schuldensituationen, in denen Zahlungsverpflichtungen, unter extremer Beschneidung anderer Ausgaben oder durch anderweitiger Verschuldung, zwar noch erfüllt werden, aber ein Zahlungsverzug auf lange Sicht nicht zu vermeiden ist. Vgl. Rosendorfer: a.a.O., S. 19.

¹⁰¹ Vgl. Hertel: a.a.O., S. 906.

¹⁰² Schätzungen, die sich auf eine breitere Datenbasis stützen gehen von 35% aus, davon etwa 12% überschuldete Haushalte, vgl. Korczak: a.a.O., S. XXIIIf.

Einkommen zu, allerdings ist die Belastung im Verhältnis zum Bruttogeldvermögen in den unteren Einkommensgruppen deutlich höher als in den oberen Einkommensgruppen, was der These der Deutschen Bundesbank widerspricht, wonach der jetzt höheren Verschuldung auch höhere Vermögenswerte gegenüberstünden.¹⁰³ Daß Verpflichtungen aus Konsumentenkrediten und Bestände an Bruttogeldvermögen nicht stark korrelieren, zeigte ja auch der Vergleich der Ginikoeffizienten für die Verteilungen des Bruttogeld- und des Nettogeldvermögens (vgl. Abschnitt 5.5.1).

Tab. 5.18: Verteilung der Kreditverpflichtungen (in DM) auf nach Alter der Bezugsperson und Haushaltsnettoeinkommen differenzierte Haushalte mit Kreditverpflichtungen am Jahresende 1988

HHNEK in Tsd. DM		Alter der Bezugsperson				
		alle HH	bis 29 J.	30 bis 44 J.	45 bis 64 J.	65 J. u. m.
alle HH	Bestand	11.626	9.135	12.397	12.372	9.597
	% des Bgeldv.	36%	93%	45%	26%	28%
	BQ	0,20	0,32	0,32	0,31	0,05
unter 30	Bestand	7.727	7.394	8.695	7.562	6.143
	% des Bgeldv.	92%	159%	133%	61%	45%
	BQ	0,15	0,27	0,34	0,17	0,03
30 bis 48	Bestand	10.675	4.726	11.071	11.244	8.732
	% des Bgeldv.	54%	94%	61%	41%	33%
	BQ	0,21	0,42	0,34	0,16	0,06
48 bis 66	Bestand	13.060	12.148	13.169	12.994	14.900
	% des Bgeldv.	34%	58%	42%	25%	25%
	BQ	0,22	0,35	0,30	0,18	0,06
66 u. m.	Bestand	17.137	15.588	17.410	16.776	19.450
	% des Bgeldv.	22%	43%	29%	18%	18%
	BQ	0,21	0,26	0,28	0,19	0,09

Anm.: % des Bgeldv. = Kreditverpflichtungen in Relation zum Bruttogeldvermögen, BQ = Besitzerquote, d.h. Anteil der Haushalte mit Kreditverpflichtungen an allen Haushalten der jew. Gruppe, HHNEK = jährl. Haushaltsnettoeinkommen.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Die Bereitschaft zur Schuldenaufnahme wird wesentlich mehr durch das Alter des Haushaltsvorstandes, als durch das Einkommen bestimmt. So ist die Ausstattung mit Konsumentenkrediten bei den Haushalten in der ersten Lebenshälfte, also am Beginn des Familienzyklus, am höchsten. Die geringere Verbreitung in der untersten Einkommensgruppe, ist wohl mit deren geringerer Kreditwürdigkeit zu erklären. Am dramatischsten ist die Verschuldungssituation für die jungen Haushalte mit niedrigem Einkommen, die Gefahr der Überschuldung ist hier besonders groß. Berücksichtigt man die Ergebnisse von Tab. 5.4, so sind in dieser Gruppe vor allem Arbeitslose, Arbeiter und Angestellte (der unteren Einkommensgruppe) sowie junge Selbständige in der Phase ihrer Existenzgründung zu vermuten.

¹⁰³ Vgl. Deutsche Bundesbank: Zur längerfristigen Entwicklung der Konsumentenkredite: a.a.O., S.27.

6. Die Verteilung des Grundvermögens

6.1 Abgrenzung des in der EVS erfaßten Grundvermögens

Im Jahre 1988 wurden im Rahmen des Schlußinterviews der EVS die folgenden Grundvermögensarten erhoben (jeweils Bestand zum 31. Dezember 1988):

1. Alle unbebauten Grundstücke, z.B. auch Wochenendgrundstücke u.ä., jeweils zum Einheitswert.
2. Alle Wohn- und Nichtwohngebäude (inkl. die Grundstücke auf denen sie stehen), z.B. auch Wochenend- und Ferienhäuser, jeweils zum Einheitswert.
3. Eigentumswohnungen, jeweils zum Einheitswert.
4. Hypotheken, Baudarlehen und alle sonstigen Darlehen, die mittelbar und unmittelbar zum Bau von Gebäuden und/oder Erwerb von Wohnungs- oder Grundeigentum gegeben wurden, jeweils nach Höhe der noch zu leistenden Restschuld.

Es sollten nur Grundstücke, Gebäude und Eigentumswohnungen angegeben werden, die sich innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland befinden und privat genutzt werden. Gewerblich genutztes Grundvermögen wurde hier also nicht erfaßt.¹

Die unter 1. bis 3. erfaßten Vermögenswerte wurden in dieser Arbeit durch Multiplikation mit einem Korrekturfaktor von 6,98 in fiktive Verkehrswerte transformiert. Zur Ableitung dieses Faktors vergleiche die Ausführungen unter Anhang 1.

6.2 Die Höhe und Entwicklung sowie die Eigentumsarten der Grundvermögensbestände der privaten Haushalte und verschiedener sozialer Gruppen

Das Grundvermögen bildet den quantitativ bedeutendsten Teil des gesamten Vermögens in den Händen privater Haushalte (vgl. dazu Anhang 2). Rechnet man das in der EVS '88 erfaßte Bruttogrundvermögen auf alle Haushalte hoch, bei einer Transformation der Einheitswerte mittels des genannten Korrekturfaktors in Verkehrswerte, so belief sich das in der Stichprobe repräsentierte Bruttogrundvermögen der privaten Haushalte Ende 1988 auf 3.475,7 Mrd. DM.² Für das Nettogrundvermögen, also nach Abzug der auf

¹ Zum Frageprogramm hinsichtlich des Grundvermögens vgl. auch Euler, Manfred: Grundvermögen privater Haushalte Ende 1988, in: Wirtschaft und Statistik 4/1991, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1991, S. 277 - 284, hier S. 277 bzw. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988, Heft 2, a.a.O., Fragebogen zum Schlußinterview, S. 422 - 436.

² eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

dem Grundvermögen lastenden Verbindlichkeiten, ergibt sich ein Wert von 2.924,9 Mrd. DM. Bewertet zu Einheitswerten waren dies brutto 498 Mrd. DM. Das mit den Einheitswerten verbundene Ausmaß der Unterbewertung wird deutlich, wenn man diesem Wert die Höhe der Hypotheken und Baudarlehen von 550,9 Mrd. DM gegenüberstellt. Das DIW ermittelte für 1988 in der unter Kapitel 4 erläuterten Studie einen Verkehrswert von 4.250 Mrd. DM (i.Pr.v. 1991) für den gesamten Bestand des Immobilienvermögens privater Haushalte.³ Rechnet man diesen Wert näherungsweise mittels des Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden auf Preise von 1988 um, ergibt sich ein Wert von rund 3.600 Mrd. DM.⁴ Damit ergäbe sich für das hier repräsentierte Bruttogrundvermögen zu Verkehrswerten⁵ eine Erfassungsquote von 96,5%. Die Gründe für die Untererfassung, die tatsächlich wohl als größer zu vermuten ist, entsprechen weitgehend denen, die im Rahmen der Analyse des Geldvermögens genannt wurden (s. Abschnitt 5.2). Besonders stark wirkt sich hier natürlich wieder die Nichterfassung der Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25.000 DM und mehr aus. Gerade innerhalb dieser Gruppe, ist ein hoher Anteil des privaten Immobilienvermögens zu vermuten. Ein vom DIW durchgeführter Vergleich der EVS mit der Gebäude- und Wohnungszählung zeigte, daß innerhalb der EVS zwar Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Eigentumswohnungen - was die Zahl der Objekte betrifft - einigermaßen zuverlässig, Mehrfamilienhäuser aber deutlich in zu geringer Zahl abgebildet sind.⁶ Die Ergebnisse der Verteilungsanalyse sollten demnach wieder als mindestens vorhandene Konzentration gesehen werden.

Ähnlich wie das Geldvermögen privater Haushalte, hat auch der Bestand an Haus- und Grundvermögen in den letzten 25 Jahren enorm zugenommen. So gibt die Bundesbank den Wert des Immobilienvermögens privater Haushalte für 1970 mit 811 Mrd. DM und für 1992 mit 4.920 Mrd. DM an, so daß sich für diesen Zeitraum eine Wachstumsrate von rund 500 % ergibt.⁷ Mehrere Faktoren haben zu diesem Wachstum beigetragen. Zum einen ist der Anteil der Besitzerhaushalte, wie Tabelle 6.1 zeigt, seit den sechziger Jahren stetig gestiegen. Betrug diese Quote 1962/63 noch 37,9%, so lag diese 15 Jahre

³ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Immobilienvermögen der privaten Haushalte, a.a.O., S. 65, Tab. 2 bzw. vgl. zur Berechnung Bartholmai/Bach: a.a.O., S. 78 - 95.

⁴ eigene Berechnungen auf Basis von Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 17, Reihe 4, Meßzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke, Mai 1997, Stuttgart 1997, S. 42f.

⁵ Verkehrswert für 1988 heißt im folgenden immer das 6,98-fache des Einheitswertes.

⁶ Vgl. Bartholmai/Bach: a.a.O., S. 46.

⁷ Jeweils Wohnbauten (nach Berücksichtigung der Abschreibungen) und anteilige Grundstücke zu Wiederbeschaffungspreisen. Vgl. Deutsche Bundesbank: Zur Vermögenssituation der privaten Haushalte in Deutschland, a.a.O., S. 31.

später schon bei 43,6% und 1993 schließlich bei 50,5% (Westdeutschland). Im internationalen Vergleich ist diese Quote allerdings relativ niedrig, so verfügen bspw. in Großbritannien, Italien, Belgien und den U.S.A. etwa 2/3 aller Haushalte über Grundbesitz.⁸ Der Anstieg der Eigentümerquote in der BRD ist einmal auf vielfältige Formen staatlicher Förderung sowie auf eine Flucht in Sachwerte Anfang der siebziger Jahre, aufgrund einer vergleichsweise ausgeprägten Inflation, zurückzuführen, zum anderen waren es enorme Wertsteigerungen am bestehenden Grundvermögen, die für den starken Anstieg des Wertes verantwortlich waren. Großen Einfluß hatte dabei die umfangreiche Umwandlung von landwirtschaftlicher Nutzfläche in Bauland.⁹

Tab. 6.1: Private Haushalte mit Haus- und Grundbesitz nach Ergebnissen der EVS 1962/63 bis 1993

	1962/63	1969	1973	1978	1983	1988	1993
Anteil in v.H.	37,9	38,8	39,5	43,6	45,5	46,7	West: 50,5 Ost: 27,7

Quelle: Euler: Grundvermögen privater Haushalte Ende 1988, a.a.O., S. 279, Tab. 2 und Laue, Evelyn: Grundvermögen privater Haushalte Ende 1993, in: Wirtschaft und Statistik 6/1995, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1995, S. 488 - 497, hier S. 489f.

Wie im Rahmen der Analyse der Geldvermögensverteilung, soll nun auch hier zunächst untersucht werden, wie sich das Wachstum des Immobilienvermögens sowie der Anstieg der Besitzerquote auf die einzelnen Haushalte ausgewirkt hat, das heißt, es gilt zu prüfen welche Gruppen hier unter- und welche überdurchschnittlich betroffen waren. Es ist jeweils zwischen zwei Betrachtungsweisen zu unterscheiden, nämlich der Betrachtung jeweils nur der Haushalte mit Grundbesitz und der Betrachtung jeweils aller Haushalte. Tabelle 6.2 zeigt, daß rein rechnerisch 1988 jeder deutsche Haushalt über ein Nettogrundvermögen von 120.246 DM verfügte, bezogen auf nur die Haushalte mit Grundbesitz betrug der Durchschnittswert 262.331 DM. Betrachtet man den durchschnittlichen Zuwachs über die einzelnen EVS-Stichjahre, so fällt auf, daß die Steigerung des Durchschnittswertes für alle Haushalte zwischen 1988 und 1993 besonders stark war. Dies ist unter anderem, auf einen ausgeprägten Anstieg der Besitzerquote von 3,9 Prozentpunkten zurückzuführen. Betrachtet man einzelne soziale Gruppen, so zeigen sich besonders große Bestände für die Haushalte der Selbständigen und verständlicher-

⁸ Vgl. Schломann/Faik: a.a.O., S. 258, vgl. auch Deutsche Bundesbank: Zur Vermögenssituation der privaten Haushalte in Deutschland, a.a.O., S. 28.

⁹ Vgl. Deutsche Bundesbank: Zur Vermögenssituation der privaten Haushalte in Deutschland, a.a.O., S. 28, vgl. auch Deutsche Bundesbank: Die Entwicklung des Geld- und Sachvermögens westdeutscher privater Haushalte in den letzten zwanzig Jahren, a.a.O., S. 17f und auch Zerche: a.a.O., S. 80 - 82.

weise für die der Landwirte. Bei den Landwirten sorgt insbesondere die hohe Besitzerquote für enorme Grundvermögenswerte bei Betrachtung aller Haushalte.¹⁰

Tab. 6.2: Entwicklung des Nettogrundvermögens (geschätzte Verkehrswerte in DM) jeweils im Durchschnitt aller Haushalte und im Durchschnitt nur der Besitzerhaushalte (jeweils Bestand am Jahresende)

Jahr	nach sozialer Stellung							
	alle HH	Selbständ.	Landw.	Beamte	Angest.	Arbeiter	Arbloser.	Nichterw.
1983								
AH	109.377	326.592	209.183	118.728	111.133	103.763	49.446	77.730
1983 = 100	100	100	100	100	100	100	100	100
BQ	45,5%	72,3%	92,7%	54,0%	48,0%	49,9%	27,7%	35,6%
BH	240.388	451.718	225.656	219.867	231.528	207.942	178.505	218.344
1988								
AH	122.246	311.356	223.626	144.801	123.467	109.633	47.862	102.885
1983 = 100	112	95	107	122	111	106	97	132
BQ	46,6%	73,5%	92,2%	57,4%	48,6%	47,9%	21,7%	40,4%
BH	262.331	423.613	242.545	252.267	254.047	228.878	220.561	254.665
1993/West								
AH	182.567	406.674	506.616	218.228	171.765	147.523	88.028	169.931
1983 = 100	167	125	242	184	155	142	178	219
BQ	50,5%	71,2%	88,3%	63,9%	51,2%	48,8%	28,4%	47,1%
BH	361.519	571.172	573.744	341.515	335.478	302.302	309.959	360.788
1993/Ost								
AH	52.677	143.367	-	40.732	55.038	60.647	36.741	39.969
BQ	27,70%	53,50%	<84,6%>	<20,3%>	30,40%	30,30%	21,50%	23,20%
BH	190.171	267.975	-	<200.650>	181.047	200.154	<170887>	172.280

Anm.: < > = keine gesicherte Angabe möglich, - = kein Wert errechenbar, AH = bei Betrachtung aller Haushalte der jeweiligen Gruppe, BQ = Besitzerquote, BH = bei Betrachtung nur der Besitzerhaushalte der jeweiligen Gruppe, der relative Niveauvergleich bezieht sich auf die Werte bei Betrachtung aller Haushalte.

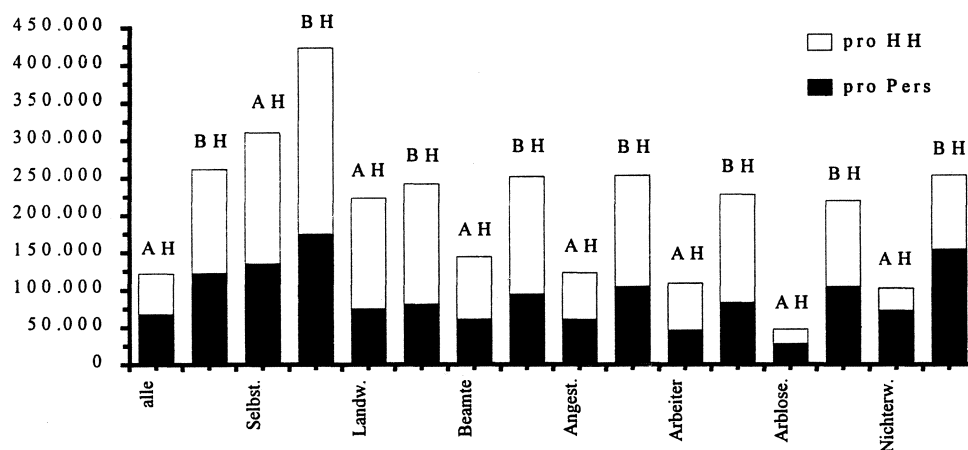
Quelle: 1983: Braun, Hans-Ulrich: Grundvermögen privater Haushalte 1983, in: Wirtschaft und Statistik 12/1985, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Mainz 1985, S. 967 - 974, hier S. 968, Tab. 1 u. S. 971, Tab. 5 sowie eigene Berechnungen. Für 1983 wurden die Einheitswerte mit einer Verkehrswertquote korrigiert, die analog zu der für 1988 hergeleitet wurde (vgl. Anhang 1). 1988: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88. 1993: Lauer: a.a.O., S. 489f, Tab. 1 u. 2, S. 493f, Tab. 5 u. 6 sowie eigene Berechnungen.

Der Zuwachs fiel für die Selbständigen-Haushalte, wie auch beim Geldvermögen, eher gering aus und war zwischen 1983 und 1988 sogar negativ. Die Landwirte hingegen konnten besonders nach 1988 ihre Bestände stark erhöhen und das bei sinkender Besitzerquote. Unter den abhängig Beschäftigten weisen die Beamten-Haushalte die höchste Eigentümerquote auf, hier zeigt sich der Einfluß von sicherem Arbeitsplatz und Einkommenshöhe. Während die Haushalte von Beamten, Angestellten und Arbeitern 1983 über ähnlich hohe Bestände verfügten, war dies in den Folgejahren nicht mehr der Fall. Die Haushalte der Arbeiter hatten die durchschnittlich geringeren Zuwächse und wiesen sogar eine rückläufige Besitzerquote auf. Erstaunlich ist, daß Beamten- und Angestellten-Haushalte mit Grundbesitz zu jedem Stichjahr über fast gleiche durchschnittliche

¹⁰ Bezüglich des Grundvermögens der Selbständigen und Landwirte besteht allerdings häufig das Problem der Trennung privater und geschäftlicher Vermögensbestände. Vgl. Euler: Grundvermögen privater Haushalte Ende 1988, a.a.O., S. 279.

Bestände verfügten. Haushalte mit arbeitslosem Haushaltsvorstand besitzen vergleichsweise selten Grundvermögen, entsprechend gering sind die durchschnittlichen Werte bei Betrachtung aller Haushalte. Diese Gruppe mußte, wie beim Geldvermögen auch, zwischen 1983 und 1988 sogar eine Abnahme der Immobilienbestände hinnehmen. Beachtlich sind aber dennoch hier die Vermögenswerte der Besitzerhaushalte. Nach den Landwirten konnten die Haushalte der Nichterwerbstätigen über den betrachteten Zeitraum ihr Grundvermögen am deutlichsten erhöhen. Die durchschnittlichen Vermögenswerte der Haushalte mit Grundbesitz waren hier 1988 und 1993 schließlich höher als die der abhängig Beschäftigten. Gründe dafür sind der starke Anstieg der Besitzerquote und der zunehmende Anteil an Rentner- und Pensionärshaushalten in dieser Gruppe, deren Restschuld im Zusammenhang mit Haus- und Grundvermögen im Durchschnitt viel geringer ist als bei den übrigen Haushalten. Neben dem Niveauunterschied ergeben sich hinsichtlich der Grundvermögensbestände zwischen Ost- und Westdeutschland vor allem Unterschiede hinsichtlich der Ausstattung bei den abhängig Beschäftigten. In Ostdeutschland wiesen 1993 die Beamten den niedrigsten Anteil der Besitzerhaushalte auf, dieser war sogar geringer als bei den Arbeitslosen-Haushalten, allerdings waren die durchschnittlichen Bestände der Eigentümer, abgesehen von den Selbständigen (und den Landwirten), die höchsten unter allen Gruppen. Die Situation der Arbeiter-Haushalte unterscheidet sich in Ostdeutschland (noch) nicht deutlich von der Situation der übrigen abhängig Beschäftigten.

Abb. 6.1: Durchschnittliches Nettogrundvermögen (geschätzte Verkehrswerte in DM) pro Haushalt und pro Person für verschiedene soziale Gruppen bei Betrachtung jeweils aller Haushalte (AH) sowie jeweils nur der Besitzerhaushalte (BH) am Jahresende 1988



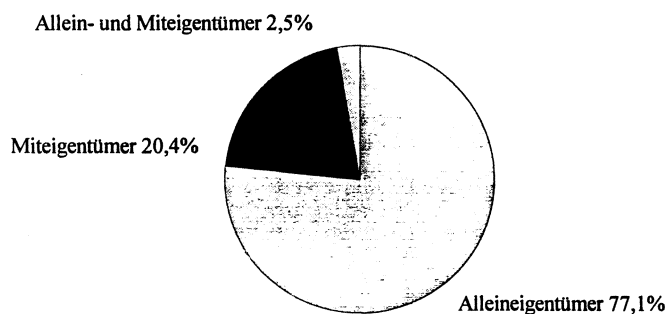
Anm.: AH = bei Betrachtung aller Haushalte der jeweiligen Gruppe, BH = bei Betrachtung nur der Besitzerhaushalte der jeweiligen Gruppe.

Quelle: eigene Darstellung nach Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Abbildung 6.1 zeigt die durchschnittlichen Nettogrundvermögensbestände (geschätzte Verkehrswerte) pro Haushalt und pro Person für die einzelnen sozialen Gruppen am Jahresende 1988. Rund 55% aller erfaßten Personen lebten in Haushalten mit Grundbesitz. Bei der Personenbetrachtung führt die im Durchschnitt geringere Haushaltsgröße der Nichterwerbstätigen dazu, daß diese Gruppe jetzt nach den Selbständigen über die höchsten Grundvermögensbestände verfügt. Die Relationen zwischen den Gruppen der abhängig Beschäftigten bleiben beim Übergang von der Haushalts- zur Personenbetrachtung in etwa gleich. Die Abbildung läßt vermuten, daß die Verteilung des Grundvermögens auf die Haushalte mit Grundvermögen, die sogenannte innere Verteilung, wesentlich geringer konzentriert ist als die gesamte Verteilung.

Von den knapp 47% aller Haushalte, die über Grundvermögen verfügten, waren 2,5% Allein- und Miteigentümer, 20,4% Miteigentümer und 77,1% Alleineigentümer. Verglichen mit den entsprechenden Werten für 1993 (Westdeutschland), zeigt sich ein Zuwachs an Alleineigentümern (plus 2 Prozentpunkte) und Allein- und Miteigentümern (plus 2,8 Prozentpunkte) und entsprechend eine Abnahme der Miteigentümer (minus 4,8 Prozentpunkte).¹¹ Die Strukturverschiebung läßt vermuten, daß der Anstieg der Besitzerquote (vgl. Tab. 6.1) insbesondere auf den Neubau bzw. Neukauf von Immobilien zurückzuführen ist.

Abb. 6.2: Haushalte mit Grundvermögen am Jahresende 1988 nach der Eigentümerart



Quelle: eigene Darstellung nach Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

82,1% der in der EVS erfaßten Grundbesitzer verfügten über Ein- oder Zweifamilienhäuser, 16,7% über Eigentumswohnungen sowie 6,0% über Mehrfamilienhäuser.¹² 1993 waren es 78,1% der Grundbesitzer, die über Ein- und Zweifamilienhäuser, 21% die über

¹¹ Vgl. Laue: a.a.O., S. 488.

Eigentumswohnungen und 5,8% die über Mehrfamilienhäuser verfügten.¹³ Hier fand demnach eine deutliche Strukturverschiebung zu den Eigentumswohnungen statt. Dies stützt obige These, daß der Anstieg der Besitzerquote in erster Linie durch den Neubau bzw. Neukauf von Immobilien, insbesondere eben Eigentumswohnungen, getragen wurde. Die rechtlichen Grundlagen dieser Immobilienform existieren in Deutschland erst seit 1951, so daß Vererbung hier eine untergeordnete Rolle spielt.¹⁴

6.3 Formen des Erwerbs von Grundvermögen verschiedener sozialer Gruppen

Der Erwerb von Grundvermögen läuft entweder über die Bildung, das heißt über Neubau/Neukauf/Kauf vom Vorbesitzer¹⁵ bzw. über eingetretene Wertsteigerungen oder über Vermögensumschichtung, das heißt über Vererbung und Schenkung ab. Den Wertsteigerungen kommt dabei, wie bereits oben erwähnt, eine nicht unerhebliche Bedeutung zu.¹⁶ Die Bildung von Grundvermögen in Form von Neubau bzw. Kauf wird, wie die Bildung von Geldvermögen auch (vgl. 5.3), stark durch die Einkommenshöhe (Sparfähigkeit), die Einkommensverwendung (Sparneigung), das Anlageverhalten sowie institutionelle Regelungen beeinflusst.¹⁷ Inwieweit das Einkommen zur Erklärung der Grundvermögensbestände beiträgt, aber auch andere sozio-ökonomische Haushaltsmerkmale, wie z.B. die Haushaltsgröße, das Alter und die soziale Stellung des Haushaltsvorstandes (dieser Einfluß konnte ja schon ansatzweise geklärt werden) wird in der weiter unten folgenden Strukturanalyse untersucht. Tabelle 6.3 zeigt inwieweit die einzelnen Erwerbsformen (Neubau/Neukauf, Kauf vom Vorbesitzer, Erbschaft/Schenkungen) unter den Haushalten insgesamt sowie unter den nach sozialen Merkmalen differenzierten Haushalten vertreten waren. Selbstverständlich machen die Angaben keine Aussage über die zugehörigen Erwerbsvolumen. Neubau und Neukauf ist insgesamt mit einem Anteil von knapp 60% die häufigste Erwerbsform, auf die übrigen beiden entfallen jeweils etwa ein Fünftel aller Erwerbungen. Mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen steigt der Anteil der Erwerbungen in Form von Käufen, so daß die Bedeutung von Erbschaften relativ sinkt. Besonders hoch ist der Anteil der Erwerbungen durch Erbschaften

¹² Vgl. Euler: Grundvermögen privater Haushalte Ende 1988: a.a.O., S. 278 Tab. 1. Die Summe der Quoten ergibt hier mehr als 100%, da ein Haushalt mehrere Immobilienarten besitzen kann.

¹³ Vgl. Laue: a.a.O., S. 489, Tab. 1.

¹⁴ Vgl. Euler: Grundvermögen privater Haushalte Ende 1988, a.a.O., S. 283.

¹⁵ Gesamtwirtschaftlich gesehen, handelt es sich beim „Kauf vom Vorbesitzer“ um eine Vermögensumschichtung.

¹⁶ Vgl. z.B. Zerche: a.a.O., S. 80 - 82.

verständlicherweise bei den Landwirten, aber auch bei den einkommensschwächeren Gruppen, wie z.B. bei Haushalten von Arbeitern und Arbeitslosen.

Tab. 6.3: Formen des Erwerbs von Grundvermögen durch private Haushalte Ende 1988

Gegenstand der Nachweisung	Erwerb des Eigentums durch		
	Neubau, Neukauf	Kauf vom Vorbesitzer	Erbschaft, Schenkung u.ä.
alle HH	57%	23%	20%
Nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von... bis unter... DM			
unter 1.200	46%	18%	34%
1.200 - 1.600	51%	23%	25%
1.600 - 2.000	52%	22%	21%
2.000 - 2.500	54%	23%	23%
2.500 - 3.000	58%	24%	19%
3.000 - 4.000	61%	23%	16%
4.000 - 5.000	62%	25%	13%
5.000 - 7.000	63%	26%	10%
7.000 - 10.000	60%	28%	12%
10.000 - 25.000	69%	28%	-
nach der sozialen Stellung der Bezugsperson			
Selbständige	52%	30%	17%
Landwirte	30%	7%	63%
Beamte	61%	26%	13%
Angestellte	58%	28%	14%
Arbeiter	55%	24%	21%
Arbeitslose	51%	26%	23%
Nichterwerbst.	59%	18%	23%

Anm.: Die Zeilen addieren sich nicht immer zu eins, da für einige Eigentumsarten wegen zu geringer Fallzahlen keine gesicherten Angaben vorhanden waren.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis von Euler: Grundvermögen privater Haushalte Ende 1988, a.a.O., S. 283, Tab. 6.

6.4. Die personelle Verteilung des Grundvermögens

6.4.1 Die personelle Verteilung des Grundvermögens am Jahresende 1988

Gemäß der Besitzerquote von knapp 47%, ist in den ersten 5 Dezilen kein Grundvermögen und im 6. Dezil nur sehr wenig Grundvermögen vorhanden. Der Median beträgt entsprechend null. Die Haushalte des 7. Dezils verfügen über nur 10,6% des gesamten Grundvermögens bei einem durchschnittlichen Nettoverkehrswert von rund 110.000 DM. In diesem Bereich liegen v.a. die Haushalte, die nur anteilig über Immobilien verfügen, bspw. in Form von Miteigentum aus Erbschaften sowie Beteiligungen anderer Art oder Alleineigentum in Form einer Eigentumswohnung. Das oberste Dezil hingegen verfügt alleine über fast die Hälfte des gesamten erfaßten Grundvermögens. Die Haushalte dieses Dezils besitzen durchschnittlich Immobilien im Wert von über einer halben Million DM bei hoher Streubreite, wie der Variationskoeffizient zeigt. Der Ginikoeffizient beträgt 0,7418. Das Ausmaß der Konzentration ist damit stärker ausgeprägt als beim Nettogeldvermögen (bei gleichzeitig viel höherem Niveau der Bestände!) und den Spar-

¹⁷ Vgl. Molitor: Vermögen II, a.a.O., S. 282 u. 286.

guthaben, aber geringer als bei allen übrigen betrachteten Geldvermögensarten. Der Ginikoeffizient des Bruttogrundvermögens beträgt 0,7204.¹⁸ Dies zeigt, daß die Restschulden im Zusammenhang mit Haus- und Grundbesitz etwas ungleichmäßiger verteilt sind als das Grundvermögen selbst bzw. sich diese Schulden mehr in den unteren Vermögensgruppen konzentrieren. Die Brutto-Netto-Relation hinsichtlich der Konzentration entspricht damit fast exakt der beim Geldvermögen festgestellten.

Tab. 6.4: Die personelle Verteilung des Nettogrundvermögens bei Betrachtung aller Haushalte am Jahresende 1988

HH nach dem Nettogrundvermögen in aufsteigender Höhe	Anteil der Haushaltsdezile am gesamten Nettogrundvermögen in %		arith. Mittel der Verkehrswerte in DM	Variationskoeffizient
	einzeln	kumuliert		
1. Dezil	0	0	0	0
2. Dezil	0	0	0	0
3. Dezil	0	0	0	0
4. Dezil	0	0	0	0
5. Dezil	0	0	0	0
6. Dezil	1,0	1,0	2.104	4,8525
7. Dezil	10,6	11,6	109.885	0,0279
8. Dezil	14,2	25,9	198.796	0,1033
9. Dezil	25,1	51,0	299.490	0,1170
10. Dezil	49,0	100,0	627.082	1,7816
oberste 5%	31,4	-	843.954	0,4602
Ginikoeffizient		0,7418		
Median in DM		0		
arithmetisches Mittel	(Verkehrswert in DM)	122.146		

Anm.: Die negativen Merkmalswerte wurden hier für die Dezilendarstellung auf Null heraufgesetzt, denn durch die pauschale Umrechnung der Einheitswerte in Verkehrswerte kann der Fall eintreten, daß die Verschuldung im Zusammenhang mit Haus- und Grundbesitz den Bruttowert des entsprechenden Immobilienvermögens deutlich überschreitet, was tatsächlich aber eher selten der Fall sein dürfte.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Betrachtet man nur die Haushalte mit Grundbesitz, stellt sich die Verteilung wesentlich gleichmäßiger dar. Abgesehen vom unteren und oberen Dezil herrscht in allen Gruppen eine auffallend geringe Streuung. Die Haushalte des 5. bis 9. Dezils verfügen über ähnlich hohe Anteile am gesamten Immobilienvermögen. Der Anteil des 10. Dezils beträgt jetzt knapp ein Drittel des Gesamtbestandes, bei einem durchschnittlichem Wert pro Haushalt von rund 844.000 DM. Der Ginikoeffizient von 0,4087 ist geringer als bei allen anderen bisher betrachteten Vermögensarten und liegt bei Bruttobetrachtung mit 0,3837¹⁹ auch etwas unter dem für die Nettobetrachtung. Der Median beträgt nun 206.000 DM.

¹⁸ eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

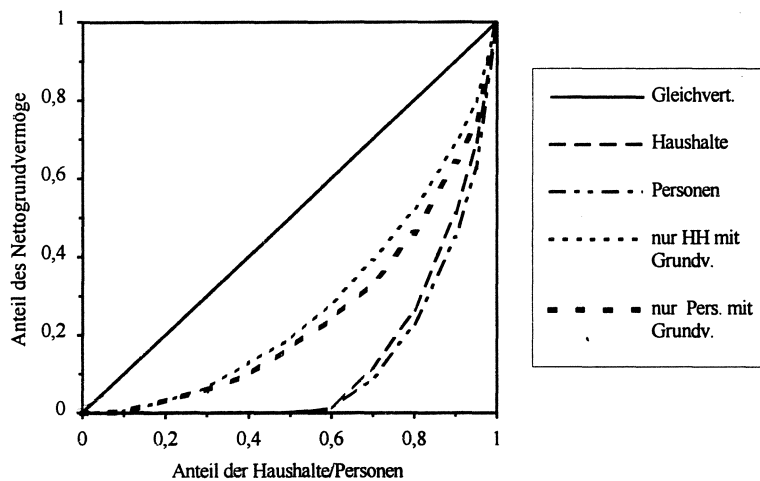
¹⁹ eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Tab. 6.5: Die personelle Verteilung des Nettogrundvermögens bei Betrachtung nur der Haushalte mit Grundbesitz am Jahresende 1988

HH nach dem Nettogrundvermögen in aufsteigender Höhe	Anteil der Haushaltsdezile am gesamten Nettogrundvermögen in %		arith. Mittel der Verkehrswerte in DM	Variationskoeffizient
	einzel	kumuliert		
1. Dezil	0,4	0,4	11.727	1,4864
2. Dezil	2,6	3,1	68.023	0,0571
3. Dezil	3,4	6,5	112.914	0,1666
4. Dezil	4,5	11,0	142.264	0,0450
5. Dezil	6,4	17,4	190.728	0,0626
6. Dezil	10,6	28,0	220.817	0,0796
7. Dezil	11,2	39,2	278.256	0,0210
8. Dezil	12,7	51,9	338.920	0,0473
9. Dezil	16,8	68,6	434.715	0,0853
10. Dezil	31,4	100,0	843.954	0,4602
oberste 5%	20,6	-	1.089.627	0,3809
Ginikoeffizient		0,4087		
Median in DM		206.366		
arithmetisches Mittel	(Verkehrswert in DM)	262.331		

Anm.: Die negativen Merkmalswerte wurden hier für die Dezilendarstellung auf Null heraufgesetzt.
Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Abb. 6.3: Die Verteilung des Nettogrundvermögens auf Haushalts- und Personenebene Ende 1988



Quelle: eigene Darstellung nach Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Geht man von der Haushaltsbetrachtung auf die Personenbetrachtung über, ergeben sich sowohl für die Verteilung bei Betrachtung aller Haushalte (0,7654) als auch bei Betrachtung nur der Besitzerhaushalte (0,4628) höhere Ginikoeffizienten als auf der Haushaltsebene.²⁰ Dies ist zum einen erstaunlich, da die Besitzerquote auf Personenebene höher ist als auf Haushaltsebene und zum anderen, wie sich später zeigen wird, Immobilien vor allem von Haushalten mit überdurchschnittlicher Haushaltsgröße gehalten werden.²¹ Dies läßt die Vermutung zu, daß zwar der Anteil der kleineren Haushalte an allen Haushalten mit Grundbesitz unterdurchschnittlich, der Immobilienwert aber, der

²⁰ eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

jeweils auf die kleineren Haushalte entfällt, überdurchschnittlich ist. Oder anders: Kleinere Haushalte verfügen seltener über Grundbesitz als größere, verfügen sie aber über Grundbesitz, so ist dessen durchschnittlicher Wert wesentlich höher. Die genaueren Zusammenhänge gilt es, im Rahmen der weiter unten folgenden Strukturanalyse zu untersuchen. Abbildung 6.3 zeigt das Verteilungsbild für die unterschiedlichen Betrachtungsweisen noch einmal anschaulich anhand der Lorenzkurvendarstellung.

6.4.2 Entwicklung der personellen Verteilung des Grundvermögens und Vergleich mit früheren Ergebnissen

Vergleicht man mit den Ergebnissen von Schlomann für das Jahr 1983, so fällt zunächst auf, daß auf der Haushaltsebene sowohl die Verteilung auf alle Haushalte als auch die innere Verteilung (diese ganz besonders) gleichmäßiger geworden ist. Eine Ursache ist sicher der Anstieg der Besitzerquote. Der Ginikoeffizient bei Betrachtung aller Haushalte betrug 1983 0,7513. Eindrucksvoll ist der Rückgang des Anteils der obersten 5% um fast 5 Prozentpunkte und des 10. Dezils um etwa 3 Prozentpunkte. Allerdings haben die Anteile im unteren Bereich der Verteilung, wie beim Nettogeldvermögen, auch etwas abgenommen. Der Ginikoeffizient der inneren Verteilung ist gegenüber 1983 um mehr als 4 Punkte zurückgegangen. Auch hier ist die Verteilung im oberen Bereich gleichmäßiger geworden. Beim Übergang auf die Personenbetrachtung ermittelte Schlomann für 1983 eine geringere Ungleichheit als auf der Haushaltsebene, wenn alle Haushalte betrachtet werden und eine größere Ungleichheit als auf der Haushaltsebene, wenn nur die Grundbesitzer betrachtet werden. Schlomann schloß daraus, daß im oberen Verteilungsbereich verstärkt Haushalte mit vergleichsweise geringer Personenzahl zu finden seien, wobei aber über alle Haushalte betrachtet diese Vermögensart hauptsächlich in Haushalten mit überdurchschnittlicher Größe vorkomme. Der erste Teil dieser These kann durch die Ergebnisse von 1988 voll bestätigt werden bzw. hat sich dieser Trend weiter fortgesetzt. Der zweite Teil ist insofern richtig, daß zwar der Anteil der Haushalte mit Grundbesitz innerhalb der größeren Haushalte wesentlich höher ist als innerhalb der kleineren Haushalte, aber insgesamt nimmt der Anteil der größeren Haushalte (Haushalte mit drei Personen und mehr) an allen Haushalten immer mehr ab, so daß deren Gewicht hinsichtlich der gesamten Verteilung immer geringer wird (vgl. dazu die Ausführungen unter A.3.5).

²¹ Vgl. z.B. auch Euler: Grundvermögen privater Haushalte Ende 1988, a.a.O., S. 278, Tab. 1.

Das DIW errechnet für 1988 einen Ginikoeffizienten für die innere Verteilung des Bruttogrundvermögens von 0,27²² und damit einen deutlich niedrigeren Wert als er im Rahmen dieser Arbeit ermittelt wurde. Dies ist insofern erstaunlich, da das DIW sogar eine leicht erweiterte Datenbasis verwendete, um auch die Haushalte mit besonders hohen Einkommen zu erfassen.²³ Gerade deshalb wäre, eher eine höhere Disparität zu erwarten gewesen. Darüber hinaus sprechen auch die von anderen Autoren für andere Jahre ermittelten Ergebnisse für eine größere Ungleichheit der Verteilung.²⁴

Tabelle 6.6 erlaubt es, die Entwicklung der Grundvermögensverteilung über einen längeren Zeitraum zu beobachten. Allerdings mußte dazu auf die Betrachtung des Bruttogrundvermögens ausgewichen werden, weil die Datenlage hinsichtlich des Nettogrundvermögens nur den oben schon durchgeführten Vergleich zwischen 1983 und 1988 zuläßt.

Tab. 6.6: Entwicklung der Konzentration des Bruttogrundvermögens von 1973 bis 1993

	1973	1978	1983	1988	1993
Ginikoeffizient (bei Betrachtung aller HH) 1973 = 100	0,81	0,75	0,74	0,72	0,67
Anteil d. unteren 90% (bei Betrachtung aller HH)	38%	48%	49%	51%	58%
Ginikoeffizient (nur Besitzerhh.) 1973 = 100	0,51	0,42	0,43	0,38	0,35
	100	82,35	84,31	75,24	69,02

Anm.: 1993 Westdeutschland,²⁵ 1973 (1978) ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 15.000 DM (20.000 DM) und mehr, bzgl. der Abgrenzungen für 1983, 1988 und 1993 s. Abschnitt 3.1.2.1.1.

Quelle: 1973 bis 1983: Bomsdorf: a.a.O., S. 330 - 332, Tab. 1 - 3, 1988: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88, 1993: eigene Berechnungen auf Basis von Standardtabellen des StBA, vgl. Laue: a.a.O., S. 492, Tab. 4.

Hinsichtlich des Grundvermögens ist für die letzten zwanzig Jahre, ein eindeutiger Rückgang der Konzentration festzustellen. Insbesondere die innere Verteilung ist dabei erheblich gleichmäßiger geworden. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß das „Ausgangsniveau“ der Konzentration sehr hoch war. Darüber hinaus ist die Disparität der Grundvermögensverteilung zu jedem Zeitpunkt ausgeprägter, als die der Geldver-

²² Vgl. Bartholmai/Bach: a.a.O., S. 174 und auch Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Immobilienvermögen der privaten Haushalte, a.a.O., S. 70.

²³ Vgl. Bartholmai/Bach: a.a.O., S. 145 - 153.

²⁴ Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 153, Tab. 6.10 bzw vgl. Tabelle 6.6 auf dieser Seite.

²⁵ Für die Verteilung des Bruttogrundvermögens ergibt sich für Ostdeutschland ein Ginikoeffizient von 0,857, wenn alle Haushalte betrachtet werden und von 0,474, wenn nur die Besitzerhaushalte betrachtet werden.

mögensverteilung gewesen. Eine Ursache des Dekonzentrationsprozesses ist sicherlich die staatliche Wohnungsbau- und Wohnungseigentumsförderung, die zu einem stetigen Anstieg der Eigentümerquote beigetragen hat.²⁶ Auch das DIW sieht darin eine Ursache für die Dekonzentration, nennt aber ebenso die Vererbung von Vermögen als einen in dieser Hinsicht wichtigen Aspekt. Letztere These leitet das DIW aus der Beobachtung ab, daß die jüngeren Haushalte überdurchschnittlich, die älteren hingegen geringer am Zuwachs der Gesamtzahl der Grundbesitzer beteiligt waren.

6.5 Die Verteilung des Grundvermögens bei einer Differenzierung der Haushalte nach sozio-ökonomischen Variablen

Die Betrachtung der Grundvermögensbestände der einzelnen nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes differenzierten Haushalte, brachte schon erste wichtige Erkenntnisse über die Verteilungsstruktur des Grundvermögens hervor. Trotz allem verbergen sich hinter den so gegliederten Haushalten noch sehr heterogene Gruppen, so daß eine tiefere Differenzierung notwendig ist.

6.5.1 Zusammenhang zwischen Grundvermögen, Einkommen, Haushaltsgröße und Haushaltstyp

Tabelle 6.7 zeigt, daß mit zunehmender Haushaltsgröße, soweit man alle Haushalte betrachtet, sowohl der Anteil der Besitzerhaushalte als auch deren durchschnittliches Nettogrundvermögen ansteigt. Allerdings ist der Anstieg der Bestände bei Betrachtung nur der Besitzerhaushalte schwach ausgeprägt und im Grunde nur die Folge des bei steigender Haushaltsgröße stärkeren Gewichts der reicheren Haushalte, die über hohe Grundvermögensbestände verfügen. Betrachtet man nämlich einzelne Einkommensklassen, so fällt auf, daß zwar der Anteil der Haushalte mit Grundbesitz, zumindest innerhalb der zwei oberen Einkommensklassen, mit der Haushaltsgröße positiv korreliert ist, daß aber der durchschnittliche Nettoverkehrswert mit steigender Haushaltsgröße innerhalb aller Einkommensklassen abnimmt. Für die größeren Haushalte der unteren Einkommensklasse ist sogar der Anteil der Besitzerhaushalte gegenüber den kleineren Haushalten geringer. Hier scheint infolge der Haushaltsgröße und des niedrigen Einkommens, die Sparfähigkeit zu gering zu sein, um Grundvermögen selbst erwerben zu können. Dies

²⁶ Vgl. Deutsche Bundesbank: Zur Vermögenssituation der privaten Haushalte in Deutschland: a.a.O., S. 28 auch Deutsche Bundesbank: Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme in Deutschland im

alles bestätigt die oben aufgestellte These, daß tendenziell kleinere Haushalte zwar seltener über Immobilienvermögen verfügen als größere, verfügen sie aber über Grundbesitz, so ist dessen durchschnittlicher Wert wesentlich höher als bei größeren Haushalten. Mit verursacht wird diese Tendenz durch die im Durchschnitt höhere Verschuldung innerhalb der größeren Haushalte, allerdings ist erstaunlicherweise auch bei den Einpersonenhaushalten eine hohe Verschuldung feststellbar.²⁷ Es ist klar, daß die relative Position der größeren Haushalte hier noch „schlechter“ wäre, wenn als Betrachtungsebene nicht Haushalte, sondern Personen gewählt würden. Sowohl die durchschnittliche Höhe des Grundbesitzes und die Besitzerquote als auch die Verschuldung im Zusammenhang mit Haus- und Grundbesitz weisen eine deutlich positive Korrelation zur Einkommenshöhe auf. Wie beim Geldvermögen ist also auch beim Grundvermögen das Einkommen eine bedeutende Determinante der Vermögenshöhe.

Tab. 6.7: Nettogrundvermögensbestände (geschätzte Verkehrswerte in DM), Besitzerquoten und durchschnittliche Verschuldung (im Zusammenhang mit Haus- und Grundbesitz in DM) nach Haushaltsnettoeinkommen und Haushaltsgröße am Jahresende 1988

jährl. HHNEK in Tsd. DM	nach Haushaltsgröße				
	alle HH	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Pers. u. mehr
alle HH					
AH	122.146	54.322	134.680	163.354	193.435
BQ	47%	24%	51%	59%	70%
BH	262.331	224.951	263.777	275.783	274.818
SBH	49.407	25.105	33.311	60.690	78.565
unter 30					
AH	36.307	32.537	51.584	24.554	<24.000>
BQ	19%	16%	29%	14%	<14%>
BH	191.200	197.732	180.977	175.828	<177.467>
SBH	6.278	7.050	3.635	16.279	<14.150>
30 bis 48					
AH	97.913	95.499	106.594	95.606	77.595
BQ	44%	43%	47%	41%	41%
BH	221.778	224.245	224.748	233.595	190.934
SBH	22.999	23.944	12.234	29.689	36.488
48 bis 66					
AH	171.517	153.451	171.471	170.689	177.529
BQ	67%	59%	63%	68%	74%
BH	255.783	260.125	273.069	251.431	239.830
SBH	47.377	59.409	33.223	48.859	58.848
66 u. mehr					
AH	286.623	324.421	297.824	278.162	281.833
BQ	86%	77%	82%	85%	89%
BH	334.738	420.551	362.229	325.965	317.814
SBH	94.894	137.593	83.200	90.630	101.640

Anm.: < > = Fallzahl unter 30, AH = bei Betrachtung aller Haushalte der jeweiligen Gruppe, BQ = Besitzerquote, BH = bei Betrachtung nur der Besitzerhaushalte der jeweiligen Gruppe, SBH = durchschnittliche Verschuldung im Zusammenhang mit Haus- und Grundbesitz bezogen auf die Haushalte mit Haus- und Grundbesitz. HHNEK = Haushaltsnettoeinkommen.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

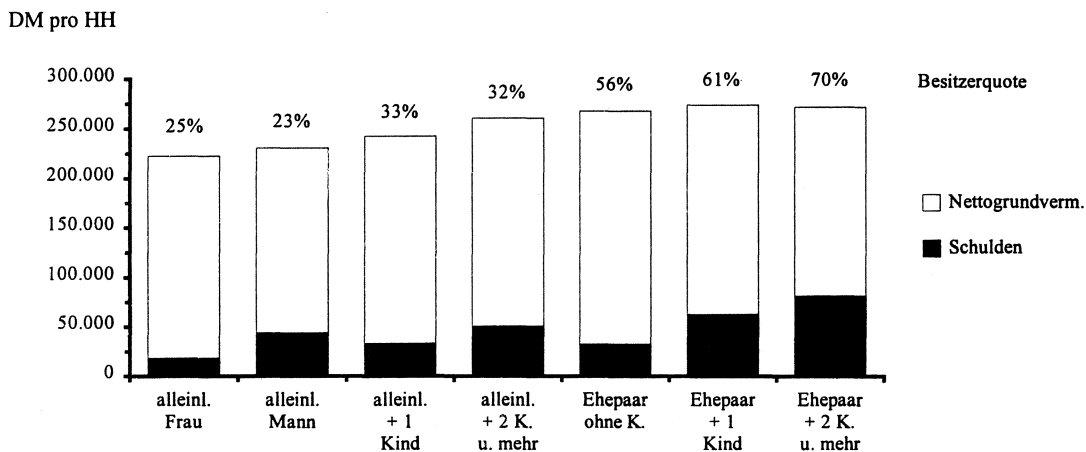
Jahre 1994, a.a.O., S. 25.

²⁷ Insgesamt hatten 56% der Haushalte mit Grundbesitz am Jahresende 1988 noch Hypotheken, Baudarlehen u.ä. zurückzuzahlen. Die durchschnittliche Restschuld je Schuldnerhaushalt belief sich dabei auf rund 88 Tsd. DM. Eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Daß die Ausstattung mit Grundvermögen auch in den unteren Einkommensklassen und bei kleinen Haushalten (bei gleichzeitig geringer Verschuldung) schon recht hoch ist, liegt in erster Linie daran, daß in diesem Bereich viele Rentner- und Pensionärshaushalte zu finden sind, deren Schulden bereits getilgt sind und deren Einkommen zum Zeitpunkt des Grundvermögenserwerbs in der Regel über dem aktuellen lagen.²⁸

Die Tendenz einer mit steigender Haushaltsgröße steigenden Besitzerquote bei gleichzeitig sinkendem durchschnittlichen Verkehrswert, zeigte sich auch schon im Jahr 1983. So stellte Schlomann fest, daß gerade größere Haushalte, vor allem Haushalte mit Kindern, zwar zu einem hohen Anteil Haus- und Grundbesitz aufweisen, aber auf der anderen Seite auch zu einem überdurchschnittlich hohen Anteil nur ein geringes Nettogrundvermögen besitzen.²⁹ Voreilig postulierte positive Zusammenhänge zwischen Haushaltsgröße und Grundvermögensbesitz,³⁰ müssen also entsprechend relativiert werden. Vergleicht man die Besitzerquoten der einzelnen Haushaltsgrößenklassen mit denen von 1983, so ist für alle Klassen ein recht gleichmäßiger Anstieg von jeweils ein bis vier Prozentpunkten festzustellen.³¹

Abb. 6.4: Nettogrundvermögensbestände (geschätzte Verkehrswerte in DM) und Verschuldung (im Zusammenhang mit Haus- und Grundvermögen in DM) jeweils bezogen nur auf Immobilienbesitzer und Besitzerquoten verschiedener Haushaltstypen am Jahresende 1988



Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Die Verteilungssituation für die nach dem Haushaltstyp gegliederten Haushalte (vgl. Abb. 6.4) korrespondiert mit den aus Tabelle 6.7 gezogenen Erkenntnissen. Auffallend ist der hohe Anteil der Haushalte mit Grundbesitz unter den Ehepaaren mit zwei und

²⁸ Das DIW vermutet in den unteren Einkommensklassen darüber hinaus einen hohen Anteil an geerbten Immobilien (dies kann durch Tabelle 6.3 dieser Arbeit bekräftigt werden), vgl. Bartholmai/Bach: a.a.O., S. 168.

²⁹ Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 214f.

³⁰ So z.B. Euler: Grundvermögen privater Haushalte Ende 1988, a.a.O., S. 280.

mehr Kindern. Diese Gruppe hat mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen, angemessenen Wohnraum zu finden, so daß der Erwerb von Wohneigentum, trotz eines unter Umständen niedrigen Einkommens, oft als die einzige Lösung bleibt. Verglichen mit 1983, ist der Anteil der Immobilienbesitzer unter den alleinlebenden Frauen und Männern,³² den Ehepaaren ohne Kindern sowie den Ehepaaren mit einem Kind gestiegen. Die Besitzerquote für Ehepaare mit zwei und mehr Kindern und Alleinerziehenden blieb nahezu konstant, während die der Alleinerziehenden mit mehr als einem Kind abnahm.³³ Die Ergebnisse der EVS '93 bestätigen diese Entwicklungen auch für den Zeitraum nach 1988.³⁴

Um den Zusammenhang zwischen Grundvermögen und Einkommen näher zu untersuchen, wird - wie bei der Verteilungsanalyse des Geldvermögens auch - die Dezildarstellung mit dem Haushaltsnettoeinkommen als Reihungsmerkmal gewählt (vgl. Tab. 6.8). Auch hier gilt: sollten Einkommen und Immobilienbesitz vollständig korrelieren, dürfte sich das Verteilungsbild der personellen Verteilung nicht ändern bzw. bestünde keinerlei Zusammenhang, wenn sich über die Dezile eine Gleichverteilung ergäbe.

Tab. 6.8: Verteilung des Nettogrundvermögens (geschätzte Verkehrswerte) auf Haushalte, die nach der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens sortiert sind am Jahresende 1988

HHnach HHNEK in aufsteigender Höhe	alle Haushalte			nur HH mit Grundbesitz		
	Deziluntergrenze in DM	Anteil des HH-Dezils am ges. Nettogrundv. in %	Nettogrundv. arithmetisches Mittel in DM	Deziluntergrenze in DM	Anteil des HH-Dezils am ges. Nettogrundv. in %	Nettogrundv. arithmetisches Mittel in DM
1. Dezil	2.000	1,4	16.785	3.000	7,1	182.048
2. Dezil	16.126	2,8	35.920	25.181	8,1	210.514
3. Dezil	21.322	3,6	45.343	33.545	8,4	223.781
4. Dezil	26.343	4,8	63.276	40.282	8,7	226.096
5. Dezil	31.699	7,0	86.099	46.629	9,3	250.104
6. Dezil	37.701	9,0	108.336	52.719	9,4	262.995
7. Dezil	44.579	12,2	142.943	59.522	10,2	264.611
8. Dezil	52.117	14,5	180.570	66.989	11,4	279.346
9. Dezil	62.142	17,4	220.145	77.205	11,5	314.132
10. Dezil	78.316	27,3	339.864	94.756	16,7	437.861
oberste 5%	95.209	16,2	405.151	112.535	9,8	521.480
Ginikoeffizient		0,4221			0,1340	

Anm.: HHNEK = jährl. Haushaltsnettoeinkommen.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

³¹ Vgl. Braun: a.a.O., S. 968, Tab. 2.

³² Unter den alleinlebenden Frauen und Männern sind es vor allem ältere, verwitwete Personen, die über Grundbesitz verfügen. Zum Immobilienvermögen der alleinlebenden Frauen siehe Euler, Manfred: Die wirtschaftliche und soziale Lage der alleinlebenden Frauen, in: Wirtschaft und Statistik 1/1994, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1994, S. 56 - 65, hier S. 57f.

³³ Vgl. Braun: a.a.O., S. 968, Tab. 1 und Schломann: a.a.O., S. 319, Tab. A3.10.

³⁴ Vgl. Laue: a.a.O., S. 489, Tab. 1.

Der Ginikoeffizient bei einer Reihung der Haushalte nach ihrem Haushaltsnettoeinkommen beträgt, wenn alle Haushalte betrachtet werden, 0,4221 und liegt damit um etwa 43% niedriger als der Ginikoeffizient der personellen Verteilung.³⁵ Dies zeigt, daß das Einkommen zwar einen starken Einfluß auf den Besitz von Grundvermögen hat, aber daneben auch andere Determinanten wie Haushaltsgröße und -typ (wie gesehen), das Alter des Haushaltsvorstandes sowie Erbschaften und Schenkungen eine sehr wichtige Rolle spielen. Vergleicht man das Verteilungsbild über alle Haushalte mit der entsprechenden Verteilung des Nettogeldvermögens (vgl. Tab. 5.15), so zeigt sich eine erstaunliche Ähnlichkeit. Die Anteile der einzelnen Einkommensdezile am gesamten Nettogrundvermögen entsprechen fast exakt den Anteilen am gesamten Nettogeldvermögen. So verfügt beispielsweise das unterste Einkommensdezil über 1,4% des gesamten Grundvermögens und über 1,8% des gesamten Geldvermögens. Das sechste Einkommensdezil verfügt sowohl über 9% des gesamten Nettogrundvermögens als auch über 9% des gesamten Nettogeldvermögens. Für das oberste Einkommensdezil beträgt der Anteil am gesamten Nettogrundvermögen 27,3% und am gesamten Nettogeldvermögen 28,7%. Die Ginikoeffizienten sind entsprechend mit 0,4221 und 0,3977 ebenfalls sehr ähnlich. Der Vergleich der Dezilanteile zeigt, daß der Besitz von Geld- und Grundvermögen stark miteinander korreliert ist. Haushalte, die über hohe Bestände an Geldvermögen verfügen, weisen auch hohe Bestände an Immobilienvermögen auf. Es findet demnach keine „Kompensation“ zwischen Geld- und Grundvermögensverteilung statt, vielmehr zeigt sich, daß die hinsichtlich des Geldvermögens gemessene Ungleichheit durch die Verteilung des Grundvermögens voll gestützt bzw. verstärkt wird. Weitere Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen der Geld- und Grundvermögensverteilung wird Kapitel 7 hervorbringen. Betrachtet man die Höhe der Grundvermögensbestände der einzelnen Einkommensdezile, so liegen diese jeweils um etwa das dreifache über denen des Geldvermögens. Auch beim Grundvermögen nimmt die Streuung, gemessen durch den Variationskoeffizienten, mit zunehmendem Einkommen ab, dies ist vor allem die Folge der höheren Besitzerquoten in den oberen Einkommensbereichen. Die Verteilung über die Einkommensdezile bei Betrachtung nur der Besitzerhaushalte stellt sich sehr gleichmäßig dar und ist nicht sehr weit vom Zustand der völligen Gleichverteilung entfernt. Eine hohe Konzentration zeigt sich lediglich im oberen Einkommensdezil. Der Ginikoeffizient beträgt entsprechend nur 0,1340. Dies verdeutlicht,

³⁵ Die entsprechende Reduktion des Ginikoeffizienten beim Geldvermögen betrug 36,7%.

daß das Einkommen, soweit ein Haushalt über Grundbesitz verfügt, einen nicht allzu großen Einfluß auf die jeweilige Höhe des Immobilienvermögens hat. Allerdings ist auch hier zu berücksichtigen, daß die Verteilung sicher ungleicher wäre, wenn die Haushalte mit den sehr hohen Einkommen, die in der EVS ja nicht erfaßt sind, auch einbezogen wären.

6.5.2 Zusammenhang zwischen Grundvermögen, Alter und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes

Die Betrachtung der nach dem Alter der Bezugsperson differenzierten Haushalte ist insbesondere aufschlußreich, hinsichtlich der damit verbundenen Möglichkeiten einer privaten Altersvorsorge sowie der zukünftig zu erwartenden Vermögensumschichtungen in Form von Erbschaften oder Schenkungen.

Tab. 6.9: Nettogrundvermögensbestände (geschätzte Verkehrswerte in DM), Besitzerquoten und durchschnittliche Verschuldung (im Zusammenhang mit Haus- und Grundbesitz in DM) nach sozialer Stellung und Alter der Bezugsperson am Jahresende 1988

Alter der Bezugsperson	soziale Stellung der Bezugsperson							
	alle HH	Selbst./Landw.	Beamte	Angest.	Arbeiter	Arblose.	Nichterrw.	
alle HH	AH	122.146	294.960	144.801	123.467	109.633	47.862	102.885
	BQ	47%	77%	57%	49%	48%	22%	40%
	BH	262.331	382.967	252.267	254.047	228.878	220.561	254.665
	SBH	49.407	84.151	83.046	82.930	45.357	26.742	12.238
bis 29 Jahre	AH	23.744	48.585	27.238	22.240	29.285	\	<7.652>
	BQ	13%	43%	15%	14%	17%	\	<3%>
	BH	179.426	228.901	186.301	156.948	174.881	\	<251.710>
	SBH	88.355	84.166	101.564	93.677	89.628	\	<22.642>
30 bis 44 J.	AH	110.214	203.160	131.832	109.547	104.645	16.305	42.487
	BQ	48%	69%	61%	50%	48%	11%	18%
	BH	227.721	295.272	215.220	219.089	218.235	142.992	240.756
	SBH	93.299	105.095	104.250	109.317	66.378	56.185	52.423
45 bis 64 J.	AH	171.475	357.212	208.505	178.706	139.086	77.690	136.248
	BQ	58%	84%	70%	61%	58%	33%	50%
	BH	291.688	423.478	296.955	292.171	240.965	236.669	271.063
	SBH	43.496	77.464	58.970	60.057	27.238	18.885	18.968
65 J. u. mehr	AH	105.748	421.582	\	<227.890>	-	-	101.453
	BQ	41%	83%	\	<64%>	-	-	41%
	BH	254.936	508.523	\	<355.671>	-	-	247.990
	SBH	9.109	37.716	\	<13.479>	-	-	8.356

Anm.: < > = Fallzahl unter 30, \ = Fallzahl unter 10, - = kein Fall vorhanden, AH = bei Betrachtung aller Haushalte der jeweiligen Gruppe, BQ = Besitzerquote, BH = bei Betrachtung nur der Besitzerhaushalte der jeweiligen Gruppe, SBH = durchschnittliche Verschuldung im Zusammenhang mit Haus- und Grundbesitz bezogen auf die Haushalte mit Haus- und Grundbesitz.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Betrachtet man die Verteilung zunächst über die einzelnen Altersklassen, so fällt auf, daß die Grundvermögensbestände mit steigendem Alter bis zur Gruppe der 45- bis 64-

jährigen zunehmen und dann abnehmen. Der Kauf oder Bau eines Hauses ist mit enormen finanziellen Aufwendungen verbunden und verlangt deshalb eine gewisse Ansparszeit, dies erklärt den Anstieg der Grundvermögensbestände über die ersten drei Altersklassen. Diese Beobachtungen entsprechen den Aussagen der Lebenszyklustheorie. Für die Haushalte mit einem Haushaltsvorstand von 65 Jahren und älter, scheinen sie das auch zu tun. Tatsächlich ist hier aber der Anteil derjenigen, die ihren in jüngeren Jahren erworbenen Grundbesitz zum Zwecke der Finanzierung des Lebensunterhalts wieder auflösen, als gering einzustufen. Vielmehr ist hier zu berücksichtigen, daß die Personen, die sich 1988 im Rentenalter befanden, diejenigen waren, die unmittelbar nach dem Krieg ein Alter erreicht hatten, indem normalerweise Grundvermögen erworben wird. Aufgrund knapper Mittel sowie unter Umständen Verlust des Grunderwerbs infolge von Vertreibung, fiel hier die Grundvermögensbildung nur unterdurchschnittlich aus. Es handelt sich demnach um einen „Generationeneffekt“.³⁶ Solche Zusammenhänge sind bei der Übertragung von Querschnittsdaten in den Längsschnitt, stets zu beachten. Die Verteilung auf nach dem sozialen Status der Bezugsperson differenzierte Haushalte wurde schon weiter vorne betrachtet. Wird zusätzlich nach dem Alter differenziert, fällt zunächst auf, daß bei den Selbständigen und Landwirten schon in der untersten Altersklasse die Ausstattung mit Immobilien sehr hoch ist. Hier scheinen vor allem Erbschaften bzw. die Überschreibung von Grundbesitz auf die jüngere Generation, eine große Rolle zu spielen. Interessant ist auch, daß bei den Haushalten von Arbeitern der Erwerb von Grundbesitz im Vergleich zu den übrigen abhängig Beschäftigten schon sehr früh einsetzt. Hier scheint sich, der im Durchschnitt frühere Eintritt ins Berufsleben bemerkbar zu machen. Entsprechend ist bei den Arbeiter-Haushalten auch die Verschuldung schon in der zweiten Altersklasse wieder rückläufig, während dies bei den übrigen Gruppen erst innerhalb der dritten Altersklasse der Fall ist. Der größte Teil der Erwerbungen findet bei den abhängig Beschäftigten im Alter von 30 bis 44 Jahren statt, bei den Arbeitslosen und Nichterwerbstätigen hingegen erst nach dem 45. Lebensjahr, was vermuten läßt, daß es sich hier häufig um Erbschaften handelt. Der intertemporale Vergleich zeigt, daß der oben beschriebene „Generationeneffekt“ zusehends verschwindet. Während der Anteil der Grundbesitzer unter den Haushalten mit einem Haushaltsvor-

³⁶ Vgl. dazu auch Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 213 und auch Braun: a.a.O., S. 968f. Trotz allem vermutet das DIW, daß neben des „Generationeneffektes“ auch die Auflösung von vorhandenem Immobilienbesitz, entweder durch den Verkauf oder durch die Übertragung auf die nachfolgende Generation im Wege der Schenkung, eine größere Rolle spielt. Vgl. Bartholmai/Bach: a.a.O., 162 - 164 u. S. 179.

stand im Alter von 65 und mehr Jahren für 1983 nur bei 23,4%³⁷ und 1988 (wie gesehen) bei 41% lag, betrug er 1993 bereits 49,8%³⁸. Für 1998 ist zu vermuten, daß dieser Effekt kaum noch festzustellen sein wird.

Ausgehend von der Verteilung des Grundvermögens nach Altersklassen, kann das künftig zu erwartende durchschnittliche jährliche Erbschaftsvolumen abgeschätzt werden. 1988 wurden in der EVS rund 6,9 Mio. Haushalte repräsentiert deren Haushaltsvorstand 65 Jahre oder älter war. Die Summe des Grundvermögens zu geschätzten Verkehrswerten, daß auf diese Gruppe entfiel, ist auf etwa 730 Mrd. DM zu veranschlagen.³⁹ Das mittlere Alter in dieser Gruppe beträgt etwa 74,72 Jahre und deren fernere Lebenserwartung 9,75 Jahre.⁴⁰ Daraus errechnet sich ein jährliches Erbschaftsvolumen, welches von dieser Gruppe zukünftig weitergegeben wird von rund 75 Mrd. DM. Zählt man die entsprechende Summe des Geldvermögens von etwa 23 Mrd. DM dazu, so ergibt sich ein jährlich zu erwartendes Erbschaftsvolumen von rund 98 Mrd. DM.⁴¹ Freilich ist dies nur eine grobe Schätzung. So vernachlässigt diese Rechnung insbesondere das Vermögen eventuell in dieser Gruppe vorhandener Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25.000 DM und mehr und das der Bevölkerung in Altenheimen sowie das weitgereichte Betriebsvermögen. Es wird auch nicht berücksichtigt, daß häufig Übertragungen, vor allem auch in Form der Schenkung, in Haushalten stattfinden deren Haushaltsvorstand jünger als 65 Jahre ist. Die Deutsche Bank schätzte das Erbschaftsvolumen für 1987 auf rund 70 bis 80 Mrd. DM.⁴² Das vererbte Grundvermögen für das Jahr 1993 und die folgenden Jahre vermutet das DIW in einer Spanne von jährlich etwa 170 bis 200 Mrd. DM.⁴³

³⁷ Vgl. Schlomann. Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 319, Tab. A3.10.

³⁸ Vgl. Laue: a.a.O., S. 489, Tab. 1 und auch Schlomann/Faik: a.a.O., S. 258.

³⁹ eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

⁴⁰ eigene Berechnungen auf Basis der allgemeinen Sterbetafel 1986/88 für die Bundesrepublik Deutschland, jeweils gewichtetes Mittel aus dem mittleren Alter bzw. der ferneren Lebenserwartung der Frauen und Männer. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Allgemeine Sterbetafel 1986/88 für die Bundesrepublik Deutschland, in: Wirtschaft und Statistik (Tabellenteil) 6/1991, Stuttgart 1991, S. 234* - 237*. Die fernere Lebenserwartung eines x-jährigen sagt aus, wieviele Jahre eine gerade x Jahre alt gewordene Person bei den der Sterbetafel zugrunde gelegten Sterblichkeitsverhältnissen im Durchschnitt noch leben wird. Vgl. Flaskämper, Paul: Bevölkerungsstatistik, Hamburg 1962, S. 346.

⁴¹ eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

⁴² Münch, Rainer: Privater Verbrauch in den neunziger Jahren, in: Deutsche Bank Bulletin. Aktuelle Wirtschafts- und Währungsfragen, Juni 1989, S. 9 - 15, zitiert nach Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 272f.

⁴³ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Zur Neuregelung von Vermögen- und Erbschaftsteuer, a.a.O., S. 503.

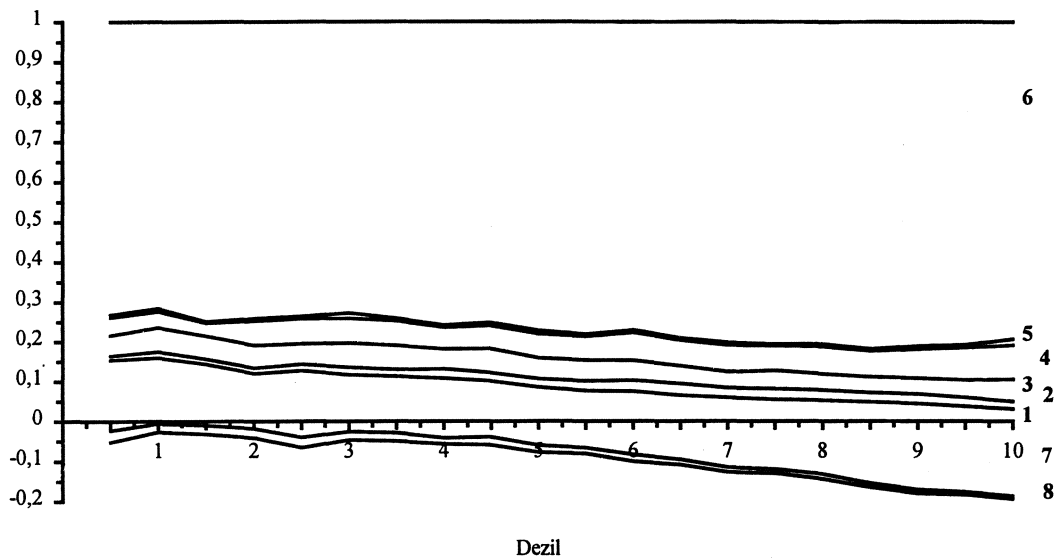
7. Struktur- und Verteilungsanalyse bei gemeinsamer Betrachtung von Geld- und Grundvermögen

7.1 Die Vermögensstruktur der privaten Haushalte am Jahresende 1988

Ein sehr interessanter und wichtiger Aspekt ist die Vermögensstruktur der privaten Haushalte in Abhängigkeit ihrer relativen Einkommensposition. Als Einkommensgröße wird hierzu zunächst das jährliche Haushaltsnettoeinkommen der privaten Haushalte gewählt. Abbildung 7.1 zeigt die Ergebnisse.

Abb. 7.1: Vermögensstruktur der privaten Haushalte in Abhängigkeit ihrer relativen Einkommensposition am Jahresende 1988 bei einer Verwendung des Haushaltsnettoeinkommens als Einkommensvariable

kumulierte Anteile



Anm.: 1 = Sparguthaben, 2 = Bausparguthaben, 3 = Wertpapierguthaben, 4 = Lebensversicherungsguthaben, 5 = sonst. Geldvermögen, 6 = Bruttogrundvermögen zu geschätzten Verkehrswerten, 7 = Hypotheken, Baudarlehen u.ä., 8 = sonst. Kreditverpflichtungen. Die Anteile beziehen sich jeweils auf die Summe von Bruttogeldvermögen und Bruttogrundvermögen (geschätzte Verkehrswerte). Die Anteile der Vermögensarten 1 bis 6 und die Anteile der Vermögensarten 7 bis 8 sind jeweils in der Reihenfolge ihrer Nummerierung kumuliert.

Quelle: eigene Darstellung nach Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Zunächst fällt auf, daß der Anteil des Immobilienvermögens (6) mit steigender Einkommensposition wächst, während die Anlage in die mit einer relativ niedrigen Verzinsung verbundenen Spareinlagen (1) deutlich zurückgeht. Nahezu unabhängig von der relativen Einkommensposition, scheint der Anteil der Bausparguthaben (2) und Wertpapiere (3) im Portefeuille der privaten Haushalte zu sein. Der Anteil der Lebensversicherungsguthaben (4) nimmt hingegen mit steigendem Einkommen zu. Während nämlich die Haushalte im unteren Einkommensbereich nur etwa 5% ihres Vermögens in dieser Vermögensform angelegt haben, sind es im oberen Einkommensbereich etwa 8% bis

9%. Einen unbedeutenden Anteil, über alle Einkommensschichten hinweg, nimmt das sonstige Geldvermögen (5) ein. Trotz der aufgezeigten Verschiebungen ist insgesamt die Vermögensstruktur über die verschiedenen Einkommensdezile erstaunlich stabil. Merkliche Strukturveränderungen zeigen sich allerdings bei Betrachtung der Verschuldung. Während der Anteil der Hypotheken und Baudarlehen (7) am gesamten hier betrachteten Bruttovermögen bei steigendem Einkommen deutlich zunimmt und im 10. Dezil immerhin einen Anteil von fast 20% einnimmt, verhält es sich mit den Verbindlichkeiten aus Konsumentenkrediten (8) umgekehrt. Diese erreichen im unteren Einkommensbereich einen Anteil von 3% und gehen, wenn auch unter Schwankungen, im obersten Dezil auf einen Anteil von unter 1% zurück. Auffallend in diesem Zusammenhang ist die relativ hohe Verschuldung im Bereich der 5% einkommensärmsten Haushalte.

Um den Zusammenhang zwischen tatsächlicher Sparfähigkeit und Vermögensstruktur besser herauszuarbeiten, wird nun obige Analyse noch einmal mit dem Nettoäquivalenzeinkommen (auch „Einkommen pro Verbrauchseinheit“) durchgeführt. Dadurch soll berücksichtigt werden, daß die Fähigkeit zur Vermögensbildung bei gegebenem Haushaltseinkommen wesentlich davon abhängt, wieviele Haushaltsmitglieder von diesem Einkommen leben müssen. Als Gewichtungsschema wird dabei die „ältere OECD-Skala“ verwendet.¹

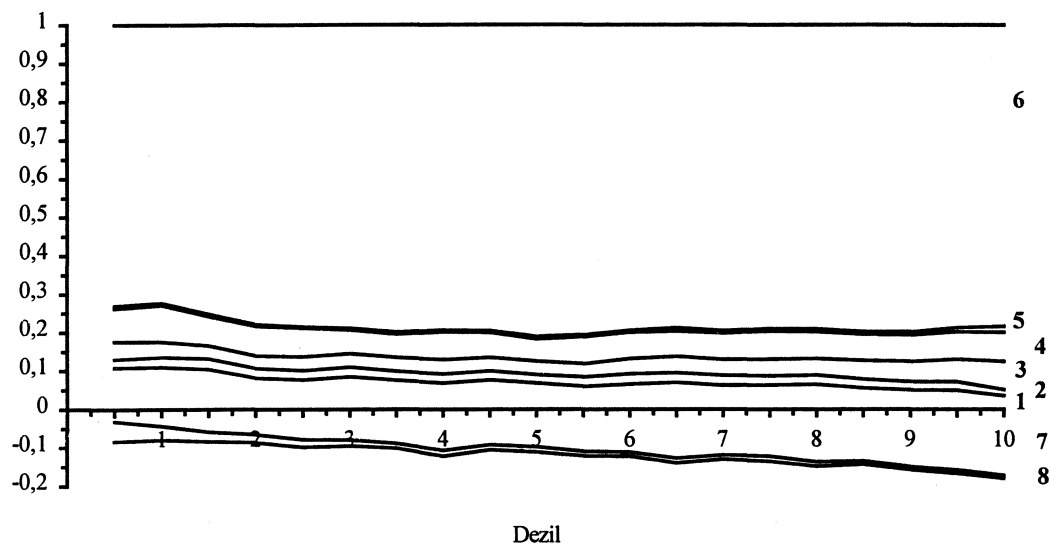
Unter der Annahme, daß das Nettoäquivalenzeinkommen die tatsächliche Leistungsfähigkeit der Haushalte repräsentiert, zeigt sich hier (vgl. Abb. 7.2) erstaunlicherweise, daß die Anlagestruktur nur sehr gering davon beeinflußt zu werden scheint. Zwar ist auch hier bei steigendem Einkommen eine Zunahme des Anteils des Immobilienvermögens (6) am gesamten hier betrachteten Bruttovermögen zu verzeichnen, jedoch ist die Strukturveränderung insgesamt über die einzelnen Dezile nur relativ schwach ausgeprägt. So macht das Grundvermögen im 1. Dezil etwa 73% und im 10. Dezil etwa 78% des gesamten Vermögens aus. Ab dem 2. Dezil schwankt der Wert dabei um 80%. Bei der Verwendung des Haushaltsnettoeinkommens als Einkommensvariable, war dagegen eine stetige Zunahme über die Dezile festzustellen. Die Sparguthaben (1) verlieren auch hier, bei allerdings schon geringerem Anteil im untersten Dezil, mit steigender Einkommensposition an Bedeutung. Die Anteile der Bausparguthaben (2) und Wertpapiere (3) erweisen sich hier ebenfalls als weitgehend unabhängig von der relativen Einkom-

¹ Zur Grundkonzeption und Ableitung des Nettoäquivalenzeinkommens siehe Anhang 1.

mensposition. Erstaunlich ist jetzt allerdings der durchgängig relativ hohe Anteil der Lebensversicherungen (4) im Portefeuille der privaten Haushalte von etwa 6% bis 9%. Der Anteil der Verschuldung im Zusammenhang mit Haus- und Grundbesitz (7) wächst auch hier mit steigendem Nettoäquivalenzeinkommen, allerdings ist die Streubreite der Anteile mit 3% bis 17% geringer. Die sonstigen Kreditverpflichtungen (8) erweisen sich nun mit einem Anteil von rund 5% am gesamten Bruttovermögen in der Tat als hohe Belastung für die Haushalte des untersten Dezils. Ab dem 3. Dezil nimmt deren Bedeutung dann aber ab.

Abb. 7.2: Vermögensstruktur der privaten Haushalte in Abhängigkeit ihrer relativen Einkommensposition am Jahresende 1988 bei einer Verwendung des Nettoäquivalenzeinkommens als Einkommensvariable

kumulierte Anteile



Anm.: 1 = Sparguthaben, 2 = Bausparguthaben, 3 = Wertpapierguthaben, 4 = Lebensversicherungsguthaben, 5 = sonst. Geldvermögen, 6 = Bruttogrundvermögen zu geschätzten Verkehrswerten, 7 = Hypotheken, Baudarlehen u.ä., 8 = sonst. Kreditverpflichtungen. Die Anteile beziehen sich jeweils auf die Summe von Bruttogeldvermögen und Bruttogrundvermögen (geschätzte Verkehrswerte). Die Anteile der Vermögensarten 1 bis 6 und die Anteile der Vermögensarten 7 bis 8 sind jeweils in der Reihenfolge ihrer Nummerierung kumuliert.

Quelle: eigene Darstellung nach Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Insgesamt sind die Unterschiede, die sich durch Verwendung der beiden unterschiedlichen Einkommensgrößen ergeben haben, geringer als vielleicht erwartet. Dies liegt aber unter Umständen daran, daß das Einkommen im allgemeinen einen geringeren Einfluß auf die Anlageentscheidung der Haushalte zu haben scheint als vermutet. Dies läßt sich wiederum damit erklären, daß das Immobilienvermögen anteilmäßig mit Abstand den größten Teil des Vermögens privater Haushalte bildet. Gerade der Besitz von Grundvermögen wird nun aber neben dem Einkommen, auch maßgeblich durch die Haus-

haltsgröße und -struktur, das Alter sowie durch das Eintreten von Erbschaften und Schenkungen beeinflußt, so daß sich insgesamt eine nur schwach einkommensabhängige Vermögensstruktur ergibt. Wird nur das Geldvermögen einzelner Haushalte betrachtet, so lassen sich in Abhängigkeit des Einkommens, wie die Analysen in Kapitel 5 zeigten, durchaus deutliche Strukturunterschiede feststellen.

Projiziert man die aus den Querschnittsdaten ermittelten Vermögensstrukturen in den Längsschnitt, das heißt unterstellt man intertemporale Strukturkonstanz, so könnte anhand obiger Darstellungen ermittelt werden, wie sich die Vermögensstruktur eines Haushalts bei Veränderung seiner relativen Einkommensposition wandelt.

An dieser Stelle, und auch als Ergänzung zu den Ausführungen unter 5.3, ist es interessant, die Sparquoten in Abhängigkeit des Einkommens zu betrachten. Tabelle 7.1 zeigt diese für die Quintile einmal bei einer Reihung der Haushalte nach dem Haushaltsnettoeinkommen und einmal bei einer Reihung nach dem Nettoäquivalenzeinkommen. Die Sparquote ist jeweils definiert als Quotient aus Ersparnis und Haushaltsnettoeinkommen.

Tab. 7.1: Sparquoten für Quintile privater Haushalte im Jahre 1988 bei einer Reihung der Haushalte nach alternativen Einkommensvariablen

HH nach Einkommen in aufsteigender Höhe	Deziluntergrenze HHNEK in DM	Sparquote bezogen auf HHNEK bei Reihung nach HHNEK	Deziluntergrenze NÄEK in DM	Sparquote bezogen auf HHNEK bei Reihung nach NÄEK
1. Quintil	2.000	-0,01	2.000	-0,01
2. Quintil	21.322	0,04	15.294	0,04
3. Quintil	31.699	0,06	20.000	0,07
4. Quintil	44.579	0,11	24.714	0,10
5. Quintil	62.142	0,18	32.014	0,17

Anm.: HHNEK = Haushaltsnettoeinkommen, NÄEK = Nettoäquivalenzeinkommen. Berechnung der Sparquoten jeweils über Hochrechnung der individuellen Sparquoten, vgl. hierzu die Ausführungen unter 5.3.

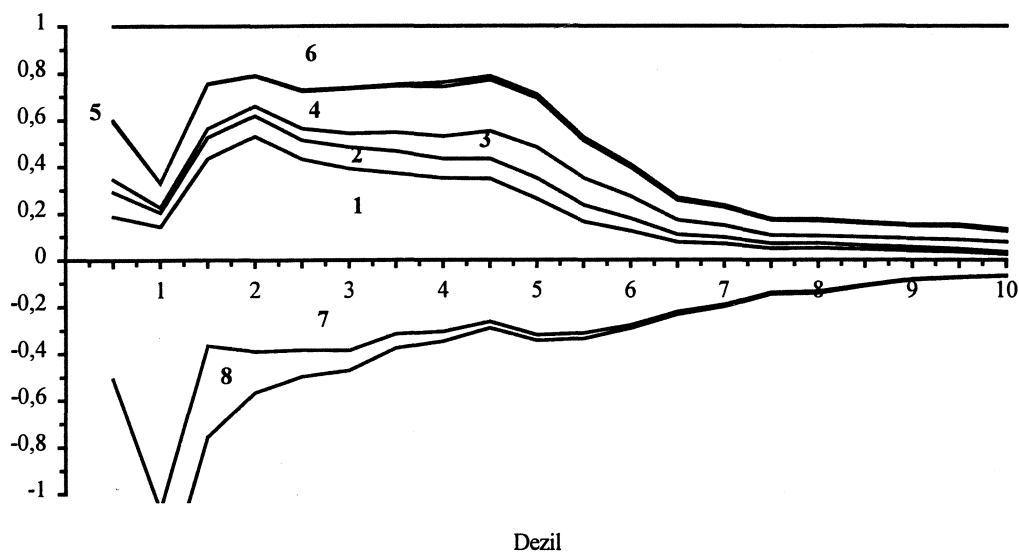
Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Die Reihung der Haushalte nach den alternativen Einkommenskonzepten führt praktisch zum gleichen Ergebnis, das heißt, die Sparquoten der einzelnen Quintile unterscheiden sich kaum, wenn auch die Verteilung der Haushalte über die Quintile jeweils eine andere ist. Plausibel wäre gewesen, daß der Zusammenhang zwischen Sparquote und Einkommen bei Verwendung des Nettoäquivalenzeinkommens als Reihungsmerkmal wesentlich deutlicher hervortritt als bei Verwendung des einfachen Haushaltsnettoeinkommens, da bei ersterem in den unteren Quintilen „tatsächlich“ einkommensschwache Haushalte, das heißt mit geringer Sparfähigkeit und in den oberen Quintilen eben entsprechend „tatsächlich“ einkommensstarke Haushalte, das heißt Haushalte mit hoher Sparfähigkeit, zu finden sind.

Eine Betrachtung der Vermögensstruktur in Abhängigkeit von der Höhe des Nettogesamtvermögens der privaten Haushalte kann hier leider nicht vorgenommen werden, da hierzu die Verteilung des Betriebsvermögens bekannt sein müßte. Einen ähnlichen Erkenntniswert hat aber sicher die Betrachtung der Struktur der in dieser Arbeit einbezogenen Vermögenskomponenten in Abhängigkeit von der Höhe der Summe aus Nettogeld- und Nettogrundvermögen.

Abb. 7.3: Vermögensstruktur der privaten Haushalte in Abhängigkeit ihrer Nettobestände an Geld- und Grundvermögen am Jahresende 1988

kumulierte Anteile



Anm.: 1 = Sparguthaben, 2 = Bausparguthaben, 3 = Wertpapierguthaben, 4 = Lebensversicherungsguthaben, 5 = sonst. Geldvermögen, 6 = Bruttogrundvermögen zu geschätzten Verkehrswerten, 7 = Hypotheken, Baudarlehen u.ä., 8 = sonst. Kreditverpflichtungen. Die Anteile beziehen sich jeweils auf die Summe von Bruttogeldvermögen und Bruttogrundvermögen (geschätzte Verkehrswerte). Die Anteile der Vermögensarten 1 bis 6 und die Anteile der Vermögensarten 7 bis 8 sind jeweils in der Reihenfolge ihrer Nummerierung kumuliert.

Quelle: eigene Darstellung nach Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Im untersten Dezil befinden sich vor allem Haushalte deren Schulden den Wert des Bruttovermögens übersteigen. Der hohe Anteil des Grundvermögens in dieser Gruppe läßt auf eine hohe Zahl von Immobilienbesitzern in diesem Bereich schließen. Neben Baudarlehen und Hypotheken, stellen auch die Verbindlichkeiten aus Konsumentenkrediten für diese Haushalte eine große Belastung da.² Bei Betrachtung der Haushalte des 2. bis 5. Dezils zeigt sich mit steigendem Nettovermögen³ zunächst eine deutliche Ab-

² Hinsichtlich der Hypotheken und Baudarlehen sollte aber beachtet werden, daß durch die pauschale Umrechnung der Einheitswerte in Verkehrswerte der Fall eintreten kann, daß die Verschuldung im Zusammenhang mit Haus- und Grundbesitz den Bruttowert des entsprechenden Immobilienvermögens deutlich überschreitet, was tatsächlich aber eher selten der Fall sein dürfte.

³ Nettovermögen meint im Rahmen dieser Ausführungen immer die Summe aus Nettogeld- und Nettogrundvermögen.

nahme des Anteils der Sparguthaben, eine Zunahme des Anteils der Wertpapiere und Lebensversicherungen sowie ein relativ konstanter Anteil der Bausparguthaben. Grundbesitz spielt im Bereich dieser Vermögensgruppen mit einem Anteil von etwa 25% noch eine untergeordnete Rolle. Beeindruckend ist der mit rund 20% hohe Anteil der Anlagemittel, der auf Lebensversicherungen entfällt. Ab dem 5. Dezil nimmt der Anteil des Immobilienvermögens rapide zu, während die übrigen Vermögensarten an Bedeutung verlieren. Im 7. Dezil beträgt der Anteil des Grundvermögens schon 77% und im 10. Dezil schließlich 87%. Unter den Geldvermögensarten ist nur noch den Lebensversicherungen (etwa 6%) sowie den Wertpapieren (etwa 3% bis 4%), eine merkliche Bedeutung zuzusprechen.⁴ Die Verschuldung verliert mit steigendem Nettovermögen ebenfalls an Bedeutung, vor allem Konsumentenkredite stellen für die Haushalte der oberen fünf Dezile praktisch kein Problem mehr da.

Vergleicht man die obige Darstellung mit einer ähnlichen von Schlomann für das Jahr 1983 erstellten, die allerdings auch das Betriebsvermögen der privaten Haushalte einbezieht, so zeigt sich insgesamt eine sehr ähnliche Struktur.⁵ Auffallend ist gegenüber 1983 allerdings die zunehmende Bedeutung der Verschuldung.⁶ Aufgrund der, zumindest für diesen Zeitraum, beobachteten annähernden Strukturkonstanz, wäre es durchaus legitim, von der oben erwähnten Möglichkeit der Projizierung vom Querschnitt in den Längsschnitt Gebrauch zu machen.

7.2 Die personelle Verteilung von Geld- und Grundvermögen zusammen am Jahresende 1988

Nachdem in Kapitel 5 die Verteilung des Geldvermögens und in Kapitel 6 die Verteilung des Grundvermögens analysiert wurde und für beide Vermögenskomponenten eine ausgesprochen hohe Konzentration festgestellt werden konnte, ist es nun wichtig zu prüfen, wie sich das Verteilungsbild darstellt, wenn beide Vermögenskomponenten gemeinsam betrachtet werden. Wären die Haushalte, für die hohe Geldvermögensbestände ermittelt wurden nicht diejenigen, die auch über die tendenziell höheren Grundvermögensbestände verfügten und umgekehrt, so müßte die Verteilung über beide Vermö-

⁴ Aufgrund des deutlichen Strukturunterschiedes bei Haushalten mit Grundbesitz und Haushalten ohne Grundbesitz, spricht Schlomann auch von der „Dichotomie der Haushalte in Immobilienbesitzer und Haushalte ohne Haus- und Grundbesitz“. Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 227.

⁵ Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 226, Abb. 7.12.

⁶ Allerdings muß hier berücksichtigt werden, daß Schlomann von höheren Verkehrswerten des Bruttogrundvermögens ausgegangen ist, so daß zwangsläufig die Bedeutung der Verschuldung schwindet.

gensarten zusammen eine geringere Konzentration aufweisen, als wenn jeweils beide einzeln betrachtet würden. Es käme sozusagen zur „Kompensation“ beider Verteilungen. Daß dem wohl nicht so ist, haben schon erste Vergleiche der Untersuchungsergebnisse aus Kapitel 5 und 6 gezeigt (vgl. Abschnitt 6.5.1).

Tab. 7.2: Die personelle Verteilung des Nettogeld- und Nettogrundvermögens zusammen bei Betrachtung aller Haushalte am Jahresende 1988

HH nach der Summe von Nettogeld- und -grundvermögen in aufsteigender Höhe	Anteil der Haushaltsdezile an der Summe von ges. Nettogeld- und -grundvermögen		arith. Mittel in DM	Variationskoeffizient
	einzeln in %	kumuliert in %		
1. Dezil	-0,3	-0,3	-5.311	-2,0902
2. Dezil	0,1	-0,2	2.078	0,5649
3. Dezil	0,5	0,3	7.436	0,2710
4. Dezil	1,1	1,3	16.887	0,2152
5. Dezil	2,2	3,6	35.929	0,2122
6. Dezil	4,9	8,5	78.461	0,2131
7. Dezil	9,7	18,1	153.998	0,1515
8. Dezil	15,2	33,4	242.455	0,1103
9. Dezil	22,1	55,4	353.318	0,1115
10. Dezil	44,6	100,0	711.115	0,5091
oberste 5%	29,1	-	928.827	0,4380
Ginikoeffizient		0,6693		
Median in DM		51.108		
arithmetisches Mittel in DM		159.597		

Anm.: Grundvermögen zu geschätzten Verkehrswerten. Negative Merkmalswerte beim Grundvermögen wurden für die Dezilendarstellung auf Null heraufgesetzt.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

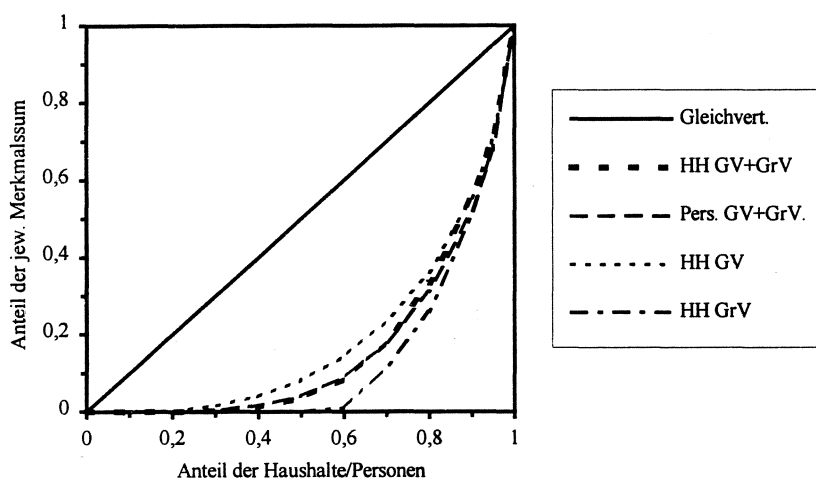
Der Ginikoeffizient bestätigt obige Vermutung einer verglichen mit dem Geldvermögen stärkeren Konzentration, wenn Geld- und Grundvermögen gemeinsam betrachtet werden. Die Haushalte des unteren Dezils sind überwiegend überschuldet, in dem Sinne, daß die Summe der Verpflichtungen die Bestände an Bruttovermögen übersteigt. Die „vermögensärmsten“ 50% aller Haushalte verfügen gerade mal über 3,6% der gesamten hier betrachteten Vermögenssumme. Ab dem 6. Dezil macht sich der nun wachsende Anteil von Immobilienbesitzern bemerkbar.⁷ Auf die obersten 10% bzw. 5% aller Haushalte entfallen knapp 45% bzw. knapp 30% der gesamten Vermögenssumme. Das durchschnittliche Vermögen liegt hier bei rund 711 Tsd. DM bzw. 929 Tsd. DM. Betrachtet man das Bruttovermögen der privaten Haushalte, reduziert sich die Konzentration ein wenig, der Ginikoeffizient beträgt dann noch 0,6563.⁸ Für 1983 berechnete Schломann für die Verteilung des Nettogesamtvermögens, allerdings unter Berücksich-

⁷ Vgl. hierzu die korrespondierende Strukturanalyse (Abbildung 7.3).

⁸ eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

tigung des Betriebsvermögens, einen Ginikoeffizienten von 0,7005.⁹ Die Einbeziehung des Betriebsvermögens, welches, wie bereits erwähnt, stark konzentriert ist, sowie der geringere Anteil von Grundbesitzern, dürften die Hauptursache für die höhere Disparität sein.¹⁰ Betrachtet man Personen als Merkmalsträger, so ist auch hier wieder eine etwas höhere Konzentration als auf der Haushaltsebene festzustellen. Der Ginikoeffizient beträgt bei Nettobetrachtung 0,6795 und bei Bruttobetrachtung 0,6643. Auf das oberste Dezil entfallen rund 48% der gesamten Vermögenssumme, also etwa 3,5 Prozentpunkte mehr als auf der Haushaltsebene.¹¹ Die Ursachen für die stärkere Disparität auf der Personenebene konnten in Kapitel 6 weitgehend geklärt werden. Burkhauser, Frick und Schwarze ermittelten für 1988 auf Basis des SOEP und unter Verwendung einer mittels der „älteren OECD-Skala“ der Haushaltsstruktur angepaßten Vermögensvariablen, einen Ginikoeffizienten für die Verteilung des Nettogesamtvermögens von 0,694.¹² Auf Basis der EVS ergibt sich für die Verteilung der wohlstandsäquivalenten Summe aus Nettogeld- und Nettogrundvermögen (Anpassung ebenfalls mittels der „älteren OECD-Skala“) ein Ginikoeffizient von 0,670. Er ist damit praktisch identisch mit dem auf der Haushaltsebene berechneten.¹³

Abb. 7.4: Die Verteilung des Nettogeld- und Nettogrundvermögens zusammen sowie als Vergleich die des Nettogeld- und Nettogrundvermögens getrennt am Jahresende 1988



Anm.: GV = Nettogeldvermögen, GrV = Nettogrundvermögen, HH = Haushaltsebene, Pers. = Personenebene.

Quelle: eigene Darstellung nach Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

⁹ Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 139.

¹⁰ Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 158, Tab. 6.12.

¹¹ eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

¹² Vgl. Burkhauser/Frick/Schwarze: a.a.O., S. 161. Zu dieser Analyse siehe auch die Ausführungen in Kapitel 4.

¹³ eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

7.3 Nettogeldvermögen sozio-ökonomischer Haushaltsgruppen mit und ohne Grundvermögen

Tab. 7.3: Nettogeldvermögen (in DM) der nach sozialer Stellung und Haushaltsnettoeinkommen differenzierten Haushalte mit und ohne Grundbesitz sowie Grundvermögen (geschätzte Verkehrswerte in DM) der Immobilienbesitzer am Jahresende 1988

HHNEK in Tsd. DM	soziale Stellung der Bezugsperson						
	alle HH	Selbst./Landw.	Beamte	Angest.	Arbeiter	Arblose.	Nichterw.
alle HH							
GV ohne HuG	20.833	60.062	29.301	24.998	16.745	7.193	18.860
GV ohne HuG/GVA	58%	68%	69%	61%	60%	49%	63%
GV mit HuG	53.601	97.031	52.375	57.729	40.126	41.922	46.246
GV mit HuG/GVA	149%	110%	123%	141%	144%	285%	155%
HuG	262.331	382.967	252.267	254.047	228.878	220.565	254.665
unter 30							
GV ohne HuG	10.075	19.616	8.719	8.668	8.147	3.113	11.640
GV ohne HuG/GVA	81%	78%	101%	93%	88%	62%	82%
GV mit HuG	22.182	30.731	2.900	17.109	22.265	21.397	22.179
GV mit HuG/GVA	179%	123%	34%	184%	241%	427%	157%
HuG	191.200	209.429	330.294	186.444	151.514	164.145	194.153
30 bis 48							
GV ohne HuG	23.700	39.985	21.017	22.116	17.231	21.916	31.024
GV ohne HuG/GVA	81%	81%	94%	90%	74%	75%	88%
GV mit HuG	36.238	55.510	27.066	30.162	31.808	38.955	38.700
GV mit HuG/GVA	124%	112%	121%	123%	137%	134%	111%
HuG	221.778	253.952	177.264	199.951	205.558	223.118	236.417
48 bis 66							
GV ohne HuG	42.443	57.856	38.574	37.914	31.997	< 45.102 >	64.471
GV ohne HuG/GVA	92%	79%	103%	94%	86%	< 89% >	105%
GV mit HuG	47.816	79.100	36.738	41.909	39.413	52.993	60.109
GV mit HuG/GVA	104%	108%	98%	104%	105%	104%	98%
HuG							
66 und mehr							
GV ohne HuG	75.061	109.025	58.910	67.502	42.509	\	102.112
GV ohne HuG/GVA	88%	94%	91%	89%	73%	\	90%
GV mit HuG	87.558	117.287	65.809	77.941	60.025	113.335	115.737
GV mit HuG/GVA	102%	101%	102%	102%	103%	102%	102%
HuG	334.738	441.616	280.242	291.535	261.082	365.713	413.815

Anm.: < > = Fallzahl unter 30, \ = Fallzahl unter 10, GV = Nettogeldvermögen, HuG = (Netto-) Haus- und Grundvermögen, GVA = Nettogeldvermögen aller Haushalte der jeweiligen Gruppe, GV ohne bzw. mit HuG/GVA = Nettogeldvermögen der Haushalte ohne bzw. mit Haus- und Grundvermögen im Verhältnis zum durchschnittlichen Nettogeldvermögen bei Betrachtung aller Haushalte der jeweiligen Gruppe. HHNEK = Haushaltsnettoeinkommen.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Tabelle 7.3 zeigt die Vermögenssituation der Haushalte mit und ohne Grundbesitz. Betrachtet man zunächst alle Haushalte zusammen, so zeigt sich, daß die Haushalte mit Immobilienvermögen über ein Nettogeldvermögen verfügen, daß jenes der Haushalte ohne Grundbesitz um das rund 2,6-fache übersteigt. Diese Diskrepanz zwischen den beiden Gruppen bestätigt sich für alle sozialen Stati und ist bei den Arbeitslosen- und Nichterwerbstätigen-Haushalten besonders ausgeprägt sowie bei den Haushalten von Selbständigen vergleichsweise gering. Mit steigendem Einkommen fällt der Unterschied hinsichtlich der Geldvermögensbestände zwischen den Haushalten mit und ohne Grundvermögen immer geringer aus, dies gilt unabhängig vom sozialen Status der Bezugsperson. Ein Grund hierfür ist natürlich der mit dem Haushaltsnettoeinkommen an-

steigende Anteil der Grundbesitzer. So verfügen nämlich zwischen 80% und 90% der Haushalte der obersten Einkommensgruppe über Haus- und Grundvermögen. Es zeigt sich also für alle hier betrachteten sozio-ökonomischen Gruppen, abgesehen von den Beamten der untersten und dritten Einkommensgruppe, daß die durchschnittlichen Nettogeldvermögensbestände der Grundbesitzer-Haushalte höher sind als die der Haushalte ohne Grundbesitz. Dies ist zunächst erstaunlich. Plausibel wäre ja, daß die Haushalte mit Immobilienbesitz große Teile ihres Geldvermögens für den Erwerb von Immobilien einsetzen. Möglicherweise liegt dieses Phänomen in einer unterschiedlichen Sparneigung beider Gruppen begründet, dies müßte unter sozialpsychologischen Gesichtspunkten genauer untersucht werden.¹⁴ Bedeutender allerdings, ist hier sicher das Alter der Haushaltsbezugsperson. Haushalte, die erst am Beginn des Lebens- bzw. Familienzyklus stehen, verfügen zum einen seltener über Grundvermögen (vgl. 6.5.2), zum anderen war aber natürlich genauso auch deren Möglichkeit zur Geldvermögensakkumulation geringer als die der älteren Haushalte.

Die von Schlomann und Faik aufgestellte These, daß die Hauptursache für die unterschiedlichen Geldvermögensbestände der Haushalte mit und ohne Grundbesitz in der unterschiedlichen Einkommenssituation der beiden Gruppen begründet liege,¹⁵ konnte durch die oben vorgenommene Differenzierung nach dem Einkommen widerlegt werden. Es zeigt sich, daß die Diskrepanz der beiden Haushaltsgruppen hinsichtlich der Geldvermögensbestände auch innerhalb recht homogener Einkommensgruppen bestehen bleibt, wenn sie auch, wie erwähnt, mit steigendem Einkommen geringer wird.

Vergleicht man die Ergebnisse für 1988 mit ähnlichen für das Jahr 1983, so fällt auf, daß die Unterschiede in der Geldvermögenssituation zwischen Haushalten mit und ohne Grundbesitz größer geworden sind. Während 1983 Immobilienbesitzer über das rund 2,35-fache an Nettogeldvermögen verfügten wie Haushalte ohne Grundbesitz, war es 1988 das 2,57-fache. Für Haushalte von Arbeitern stieg der Koeffizient gar von 1,8 auf 2,4 und für die Haushalte der Arbeitslosen von 4,25 auf 5,8.¹⁶ Erste Auswertungen der EVS 1993 zeigen allerdings, daß sich dieser Trend nach 1988 wieder etwas abgeschwächt hat.¹⁷

¹⁴ Vgl. Mierheim/Wicke: a.a.O., 207.

¹⁵ Vgl. Schlomann/Faik: a.a.O., S. 260.

¹⁶ Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 193, Tab. 7.2.

¹⁷ Vgl. Schlomann/Faik: a.a.O., S. 261, Tab. 5.

8. Zusammenfassende Betrachtung und vermögenspolitische Schlußfolgerungen

Als die wichtigsten Ergebnisse, die sich durch die Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1988 und einiger ergänzender Statistiken sowie unter Rückgriff auf frühere Untersuchungen ergaben, sind die folgenden zu nennen:

1. Sowohl das Geld- als auch das Grundvermögen der privaten Haushalte hat sich bei nominaler Betrachtung zwischen 1970 und 1988 etwa verfünffacht. Bei einer Gleichverteilung beider Vermögensformen müßte jeder private Haushalt 1988 nach den Ergebnissen der EVS über ein Nettogeldvermögen von rund 36.000 DM und ein Nettogrundvermögen von etwa 122.000 DM verfügen.

2. Die Analyse hat aber gezeigt, daß die tatsächliche Verteilung der einzelnen Vermögensarten vom Zustand der Gleichverteilung weit entfernt ist. Nur 88% aller Haushalte verfügten überhaupt über positives Nettogeldvermögen, über Grundvermögen verfügten gar nur etwa 47% aller Haushalte. Hinsichtlich des Nettogeldvermögens besaßen 10% der Haushalte alleine 45,6% der gesamten Vermögenssumme, die unteren 30% der Haushalte verfügten jeweils über weniger als 5.000 DM. Sowohl auf der Haushalts- als auch auf der Personenebene betrug der Ginikoeffizient rund 0,63. Mit Ausnahme der Sparguthaben ist die Konzentration der übrigen Geldvermögensarten noch weitaus stärker ausgeprägt. Ebenfalls eine höhere Konzentration weist das Nettogrundvermögen auf, 10% der Haushalte verfügten hier alleine über 49% der gesamten Vermögenssumme, der Ginikoeffizient betrug bei Betrachtung aller Haushalte 0,74 bzw. bei Betrachtung aller Personen sogar 0,77. Auch die Betrachtung von Geld- und Grundvermögen zusammen führt nicht zu einer Reduktion der Ungleichheit. Das Ausmaß der Konzentration wäre sicher noch ausgeprägter, wenn auch die Haushalte mit besonders hohen Einkommen sowie die Haushalte von Ausländern einbezogen würden. Allerdings würde umgekehrt eine Berücksichtigung der Renten- und Pensionsansprüche wohl zu einer Verringerung der Disparität führen.

3. Verglichen mit Ergebnissen früherer Jahre, ist auf der Haushaltsebene für die Verteilung des gesamten Nettogeldvermögens eine leichte Zunahme der Konzentration zu konstatieren, die sich allerdings nach 1988 scheinbar wieder leicht zurückgebildet hat. Deutlich zugenommen hat dagegen die Konzentration auf der Personenebene. Für die Verteilung des Nettogrundvermögens ist auf der Haushaltsebene eine Abnahme der Konzentration zu beobachten, die im wesentlichen durch den Anstieg der Besitzer-

quote getragen wurde. Die Konzentration auf der Personenebene hat dagegen ebenfalls deutlich zugenommen. Die Beobachtung vergangener Jahre, daß vermögende Haushalte auch tendenziell die größeren Haushalte sind, konnte damit für 1988 nicht mehr bestätigt werden.¹

4. Wie Tabelle 8.1 zeigt, übertrifft die Konzentration des Geld- und Grundvermögens die schon nicht unbedeutende Konzentration des Einkommens noch erheblich.

Tab. 8.1: Die Verteilung des Geld- und Grundvermögens sowie verschiedener Einkommensgrößen für das Jahr 1988 im Vergleich

Gegenstand der Nachweisung	Nettogeldverm.		Nettogrundverm.		GV + GrV		Haushaltsnettoeink.		Nettoäquiveink. ält. OECD-Sk.
	HH	Pers.	HH	Pers.	HH	Pers.	HH	Pers.	
Ginikoeffizient	0,6281	0,6309	0,7418	0,7654	0,6693	0,6795	0,3274	0,2750	0,2588
Quintilsanteile in %									
1. Quintil	-1,7	-2,0	0	0	-0,2	-0,2	7,3	9,4	10,0
2. Quintil	3,9	4,3	0	0	1,6	1,9	11,6	13,6	13,1
3. Quintil	10,5	10,8	1,0	1,0	7,1	7,4	17,4	17,9	18,8
4. Quintil	22,1	20,6	24,9	21,4	24,9	22,1	24,5	22,9	22,5
5. Quintil	65,3	66,2	74,1	77,6	66,7	68,9	39,2	36,3	35,6

Anm.: GV = Nettogeldvermögen, GrV = Nettogrundvermögen, ält. OECD-Sk. = ältere OECD-Skala.
Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

5. Bei internationalem Vergleich² zeigt sich für Frankreich mit einem Ginikoeffizienten von 0,71 für die Verteilung des Vermögens 1986 (allerdings brutto) eine ähnliche Ungleichheit wie für Deutschland.³ Eine deutlich höhere Disparität konnte für die U.S.A. beobachtet werden. Hier wurden Ginikoeffizienten für die Verteilung des Nettogesamtvermögens 1988 bzw. 1989 je nach Datenbasis und Meßkonzept zwischen 0,76 und 0,84 ermittelt. Erstaunlicherweise ist dort insbesondere das Nettogeldvermögen mit einem Ginikoeffizienten von 0,93 extrem ungleich verteilt.⁴ Eine geringere Ungleichheit zeigt sich bspw. für Japan. Hier wurden Ginikoeffizienten für die Verteilung des Nettovermögens 1984 (allerdings einschl. Gebrauchsvermögen) von 0,52 bzw. für das Bruttogeldvermögen von 0,54 gemessen.⁵

¹ Vgl. z.B. Mierheim/Wicke: a.a.O., S 274 und Schломann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 292.

² Wegen unterschiedlichen Vermögens- und Stichprobenkonzepten sowie Berichtsjahren kann dies selbstverständlich nur ein grober Vergleich sein.

³ Kessler, Denis/Wolff Edward N.: A Comparative Analysis of Household Wealth Patterns in France and the United States, in: the review of income and wealth, series 37, number 3, september 1991, hrsg. von Edward N. Wolff u.a., New York 1991, S. 249 - 266, hier S. 259, Tab. 3.

⁴ Wolff, Edward N.: Trends in Household Wealth in the United States, 1962-83 and 1983-89, in: the review of income and wealth, series 40, number 2, june 1994, hrsg. von Edward N. Wolff u.a., New York 1994, S. 143 - 174, hier S. 153, Tab. 4 und Burkhauser/Frick/Schwarze: a.a.O., S. 161, Tab. 1.

⁵ Bauer, John/Mason, Andrew: The Distribution of Income and Wealth in Japan, in: the review of income and wealth, series 38, number 4, december 1992, hrsg. von Edward N. Wolff u.a., New York 1994, S. 403 - 428, hier S. 417, Tab. 7.

6. Die Analyse der Verteilung von Geld- und Grundvermögen bei einer Differenzierung der Haushalte nach sozio-ökonomischen Variablen hat folgendes gezeigt:

- Die Haushalte von Selbständigen verfügen im Durchschnitt sowohl pro Haushalt als auch pro Kopf über die höchsten Bestände an Geld- und Grundvermögen. Die Vermögenslage der Beamten und Angestellten ist sehr ähnlich, während die Haushalte von Arbeitern zunehmend dahinter zurückbleiben. Werden Personen betrachtet, rücken die Haushalte der Nichterwerbstätigen hinsichtlich ihrer Vermögensposition deutlich nach oben. Die Vermögenszuwächse waren Mitte der achtziger Jahre am höchsten bei den Haushalten von Nichterwerbstätigen und Beamten und am geringsten bei denen von Selbständigen und Arbeitslosen. Die Ungleichheiten zwischen Haushalten unterschiedlicher sozialer Stellung lassen sich zum großen Teil auf die unterschiedliche Einkommensstruktur innerhalb der einzelnen sozialen Schichten zurückführen.
- Der Erklärungsgehalt des Einkommens hinsichtlich der Ungleichheiten ist beim Geldvermögen ausgeprägter als beim Grundvermögen, bei letzterem spielen, vor allem hinsichtlich des Besitzes, weniger hinsichtlich der Höhe, die Haushaltgröße, der Haushaltstyp sowie das Alter des Haushaltsvorstandes eine Rolle. Daneben kommen Erbschaften und Schenkungen, insbesondere in unteren Einkommensgruppen, als Determinanten der Geld- und Grundvermögensverteilung Bedeutung zu.
- Werden die Haushalte nach der Höhe ihres Haushaltsnettoeinkommens aufgereiht, so ergibt sich erstaunlicherweise für die Verteilung von Geld- und Grundvermögen jeweils nahezu die gleiche Verteilungsstruktur.
- Mit zunehmendem Alter und Einkommen lassen sich überproportionale Zuwächse des Geldvermögens beobachten, so daß die Fähigkeit zur kurzfristigen Abfederung von Notlagen durch Vermögensauflösung wächst. Relativ gering ist hier allerdings der Spielraum bei Haushalten von Arbeitern und vor allem von Arbeitslosen.
- Konsumentenkredite stellen vor allem für junge und einkommensschwache Haushalte ein Problem dar, wobei die Bereitschaft zur Schuldenaufnahme dabei mehr durch das Alter des Haushaltsvorstandes als durch das Einkommen bestimmt wird.
- Kleinere Haushalte verfügen zwar tendenziell seltener über Grundvermögen als größere, verfügen sie aber über Grundbesitz, so ist dessen Wert im Durchschnitt wesentlich höher. Besonders die durchschnittliche Belastung des Grundvermögens mit Hypotheken und Baudarlehen ist bei größeren Haushalten höher, allerdings ist diese erstaunlicherweise auch bei Einpersonen-Haushalten enorm.

- Die bei älteren im Vergleich zu jüngeren Haushalten zu beobachtenden niedrigeren durchschnittlichen Grundvermögensbestände, sind weniger als Bestätigung der Lebenszyklustheorie zu sehen, sondern vielmehr als Folge der mit dem Krieg bzw. der Nachkriegszeit im Zusammenhang stehenden geringeren Grundvermögensbildung der jetzt älteren Bevölkerung. Dieses Phänomen hat sich aber im Vergleich zu früheren Jahren merklich zurückgebildet und wird bald nicht mehr zu beobachten sein.

- Das Geld- und Grundvermögen, daß durch Vererbung von den Haushalten deren Haushaltsvorstände 1988 65 Jahre und älter waren weitergeben wird, ist auf jährlich etwa 100 Mrd. DM zu veranschlagen.

7. Wird die Vermögensstruktur der privaten Haushalte in Abhängigkeit ihrer relativen Einkommensposition betrachtet, so zeigt sich ein mit zunehmendem Einkommen steigender Anteil des Grundvermögens aber auch der Verschuldung im Zusammenhang mit demselben sowie ein abnehmender Anteil der Sparguthaben und der Verpflichtungen aus Konsumentenkrediten. Insgesamt ist die Struktur über die einzelnen Einkommensdezile aber erstaunlich stabil, interessanterweise erst recht bei Verwendung des Nettoäquivalenzeinkommens als Einkommensvariable. Werden die Haushalte in Abhängigkeit ihrer relativen Vermögensposition betrachtet,⁶ so zeigt sich eine deutliche Dichotomie hinsichtlich der Vermögensstruktur zwischen den Haushalten mit und ohne Grundvermögen.

8. Die Betrachtung der Haushalte mit und ohne Grundbesitz zeigt, daß erstere auch über die im Durchschnitt 2,6-fachen Geldvermögensbestände verfügen wie die Haushalte ohne Grundvermögen. Dieser Faktor lag in der Vergangenheit etwas niedriger. Als Ursache für die nicht unbedingt zu erwartende Diskrepanz, ist vor allem der Einfluß des Lebenszyklus auf die Akkumulationsfähigkeit zu sehen.

Da sowohl für die Haushalte insgesamt als auch für die einzelnen untersuchten sozio-ökonomischen Gruppen eine starke Vermögenskonzentration festgestellt werden konnte, erscheint eine breite Vermögensförderung, insbesondere bei den unteren und mittleren Einkommens- und Vermögensschichten, die sowohl der Erhöhung der Sparneigung als auch der Sparfähigkeit ausreichend Rechnung trägt, als notwendig.⁷ Die bisher in der Bundesrepublik Deutschland angewandten Maßnahmen zur Vermögens-

⁶ Vermögen hier definiert als Summe von Geld- und Grundvermögen.

⁷ Vgl. dazu auch Schломann/Hauser: a.a.O., S. 95f

bildungsförderung wie das Spar-Prämiengesetz,⁸ das Wohnungsbau-Prämiengesetz und die Sonderausgabenregelung des §10 EStG sowie das 1. bis 5. Vermögensbildungs-gesetz⁹ haben bis jetzt nicht ihre erwünschte Wirkung gezeigt. Im Gegenteil werden in diesen Instrumenten, dies gilt vor allem für die Wohnungsbauförderung über steuerliche Begünstigungen, in erster Linie Maßnahmen gesehen, die die Vermögensbildung der Haushalte mit mittleren und höheren Einkommen unterstützten.¹⁰ Zudem dürften viele Maßnahmen wegen der mangelnden Sparfähigkeit und der geringen Zinselastizität der Zielgruppe lediglich zu Mitnahmeeffekten geführt haben, das heißt zu Anlagestrukturveränderungen bei unveränderter Ersparnishöhe.¹¹ Auch die Verlagerung des Schwerpunktes der Vermögenspolitik von der reinen Vermögensbildung hin zur verstärkten Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen, hat bisher, wie gesehen, nur zu einer schwachen Dekonzentration der Wertpapierverteilung geführt. Die Instrumente sollten dahingehend reformiert werden, daß sie insbesondere die Sparfähigkeit unterer Einkommensgruppen erhöhen, kombiniert mit adäquaten Regelungen hinsichtlich der Sperrfristen. Hier sollte vor allem auch wieder die Kinderzahl als Förderungskriterium berücksichtigt werden, da sich ja zeigte, daß gerade die größeren Haushalte in der Vermögenspyramide zunehmend nach unten rutschen.¹² Darüber hinaus müßte auch auf die Höhe des bereits vorhandenen Vermögens geschaut werden.¹³ Um zudem auch die Vermögensstruktur der unteren Einkommens- und Vermögensschichten renditeorientierter zu gestalten, wäre dort eine Senkung der Informations- und Transaktionskosten sowie eine adäquate Absicherung wünschenswert. Investivlohnkonzepte mit denen man zum einen eine breite Streuung des Produktivvermögens, zum anderen aber auch positive Impulse auf das Wirtschaftswachstum anstrebt, werden wohl auch in Zukunft an den unterschiedlichen Auffassungen von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften scheitern. Kernpunkte der Kontroverse sind vor allem die Risikoabsicherung des Mitarbeiterkapitals, die Gestaltung der Sperrfristen sowie die Art der mit dem Investivlohn verbundenen Mitbestimmungsrechte. Dazu

⁸ Hier wurden nur noch Sparverträge begünstigt, die vor dem 13.11.1980 abgeschlossen worden sind. Vgl. Bohnet, Armin: Finanzwissenschaft: Staatliche Verteilungspolitik, München/Wien 1989, S. 219.

⁹ Vgl. Bohnet: a.a.O., S. 219 - 221.

¹⁰ Vgl. Lampert: a.a.O., S. 375, 378, vgl. auch Gress, Karin: Transfers zur Förderung der Vermögensbildung aus verteilungs- und sozialpolitischer Sicht, Frankfurt/M./New York 1983, S. 380 - 383 und auch Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1996/97, Bundestagsdrucksache 13/6200, Bonn 1996, S. 259, Zf. 465.

¹¹ Vgl. Külp: a.a.O., S. 357f, vgl. auch Sachverständigenrat: a.a.O., S. 259, Zf. 465.

¹² Vgl. dazu auch Lampert: a.a.O., S. 383 und Gress: a.a.O., S. 383.

kommen erhebliche juristische Probleme, die mit diesen Konzepten verbunden sind.¹⁴ Nicht zuletzt auch wegen der unterschiedlichen Wirkungen der Preisniveaumentwicklung auf Grund- und Geldvermögenswerte und der daraus resultierenden Effekte auf die Vermögensverteilung, ist auch eine stärkere Verbreitung von Grundbesitz erstrebenswert.¹⁵ Eine so reformierte Vermögensbildungspolitik sollte von einer angemessenen Besteuerung der Vermögenseinkommen (unter Einräumung von Freibeträgen) und von einer stärkeren Besteuerung der Erbschaften flankiert werden. Neben den nach wie vor ungelösten Bewertungsproblemen, sind einer Wiedereinsetzung der Vermögensteuer durch die Auflagen des Bundesverfassungsgerichts enge Grenzen gesetzt,¹⁶ so daß eine bessere Erfassung der Vermögenseinkommen sowie der realisierten Wertzuwächse im Rahmen der Einkommensteuer als zunächst günstigere Lösung erscheint.¹⁷ Das Bewertungsproblem im Rahmen der Erbschaftsteuer wurde zwar gemildert,¹⁸ allerdings wären hier die Freibeträge wieder zurückzuführen, so daß bei breiter Bemessungsgrundlage und nicht zu hohen Steuersätzen eine gerechte und merkliche Umverteilung erreicht wird. Die Mittel könnten beispielsweise zur Vermögensbildungsförderung eingesetzt werden. Eventuell könnte die verteilungspolitische Effektivität der Erbschaftsteuer gestärkt werden, wenn die derzeitig praktizierte Form in Richtung einer kumulativen Erbanfallsteuer, i.S. einer sogenannten „accessions tax“, reformiert würde.¹⁹ Ebenfalls zu überlegen, wäre die Einführung der von Oberhauser vorgeschlagenen „realen Erbschaftsteuer“, die durch Einschaltung von Fonds zu einer breiten Streuung der anfallenden Vermögenswerte führen soll.²⁰

Zur Entschärfung der Probleme im Zusammenhang mit Konsumentenkrediten sollten die Banken ihre Kreditvergabepolitik überdenken. Zudem sollte die öffentliche

¹³ Vgl. dazu auch Gress: a.a.O., S. 392 und auch Sachverständigenrat: a.a.O., S. 259, Zf. 465.

¹⁴ Vgl. Michaelis, Jochen/Spermann, Alexander: Der Investivlohn, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt), Heft 5, Mai 1993, 22. Jg., hrsg. von Norbert Berthold u.a., München/Frankfurt/M. 1993, S. 223 - 228.

¹⁵ Vgl. Hauser, Richard: Die Wirkungen mäßiger Inflation auf die personelle Einkommens- und Vermögensverteilung, in: Mückl, Wolfgang J./ Hauser, Richard: Die Wirkungen der Inflation auf die Einkommens- und Vermögensverteilung, Göttingen 1975, S. 359.

¹⁶ Vgl. Bundesverfassungsgericht (Hrsg.): Beschluß des zweiten Senats vom 22. Juni 1995 (2BvL37/91). Vermögensteuerliche Belastung von einheitswertgebundenem Grundbesitz, in: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 93. Band, Tübingen 1996, S. 121 - 165, hier S. 121.

¹⁷ Vgl. hierzu Andel, Norbert: Finanzwissenschaft, 3. Aufl., Tübingen 1992, S. 294 - 296.

¹⁸ Vgl. Deutscher Bundestag: Jahressteuergesetz (JStG) 1997 vom 20. Dezember 1996, Bundesgesetzblatt Jahrgang 1996 Teil I Nr. 68, Bonn 1996, S. 2055 - 2061.

¹⁹ Vgl. Atkinson: The Economics of Inequality, a.a.O., S. 196f, vgl. auch Andel: a.a.O., S. 350f.

²⁰ Vgl. Oberhauser, Alois: Erbschaft- und Schenkungsteuer, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, hrsg. von Fritz Neumark, Norbert Andel und Heinz Haller, Band II, 3. Aufl., Tübingen 1980, S. 487 - 508, hier S. 507f.

Schuldnerberatung auch verstärkt präventive Aufklärungsarbeit, insbesondere bei jüngeren Haushalten, leisten.

Neben den hier aufgeführten Aspekten, gilt es in naher Zukunft besondere Aufmerksamkeit der Entwicklung der Vermögensverteilung in Ostdeutschland zu widmen. Erste Ergebnisse (vgl. auch 5.5.2 und 6.4.2) zeigen nämlich, daß hinsichtlich der Vermögensverteilung auf Dauer eine ähnliche Konzentration wie in Westdeutschland zu erwarten ist. So sieht beispielsweise Offermann bereits jetzt in der Transformationskrise die Verteilungskrise.²¹

²¹ Vgl. Offermann, Volker: Die Entwicklung der Einkommen und Vermögen in den neuen Bundesländern seit 1990. Von der Transformations- zur Verteilungskrise, in: Vom sozialistischen Versorgungsstaat zum Sozialstaat Bundesrepublik: Ausbau oder Abbau der sozialen Lage in den neuen Bundesländern?, hrsg. von Jürgen Zerche, Regensburg 1994, S. 96 - 119, hier S. 114f.

Anhang 1: Transformation der aus der EVS-Datenbank verwendeten Variablen

Bevor mit den aus der EVS-Datenbank stammenden Variablen Berechnungen durchgeführt werden können, sind einige zuerst in geeigneter Weise zu transformieren. So wurden im Rahmen der Befragung zu den einzelnen Geldvermögensarten die Haushalte zunächst gefragt, ob sie überhaupt über die entsprechende Geldvermögensart verfügen. Wurde dies mit „Ja“ beantwortet, sollte dann der korrespondierende Vermögenswert durch Angabe einer Vermögensklasse beziffert werden. Bei den Geldvermögensarten Sparguthaben, Wertpapierguthaben, Bausparguthaben und Kreditverpflichtungen wurde zusätzlich um eine genaue Wertangabe (auf 1000 DM gerundet) gebeten. Bei der Geldvermögensart „sonstiges Geldvermögen“ wurde nur nach Ausstattung (vorhanden oder nicht vorhanden) und genauer Höhe gefragt, hier bestand nicht die Möglichkeit einer Klassenangabe. Im Rahmen der Versicherungsguthaben wurde neben der Ausstattung nur noch nach den Versicherungssummen sowie nach der Höhe der Versicherungsbeiträge gefragt, nicht aber nach Laufzeit oder Versicherungsguthaben bzw. Rückkaufwerten. Um geeignete Werte für alle Fälle der einzelnen Geldvermögensarten zu generieren, wurde wie folgt vorgegangen:

Für jene Haushalte, die für die einzelnen Geldvermögensarten genaue Wertangaben machen konnten, wurden diese angesetzt. Wurde nur eine Vermögensklasse angegeben, wurde als Vermögenswert die jeweilige Klassenmitte angenommen. Für die nach oben offenen Klassen wurde hier jeweils der mittlere Vermögenswert der Haushalte gewählt, die für die entsprechende Klasse genaue Wertangaben gemacht hatten. Wurde nach einer genauen Wertangabe nicht gefragt, wurde als Klassenmitte die zweifache Klassenuntergrenze angenommen. Tabelle A.1.1 gibt die Höhe der so ermittelten Mittelwerte der nach oben offenen Klasse der einzelnen Geldvermögensarten wieder.

Tab. A.1.1: Schätzwerte der nach oben offenen Klassen für die in der EVS 1988 erfassten Geldvermögensarten

Geldvermögensart	Schätzwert in DM
Sparguthaben	72.000
Bausparguthaben	71.000
Wertpapierguthaben	174.000
Lebensversicherungssummen	200.000
Kreditverpflichtungen (ohne Hypotheken und Baudarlehen u.ä.)	36.000

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der EVS-Datenbank '88.

Ein besonderes Problem bestand in der Ableitung einer Variablen für die Lebensversicherungsguthaben, da diese ja nicht direkt erfragt wurden. Hier blieb nur die Möglichkeit, an den Versicherungssummen anzusetzen. Ein weiteres Problem ergab sich daraus, daß neben der Ausstattung mit Lebensversicherungsguthaben (vorhanden oder nicht vorhanden) auch nach vorhandenen Sterbegeld-, Ausbildungs- und Aussteuerver sicherungen gefragt wurde, die erfragten Versicherungssummen dann aber nicht differenziert nach Versicherungsart ausgewiesen werden mußten. Hier wurde zunächst für diejenigen Haushalte, die über „Lebensversicherungen“ oder „Lebensversicherungen und andere Versicherungen“ verfügten, die gesamte Versicherungssumme den Lebensversicherungen zugeschlagen. Für Haushalte, die über andere Versicherungen verfügten aber nicht über Lebensversicherungen, wurde das Lebensversicherungsguthaben entsprechend mit Null angesetzt. Diese Vorgehensweise ist insofern akzeptabel, da die Ausstattung mit anderen Versicherungen sehr gering war und deren Wert im Vergleich zu den Lebensversicherungen eher als niedrig anzunehmen ist. Im übrigen ist damit zu rechnen, daß bei Einbeziehung der Versicherungsguthaben von Haushalten, die über andere Versicherungen aber nicht über Lebensversicherungen verfügten, die innere Verteilung für die Haushalte mit Lebensversicherungen stark verzerrt wird, da der Wert der übrigen Versicherungen eben als sehr niedrig zu vermuten ist. Die Ungleichheit der inneren Verteilung der Lebensversicherungsguthaben würde also wahrscheinlich übertrieben. Konnte nun also für einen Haushalt entsprechend dieser Vorgehensweise eine Lebensversicherungssumme ermittelt werden, wurde zur Berechnung eines entsprechenden Versicherungsguthabens von folgendem Modell ausgegangen:¹ Es wurde angenommen, die Höhe der bereits angesparten Versicherungsguthaben sei vom Alter des Haushaltsvorstandes abhängig. Dabei wurde unterstellt, daß bei Haushaltsvorständen unter dreißig Jahren noch gar kein Guthaben vorhanden war und bei Haushaltsvorständen im Alter von 60 und mehr Jahren bereits die gesamte Versicherungssumme angespart war. Dazwischen wurde ein linearer Zuwachs des Versicherungsguthabens von jährlich 3,33% bzw. 16,67% je Altersklasse (jew. 5 Jahre) angenommen. Diese Vorgehensweise unterschätzt zwar sicher für einige Haushalte mit Haushaltsvorständen von unter dreißig Jahren die vorhandenen Versicherungsguthaben, andererseits wird für die über sechzig jährigen Haushaltsvorstände das Modell in einigen Fällen zu

¹ Vgl. zu dieser Vorgehensweise Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 300f.

einer Überschätzung der vorhandenen Guthaben führen. Daher dürfte der Fehler im Durchschnitt nicht gravierend sein.

Hinsichtlich des Nettogeldvermögens muß beachtet werden, daß dieses für einzelne Haushalte auch negative Werte annehmen kann. Bei der Berechnung von Ginikoeffizienten und der Erstellung von Lorenzkurven muß daher jeder negative Merkmalswert auf Null heraufgesetzt werden, da sonst eine Berechnung nicht möglich ist bzw. zu Verzerrungen führt.

Im Rahmen der Analyse des Grundvermögens ergibt sich ein Problem daraus, daß 1988 die Haushalte hinsichtlich der Höhe ihres Haus- und Grundbesitzes nur nach dem Einheitswert gefragt wurden. Diese beziehen sich aber auf den letzten Einheitswertbescheid und geben i.d.R. den Stand von 1964 wider. Um aber eine dennoch möglichst zeitgerechte Bewertung entsprechend dem Geldvermögen zu erreichen, wurde im Rahmen dieser Arbeit wie folgt vorgegangen: Als Ansatzpunkt wurde die EVS 1993 gewählt. Hier wurden die Haushalte erstmals nicht nur nach dem Einheitswert, sondern auch nach dem Verkehrswert² ihres Immobilienvermögens gefragt. Allerdings handelt es sich dabei um Selbsteinschätzungen der Haushalte, so daß zum Teil mit erheblichen Unter- bzw. Überschätzungen zu rechnen ist.³ Für das Verhältnis aus Verkehrswert und Einheitswert (Verkehrswertquote) des gesamten in der EVS 1993 erfaßten privaten Grundvermögens ergibt sich ein Wert von 9,08.⁴ Um eine entsprechende Verkehrswertquote für 1988 zu erhalten, wird die Relation für 1993 mit der Veränderung des Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden auf 1988 zurückgeschrieben.⁵ Dabei ergibt sich eine Verkehrswertquote von 6,98, mit der nun alle Einheitswerte pauschal korrigiert werden.

Dieser Wert korrespondiert in etwa mit dem vom ZEW für 1988 ermittelten Korrekturfaktor in Höhe von 6,3. Das ZEW bezieht sich dabei auf eine unveröffentlichte Kauf-

² Der Verkehrswert (auch Vergleichswert) ist derjenige Wert, den man glaubt erzielen zu können, wenn man Haus- und Grundbesitz zum Zeitpunkt der Befragung verkaufen würde. Vgl. dazu Laue, a.a.O., S. 491.

³ Vgl. Laue: a.a.O., S. 491. Das DIW vermutet hinsichtlich der Selbsteinschätzungen, eine systematische Überschätzung von durchschnittlich rund 10%. Das DIW stützt sich dabei auf einen Vergleich der Werte nach Objektarten und einer Kaufpreisauswertung der Finanzbehörden. Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Zur Neuregelung von Vermögen- und Erbschaftsteuer, a.a.O., S. 499.

⁴ eigene Berechnungen auf Basis von Laue: a.a.O., S. 492, Tab. 3 u. 4.

⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 17, Reihe 4, Meßzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke, a.a.O., S. 42f.

preisuntersuchung des Bundesfinanzministeriums.⁶ Das DIW schätzt, ebenfalls auf Basis von Kaufpreisanalysen, das Verhältnis zwischen Verkehrswert (allerdings in Preisen von 1991) und Einheitswert für das Jahr 1988 auf etwa 7,69.⁷ Schlomann unterstellte in seiner Analyse einen Korrekturfaktor von 10,8. Er bezog sich dabei auf den von Mierheim/Wicke für das Jahr 1973 berechneten Korrekturfaktor von 6,4, welchen er mit dem Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden bis 1983 fortschrieb. Diese Schätzung liegt also erheblich über den oben zitierten und abgeleiteten Werten.⁸

Es ist klar, daß eine pauschale Erhöhung der Einheitswerte nur eine sehr grobe Näherung sein kann, da so natürlich nicht den unterschiedlichen Wertentwicklungen in Abhängigkeit von Gemeindegrößenklasse, Bevölkerungsdichte, Region etc. Rechnung getragen wird. Diese Vorgehensweise impliziert demnach erhebliche Wertverzerrungen.⁹

Ansonsten wurde zur Ableitung des Grundvermögenswertes aus den Angaben des genauen Einheitswertes und/oder der Einheitswertklasse für jeden Haushalt mit Grundbesitz wie im Rahmen der Generierung der Variablen für die Geldvermögensarten vorgegangen. Für die nach oben offene Klasse der Einheitswerte für Grundstücke, Gebäude und Eigentumswohnungen wurde ein Wert von 155.543 DM angenommen.

Um den Zusammenhang zwischen Einkommen und Vermögensbestand bzw. Vermögensstruktur besser herauszuarbeiten, wird in Kapitel sieben im Rahmen einzelner Analysen neben dem Haushaltsnettoeinkommen auch das Nettoäquivalenzeinkommen herangezogen. Dadurch soll der tatsächlichen Sparfähigkeit der einzelnen Haushalte besser Rechnung getragen werden. Dem sogenannten Äquivalenzskalenzkonzept liegt die Idee zugrunde, daß die mit dem Einkommen verbundene Wohlfahrt eines Haushalts nicht unabhängig sein kann von der Anzahl der Personen, die von diesem Einkommen leben. Unter Berücksichtigung, daß es zwischen den einzelnen Haushaltsmit-

⁶ Vgl. Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW): a.a.O., S. 108f.

⁷ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Immobilienvermögen privater Haushalte, a.a.O., S. 64. Zur Dokumentation der Kaufpreisuntersuchung siehe: Bartholmai/Bach: a.a.O., S. 78 - 95.

⁸ Vgl. Schlomann: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, a.a.O., S. 307 und Mierheim/Wicke: a.a.O., S. 23 - 25. Anmerkungen und Kritik zu dem von Mierheim/Wicke verwendeten Umrechnungsfaktor, siehe Roberts, Charles C./Stiepelmann, Heiko/Richter, Silvia.: Überprüfung der verschiedenen Schätzungen der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Nr. 112, hrsg. vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin/München 1983, S. 130 - 134.

⁹ Vgl. Bartholmai/Bach: a.a.O., S. 78f, auch Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen. a.a.O., S. 24f.

gliedern anerkannte Bedürfnisunterschiede gibt und daß durch das gemeinsame Wirtschaften Einsparungen auftreten („economies of scale“), wird nun im Rahmen des Äquivalenzskalenkonzeptes jedem Haushaltsmitglied ein adäquates Gewicht beigegeben. Wird das Haushaltsnettoeinkommen durch die Summe der Gewichte dividiert, so erhält man das sogenannte Nettoäquivalenzeinkommen.¹⁰ Die operationale Umsetzung der Äquivalenzskalenkonzeption erfordert dabei die folgenden Annahmen:

1. Die Einkommen aller Haushaltsmitglieder fließen in einen gemeinsamen Pool.
2. Das Haushaltseinkommen wird derart verausgabt, daß alle Haushaltsmitglieder durch den Konsum der damit beschafften Güter das gleiche Nutzenniveau erreichen („Wohlfahrtsgleichverteilungsannahme“).
3. Die einzelnen Haushaltsmitglieder weisen in Abhängigkeit ihres Lebensalters unterschiedliche Bedürfnisse auf.
4. Beim gemeinsamen Wirtschaften treten Einsparungen auf.¹¹

Als Äquivalenzskala wird im Rahmen dieser Arbeit die „ältere OECD-Skala“ verwendet. Diese wird neuerdings auch vom Statistischen Bundesamt herangezogen. Sie betont besonders die mit dem gemeinsamen Wirtschaften verbundene Wohnkostendegression. Tabelle A.1.2 zeigt die der „älteren OECD-Skala“ entsprechenden Personengewichte.

Tab. A.1.2: ältere OECD-Skala sowie Haushaltsgewichtung und Pro-Kopf-Skala zum Vergleich

Haushaltstyp	ältere OECD-Skala	Implizite Skala bei Haushaltsgewichtung	Pro-Kopf-Skala
1 E	1,00	1,00	1
2 E	1,70	1,00	2
2 E, 1 K1	2,20	1,00	3
2 E, 1 K2	2,20	1,00	3
2 E, 1 K3	2,40	1,00	3
2 E, 2 K1	2,70	1,00	4
2 E, 1 K1, 1 K2	2,70	1,00	4
2 E, 3 K1	3,20	1,00	5
2 E, 2 K1, 1 K2	3,20	1,00	5
2E, 1 K1, 1 K2, 1 K3	3,40	1,00	5
sonstige Typen	-	1,00	-

Anm.: E = 22 und mehr Jahre, K1 = 0 bis 6 Jahre, K2 = 7 bis 15 Jahre, K3 = 16 bis 21 Jahre. Ältere OECD-Skala: weitere Haushaltsmitglieder: 0 - 14 Jahre: 0,50, 15 und mehr Jahre: 0,70.

Quelle: Hauser: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, a.a.O., Übersicht 3.

¹⁰ Vgl. Hauser: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, a.a.O., S. 16f auch Faik: Äquivalenzskalen, a.a.O., S. 39 - 42.

¹¹ Vgl. Hauser: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, a.a.O., S. 17 auch Faik: Äquivalenzskalen, a.a.O., S. 42 bzw. zu den Ursachen von Haushaltsgrößenersparnissen S. 40.

Anhang 2: Makroökonomische Rahmenbetrachtung

Vermögen der privaten Haushalte und quantitative Einordnung in das volkswirtschaftliche Gesamtvermögen

Hier soll zum einen die Höhe und die grobe Struktur des Gesamtvermögens der privaten Haushalte beleuchtet werden, um unter anderem zu zeigen, daß durch die Betrachtung von Geld- und Grundvermögen der weitaus größte Teil des (unmittelbar) funktionalen Privatvermögens der Haushalte¹ erfaßt wird. Zum anderen wird versucht, das Vermögen der privaten Haushalte in seinen groben quantitativen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang einzuordnen. Aufgrund der schlechten Datenlage kann es hier aber nur darum gehen, eine Einschätzung ungefährender Größenrelationen zu vermitteln. Die Betrachtung wird jeweils für die EVS-Stichjahre 1983, 1988 und 1993 (oder angrenzende Jahre) durchgeführt.

A.2.1 Allgemeine Form einer Volksvermögensrechnung

Werden die Vermögensrechnungen sämtlicher Wirtschaftssubjekte einer Volkswirtschaft zu einem Konto zusammengefaßt, kommt man zur Volksvermögensrechnung. Die Konsolidierung führt dazu, daß alle Forderungen und Verbindlichkeiten der Inländer untereinander wegfallen. Übrig bleibt auf der Aktivseite das Sachvermögen plus Forderungen an das Ausland und auf der Passivseite Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland plus Reinvermögen.² Das Reinvermögen läßt sich bei voller Konsolidierung den vier Letzteigentümern: private Haushalte (pHH), private Organisationen ohne Erwerbszweck (pOoE), öffentliche Haushalte (öHH) und dem Ausland zuordnen.³ Abbildung A.2.1 zeigt ein detailliertes Schema einer solchen Volksvermögensrechnung, die in dieser Form allerdings für die BRD noch nie aufgestellt wurde.⁴ Es gibt aber Bestrebungen, insbesondere der UN, in Zukunft solche Vermögensrechnungen zu erstellen.⁵ Selbst für so bedeutsame Vermögenskomponenten wie zum Beispiel den Boden exi-

¹ Es wird ein eher materieller Vermögensbegriff zugrunde gelegt.

² Vgl. Stobbe, Alfred: Volkswirtschaftliches Rechnungswesen, 8. Aufl., Berlin/Heidelberg/New York 1994, S. 79f.

³ Vgl. Stobbe: a.a.O., S. 81.

⁴ Vgl. Stobbe: a.a.O., S. 82.

⁵ Vgl. Schmidt, Liane: Integration der Vermögensbilanzen in die internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, in: Utz-Peter Reich, Carsten Stahmer u.a., Internationale Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, Band 4 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Mainz 1986, S. 111 - 132, hier S. 113.

stieren keine amtlichen Statistiken.⁶ Vorliegende Analysen, die einzelne Posten des Volksvermögens einbeziehen, haben zudem den Nachteil, daß sie untereinander kaum vergleichbar sind.

Abb. A.2.1: Schema einer Volksvermögensrechnung

Aktiva	in ... Geldeinheiten	Passiva
<p>1. Sachvermögen</p> <p>1.1 Nichtreproduzierbares Sachvermögen</p> <p> 1.11 Boden gegliedert nach Nutzungsarten</p> <p> 1.12 Bodenschätze</p> <p> 1.13 Kunstwerke, Sammlungen</p> <p>1.2 Reproduzierbares Sachvermögen</p> <p> 1.21 Anlagevermögen</p> <p> 1.22 Vorratsbestände</p> <p> 1.23 Haushaltsvermögen</p> <p> 1.231 Gebrauchsvermögen</p> <p> 1.232 Lagerbestände</p> <p>2. Immaterielles Vermögen</p> <p> 2.1 Patente, Lizenzen</p> <p> 2.2 Urheber-, Markenrechte</p> <p>3. Auslandsforderungen</p> <p> 3.1 Monetäre Metalle</p> <p> 3.2 Langfristige Forderungen</p> <p> 3.3 Kurzfristige Forderungen</p> <p><u>Summe</u></p>		<p>1. Auslandsverbindlichkeiten</p> <p> 1.1 Langfristige Verbindlichkeiten</p> <p> 1.2 Kurzfristige Verbindlichkeiten</p> <p>2. Reinvermögen der Volkswirtschaft (Volksvermögen)</p> <p> 2.1 Private Haushalte</p> <p> 2.2 Private Organisationen o. Erwerbszw.</p> <p> 2.3 Öffentliche Haushalte</p> <p><u>-Summe</u></p>

Quelle: eigene Darstellung auf Basis von Stobbe: a.a.O., S. 80, Konto 2.10.

A.2.2 Abschätzung des Vermögens der privaten Haushalte und gesamtwirtschaftliche Größenordnung im Jahr 1982

Die neueste Vermögensbilanz für die BRD wurde 1986 veröffentlicht und hat 1982 zum Berichtsjahr. Tabelle A.2.1 zeigt die Ergebnisse. In dieser Zusammenstellung fehlen Bodenschätze, Waldbestände, Kunstwerke und Sammlungen sowie immaterielle Vermögensobjekte. Für die Waldbestände des früheren Bundesgebietes liegen mittlerweile Schätzungen für 1991 vor. Danach beläuft sich dessen Wert auf ca. 200 bis 400 Mrd. DM.⁷ Ein großer Nachteil ist die nicht vorgenommene Aufteilung des Vermögens des Unternehmenssektors auf die Letzteigentümer. Dadurch wird der Anteil der pHH am Gesamtvermögen mit nur ca. 40% sicher erheblich unterschätzt.⁸ Die letzte große Volksvermögensrechnung, die eine solche Aufteilung vornahm, stammt aus dem Jahre

⁶ Vgl. z. B. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, 1993 Hauptbericht, a.a.O., S. 88.

⁷ Vgl. Köhler, Sabine: Bewertung des Waldes im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Vermögensrechnung, Band 2 der Schriftenreihe Spektrum Bundesstatistik, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1994, S. 48f.

⁸ Vgl. Schmidt, Liane: a.a.O., S. 125.

1970 und wurde von Engels und Mitarbeitern durchgeführt. Die Analyse ergab, daß 63,2% des Volksvermögens den pHH, 31,4% den öHH, 2,3% den pOoE und 3,1% dem Ausland zu zurechnen seien.⁹ Privates Gebrauchsvermögen wurde hier nicht einbezogen.¹⁰

Tab. A.2.1: Schätzung des Volksvermögens für 1982

Vermögensart	Bestand am Jahresende in Mrd. DM	
1. Grund und Boden	3.573,8	
a) Bebaute Grundstücke u.ä.		2.681,7
b) Landwirtschaftlich genutzt		720,4
c) Wald, Gewässer u.ä.		171,7
2. Reproduzierbares Sachvermögen	5.722,2	
a) Wohnbauten		2.244,0
b) Nichtwohnbauten		2.179,0
c) Ausrüstungen		868,4
d) Vorräte		430,8
3. Sachvermögen (1+2)	9.296,0	
4. Forderungen	5.734,0	
5. Aktiva zusammen (3+4)	15.030,0	
6. Verbindlichkeiten	5.679,5	
7. Reinvermögen (5-6)	9.350,5	
(=Volksvermögen ohne privates Gebrauchsvermögen)		
a) pHH (einschl. pOoE) mit Whg.-V.		4.034,5
b) Unternehmen o. Whg.-V.		4.041,4
c) Staat mit Whg.-V.		1.274,6
8. Privates Gebrauchsvermögen	661,4	
9. Reinvermögen (7+8)	10.011,9	
(=Volksvermögen mit privatem Gebrauchsvermögen)		

Anm.: Whg.-V. = Wohnungsvermögen. Grobe Schätzwerte, ohne Bodenschätze, Walbestände u.ä. Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen, öffentlicher Tiefbau zu 2/3 des Bruttowertes, privates Gebrauchsvermögen zu Wiederbeschaffungspreisen, Vermögen der pHH ohne Produktivvermögen (außer Aktien).

Quelle: Schmidt, Liane: a.a.O., S. 127 - 131.

Tabelle A.2.2 zeigt die Zusammensetzung des Vermögens der privaten Haushalte (ohne Gebrauchsvermögen) nach Angaben der Deutschen Bundesbank (1980) bzw. Schmidt (1982). Das Haus- und Grundvermögen bildet hier mit einem Anteil von 73,6% (1980) bzw. 72,2% (1982) jeweils den größten Bestandteil des so abgegrenzten Privatvermögens der Haushalte. Leider fehlt hier das Betriebsvermögen. Einen Eindruck des ungefähren Anteils dieser Komponente kann allerdings die Betrachtung für 1993 liefern.

⁹ Vgl. Engels, Wolfram/Sablotny, Herbert/Zickler, Dieter: Das Volksvermögen. Seine verteilungs- und wohlstandspolitische Bedeutung, Frankfurt/M. 1974, S. 127, Tab. 31.

¹⁰ Vgl. Engels/Sablotny/Zickler: a.a.O., S. 92f.

Tab. A.2.2: Vermögen der privaten Haushalte 1980 und 1982 (jew. einschl. pOoE)

Vermögensart	1980	1982
	Mrd. DM	
1. Haus- u. Grundvermögen	2.402,0	2.911,3
a) Grund u. Boden		1.116,1
b) Wohnungen		1.795,2
2. Nettogeldvermögen	860,0	1.123,2
a) Bruttogeldvermögen	1.475,0	1.750,2
b) Verbindlichkeiten (für Konsum- u. Whg.-Bauzwecke)	615,0	627,0
3. Summe	3.262,0	4.034,5

Anm.: ohne Produktivvermögen privater Haushalte (außer Aktien), Wohnungen netto zu Wiederbeschaffungspreisen.

Quelle: Deutsche Bundesbank: Zur Vermögenssituation der privaten Haushalte in Deutschland, a.a.O., S. 31, Schmidt, Liane: a.a.O., S. 125 und Ergänzung durch eigene Berechnungen.

A.2.3 Abschätzung des Vermögens der privaten Haushalte und gesamtwirtschaftliche Größenordnung im Jahr 1987

Für das Jahr 1987 hat das DIW eine umfassende Schätzung aller Wohngebäude und Wohngrundstücke nach dem Sachwertkonzept¹¹ vorgenommen (vgl. Abschnitt 4.). Dabei ergab sich ein Wert in konstanten Preisen von 1991 in Höhe von 5.200 Mrd. DM, wovon 4.530 Mrd. DM auf private Haushalte und 667 Mrd. DM auf Wohnungsunternehmen, öffentliche Institutionen sowie andere Unternehmen und Körperschaften entfielen.¹²

Tab. A.2.3: Vermögen der privaten Haushalte 1987 (einschl. pOoE)

Vermögensart	1987
	Mrd. DM
1. Haus- u. Grundvermögen	4.530,0
a) Grund u. Boden	2.668,0
b) Wohnungen	1.862,0
2. Nettogeldvermögen	1.341,2
a) Bruttogeldvermögen	2.350,8
b) Verbindlichkeiten (für Konsum- u. Whg.-Bauzwecke)	1.009,6
3. Summe	5.871,2

Anm.: Haus- und Grundvermögen in Preisen von 1991 (Sachwertkonzept), Verbindlichkeiten: eigene Berechnungen; Verpflichtungen für Konsumzwecke plus 87,12% der Verpflichtungen der Wohnungswirtschaft.

Quelle: Bartholmai/Bach: a.a.O., S. 120, Tab. 4.3.6, Blatt 5, Deutsche Bundesbank: Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1980 bis 1988, Ergänzungslieferung, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4, Frankfurt/M. 1989, S.12 und Ergänzung durch eigene Berechnungen.

¹¹ Entspricht dem in der VGR verwendeten Konzept der Netto-Wiederbeschaffungspreise.

¹² Vgl. Bartholmai/Bach: a.a.O., S. 120, Tab. 4.3.6, Blatt 5.

Die privaten Haushalte verfügten damit über rund 87% des gesamten Wohnhaus- und Grundstückvermögens. Zählt man den von der Bundesbank für 1987 ermittelten Bruttogeldvermögensbestand der privaten Haushalte (einschl. pOoE) von 2.351 Mrd. DM dazu und zieht die Kreditverpflichtungen von 1.010 Mrd. DM ab, ergibt sich ein Reinvermögen im Sinne dieser Abgrenzung von 5.871 Mrd. DM. 1987 fallen demnach rund 77% des Vermögens der privaten Haushalte auf Haus- und Grundvermögen.¹³ Das Produktivvermögen in Händen der privaten Haushalte ist hier natürlich wieder nur insoweit berücksichtigt, wie es in Form von Aktien verbrieft ist.

Angaben zum Volksvermögen sind für das Jahr 1987/88 nicht verfügbar, um aber dennoch eine ungefähre Vorstellung der gesamtwirtschaftlichen Größenrelationen zu bekommen, kann das Vermögen der privaten Haushalte mit der Summe aus reproduzierbarem Sachvermögen, Wohngrundstücken und Auslandsposition verglichen werden (Tab. A.2.4).

Tab. A.2.4: Wohngrundstücke, reproduzierbares Sachvermögen und Auslandsposition 1987

Vermögensart	1987 Mrd. DM
Wohnhaus- und Wohngrundstückvermögen i.Pr.v. 1991	5.200,0
Reproduzierbares Sachvermögen ohne Wohnungen netto i.Pr.v. 1991	4.019,0
Auslandsposition (Nettoforderungen gegenüber dem Ausland)	302,5
Summe	9.521,5

Anm.: Reproduzierbares Sachvermögen ohne öffentl. Tiefbau, arith. Mittel aus Bestand am Jahresanfang 1987 und Jahresanfang 1988, umbasiert von in Preisen von 1985 in Preise von 1991.

Quelle: Bartholmai/Bach: a.a.O., S. 120, Tab. 4.3.6, Blatt 5, Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe S. 17, Vermögensrechnung 1950 - 1991, Stuttgart 1992, S. 28, Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, 1993 Hauptbericht, a.a.O., S. 244, Deutsche Bundesbank: Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1980 bis 1988, Ergänzungslieferung, a.a.O., S.12 und Ergänzung durch eigene Berechnungen.

Das Geld- und Grundvermögen privater Haushalte hat einen Anteil von rund 62% an der gemäß Tabelle A.2.4 abgegrenzten Vermögenssumme. Der Wert übersteigt den des reproduzierbaren Sachvermögens deutlich. Auch hier gilt, der Anteil würde steigen, wenn man den privaten Haushalten noch das Betriebsvermögen zurechnen würde.

¹³ Rechnet man das zu Preisen von 1991 bewertete Haus- und Grundvermögen näherungsweise mittels des Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden auf Preise von 1988 um, so beläuft sich der Anteil des Haus- und Grundvermögens am gesamten Vermögen der pHH auf rund 74%. Eigene Berechnungen auf Basis von Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 17, Reihe 4, Maßzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke, a.a.O., S. 42f.

A.2.4 Abschätzung des Vermögens der privaten Haushalte und gesamtwirtschaftliche Größenordnung Jahr 1993

Für das Jahr 1993 hat das DIW eine Schätzung des Privatvermögens der Haushalte in der Abgrenzung Geld-, Grund- und Betriebsvermögen vorgenommen (vgl. Abschnitt 4.) und dabei die in Tabelle A.2.5 angegebenen Größen ermittelt.

Tab. A.2.5: Vermögen der privaten Haushalte 1993 (ohne pOoE, Gesamtdeutschland)

Vermögensart	1993 Mrd. DM
Nettohaus- und Grundvermögen	5.400
Nettogeldvermögen	3.160
Nettobetriebsvermögen	1.360
Reinvermögen	9.920

Anm.: Nettohaus- und Grundvermögen zu Verkehrswerten.

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Zur Neuregelung von Vermögen- und Erbschaftsteuer, a.a.O., S. 498 - 503.

Der Großteil des Vermögens privater Haushalte entfällt demnach mit rund 55% auf das Immobilienvermögen, knapp ein Drittel entfällt auf Geldanlagen (einschl. Aktien) sowie rund 14% auf das Betriebsvermögen. Der gegenüber 1987 gesunkene Anteil des Immobilienvermögens am gesamten Privatvermögen der Haushalte, ist zum einen auf die Berücksichtigung des Betriebsvermögens zurückzuführen und zum anderen darauf, daß sich die Betrachtung jetzt auf Gesamtdeutschland bezieht. Die Relation zwischen Immobilienvermögen und Gesamtvermögen ist in Ostdeutschland geringer als in Westdeutschland.¹⁴

Tabelle A.2.6 liefert wieder eine gesamtwirtschaftliche Vermögenssumme als Vergleichsgröße. Für das Vermögen der privaten Haushalte ergibt sich ein Anteil an der gemäß Tabelle A.2.6 abgegrenzten Vermögenssumme von rund 82%. Der Wert des Grundvermögens in Händen privater Haushalte erreicht dabei alleine einen Wert, der den des reproduzierbaren Sachvermögens noch leicht übertrifft.

Die Betrachtung sollte einen Eindruck ungefährender Größenrelationen vermitteln. Die Berechnungen unterliegen groben Schätzungen und viele Teile des Volksvermögens konnten nicht berücksichtigt werden, aber dennoch zeigt sich, daß das Vermögen der privaten Haushalte und insbesondere das Haus- und Grundvermögen den größten Teil des Gesamtvermögens, zumindest bei Zugrundelegung eines eher materiellen Vermögensbegriffs, bildet. Entsprechend fällt auch innerhalb des Privatvermögens der Haus-

¹⁴ Vgl. Schlomann/Faik: a.a.O., S. 260, Tab. 6, 275 - 278.

halte der größte Anteil auf das Immobilienvermögen, so daß durch die Betrachtung von Geld- und Grundvermögen zusammen der größte Teil des fungiblen Privatvermögens der Haushalte erfaßt wird.

Tab. A.2.6: Wohngrundstücke, reproduzierbares Sachvermögen und Auslandsposition 1993 (Gesamtdeutschland)

Vermögensart	1993 Mrd. DM
Wohnhaus- und Wohngrundstückvermögen der pHH	5.400,0
Übriges Wohnhaus- und Wohngrundstückvermögen	795,0
Reproduzierbares Sachvermögen ohne Wohnungen netto zu Wiederbeschaffungspreisen	5.389,2
Auslandsposition (Nettoforderungen gegenüber dem Ausland)	560,0
Summe	12.144,2

Anm.: Übriges Wohnhaus- und Wohngrundstückvermögen: eigene Berechnung: mit der Veränderungsrate des privaten Wohnhaus- und Wohngrundstückvermögens fortgeschriebener Wert des Wohnungs- und Grundstückvermögens der Wohnungsunternehmen, öffentlichen Institutionen sowie anderen Unternehmen und Körperschaften nach Berechnungen des DIW für 1987. Reproduzierbares Sachvermögen ohne öffentl. Tiefbau, arith. Mittel aus Bestand am Jahresanfang 1993 und am Jahresanfang 1994, Vorratsbestände nur früheres Bundesgebiet.

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Zur Neuregelung von Vermögen- und Erbschaftsteuer, a.a.O., S. 498 - 503, Bartholmai/Bach: a.a.O., S. 120, Tab. 4.3.6, Blatt 5, Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen, 1995 Hauptbericht, Stuttgart 1996, S. 257 - 259, Deutsche Bundesbank: Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme in Deutschland im Jahre 1993, Monatsbericht Mai 1994, Frankfurt/M., 1994, S. 21 - 43, hier S. 42f und Ergänzung durch eigene Berechnungen.

Anhang 3: Sozio-demographische Entwicklung der Haushaltsstruktur

Veränderungen der sozio-ökonomischen Haushaltsstruktur führen in der Regel auch zu Verschiebungen der personellen Vermögensverteilung bzw. der Vermögensverteilung auf sozio-ökonomische Gruppen, so daß die Kenntnis dieser Strukturveränderungen für die Interpretation der Untersuchungsergebnisse sehr wichtig ist.

Zur Beschreibung der Haushaltsstrukturen wird das Erhebungskonzept des Mikrozensus (MZ) „Bevölkerung in Privathaushalten“ verwendet. Zur Bevölkerung in Privathaushalten gehören alle Personen, die allein oder zusammen mit anderen eine wirtschaftliche Einheit bilden. Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünfte gelten nicht als Haushalte.¹ Das Konzept gleicht dem der EVS mit dem Unterschied, daß in der EVS bis 1993 keine Ausländerhaushalte einbezogen waren, und daß generell die Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr (1983, 1988: 25.000 DM und mehr) nicht berücksichtigt sind (vgl. 3.1.2.1.1). Um die Repräsentativität der EVS zu prüfen, sind den jeweils anhand des Mikrozensus des Vorjahres (ab 1993 des gleichen Jahres) hochgerechneten Haushalten der EVS-Originalstichprobe, die entsprechenden Zahlen des Mikrozensus des Berichtsjahres gegenübergestellt. Aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz wurde der MZ 1983 und 1984 ausgesetzt. Seit 1991 wird der MZ auch in den neuen Bundesländern durchgeführt.²

A.3.1 Privathaushalte insgesamt seit 1980

Sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern stieg die Anzahl der Haushalte stetig. Dieser Trend ist im Wesentlichen, auf die gestiegene Bevölkerungszahl und auf die Zunahme der Einpersonen-Haushalte zurückzuführen.³ Der Anteil der Ausländerhaushalte ist im früheren Bundesgebiet von 6,34% in 1980 auf 8,05% in 1995 gestiegen, so daß deren Einbeziehung 1993 in der Tat geboten war.⁴

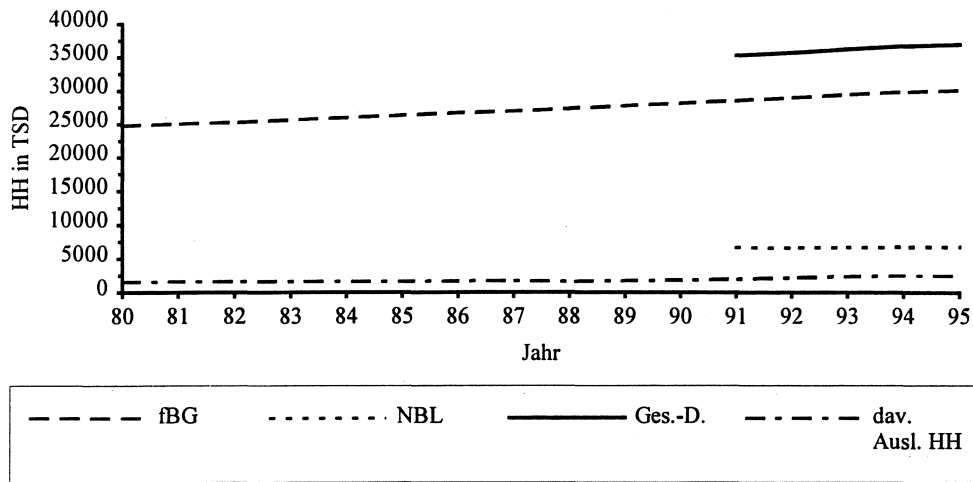
¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 3, a.a.O., S. 11.

² Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 3, a.a.O., S. 8.

³ Vgl. Dorbitz, Jürgen/Gärtner, Karla: Bericht 1995 über die demographische Lage in Deutschland, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 4/1995, 20. Jg., hrsg. vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Boppard 1995, S. 339 - 447, hier S. 405.

⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 3, a.a.O., S. 172f und eigene Berechnungen.

Abb. A.3.1: Entwicklung der Privathaushalte insgesamt seit 1980



Datenbasis: Mikrozensus.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 3, a.a.O., S. 172, Tab. 7.1 u. S. 173, Tab. 7.2 und Ergänzung durch eigene Berechnungen.

Tab. A.3.1: Privathaushalte insgesamt nach MZ und hochgerechnete Privathaushalte der EVS

Jahr	MZ	EVS in TSD	ÜEQ
Westdeutschland			
1982/83	25.336	23.456	0,9258
1988	27.403	24.685	0,9008
1993	29.496	28.928	0,9807
Ostdeutschland			
1993	6.734	6.682	0,9923
Gesamtdeutschland			
1993	36.230	35.610	0,9829

Anm.: ÜEQ = Übereinstimmungsquote.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 3, a.a.O., S. 172, Tab. 7.1, Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983, Heft 2, Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte, Mainz 1986, S. 62, Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988, Heft 2, a.a.O., S. 2, Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, a.a.O., S. 2f und Ergänzung durch eigene Berechnungen.

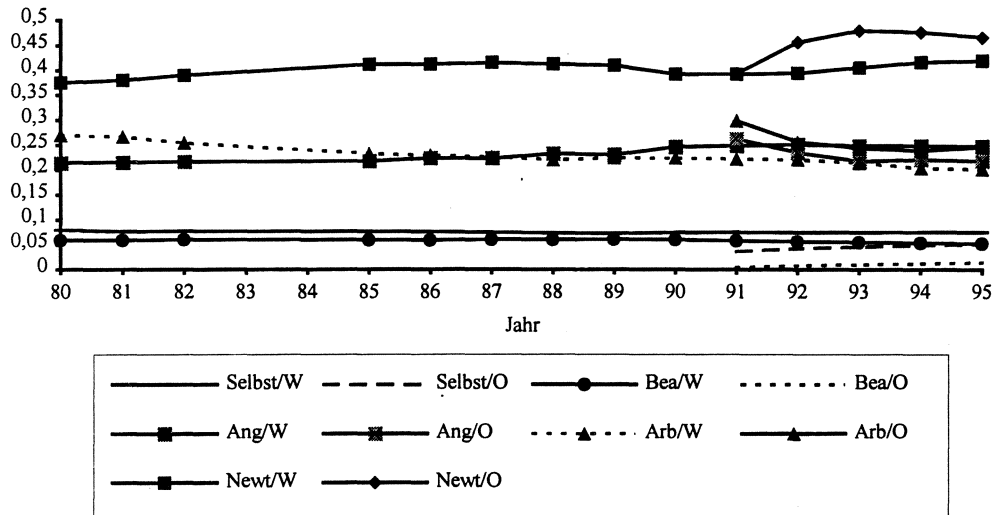
A.3.2 Privathaushalte nach sozialer Stellung der Bezugsperson seit 1980

Die Nichterwerbstätigen-Haushalte bilden in beiden Landesteilen die größte Gruppe, wobei davon ein Anteil von rund 10% in West bzw. rund 20% in Ost auf Haushalte von Arbeitslosen fällt. Der Anteil der Nichterwerbstätigen-Haushalte ist insbesondere zwischen 1980 und 1985 angestiegen und lag dann bei etwas über 40%. Nach einem leichten Rückgang Ende der Achtziger, ist der Anteil dieser Gruppe dann in den Neunzigern nochmals stark gewachsen. Die Entwicklung der Arbeiter- und Angestellten-Haushalte lief in etwa entgegengesetzt, während die erste Gruppe auf rund 20% abnahm, konnte

die zweite auf etwa 25% leicht zulegen. Die Anteile der Selbständigen- und Beamten-Haushalte sind relativ gering und leicht abnehmend.

Abb. A.3.2: Entwicklung der Privathaushalte nach sozialer Stellung der Bezugsperson seit 1980

Anteil der Haushalte



Anm.: W = früheres Bundesgebiet, O = neue Bundesländer. Datenbasis: Mikrozensus.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 3, a.a.O., S. 185, Tab. 7.7 und Ergänzung durch eigene Berechnungen.

Tab. A.3.2: Privathaushalte nach sozialer Stellung der Bezugsperson nach MZ und hochgerechnete Haushalte der EVS (MZ und EVS jew. in 1000)

		1982/83			1988			1993		
		MZ	EVS	ÜEQ	MZ	EVS	ÜEQ	MZ	EVS	ÜEQ
Selbst.	W	1.966	1.762	0,8962	2.015	1.752	0,8695	2.192	2.035	0,9284
	O							309	299	0,9676
	G							2.501	2.334	0,9332
Beamte	W	1.535	1.527	0,9948	1.658	1.588	0,9578	1.637	1.601	0,9780
	O							72	69	0,9583
	G							1.709	1.670	0,9772
Angest.	W	5.501	5.147	0,9356	6.384	5.538	0,8675	7.353	7.037	0,9570
	O							1.471	1.435	0,9755
	G							8.824	8.472	0,9601
Arbeiter	W	6.452	5.025	0,7788	6.050	5.052	0,8350	6.341	6.168	0,9727
	O							1.649	1.631	0,9891
	G							7.990	7.799	0,9761
Nichterw.	W	9.882	9.995	1,0114	11.296	10.755	0,9521	11.974	12.088	1,0095
	O							3.233	3.249	1,0049
	G							15.207	15.337	1,0085

Anm.: W = früheres Bundesgebiet, O = neue Bundesländer, G = Gesamtdeutschland. Selbständige einschl. Landwirte, Nichterwerbstätige einschl. Arbeitslose.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 3, a.a.O., S. 185, Tab. 7.7, Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983, Heft 2, a.a.O., S. 62, Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988, Heft 2, a.a.O., S. 2, Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, a.a.O., S. 2f und Ergänzung durch eigene Berechnungen.

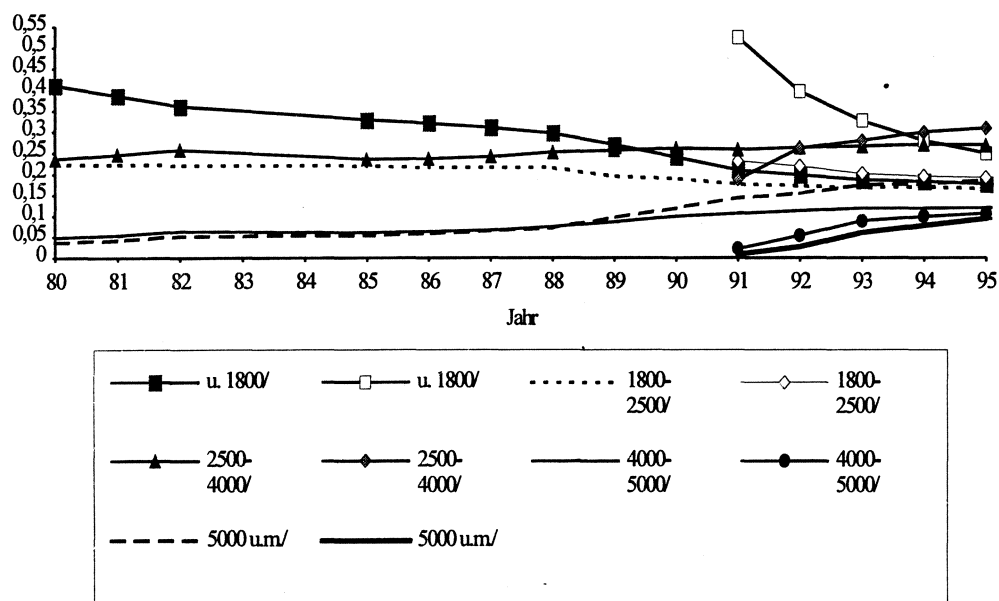
Besonders starke Veränderungen sind in den neuen Bundesländern erkennbar. Deutlich tritt der relative Rückgang der Zahl der ostdeutschen Arbeiter und Angestellten hervor. Beamte und Selbständige spielten in der früheren DDR nur eine marginale Rolle.⁵

Tabelle A.3.2 zeigt, daß die Selbständigen-Haushalte in der EVS eher schlecht repräsentiert werden können. Sehr gut sind dagegen die Nichterwerbstätigen-Haushalte abgebildet, diese Gruppe weist auch, wie gesehen, eine vergleichsweise hohe Teilnahmebereitschaft auf (vgl. 3.1.2.1.2). Kontinuierlich gestiegen ist die Repräsentativität der Arbeiter-Haushalte.

A.3.3 Privathaushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen seit 1980

Abb. A.3.3: Entwicklung der Privathaushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen (in DM) seit 1980

Anteil der Haushalte



Anm.: W = früheres Bundesgebiet, O = neue Bundesländer. Datenbasis: Mikrozensus.
Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 3, a.a.O., S. 186, Tab. 7.8 und Ergänzung durch eigene Berechnungen.

Im früheren Bundesgebiet ist der Anteil der Haushalte, die sich in der untersten Einkommensgruppe befinden zurückgegangen, während der Anteil der besser- bis hochverdienenden Haushalte zugenommen hat. Nur kleinere Änderungen, sind im mittleren Segment festzustellen. Es muß aber beachtet werden, daß hier nur nominale Größen betrachtet werden. In den neuen Bundesländern ist der Anteil der Haushalte, die sich in den untersten beiden Einkommensgruppen befinden zurückgegangen. Bemerkenswert

⁵ Vgl. Hauser u.a.: Ungleichheit und Sozialpolitik, a.a.O., S 30.

ist, daß 1988 die unterste Einkommensgruppe den größten Anteil aller Haushalte ausmachte, gefolgt von der mittleren Einkommensgruppe. Die einkommensstärksten Haushalte waren dagegen am geringsten vertreten.

Tab. A.3.3: Privathaushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen (in DM) nach MZ und hochgerechnete Haushalte der EVS (MZ und EVS jew. in 1000)

		1982/83			1988			1993		
		MZ	EVS	ÜEQ	MZ	EVS	ÜEQ	MZ	EVS	ÜEQ
unter 1800	W	9.139	8.666	0,9482	8.126	8.188	1,0076	5.479	5.595	1,0212
	O							2.191	2.235	1,0201
	G							7.670	7.830	1,0209
1800-2500	W	5.600	5.209	0,9302	5.890	5.490	0,9321	4.949	5.234	1,0576
	O							1.351	1.404	1,0392
	G							6.300	6.638	1,0537
2500-4000	W	6.527	6.320	0,9683	6.904	6.903	0,9999	7.825	8.392	1,0725
	O							1.875	1.969	1,0501
	G							9.700	10.361	1,0681
4000-5000	W	1.601	1.569	0,9800	2.040	1.883	0,9230	3.498	3.757	1,0740
	O							594	633	1,0657
	G							4.092	4.390	1,0728
5000 u.m.	W	1.327	1.298	0,9781	1.980	1.853	0,9359	5.142	5.668	1,1023
	O							407	427	1,0491
	G							5.549	6.095	1,0984

Anm.: W = früheres Bundesgebiet, O = neue Bundesländer, G = Gesamtdeutschland.

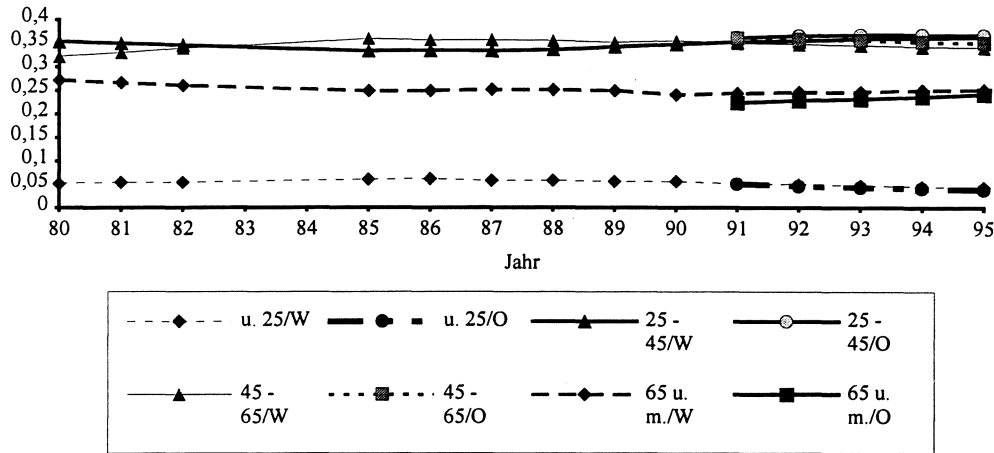
Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 3, a.a.O., S. 186, Tab. 7.8, Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983, Heft 2, a.a.O., S. 62, Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988, Heft 2, a.a.O., S. 2, Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, a.a.O., S. 2f und Ergänzung durch eigene Berechnungen.

A.3.4 Privathaushalte nach dem Alter der Bezugsperson seit 1980

Die Altersstruktur der Haushaltsvorstände unterscheidet sich in beiden Landesteilen nur unwesentlich. Die stärkste Gruppe ist jeweils die der Haushalte der mittleren Altersklasse mit einem Anteil von rund 35%. Einen Anteil von ca. 25%, mit leicht steigender Tendenz, weisen die Haushalte von Haushaltsvorständen im Alter von 65 und älter auf. Der Anteil dieser Gruppe ging allerdings zu Beginn der achtziger Jahre noch leicht zurück. Die schwächste Gruppe, in West wie in Ost, sind die ganz jungen Haushalte mit einem Anteil von rund 4%. Wie Tabelle A.3.4 zeigt, können diese durch die EVS auch nur schlecht repräsentiert werden.

Abb. A.3.4: Entwicklung der Privathaushalte nach dem Alter der Bezugsperson seit 1980

Anteil der Haushalte



Anm.: W = früheres Bundesgebiet, O = neue Bundesländer, Alter in Jahren.

Datenbasis: Mikrozensus.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 3, a.a.O., S. 183, Tab. 7.6 und Ergänzung durch eigene Berechnungen.

Tab. A.3.4: Privathaushalte nach dem Alter der Bezugsperson (in Jahren) nach MZ und hochgerechnete Haushalte der EVS (MZ und EVS jew. in 1000)

		1982/83			1988			1993		
		MZ	EVS	ÜEQ	MZ	EVS	ÜEQ	MZ	EVS	ÜEQ
unter 25	W	1.374	598	0,4352	1.599	797	0,4984	1.401	645	0,4604
	O							293	277	0,9454
	G							1.694	922	0,5443
25 - 45	W	8.755	7.854	0,8971	9.200	8.066	0,8767	10.618	11.007	1,0366
	O							2.480	2.674	0,9782
	G							13.098	13.681	1,0445
45 - 65	W	8.603	8.277	0,9621	9.730	8.918	0,9165	10.203	9.853	0,9657
	O							2.400	2.339	0,9746
	G							12.603	12.192	0,9674
65 u mehr	W	6.604	6.726	1,0185	6.874	6.904	1,0044	7.275	7.423	1,0203
	O							1.560	1.392	0,8923
	G							8.835	8.815	0,9977

Anm.: W = früheres Bundesgebiet, O = neue Bundesländer, G = Gesamtdeutschland.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 3, a.a.O., S. 183, Tab. 7.6, Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983, Heft 2, a.a.O., S. 62, Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988, Heft 2, a.a.O., S. 2, Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, a.a.O., S. 2f und Ergänzung durch eigene Berechnungen.

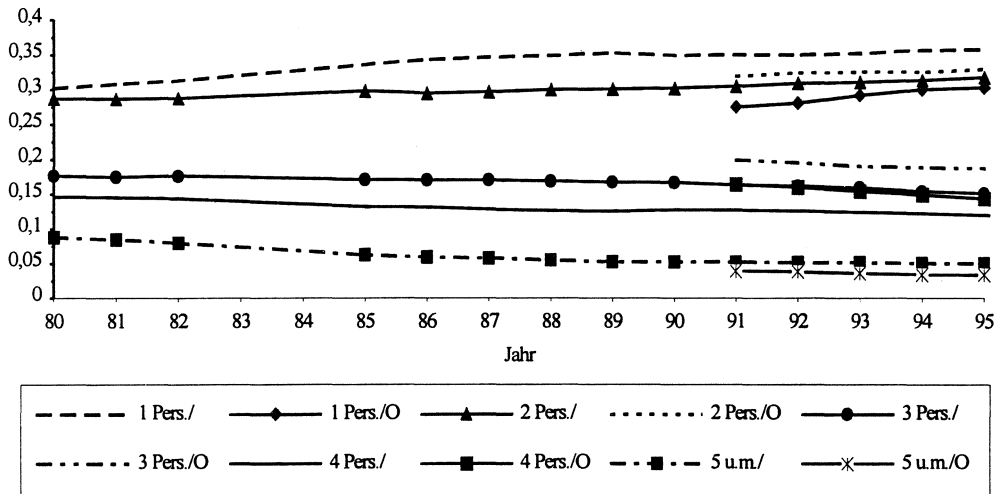
A.3.5 Privathaushalte nach der Haushaltsgröße seit 1980

Abbildung A.3.5 zeigt, daß sowohl in West- als auch in Ostdeutschland eine deutliche Tendenz zugunsten der Ein- und Zweipersonen-Haushalte besteht. Die Zunahme der Einpersonnen-Haushalte wird von den jungen Erwachsenen getragen. Unter der älteren

Bevölkerung sind es die verwitweten Frauen, die den Großteil dieser Haushaltsgruppe stellen.⁶

Abb. A.3.5: Entwicklung der Privathaushalte nach der Haushaltsgröße seit 1980

Anteil der Haushalte



Anm.: W = früheres Bundesgebiet, O = neue Bundesländer. Datenbasis: Mikrozensus.
Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 3, a.a.O., S. 172, Tab. 7.1 und Ergänzung durch eigene Berechnungen.

Tab. A.3.5: Privathaushalte nach Haushaltsgröße nach MZ und hochgerechnete Haushalte der EVS (MZ und EVS jew. in 1000)

		1982/83			1988			1993		
		MZ	EVS	ÜEQ	MZ	EVS	ÜEQ	MZ	EVS	ÜEQ
1 Pers.	W	7.926	7.440	0,9387	9.563	8.283	0,8662	10.409	9.839	0,9452
	O							1.970	1.919	0,9741
	G							12.379	11.758	0,9498
2 Pers.	W	7.283	7.089	0,9734	8.228	7.663	0,9313	9.191	9.189	0,9998
	O							2.198	2.199	1,0005
	G							11.389	11.388	0,9999
3 Pers.	W	4.474	4.052	0,9057	4.635	4.292	0,9260	4.710	4.709	0,9998
	O							1.285	1.285	1,0000
	G							5.995	5.994	0,9998
4 Pers.	W	3.636	3.303	0,9084	3.467	3.140	0,9057	3.658	3.657	0,9997
	O							1.040	1.039	0,9990
	G							4.698	4.696	0,9996
5 u. m.	W	2.017	1.573	0,7799	1.509	1.307	0,8661	1.528	1.535	1,0046
	O							242	242	1,0000
	G							1.770	1.777	1,0040

Anm.: W = früheres Bundesgebiet, O = neue Bundesländer, G = Gesamtdeutschland.
Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 3, a.a.O., S. 172, Tab. 7.1, Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983, Heft 2, a.a.O., S. 62, Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988, Heft 2, a.a.O., S. 2, Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, a.a.O., S. 2f und Ergänzung durch eigene Berechnungen.

⁶ Vgl. Dorbritz/Gärtner: a.a.O., S. 405.

Der hohe Anteil der Einpersonen-Haushalte bedeutet aber nicht, daß auch ein entsprechend großer Teil der Bevölkerung in dieser Kategorie Haushalt lebt. Zwar steigt dieser Anteil, aber dennoch betrug er 1993 erst 15,2%.⁷ Der steigende Trend der Zweipersonen-Haushalte ist die Resultante der gestiegenen Zahl kinderloser Ehen und nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Entsprechend den Wandlungstendenzen hat sich auch die durchschnittliche Zahl der Haushaltsmitglieder verringert. Waren es 1950 noch durchschnittlich 2,99 Personen, so sind es mittlerweile nur noch 2,23 Personen je Haushalt.⁸

Es zeigt sich, daß durch die ab 1993 vorgenommene Einbeziehung der Ausländerhaushalte und die Umstellung der Hochrechnung vom Mikrozensus des Vorjahres auf den Mikrozensus des gleichen Jahres sowie die Verfeinerung des Hochrechnungsverfahrens, mittlerweile für fast alle obigen Merkmale gute Übereinstimmungsquoten erreicht werden. Allerdings ist bei Gruppen mit geringer Teilnahmebereitschaft und hoher Ausfallquote eine nur über starke Anpassungen der Hochrechnungsfaktoren erreichte Repräsentativität, nicht als unbedingt sehr valide einzuschätzen. Nicht ausgeglichen werden können ohnehin Verzerrungen aufgrund des Fehlens von Einkommensbezieher mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25.000 DM bzw. 35.000 DM und mehr, da die höchste im MZ ausgewiesene Klasse 7.500 DM beträgt. Dies hat unter anderem zur Folge, daß die Repräsentativität hinsichtlich der Durchschnittsbestände (bspw. des Geld- und Grundvermögens) nicht gewährleistet werden kann, diese sind sicherlich zu niedrig.

⁷ Vgl. Dorbritz/Gärtner: a.a.O., S. 408.

⁸ Vgl. Dorbritz/Gärtner: a.a.O., S. 405 - 407.

Literaturverzeichnis

- Andel, Norbert: Finanzwissenschaft, 3. Aufl., Tübingen 1992.
- Andersen, Uwe: Einführung in die Vermögenspolitik, München 1976.
- Atkinson, Anthony B.: On the Measurement of Inequality, in: Journal of Economic Theory, vol. 2, no. 3, 1970, hrsg. von Karl Shell u.a., New York/London 1970, S. 244 - 263.
- Atkinson, Anthony B.: The Economics of Inequality, 2. Aufl., Oxford 1983.
- Baron, Dietmar: Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Bestimmungsgründe, Frankfurt/M. u.a. 1988.
- Bartholmai, Bernd/Bach, Stefan (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung): Immobilienvermögen privater Haushalte, Projektbericht. Erhebung nach §7 BStatG im Auftrag des Statistischen Bundesamtes (Hrsg.), Wiesbaden 1995.
- Bauer, John/Mason, Andrew: The Distribution of Income and Wealth in Japan, in: the review of income and wealth, series 38, number 4, december 1992, hrsg. von Edward N. Wolff u.a., New York 1994, S. 403 - 428.
- Becker, Irene: Stabilität in der Einkommensverteilung - Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland bis zur Wiedervereinigung, EVS-Projekt, Arbeitspapier Nr. 6, Frankfurt/M. 1995.
- Bihler, Wolf/Meyer, Kurt/Schmidt, Jürgen: Zur Zuverlässigkeit von Bevölkerungsstichproben ohne Auskunftspflicht, in: Heft 5 der Schriftenreihe Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden 1988.
- Blümle, Gerold: Theorie der Einkommensverteilung, Berlin/Heidelberg 1975.
- Bohnet, Armin: Finanzwissenschaft: Staatliche Verteilungspolitik, München/Wien 1989.
- Bomsdorf, Eckart: Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland 1973, 1978 und 1983, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 4, 1989, hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1989, S. 328 - 335.
- Braun, Hans-Ulrich: Grundvermögen privater Haushalte 1983, in: Wirtschaft und Statistik 12/1985, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Mainz 1985, S. 967 - 974.
- Brümmerhoff, Dieter: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, 5. Aufl., München/Wien 1995.
- Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Übersicht über die Soziale Sicherheit, 2. Aufl., Füssen 1991.

- Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): Unsere Steuern von A - Z, Ausgabe 1996, 17. Aufl., Bonn 1996.
- Bundesverfassungsgericht (Hrsg.): Beschluß des zweiten Senats vom 22. Juni 1995 (2BvL37/91). Vermögensteuerliche Belastung von einheitswertgebundenem Grundbesitz, in: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 93. Band, Tübingen 1996, S. 121 - 165.
- Burkhauser, Richard V./Frick, Joachim R./Schwarze, Johannes: A Comparison of Alternative Measures of Economic Well-Being for Germany and the United States, in: the review of income and wealth, series 43, number 2, june 1997, hrsg. von Edward N. Wolff u.a., New York 1997, S. 153 - 171.
- Deutsche Bundesbank: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 - 1987, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4, 5. Aufl., Frankfurt/M. 1988.
- Deutsche Bundesbank: Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1980 bis 1988, Ergänzungslieferung, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4, Frankfurt/M. 1989.
- Deutsche Bundesbank: Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1989, Monatsbericht Mai 1990, Frankfurt/M. 1990, S 20 - 27 u. 44 - 55.
- Deutsche Bundesbank: Die Entwicklung des Geld- und Sachvermögens westdeutscher privater Haushalte in den letzten zwanzig Jahren, Monatsbericht April 1992, Frankfurt/M. 1992, S. 14 - 20.
- Deutsche Bundesbank: Zur längerfristigen Entwicklung der Konsumentenkredite und der Verschuldung der privaten Haushalte, Monatsbericht April 1993, Frankfurt/M. 1993, S. 19 - 32.
- Deutsche Bundesbank: Zur Vermögenssituation der privaten Haushalte in Deutschland, Monatsbericht Oktober 1993, Frankfurt/M. 1993, S. 19 - 32.
- Deutsche Bundesbank: Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme in Deutschland im Jahre 1993, Monatsbericht Mai 1994, Frankfurt/M. 1994, S. 21 - 43.
- Deutsche Bundesbank: Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahre 1994, Monatsbericht Mai 1995, Frankfurt/M. 1995, S. 17 - 43.
- Deutsche Bundesbank: Die längerfristige Entwicklung der Spareinlagen und ihre Implikationen für die Geldmengenpolitik, Monatsbericht Mai 1997, Frankfurt/M. 1997, S. 43 - 62.
- Deutsche Bundesbank: Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 1996, Monatsbericht Mai 1997, Frankfurt/M. 1997, S. 17 - 41.

- Deutscher Bundestag: Jahressteuergesetz (JStG) 1997 vom 20. Dezember 1996, Bundesgesetzblatt Jahrgang 1996 Teil I Nr. 68, Bonn 1996, S. 2055 - 2061.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte 1993, in: DIW Wochenbericht 24/94, 61. Jg., Berlin 1994, S. 405 - 411.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Immobilienvermögen privater Haushalte, in: DIW Wochenbericht 4/96, 63. Jg., Berlin 1996, S. 61 - 72.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte 1995, in: Wochenbericht 29/96, 63. Jg., Berlin 1996, S. 487 - 495.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Zur Neuregelung von Vermögen- und Erbschaftsteuer, in: DIW Wochenbericht 30/96, 63. Jg., Berlin 1996, S. 497 - 506.
- Dorbitz, Jürgen/Gärtner, Karla: Bericht 1995 über die demographische Lage in Deutschland, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 4/1995, 20. Jg., hrsg. vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Boppard 1995, S. 339 - 447.
- Dräger, Heinrich: Der Begriff des Vermögens in der sozialpolitischen Diskussion, in: Der Mensch im sozioökonomischen Prozeß. Festschrift für Wilfried Schreiber zum 65. Geburtstag, hrsg. von Franz Greiß, Philipp Herder-Dornreich und Wilhelm Weber, Berlin 1969, S. 389 - 396.
- Duesenberry, James S.: Income, Saving and the Theory of Consumer Behavior, 2. Aufl., Cambridge (MA) 1952.
- Engels, Wolfram/Sablotny, Herbert/Zickler, Dieter: Das Volksvermögen (seine verteilungs- und wohlstandspolitische Bedeutung), Frankfurt/M. 1974.
- Euler, Manfred: Der Beitrag der Einkommens- und Verbrauchsstichproben zur Erfassung der Vermögensbestände privater Haushalte, in: Allgemeines Statistisches Archiv 1972, 56. Bd., hrsg. von Adolf Blind u.a., Göttingen 1972, S. 98 - 107.
- Euler, Manfred: Probleme der Erfassung von Vermögensbeständen privater Haushalte in Einkommens- und Verbrauchsstichproben, in: Wirtschaft und Statistik 4/1981, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Mainz 1981, S. 249 - 252.
- Euler, Manfred: Geldvermögen privater Haushalte Ende 1983, in: Wirtschaft und Statistik 5/1985, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Mainz 1985, S. 408 - 418.

- Euler, Manfred: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988, in: *Wirtschaft und Statistik* 8/1987, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Mainz 1987, S. 662 - 667.
- Euler, Manfred: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988, in: *Wirtschaft und Statistik* 11/1990, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1990, S. 798 - 808.
- Euler, Manfred: Grundvermögen privater Haushalte Ende 1988, in: *Wirtschaft und Statistik* 4/1991, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1991, S. 277 - 284.
- Euler, Manfred: Wertpapiervermögen privater Haushalte am Jahresende 1988, in: *Wirtschaft und Statistik* 6/1991, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1991, S. 410 - 415.
- Euler, Manfred: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, in: *Wirtschaft und Statistik* 7/1992, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1992, S. 463 - 469.
- Euler, Manfred: Die wirtschaftliche und soziale Lage der alleinlebenden Frauen, in: *Wirtschaft und Statistik* 1/1994, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1994, S. 56 - 65.
- Faik, Jürgen: Äquivalenzskalen. Theoretische Erörterung, empirische Ermittlung und verteilungsbezogene Anwendung für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1995.
- Faik, Jürgen: Die Verteilung und Bildung der Geldvermögen in Ostdeutschland seit 1990, in: *Wohlstand für alle? Beiträge zu den Berichten der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW)*, hrsg. von Wolfgang Glatzer und Gerhard Kleinhenz, Opladen 1997, S. 179 - 239.
- Flaskämper, Paul: *Bevölkerungsstatistik*, Hamburg 1962.
- Folkers, Cay: Vermögen I: Struktur und Verteilung, in: *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften*, hrsg. von Willi Albers u.a., Bd. 8, Stuttgart u.a. 1980, S. 265 - 282.
- Galler, Heinz P.: Politikanalyse mit Mikro- und Makrosimulationsmodellen, in: *Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik*, Bd. 1, *Ausgewählte Probleme und Lösungsansätze*, hrsg. von Richard Hauser, Uwe Hochmuth und Johannes Schwarze, Berlin 1994, S. 113 - 135.
- Gress, Karin: *Transfers zur Förderung der Vermögensbildung aus verteilungs- und sozialpolitischer Sicht*, Frankfurt/M./New York 1983.
- Guttmann, Edeltraud: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1993, in: *Wirtschaft und Statistik* 5/1995, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1995, S. 391 - 399.

- Härtel, Hans-Hagen: Die Problematik des Vermögensbegriffs - dargestellt am Beispiel der Renten- und Pensionsansprüche, in: Wirtschafts- und Sozialstatistik. Heinz Grohmann zum 65. Geburtstag, hrsg. von Klaus Hanau, Reinhard Hujer und Werner Neubauer, Göttingen 1986, S. 81 - 101.
- Hartmann, Peter H.: Die Messung sozialer Ungleichheit, Freiburg i. Br. 1985.
- Hauser, Richard: Die Wirkungen mäßiger Inflation auf die personelle Einkommens- und Vermögensverteilung, in: Mückl, Wolfgang J./ Hauser, Richard: Die Wirkungen der Inflation auf die Einkommens- und Vermögensverteilung, Göttingen 1975.
- Hauser, Richard: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, EVS-Projekt, Arbeitspapier Nr. 7, Frankfurt/M. 1996 (erschieden in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wohlfahrtsmessung - Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel, Band 29 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Stuttgart 1996).
- Hauser, Richard u.a.: Ungleichheit und Sozialpolitik, Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, hrsg. vom Vorstand der KSPW, Opladen 1996.
- Hertel, Jürgen: Ausgewählte Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte Ende 1983, in: Wirtschaft und Statistik 11/1985, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Mainz 1985, S. 899 - 907.
- Hober, Rolf-Jürgen: Versorgungsvermögen in der Vermögensverteilung. Die Kapitalisierung der Versorgungsansprüche mit Vermögenscharakter und ihre Einbeziehung als Versorgungsvermögen in die personelle Vermögensverteilung der Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1973, Tübingen 1981.
- Juster, Thomas F.: A Framework for the Measurement of Economic and Social Performance, in: The Measurement of Economic and Social Performance, hrsg. von Milton Moss, New York/London 1973, S. 25 - 84.
- Kaldor, Nicholas: Alternative Verteilungstheorien, in: Einführung in die Verteilungstheorie, hrsg. von Ernesto Grassi, Hamburg 1976, S. 101 - 128.
- Kessler, Denis/Wolff Edward N.: A Comparative Analysis of Household Wealth Patterns in France and the United States, in: the review of income and wealth, series 37, number 3, september 1991, hrsg. von Edward N. Wolff u.a., New York 1991, S. 249 - 266.
- Köhler, Sabine: Bewertung des Waldes im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Vermögensrechnung, Band 2 der Schriftenreihe Spektrum Bundesstatistik, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1994.
- Korczak, Dieter: Überschuldungssituation und Schuldnerberatung in der Bundesrepublik Deutschland, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie und Senioren und des Bundesministeriums für Justiz, Bd. 3 Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie und Senioren, Stuttgart u.a. 1992.

- Krug, Walter/Nourney, Martin/Schmidt, Jürgen: Wirtschafts- und Sozialstatistik (Gewinnung von Daten), 3. Aufl., München 1994.
- Külp, Bernhard: Verteilung: Theorie und Politik, 3. Aufl., Stuttgart/New York 1994.
- Lampert, Heinz: Lehrbuch der Sozialpolitik, 3. Aufl., Berlin u.a. 1994.
- Laue, Evelyn: Grundvermögen privater Haushalte Ende 1993, in: Wirtschaft und Statistik 6/1995, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1995, S. 488 - 497.
- Lüthi, Ambros P.: Messung wirtschaftlicher Ungleichheit, Berlin/Heidelberg/New York 1981.
- Michaelis, Jochen/Spermann, Alexander: Der Investivlohn, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt), Heft 5, Mai 1993, 22. Jg., hrsg. von Norbert Berthold u.a., München/Frankfurt/M. 1993, S. 223 - 228.
- Mierheim, Horst/Wicke, Lutz: Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1978.
- Möller, Michael: Schulden der Verbraucher: Verbraucherverschuldung in der Bundesrepublik Deutschland als wachsendes gesellschaftliches Problem, Gießen 1994.
- Molitor, Bruno: Vermögen II: Vermögenspolitik, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, hrsg. von Willi Albers u.a., Bd. 8, Stuttgart u.a. 1980, S. 282 - 299.
- Molitor, Bruno: Soziale Sicherung, München 1987.
- Mückl, Wolfgang J.: Vermögenspolitik, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt), Heft 5, Mai 1987, 16. Jg., hrsg. von Norbert Berthold u.a., München/Frankfurt/M. 1987, S. 229 - 234.
- Münch, Rainer: Privater Verbrauch in den neunziger Jahren, in: Deutsche Bank Bulletin. Aktuelle Wirtschafts- und Währungsfragen, Juni 1989, S. 9- 15.
- Neubauer, Werner: Statistische Methoden, München 1994.
- Oberhauser, Alois: Erbschaft- und Schenkungsteuer, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, hrsg. von Fritz Neumark, Norbert Ansel und Heinz Haller, Band II, 3. Aufl., Tübingen 1980, S. 487 - 508.
- Offermann, Volker: Die Entwicklung der Einkommen und Vermögen in den neuen Bundesländern seit 1990. Von der Transformations- zur Verteilungskrise, in: Vom sozialistischen Versorgungsstaat zum Sozialstaat Bundesrepublik: Ausbau oder Abbau der sozialen Lage in den neuen Bundesländern?, hrsg. von Jürgen Zerche, Regensburg 1994, S. 96 - 119.

- Pagenkopf, Jürgen: Verteilungs- und Konzentrationsmaße, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Bd. 8, hrsg. von Willi Albers u.a., Stuttgart u.a. 1980, S. 333 - 340.
- Paglin, Morton: The Measurement and Trend of Inequality: A Basic Revision, in: The American Economic Review, vol. 65, no. 4, 1975, hrsg. von George H. Borts u.a., Menasha (Wisc.) 1975, S. 598 - 609.
- Pasinetti, Luigi L.: Der Zusammenhang zwischen Profitrate, Einkommensverteilung und wirtschaftlichem Wachstum, in: Einführung in die Verteilungstheorie, hrsg. von Ernesto Grassi, Hamburg 1976, S. 205 - 222.
- Pöschl, Hannelore: Werbung und Beteiligung der Haushalte an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, in: Wirtschaft und Statistik 6/1993, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1993, S. 385 - 390.
- Pöschl, Hannelore: Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern im Januar 1993, in: Wirtschaft und Statistik 12/1993, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1993, S. 924 - 928.
- Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel: Das Sozio-ökonomische Panel für die Bundesrepublik Deutschland nach fünf Wellen, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2/3, 1990, hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1990, S. 141 - 151.
- Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel: Zehn Jahre Sozio-ökonomisches Panel (SOEP), in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/2, 1993, hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1993, S. 27 - 42.
- Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel: Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1, 1995, hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1995, S. 5 - 15.
- Ramser, Hans Jürgen: Verteilungstheorie, Heidelberg 1987.
- Riede, Thomas/Emmerling, Dieter: Analysen zur Freiwilligkeit der Auskunftserteilung im Mikrozensus, in: Wirtschaft und Statistik 9/1994, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1994, S. 733 - 742.
- Roberts, Charles C./Stiepelmann, Heiko/Richter, Silvia.: Überprüfung der verschiedenen Schätzungen der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung; Nr. 112, hrsg. vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin/München 1983.
- Rosendorfer, Tatjana: Schuldensituation und Haushaltsführung überschuldeter Haushalte, Studien zur Haushaltsökonomie, Bd. 9, hrsg. von Klaus Hesse u.a., Frankfurt/M. u.a. 1992.

- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1996/97, Bundestagsdrucksache 13/6200, Bonn 1996.
- Schäfer, Dieter/Bolleyer, Rita: Das Gebrauchsvermögen privater Haushalte (Bestände und Käufe 1970 bis 1983), in: Wirtschaft und Statistik 8/1993, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1993, S. 527 - 537.
- Schlomann, Heinrich: Die Vermögensausstattung der Armen - Theoretische Überlegungen und empirische Anhaltspunkte, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 4, 1989, hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1989, S. 336 - 350.
- Schlomann, Heinrich: Der Einfluß von Lebenszyklus und Familiensituation auf das Sparverhalten, in: Allfinanz - Strukturwandel an den Märkten für Finanzdienstleistungen, Beihefte zu Kredit und Kapital, Heft 11, hrsg. von Hans-Jacob Krümmel, Hannes Rehm, Diethard B. Simmert, Berlin 1991, S. 97 - 120.
- Schlomann, Heinrich: Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, Frankfurt/M./New York 1992.
- Schlomann, Heinrich /Hauser, Richard: Die Entwicklung der makroökonomischen Einkommensverteilung und der Verteilung der Geldvermögen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Erfolgsbeteiligung - Ein neuer Weg zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, hrsg. von Bruno Köbele u. Bernd Schütt, Köln 1992, S. 42 - 98.
- Schlomann, Heinrich: Die Entwicklung der Vermögensverteilung in Westdeutschland, in: Reichtum in Deutschland (Der diskrete Charme der sozialen Distanz), hrsg. von Ernst-Ulrich Huster, Frankfurt/M./New York 1993, S. 54 - 83.
- Schlomann, Heinrich/Faik, Jürgen: Die Verteilung des Haus- und Grundvermögens in den neuen Bundesländern seit 1990, in: Wohlstand für alle? Beiträge zu den Berichten der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW), hrsg. von Wolfgang Glatzer und Gerhard Kleinhenz, Opladen 1997, S. 241 - 289.
- Schmidt, Friedrich: Einkommensdisparität der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1988 - Einige Ergebnisse der Auswertung von Daten des DIW, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3/4, 1992, hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1992, S. 138 - 146.
- Schmidt, Klaus-Dieter: Was ist Vermögen?, in: Allgemeines Statistisches Archiv 1972, hrsg. von Adolf Blind u.a., Bd. 56, Göttingen 1972, S. 35 - 49.
- Schmidt, Liane: Integration der Vermögensbilanzen in die internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, in: Utz-Peter Reich, Carsten Stahmer u.a., Internationale Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, Band 4 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Mainz 1986, S. 111 - 132.

- Schöffel, Roland: Vermögen und seine Besteuerung 1989, in: Wirtschaft und Statistik 10/1993, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1993, S. 750 - 758.
- Schöffel, Roland: Einheitswerte der gewerblichen Betriebe 1989, in: Wirtschaft und Statistik 3/1994, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1994, S. 224 - 230.
- Sen, Amartya: Ökonomische Ungleichheit, Frankfurt/M./New York 1975.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 3, Haushalte und Familien 1995 (Ergebnisse des Mikrozensus), Stuttgart 1997.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 14, Finanzen und Steuern, Reihe 7.4, Vermögensteuer, Hauptveranlagung 1989, Stuttgart 1993.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 14, Finanzen und Steuern, Reihe 7.5.1, Einheitswerte der gewerblichen Betriebe 1989, Stuttgart 1994.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983, Heft 2, Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte, Mainz 1986.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988, Heft 2, Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte, Stuttgart 1991.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 1, Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte 1993, Stuttgart 1994.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte, Stuttgart 1995.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 7, Aufgabe, Methode und Durchführung, Stuttgart 1997.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 17, Reihe 4, Meßzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke, Mai 1997, Stuttgart 1997.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe S. 17, Vermögensrechnung 1950 - 1991, Stuttgart 1992.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen, 1993 Hauptbericht, Stuttgart 1994.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen, 1995 Hauptbericht, Stuttgart 1996.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Allgemeine Sterbetafel 1986/88 für die Bundesrepublik Deutschland, in: Wirtschaft und Statistik (Tabellenteil) 6/1991, Stuttgart 1991, S. 234* - 237.*

Stobbe, Alfred: Volkswirtschaftliches Rechnungswesen, 8. Aufl., Berlin/Heidelberg/New York 1994.

Thiele, Silke: Vermögen und Schulden privater Haushalte unterer Einkommensgruppen, Düsseldorf 1995.

Wagner, Gert: Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) - Eine Brücke zwischen der DDR und den Neuen Bundesländern, in: Vom sozialistischen Versorgungsstaat zum Sozialstaat Bundesrepublik: Ausbau oder Abbau der sozialen Lage in den neuen Bundesländern?, hrsg. von Jürgen Zerche, Regensburg 1994, S. 191 - 209.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen: Die Einheitsbewertung in der Bundesrepublik Deutschland - Mängel und Alternativen, Schriftenreihe des Bundesministeriums der Finanzen, Heft 41, hrsg. vom Bundesministerium der Finanzen, Bonn 1989.

Wolff, Edward N.: Trends in Household Wealth in the United States, 1962-83 and 1983-89, in: the review of income and wealth, series 40, number 2, june 1994, hrsg. von Edward N. Wolff u.a., New York 1994, S. 143 - 174.

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW): Struktur und Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in Baden-Württemberg und im Bundesvergleich, Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart 1994.

Zerche, Jürgen: Einkommen und Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1988.

Arbeitspapiere des EVS-Projekts
„Personelle Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland“
(Stand: März 1998)

Arbeitspapier Nr. 1: The Development of the Income Distribution in the Federal Republic of Germany during the Seventies and Eighties (Richard Hauser und Irene Becker)

Arbeitspapier Nr. 2: Die Entwicklung der Einkommenslage von Familien über zwei Dekaden - einige empirische Grundlagen zur Würdigung der deutschen Familienpolitik (Richard Hauser)

Arbeitspapier Nr. 3: Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren (Irene Becker und Richard Hauser)

Arbeitspapier Nr. 4: Die Veränderung der personellen Einkommensstruktur in der Bundesrepublik Deutschland (Uwe Fachinger und Jürgen Faik)

Arbeitspapier Nr. 5: Kostenelemente eines Bürgergeldmodells (Irene Becker)

Arbeitspapier Nr. 6: Stabilität in der Einkommensverteilung - Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland bis zur Wiedervereinigung (Irene Becker)

Arbeitspapier Nr. 7: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung (Richard Hauser)

Arbeitspapier Nr. 8: Did Earnings Inequality in the Federal Republic of Germany Increase from the 1960s to the 1980s? (Irene Becker)

Arbeitspapier Nr. 9: Einkommensverteilung und Armut in Deutschland von 1962 bis 1995 (Irene Becker und Richard Hauser)

Arbeitspapier Nr. 10: Modifizierte Sozialhilfe - Bedarfsskalengewichte (Richard Hauser und Jürgen Faik)

Arbeitspapier Nr. 11: Strukturwandel der unteren Einkommenschichten in der Bundesrepublik Deutschland während eines Vierteljahrhunderts (Richard Hauser und Jürgen Faik)

Arbeitspapier Nr. 12: Abgaben- und Transfersystem wirkt Polarisierungstendenzen entgegen
Kernel Density-Schätzungen auf Basis der Einkommens- und
Verbrauchsstichproben 1973 bis 1988
(Irene Becker und Richard Hauser)

Arbeitspapier Nr. 13: Zur personellen Einkommensverteilung in Deutschland 1993:
Fortsetzung des Trends zunehmender Ungleichheit
(Irene Becker)

Arbeitspapier Nr. 14: Die Verteilung von Geld- und Grundvermögen auf sozio-ökonomische
Gruppen im Jahr 1988 und Vergleich mit früheren Ergebnissen
Eine empirische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland
(Michael Grimm)

StUB Ffm



86426102

Q 86.426.10 ✓